

Wiener Landtag

22. Sitzung vom 25. November 1999

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	Pfeiffer (S. 38)
2. Fragestunde:		Abstimmung (S. 40)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 7);		7. Pr.Z. 1190-MDBLTG, P. 2: Entwurf
3. Anfrage (S. 7); 4. Anfrage (S. 10);		eines Gesetzes, mit dem das Wiener
5. Anfrage (S. 13)		Tourismusförderungsgesetz geändert
3. Pr.Z. 48/AL/99: Aktuelle Stunde zum		wird
Thema "Staatlich verordneter Laden-		(Beilage Nr. 27)
schluss - pro und contra"		Berichterstatterin: Amtsf StR
Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht		Mag Brigitte Ederer (S. 40)
(S. 16), Alessandra Kunz (S. 18),		Abstimmung (S. 40)
Mag Alexander Neuhuber (S. 19),		8. Pr.Z. 1219-MDBLTG, P. 3: Entwurf
DDr Eduard Schock (S. 20), Friedrich		eines Gesetzes, mit dem das Wiener
Strobl (S. 20), Dr Rüdiger Stix (S. 21),		Getränkesteuergesetz 1992 geändert
Dr Wolfgang Alkier (S. 22), Susanne		wird
Jerusalem (S. 23) und Dr Matthias		(Beilage Nr. 29)
Tschirf (S. 24), StR Karin Landauer		Berichterstatterin: Amtsf StR
(S. 25) sowie Abg Gerhard Göbl		Mag Brigitte Ederer (S. 40)
(S. 25)		Abstimmung (S. 40)
4. Mitteilung des Einlaufs	(S. 26)	9. Pr.Z. 738-GWS, P. 5: Entwurf eines
5. Pr.Z. 1282-MDBLTG, P. 1: Wahl eines		Gesetzes, mit dem das Wiener Wohn-
Mitglieds und Ersatzmitglieds des Lan-		bauförderungs- und Wohnhaussa-
dessportrats		nierungsgesetz - WWFSG 1989
Redner: Die Abgen Dr Wolfgang Alkier		geändert wird
(S. 27) und Johann Hatzl (S. 27)		(Beilage Nr. 31)
Abstimmung (S. 27)		Berichterstatter: Amtsf StR Werner
6. Pr.Z. 1260-MDBLTG, P. 4: Entwurf		Faymann (S. 40 u. 46)
eines Gesetzes über die Förderung der		Redner: Die Abgen Mag Michaela Hack
Landwirtschaft in Wien (Wiener Land-		(S. 41), Mag Maria Vassilakou (S. 42)
wirtschaftsgesetz)		und Georg Fuchs (S. 43), StR Johann
(Beilage Nr. 24)		Herzog (S. 44) sowie Abg Mag Ruth
Berichterstatter: Abg Heinz		Becher (S. 45)
Hufnagl (S. 28 u. 38)		Abstimmung (S. 47)
Redner: Die Abgen Marco Smoliner		10. Pr.Z. 2946/MDLF/99: Dringliche An-
(S. 28), Hannelore Weber (S. 29),		frage der Abgen Mag Hilmar Kabas,
Rudolf Klucsarits (S. 30), Brigitte		Josef Wagner, Heinz Christian Strache
Reinberger (S. 32), Paul Zimmermann		und Karl Ramharter, betreffend
(S. 33), Nikolaus Amhof (S. 35),		kostenloses Parkpickerl in Wien
Hanno Pöschl (S. 36) und Gerhard		Begründung durch Abg Mag Hilmar

Kabas (S. 48)

Beantwortung durch Lhptm Dr Michael

Häupl (S. 50)

Redner: Die Abgen Hanno Pöschl

(S. 52), Günter Kenesei (S. 55), Dipl

Ing Dr Herlinde Rothauer (S. 57), Josef

Wagner (S. 59), Friedrich Strobl (S. 61 u.

70), Patrizia Fürnkranz-Markus

(S. 63), Heinz Christian Strache

(S. 64), Erich VALENTIN (S. 66)

und Karl Ramharter (S. 69)

Abstimmung (S. 71)

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf die Sitzungwoche fortsetzen.

Die 22. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgen Mag Christoph Chorherr und Mag Franz KARL sowie amtsf StR Fritz Svhalek.

Wir kommen gleich zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Hilmar Kabas gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Schulleiterbestellungen, Spitzenfunktionen in der öffentlichen Verwaltung und den Betrieben der öffentlichen Hand erfolgen in Wien zum Gutteil nach proporzmaßigen Aspekten zwischen SPÖ und ÖVP. Auf Bundesebene wurde zwischen SPÖ und ÖVP das Vorhaben artikuliert, den Proporz nach über 50 Jahren endlich über Bord zu werfen. Sind Sie bereit, dem Wiener Landtag ein Landesobjektivierungsgesetz vorzulegen, dass auch in Wien der Proporz der Vergangenheit angehört?*

Ich bitte um Beantwortung. (Es gibt Probleme mit der Mikrofonanlage.)

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In der Beantwortung Ihrer Anfrage möchte ich zunächst auf ein paar Fakten verweisen:

Die Besetzung einer Schulleiterplanstelle in den Wiener Pflichtschulen ist bundesgesetzlich in den §§ 24 bis 26a des Landeslehrerdienstrechtsgesetzes 1984 über die Verleihung von schulfesten Stellen beziehungsweise die Ernennung von Schulleitern geregelt. Diese Regelungen sehen ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren vor. Für die zu erstattenden Besetzungsvorschläge ist dabei unter anderem vorgesehen, dass bei der Auswahl und der Reihung der Bewerber zunächst auf die Leistungsfeststellung, ferner auf den Vorrückungstichtag und auf die in dieser Schulart zurückgelegte Verwendungszeit Bedacht zu nehmen ist. Die Ernennung von Schulleitern erfolgt durch die Wiener Landesregierung auf Vorschlag des Kollegiums des Stadtschulrats für Wien. Bei der Erstattung dieser Ernennungsvorschläge sind die Mitglieder des Kollegiums verfassungsrechtlich weisungsfrei gestellt. Diese Kollegien bestehen in allen Landesschulräten und sind seit dem Jahre 1962 bundesverfassungsmäßig verankert. In diesem Kollegium ist die FPÖ als zweitstärkste Fraktion im Wiener Landtag selbstverständlich vertreten.

Nach § 26a des Landeslehrerdienstrechtsgesetzes 1984 sind vor der Reihung die Bewerbungen dem Schulforum und/oder dem Schulgemeinschaftsausschuss der Schule, für die Bewerbungen abgegeben wurden, zu übermitteln, die das Recht haben, binnen drei Wochen ab Erhaltung der Bewerbungen eine begründete schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Zudem gibt es im Stadtschulrat für Wien ein vom Kollegium des Stadtschulrats in Form von Richtlinien beschlossenes Objektivierungsverfahren. Es sieht

unter anderem ausdrücklich vor, dass im gesamten Wiener Objektivierungsverfahren ausschließlich pädagogische, organisatorische und fachliche Qualifikationen für die Erringung von Leitungspositionen maßgeblich sind. Im Objektivierungsverfahren ist ausdrücklich klargestellt, dass es sogar untersagt ist, nach einer eventuellen Mitgliedschaft bei Lehrer- oder sonstigen Vereinigungen auch nur zu fragen.

Als Pilotprojekt hat der Stadtschulrat für Wien zudem zur Vorbereitung der im Kollegium zu fällenden Entscheidungen ein unabhängiges Beratungsunternehmen mit einem Assessment-Verfahren zur Überprüfung der Qualifikation von Bewerbern für Direktorinnen und Direktoren von Bundeschulen beauftragt. Mit diesem zukunftsweisenden Schritt soll in die Vorbereitungen der Kollegiumsentscheidungen bewusst das Fachwissen privater Personalberatungsbüros eingebracht werden. Dieser Schritt ändert allerdings nichts an den verfassungsmäßig garantierten Zuständigkeiten des Kollegiums, in dem die FPÖ selbstverständlich vertreten ist und als zweitstärkste Fraktion auch den Vizepräsidenten stellt.

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung werden jedenfalls alle höherwertigen Dienstposten auf Grund des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes in Verbindung mit der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie in der Zeitschrift "Wien aktuell" und im Amtsblatt der Stadt Wien bekannt gemacht. Die Dienststellenleiter sind verhalten, zu diesen bekannt gemachten höherwertigen Dienstposten nach objektiven Kriterien Auswahlverfahren zu führen und zu dokumentieren. Für leitende Dienstposten besteht bereits seit Jahrzehnten die Regelung, dass diese neben der Kundmachung in den vorgenannten Zeitschriften durch Erlass auszuschreiben sind und zur Beurteilung der Bewerbungen eine Begutachtungskommission eingerichtet ist. Diese Kommission besteht aus Dienstnehmer- und Dienstgebervertretern. Die Bewerber um die ausgeschriebenen leitenden Dienstposten werden einem Assessment und einem Hearing unterzogen, die von externen Unternehmensberatern durchgeführt werden. Auf Grund der Beurteilung der Kommission sowie der Ergebnisse des Assessments oder des Hearings wird sodann ein Besetzungsvorschlag für mich erstellt.

Sollten Sie mit den Betrieben der öffentlichen Hand selbständige Gesellschaften unter Beteiligung der Stadt Wien gemeint haben, dann gilt für die Bestellung der Mitglieder der Leitungsorgane dieser Gesellschaften das Stellenbesetzungsgesetz des Bundes. Dieses Stellenbesetzungsgesetz für Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegen, regelt sowohl die Ausschreibung und die Bewerbung als auch die bei der Besetzung zu beachtenden Parameter.

Aus all dem kann man ersehen, dass die Verwaltungspraxis, wie dies sehr oft der Fall ist, einer gesetzlichen Regelung bereits voraus geeilt ist. Die Stellenbesetzung erfolgt somit weit ab von einem Proporz nach sachlichen Kriterien.

Wenn Ihnen aber daran gelegen ist, diesen formalen Vorgang weiter zu verrechtlichen, so kann ich mir durchaus ein Objektivierungsgesetz vorstellen, verschließe mich dieser Idee nicht, füge aber auch persönlich hinzu, dass dies von zwei wesentlichen Elementen getragen sein muss:

Erstens. Es muss in der Tat gewährleistet sein, dass Parteibuch keine Rolle spielt, weder in die eine noch in die andere Richtung. Ich bin selbstverständlich auch der Auffassung, dass das Bekenntnis zu einer ... (Es gibt wieder Probleme mit der Mikrofonanlage.) Funktioniert es wieder? (Abg Ilse Forster: Nein, nein!) Es funktioniert nicht oder doch oder hat es vorher nicht funktioniert? (Abg Johann Hatzl: Es hält! - Abg Ilse Forster: Es hält durch die Gegend!) Ich halle? Ich bin überrascht. (Abg Mag Hilmar Kabas: Es ist ein dreidimensionaler Ton!) Ein dreidimensionaler Ton? Wie dem auch immer sei, das Wesentliche ist: Bin ich verständlich? (Abg Johann Hatzl: Ja!) Gut.

Ich meine damit weder in die eine noch in die andere Richtung, denn selbstverständlich bin ich auch der Auffassung, dass das Bekenntnis zu einer Weltanschauung nicht diskriminierend wirken darf und auch jemand, der ein Parteibuch hat, von bestimmten Möglichkeiten nicht ausgeschlossen sein soll, so wie dies, ich betone das, auch vice versa gilt.

Das Zweite, was mir allerdings auch wichtig ist, ist, dass die Besetzung einer Stelle, vor allem auch einer leitenden Stelle, nicht ewig dauern kann und nicht ewig dauern soll, also dass hier auch die Raschheit der Entscheidung gewährleistet ist.

Wenn diese beiden Kriterien erfüllt sind, kann ich mir selbstverständlich auch ein entsprechendes Objektivierungsgesetz, wenn dies von der Mehrheit des Hauses gewünscht wird, vorstellen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Kabas. - Ich bitte.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich glaube, wir sind - ja, es hält momentan sehr ... (Lhptm Dr Michael Häupl: Für alle offensichtlich!) Das macht nichts.

Ich glaube, wir sind aber heute mit Ihrer Antwort durchaus einen Schritt schon weiter gekommen, jedenfalls im Vergleich zu unserer ursprünglichen Dringlichen Anfrage vom 16. Februar. Ich stelle das aber positiv fest, dass man vielleicht doch auch auf Grund von Erfahrungen, die man in der Zwischenzeit zusätzlich gemacht hat, von Ihrer Seite jetzt signalisiert, dass hier in Richtung der Stellenvergabe Verbesserungsüberlegungen durchaus Platz greifen könnten. Das stelle ich jedenfalls jetzt einmal fest. Das ist ein Schritt, glaube ich, in die richtige Richtung.

Ich möchte aber noch einmal auf dieses Pilotprojekt zurückkommen, von dem Sie vorhin gesprochen haben, das jetzt momentan im Stadtschulrat durchgeführt wird, leider aber - warum, darüber kann man lange philosophieren - verunglückt gewesen ist. Aber der eine Beamte, der das verursacht hat, ist ja in der

Zwischenzeit zurückgetreten und ausgetauscht worden. Dieses Pilotprojekt mit dem Assessment-Verfahren kostet Geld. Bisher wurde das bei, glaube ich, fünf Verfahren von der Bundesseite bezahlt. Jetzt wäre an sich das Land dran, wie ich gehört habe, weil so eine Ausschreibung und dann ein solches Verfahren doch ungefähr zwischen 70 000 S und 80 000 S kosten. Diese finanziellen Mittel sind aber für die drei noch ausständigen Verfahren, die noch nach diesem Pilotprojekt durchgeführt werden sollen, noch nicht gesichert.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie jetzt hier sagen können, dass es aus Ihrer Sicht nicht daran scheitern wird, dass die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, sondern dass von der Landeseite her diese finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit man dieses Pilotprojekt jetzt vielleicht auch unter positiven Vorzeichen als die vorangegangenen Verfahren durchführen kann?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also grundsätzlich gilt hier die Vereinbarung: Für die Bundesschulen bezahlt der Bund, für die Landesschulen das Land.

Aber ich darf dir, Herr Klubobmann, mit Sicherheit sagen, dass die Einführung des Assessment-Verfahrens nicht an 210 000 S scheitern wird. Das würde ich für lächerlich halten, für absolut lächerlich, weil es sich hier um eine Grundsatzentscheidung handelt, die nicht an diesen paar Notsch - die Frau Finanzstadträtin würde mich wahrscheinlich jetzt missbilligend anschauen - entsprechend scheitern kann. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich halte das für grundsätzlich richtig.

Ich habe auch diesen Weg der Einführung dieses Assessment-Verfahrens vorgeschlagen und das wird auch durchgeführt werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Alkier. - Ich bitte.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Herr Landeshauptmann!

Sie haben etwas angesprochen, was ich sehr unterstützen möchte, nämlich dass im Endeffekt ja auch die KandidatInnen für eben solche Jobs, und sei es jetzt die Leitung einer Schule, immer mehr verunsichert werden. Denn wenn man sich da bewirbt, wird man automatisch mit Fragen überschüttet und kommt immer mehr in den Geruch, dass man bei dieser Schule wahrscheinlich ein bestimmtes Parteibuch hat, sonst würde man sich dort ja gar nicht bewerben und so weiter und so fort. Das heißt, man merkt es ja auch, dass sich in bestimmten Bereichen immer weniger Leute melden, und das bedeutet offensichtlich, dass hier doch sehr wohl nach wie vor so etwas wie Proporzbestellungen stattfinden.

Solche Dinge wie das Objektivierungsgesetz und so weiter sind ja schön, wenn sie als Gesetz da sind, aber wenn sie dann nicht gelebt werden, ist es offensichtlich, dass man sie umgehen kann und die Lösun-

gen haben kann, die man haben will. Ich glaube nach wie vor, dass bei solchen Bestellungen wirkliche Transparenz die einzige Sicherheit dafür ist, dass so etwas in Zukunft objektiver wird.

Jetzt würde es mich interessieren, welche Schritte Sie sich konkret vorstellen, damit sämtliche künftige Bestellungen von Spitzenpositionen, sei es jetzt in der Schule, aber auch sonst im öffentlichen Dienst, wirklich nur nach Qualifikation geschehen werden und das Parteibuch in diese Richtung oder in diese Richtung keinen Ausschlag geben darf?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also ich bilde mir ein, einige Vorschläge zu dieser weiteren Vorgangsweise unterbreitet zu haben, Assessment ist einer davon. Aber auch die Verantwortlichkeit, die Eigenverantwortlichkeit und die klare Verantwortungsstruktur bei der Bestellung von Leitern wären ein Zweites. Ich will jetzt gerade bei einer Fragestunde so aus dem Ärmel heraus, wie es so schön heißt, nicht Dinge in Frage stellen, aber ich denke, dass es lohnt, nach einer gewissen Zeit auch darüber nachzudenken, ob die Bestellung von Leitungsfunktionen durch Kollegialorgane tatsächlich ein geeignetes Instrument zu dieser Objektivierung oder zumindest zur Klarheit der Struktur der Verantwortung für Personalentscheidungen ist oder nicht. Denn wenn heute darüber diskutiert wird, dass etwa in einer künftigen Regelung der Personalentscheidungen im Bund eine klare Personalverantwortlichkeit durch den jeweiligen Minister gegeben sein soll und nicht durch einen Kollegialbeschluss des Ministerrats, so denke ich, dass dies auch ein Zeichen dafür ist, dass man auch weiter- und tiefergehender über solche Dinge nachdenken sollte.

Aber ich sage das auch vor einem anderen Hintergrund. Jawohl, ich weiß, dass es hier bei diesen Bestellungen manchmal einen, wie man wahrscheinlich so sagen würde, suboptimalen Geruch gibt. Daher ist es mir wichtig, diese Vorschläge - Einbeziehung von Unternehmensberatern, also Assessment-Verfahren - zu machen und klare Entscheidungsstrukturen im Hinblick auf die Personalverantwortlichkeit zu haben und Ähnliches. Es ist mir deswegen wichtig, weil ich meine, dass es heute eigentlich eher - und das ist die Realität - Leute zu schützen gilt, die auch ein klares Bekenntnis zu einer Weltanschauung abgeben, denn in vielfacher Hinsicht ist es ja so, wenn heute jemand ein Parteibuch hat und in eine leitende Funktion bestellt wird, dass er dann eigentlich von vorhinein denunziert wird und gesagt wird: Eine parteipolitische Bestellung. Das haben sich zu 99 Prozent diese Leute nicht verdient.

Daher halte ich es für richtig und notwendig, hier auch zum Schutz von Leuten, die sich zu einer Weltanschauung bekennen, klare Objektivierungskriterien zu bestätigen oder einzuführen und auf jeden Fall zu leben. Das ist mir, ehrlich gesagt, auch das Wichtigste dabei.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Frau Abg Jerusalem. - Ich bitte.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Sie sind ja auch Präsident des Stadtschulrats und haben bereits einmal in einer Anfragebeantwortung mir gegenüber eine wesentlich fortschrittlichere Haltung zur Direktorenbestellung zu erkennen gegeben, als Ihre Fraktion im Stadtschulrat. Sie haben sich damals für viel Mitspracherechte auch für die Schulpartner ausgesprochen.

Jetzt sind wir im Stadtschulrat mittlerweile einen Schritt weiter gekommen. Es sind eigentlich schon alle Parteien außer der SPÖ - da weiß man noch nicht so genau, ich will gar nicht schimpfen, wie es steht - der Meinung, dieses alte Modell sollte durch ein Neues ersetzt werden, das erstens wesentlich objektivierter ist und zweitens die Mitspracherechte unterstützt. Die einzige Sorge, die ich habe, liegt jetzt noch bei der SPÖ, wo verschiedene Meinungen da sind. Da gibt es die Parteibuchhardliner genauso wie die ganz Aufgeschlossenen, die schon Veränderungen wünschen.

Können Sie sich als Präsident des Stadtschulrats oder auch im Gespräch mit Dr Kurt Scholz, der ja dort Ihr Geschäftsführender ist, vorstellen, Ihr politisches Gewicht ein bisschen in die Waagschale zu werfen, um im Kollegium auch SPÖ-Mitglieder zu überzeugen, dass die Objektivierung und die Mitsprache der Schulpartner ein wichtiger Schritt sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Ich nehme Ihre Sorge um die Sache sehr, sehr ernst, und es geht ja in Ordnung, aber ich denke, dass die innerparteilichen Kommunikationsformen der SPÖ nicht Gegenstand einer Fragestunde im Wiener Landtag sein können.

Sie können ganz versichert sein, dass ich versuche, meine Meinung innerhalb der SPÖ immer optimal zu kommunizieren. Ich weiß nicht, ob das immer gelingt. Wer kann das schon sagen? - Aber ich versuche es zumindest. Der Harmonie soll man auch ihre Grenzen setzen. Diese Diskussion wird ja zurzeit allenthalben geführt, auch vor dem Hintergrund von Ereignissen im Wiener Stadtschulrat, die zu Diskussionen bei Leiterbestellung von Bundesschulen geführt haben.

Ich stelle hier auch dezidiert fest, und auch aus den Diskussionen heraus, die sich mit den GRÜNEN gerade in den letzten Tagen auch ergeben haben: Jawohl, ich bin für den Ausbau der Mitbestimmung auch des Schulgemeinschaftsausschusses. Jawohl, ich bin für eine Mitentscheidung des Schulgemeinschaftsausschusses. Aber ich bin nicht für eine Wahl des Schulleiters durch den Schulgemeinschaftsausschuss. Das heißt, die letztgültige Entscheidung trifft der Schulgemeinschaftsausschuss über den Direktor der Schule. Das ist mir dezidiert als eine Meinung der GRÜNEN übermittelt worden und dieser Auffassung

bin ich nicht, denn ich denke, dass dies dem Prinzip der letztendlichen Verantwortlichkeit auch bei solchen Leitungsfunktionen widersprechen würde.

Ich will damit nur meine Positionen klarlegen: Völlig klare Objektivierung, klares partnerschaftliches Mitsprechen auch des Mitentscheidens. Mitentscheiden des Schulgemeinschaftsausschusses soll gewichtig sein, soll von mir aus auch besonders gewichtet werden, aber nicht wie jenes Modell, das die Letzentscheidung über die Bestellung des Direktors beim Schulgemeinschaftsausschuss darstellt. Das riecht nach Räterepublik, das will ich nicht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Strobl. - Ich bitte.

Abg Walter Strobl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es ist erfreulich, dass nun in den bisherigen Fragestellungen und in den Ausführungen zu erkennen ist, dass das von der Koalition eingebrachte neue Modell der Schulleiterobjektivierung nun offenbar auch von - wie ich das jetzt den Wortmeldungen entnehmen konnte - den Oppositionsparteien begrüßt und mitgetragen wird. Das ist sehr erfreulich. Es freut mich auch, dass der eigentliche Vorwurf, dass hier manipuliert wurde, und dieser Skandalisierungsversuch der letzten Panne - sage ich einmal - im Stadtschulrat im Zusammenhang mit der Ausschreibung einiger Leiterstellen im Wiener Schulbereich, nicht aufrecht erhalten werden konnte. Das sind wichtige Akzente, weil es ja eigentlich um ein neues Verfahren geht, in dem bis heute noch nicht erprobt wurde, wie sich das Verfahren tatsächlich bewähren wird.

Meine Frage ist: Wenn wir das System der Schulleiterbestellung genau analysieren, dann kommen wir nicht umhin, dass die Zusammensetzung des Kollegiums dem Spiegelbild des Landtags entspricht und daher immer eine Proporzentscheidung sein wird und sein muss, weil es von der Bundesverfassung auch so vorgesehen ist. Der Proporz sieht in der Bundesverfassung auch vor, dass der amtsführende Präsident einer Mehrheitspartei angehören muss. Das muss zwar nicht unbedingt sein, wenn es sich um Koalitionen handelt, da könnte es auch anders sein, aber der Vizepräsident muss in jedem Fall dann der Mehrheitspartei, sonst aber der zweitstärksten Fraktion angehören. All das sind teilweise Anachronismen, die einen Sinn in den Sechzigerjahren hatten, aber die in der heutigen Zeit etwas überholt sind.

Daher meine Frage: Können Sie sich vorstellen, dass im Zusammenhang mit Reformbestrebungen die Bundesverfassung dahin gehend geändert werden sollte, dass man auch eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Kollegialorgane, der politischen Zusammensetzung, der Aufgaben und der Funktionen initiiert?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Landtagsabgeordneter!

Das kann ich mir sehr gut vorstellen, weil abgesehen einmal davon, dass man gerade solche Bereiche, aber sicher auch viele andere, die 1960 beziehungsweise 1962, als man die Gemeinden im besonderen Ausmaß in der Bundesverfassung verankert hat, von Zeit zu Zeit valorisieren sollte, kann ich mich nicht erinnern, dass es jemals stattgefunden hatte. Derartige Überlegungen, dass es Ende dieses Jahrhunderts hoch an der Zeit wäre, diese Bestimmungen, diese Überlegungen aus den frühen Sechzigerjahren zu valorisieren, halte ich für sehr, sehr gut. Ich weiß nicht, was am Ende des Tages dieser Valorisierung steht, aber dass man das tun sollte, darüber einmal diskutieren sollte, das glaube ich auch sehr und würde ich auch sehr unterstützen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Kabas. - Ich bitte.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Ich glaube, man kann das jetzt nicht so stehen lassen, was Herr Strobl gesagt hat, dass das, was hier passiert ist, nur eine Panne war und der, der jetzt ausgewechselt wurde - und das signalisiert ja schon, dass das mehr als eine Panne war -, sich hier eben nur ganz harmlos geirrt hat, sondern da ist natürlich ein System dahinter gesteckt.

Es ist ganz typisch, dass Herr Strobl sagt: Aber schauen wir nicht, wie man das in Zukunft ausschließen kann, dass ein hier verantwortlicher Beamter einen Missbrauch nicht begeht, sondern schaffen wir irgendetwas ab, was durchaus diskussionswürdig ist. Nur, man muss auch die andere Seite sehen.

Hier wird ja dadurch, dass es Kollegialorgane gibt, dadurch dass es auch einen Vizepräsidenten gibt, Kontrolle ausgeübt und Kontrolle, wie man gerade jetzt bei diesem vorliegenden Fall des Herr Wurm gesehen hat, ist ja gut, weil eben dann mehr Köpfe und mehr Augen mehr sehen, als nur ein Einzelner, der zwar verantwortlich ist, aber sich dann auch abeutelt und sagt: Der Beamte war es.

Ich möchte aber auf Ihre ursprüngliche Antwort noch einmal zurückkommen, in der Sie signalisiert haben, dass Sie sich nunmehr durchaus vorstellen können, auch ein Landesobjektivierungsgesetz zu überlegen und darüber in Diskussion einzutreten, und will Sie fragen, ob Sie das auch so sehen, dass das jetzt natürlich nicht nur auf die Schulverwaltung oder Sonstiges ausgerichtet ist, sondern ob das natürlich allgemein für die öffentliche Verwaltung oder auch für die Magistratsverwaltung zu gelten hätte?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Also zunächst einmal gratuliere ich Herrn Landtagsabgeordneten Strobl, in welcher Blitzartigkeit er sich mit seinem Vorschlag durchsetzt. Die Diskussion darüber beginnt schon. Das nenne ich immerhin: Ziemlich effizient, ziemlich zeitefizient. Das ist allerhand, das finde ich sehr ordentlich. Ich hoffe, es geht in dem Tempo weiter. Da können wir noch dazu schauen! Das finde ich sehr ordentlich,

ja! Großartig! (*Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ.*)

Zum Zweiten: Ich muss den Kollegen Wurm ein bisschen in Schutz nehmen, denn bei allem, was bisher an Informationen vorhanden ist, ist von einer Manipulation keine Rede. Es ist auch keine Rede davon, dass er, wie du formuliert hast, ausgetauscht wurde, sondern dass er auf Grund einer Diskussion - ich sage das hier auch sehr offen - , die er mit dem amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrats geführt hat, dann von seiner Funktion zurückgetreten ist. Das Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis beinhaltet ja auch eine gewisse Form des Vertrauens und da dürfte es zwischen den beiden Herren offensichtlich Probleme gegeben haben. Aber vom Vorwurf der Manipulation ist er nach allen vorliegenden Informationen mit Sicherheit freizusprechen.

Ich denke aber auch, darum geht es zur Stunde ja gar nicht, denn da stimme ich wieder überein: Selbstverständlich geht es darum, sich einfach Instrumente zunutze zu machen, von denen man überzeugt ist, dass sie gut sind. Bei der Einbeziehung von Unternehmensberatern, bei der Verwendung des Instruments Assessment-Verfahren bin ich persönlich davon überzeugt, dass das gut und sinnvoll ist, und dass man dies auch in Zukunft so tun sollte. Aber selbstverständlich habe ich diese Bereitschaft zur Diskussion über ein Objektivierungsgesetz unter den von mir vorhin genannten Bedingungen nicht auf die Schulverwaltung alleine bezogen, sondern natürlich auch auf den gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Da möchte ich schon auch ein bisschen eine Begründung dafür abliefern, warum ich das getan habe: Es gibt in drei österreichischen Bundesländern, darunter in Kärnten, ein Objektivierungsgesetz. Nachdem ja von Seiten der Freiheitlichen Partei Kärnten neuerdings als das leuchtende Beispiel einer hoffnungsvollen Zukunft dargestellt wird, wofür ich Verständnis habe, denn ich kann mich ja auch noch an die Zeit erinnern, wo die Umweltpolitik der Bundesregierung ein leuchtendes Beispiel und eine Hoffnung gewesen ist, nämlich an die Zeit, wo ein Freiheitlicher - nach 1983 - in der Regierung in diesem Bereich tätig gewesen ist, so weiß ich natürlich auch und habe mich erkundigt, dass Herr Lhptm Dr Haider einen Vorschlag zu einer Novellierung dieses Objektivierungsgesetzes eingebracht hat, der letztendlich darauf hinausläuft, dass die Entscheidungen des Kollegialorgans Landesregierung durch den Verwaltungssenat beziehungsweise nachher durch den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof entsprechend eingeklagt werden können. Das klingt natürlich verführerisch, das verstehe ich.

Aber nur gleichzeitig müssen wir dann zur Kenntnis nehmen, dass vermutlich jede leitende Stellung ihre zwei bis drei Jahre auch dauern wird. Ob das sinnvoll ist, das wage ich ernsthaft zu bezweifeln, und ich denke, dass bei näherem Überlegen auch Lhptm Dr Haider zu der Überlegung kommen wird, dass das für die Landesverwaltung in Kärnten wahrscheinlich eine

eher suboptimale Vorgangsweise ist. Ich meine, von anderen Dingen will ich ja nicht sprechen, denn in vielfacher Hinsicht können wir heute erkennen - wäre ich im alten Proporzdenken, dann würde ich sagen: "No na", bin ich aber natürlich nicht -, dass man in Kärnten natürlich sehr gut sehen kann, was Antiproporz bedeutet, nämlich Rote mehr oder weniger von ihren Funktionen zu entfernen und Blaue hinzusetzen. Aber wahrscheinlich ist das Leben so. (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 2. Anfrage wurde zurückgezogen.

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Alkier gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Rechnen Sie damit, dass konsumentenfreundlichere Taxi-Tarife zufriedenere und vor allem mehr Taxi-Kundinnen und Taxi-Kunden zur Folge hätten, was wiederum zu einer besseren Auslastungs-, Beschäftigungs- und Ertragssituation im Taxigewerbe führen würde?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Frau Präsidentin!

Herr Landtagsabgeordneter, Ihre Frage bezüglich konsumenten-freundliche Taxi-Tarife muss ich zunächst einmal ein bisschen hinterfragen. Ich nehme an, mit konsumenten-freundlichen Taxi-Tarifen meinen Sie billigere Taxi-Tarife. Wenn Sie dies meinen beziehungsweise mich fragen wollen, ob ich der Auffassung bin, dass die Preisregelung bei Taxi-Tarifen durch den Landeshauptmann, das heißt, die genaue Festlegung des Taxi-Tarifs durch den Landeshauptmann eine Sache ist, über die man diskutieren sollte, und zwar ernsthaft diskutieren sollte, dann bin ich bei Ihnen.

Ich glaube nicht, dass es heute sinnmachend ist, wenn man auf der einen Seite einen Markt im Hinblick auf die Konzessionen geöffnet hat, sohin auch keinen Einfluss darauf hat, wie die Gestaltung dieses Marktes sich darstellt, man dann auf der anderen Seite den zweiten Schritt nicht vollzieht. Wo Markt ist, soll auch keine Preisregelung eingreifen. Das ist eine Meinung, von der ich ausgehe, dass es sicherlich eine lohnende Sache wäre, dies zu diskutieren.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Alkier. - Ich bitte.

Abg Dr Wolfgang Alkier (*Liberales Forum*): Herr Landeshauptmann!

Mich freut Ihre Diskussionsbereitschaft. Mich würde es noch mehr freuen, wenn dem möglichst bald Taten folgen würden. Es gibt einen Wiener Taxi-Tarif aus dem Jahre 1997, eine Verordnung. Und es gibt auch einen Antrag der Liberalen, der in die Richtung zielt, dass diese Taxi-Tarife in Zukunft - wenn Sie so wollen, vielleicht als Übergangslösung - Höchsttarife sind, um letztlich in einer Übergangsphase für Touristen auch eine gewisse Sicherheit zu geben. Damit kann darunter sehr wohl ein Preiswettbewerb stattfinden, der einerseits konsumentenfreundlich wäre, sprich natürlich billigere Preise, auf der anderen Seite

aber auch dazu führen würde, dass mehr Taxis tatsächlich fahren würden und nicht nur, wie wir es ja täglich erleben, irgendwo herumstehen und damit in diesem Bereich letztlich auch die Beschäftigungssituation steigen würde.

Also meine Frage: Werden Sie konkret und wann diesen Taxi-Tarif in dem Sinn liberalisieren, dass er bestenfalls als Höchstgrenze zu verstehen ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich würde sicherlich meine Möglichkeiten, die mir der Verordnungsweg ermöglicht, ausnutzen, insbesondere natürlich auch in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer. Von der Arbeiterkammer weiß ich, dass sie dieses Modell der Höchsttariffestsetzung an sich auch wollen und gefordert haben, und ich werde auf der anderen Seite auch mit der Wirtschaftskammer diese Gespräche führen. Dies vor allem deshalb, weil ich glaube, dass die Argumente, die dagegen vorgebracht werden, auch ausgeräumt werden können. Ich glaube nicht, dass man über die Frage der Tarifregelungen Probleme wie etwa Ausstattung, Sicherheit, Gepflegtheit - sage ich einmal so - des Taxis und Ähnliches regeln kann.

Hier halte ich es für richtig und für notwendig, dass man diese in einem entsprechenden Rahmengesetz, die es auch gibt, die sogar Landesgesetze sind, auch festlegen kann.

Ich will auch nicht, dass mit miesen Autos und mit einem besonderen "Laissez faire" in der Ausstattung des Fahrzeugs und im Outfit herumgefahren wird. Ich halte das für Taxis, die bis zu einem gewissen Grad das Aushängeschild einer Stadt sind, für nicht richtig. Aber dies wird sich sicherlich nicht durch Tariffestsetzungen regeln lassen, sondern anderwärts. Das ist mir eine durchaus wichtige Geschichte. Ich werde diesbezüglich auch Gespräche mit der Wirtschaftskammer führen. Von der Arbeiterkammer weiß ich, dass das okay ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 2. Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Ich bitte.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Beim Runden Tisch mit den behinderten Menschen hat auch der Leiter der MA 12, Herr Schmidt, vorgeschlagen, dass Taxilösungen für flexiblere Fahrmöglichkeiten für behinderte Menschen zur Verfügung stehen sollen. Das bedarf natürlich auch, dass der Fuhrpark der Taxibetriebe für die Beförderung von behinderten Menschen entsprechend nachgerüstet wird.

Werden Sie sich dafür bei der Taxiinnung oder bei anderen zuständigen Instanzen der Taxibetriebe dafür einsetzen, dass der Fuhrpark dementsprechend nachgerüstet wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Wir werden schon Gespräche darüber führen, aber wir haben gerade über den Markt und über eine Freigabe von Regelungsme-

chanismen gesprochen, so dass ich hier auf der anderen Seite sagen kann: Natürlich werde ich mich dafür einsetzen, nota bene, weil ich der Überzeugung bin, dass es hier auch entsprechende Nachfrage gibt. Das steht außer jedem Zweifel. Wir werden daher mit einzelnen Taxiunternehmen in besonderem Ausmaß darüber reden, dass sie sich dieses Marktes - ich sage lieber "dieser Nachfrage" - auch entsprechend annehmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Rüdiger Stix (AoK): Herr Landeshauptmann!

Ihre Verordnungsermächtigungskompetenz - in diesem Fall natürlich als Auftrag, eine Verordnung seitens des Landes zu erlassen, wie sie Dr Alkier angeprochen hat - ist in einer, ich möchte sagen, gewissen Klammer zu sehen. Einerseits begrenzen Sie den Markt durch Ihre Verordnungsermächtigung und die Verordnungen, die Sie zu den Tarifen erlassen. Auf der anderen Seite sprechen Sie zu Recht an, dass durch Landesgesetze der Standard, das Aussehen, im Wesentlichen aber der Standard, die Sicherheit und der Komfort des Taxigewerbes geregelt werden kann, und das natürlich begrenzt den Markt.

Jetzt ist unter einem gewissen Standard, wenn Sie wollen, unter einem gewissen Mindeststandard, es sicher unzumutbar und auch nicht in unserem Interesse - ich bekenne mich durchaus dazu -, dass wir zu lassen, diesen Standard zu unterschreiten.

Können Sie sich vorstellen, damit das Ganze sich doch in einem Markt halbwegs aufgliedern kann, dass Sie Ihre Verordnungskompetenz dafür verwenden, dass Sie die Taxi-Tarife, die Sie im Sinne des Modells von Dr Alkier als Höchstgrenzen festsetzen könnten - da bin ich durchaus bei ihm -, eventuell staffeln und sagen: Jawohl, es gibt gestaffelte Höchstgrenzen und diese gestaffelten Höchstgrenzen der Tarife korrespondieren mit den Komfortstandards - die Sicherheitsstandards können wir nicht unterbieten -, die durch andere landesgesetzliche Regelungen festgelegt sind, so dass sie dann wenigstens, bis der Markt funktioniert und sich selber trägt und ein entsprechendes qualitätsvolles und günstiges Angebot bietet, in verschiedene Komfortklassen mit entsprechenden Höchsttarifen aufgesplittet sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Landtagsabgeordneter!

Die Vorstellung wäre natürlich bestechend. Ich glaube, man sollte auf der anderen Seite jedoch bedenken, dass man solche Regelungen vor allem vor dem Hintergrund auch einer marktgerechten Regelung treffen soll. Wir haben heute - Sie werden das besser wissen - ungefähr 4 500 Taxis in Wien ... (Abg Karl Ramharter: 4 300!) 4 300 Taxis in der Stadt. Da ist sicherlich die Zielsetzung, dass man von so starren Regelungsmechanismen wegkommt, nachdem man

schon von der Regelung der Konzessionsvergabe weggekommen ist, dass man aber auf der anderen Seite auch durch bestimmte Rahmenbedingungen - es geht nicht darum, dass man alles starr festlegt, welche Farbe die Sitze haben müssen oder welche Farbe die Hose des Fahrers haben soll, das ist ein Unsinn - einfach bestimmte Mindeststandards für dieses Auslagenfenster der Stadt festlegt und auch die Möglichkeit gibt, dies zu erreichen.

Ich weiß auf der anderen Seite auch sehr gut - nicht bei diesem Wetter, aber bei anderen Witterungslagen und zu bestimmten Zeiten -, dass da ein Taxilern am Abend dasteht und 560 S oder 580 S eingenommen hat. Das muss man auf der anderen Seite auch sehen. Was sich da abspielt, da geht es nicht darum, dass man Millionäre guillotiniert. Das ist ja ein Unsinn, sondern was ich nur will, ist, dass man zu den Marktbedingungen auch kommt, auf die man ja nun in der Tat bei 4 300 Taxilern, die da sind, auch tatsächlich kommen muss, dass man dem gerecht wird und dass man diesen Leuten auch die Chance gibt, erstens den Lebensunterhalt tatsächlich zu verdienen, und zweitens natürlich auch auf jenen Standard, Sicherheit, Ausstattung und ähnlichen Komfort zu kommen, den wir für die Stadt selbst auch brauchen.

Im Rahmen dessen sollte sich Marktwirtschaft selbstregelnd vollziehen, so wie das bei jedem anderen Unternehmen und jedem anderen Markt auch der Fall ist. Das ist meine Zielsetzung dabei. Ich glaube, dass man damit auch sowohl den Taxilern, den Fahrgästen, aber natürlich auch der Stadt selbst etwas Gutes tut.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ramharter. - Ich bitte.

Abg Karl Ramharter (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Entschuldigung, in diesem Fall Herr Landeshauptmann!

Wie schon gesagt, wir haben in Wien 4 300 Taxis, auf 2 500 Betriebe aufgeteilt. Bisher hat diese amtliche Preisvorgabe bestens funktioniert und jeder hat gewusst, was er in Wien fürs Taxi zahlt, bis auf ein paar Abweichungen. Es kommt auf den Verkehr an.

Glauben Sie nicht, dass auf Grund der 4 300 Taxis, wo sich dann ein jeder nach seinem Gutdünken einen anderen Preis machen kann, hier jene unter die Räder kommen, die nicht gut verhandeln können und sicher das Chaos bei der Preisgestaltung, bei den einzelnen Fahrten ausbrechen wird? - Eines möchte ich noch dazusagen: Wenn schon liberalisiert wird, dann müssen Sie in diesem Fall auch die Beförderungspflicht abschaffen und eine Höchstgrenze für die Preise darf es auch nicht geben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich habe volles Verständnis für Ihre Feststellungen, denn es befindet sich in meinem Alltagsleben, Interessenvertretungen und Interessenvertreter als Diskussionspartner zu haben und ich halte das auch für legitim. Glauben Sie aber

dennoch nicht, dass es angebracht wäre, eine Diskussion darüber zu führen - ich habe vorläufig einmal meine Meinung dazu auch eingebracht -, ob nicht bestimmte Dinge auch antiquiert sind?

Ich rede sehr viel mit Taxilern. Diese Inkompatibilität, auf der einen Seite die De-facto-Freigabe im Erwerb der Konzessionen, damit de facto die Freigabe der Zahl der Taxilern und auch der Taxis selbst, auf der anderen Seite eine absolut starre Tarifregelung, die zwar den Vorteil hat, dass jeder weiß, was er zu bezahlen hat, obwohl ich mir auch da nicht so sicher bin im Hinblick auf die Zuschlagssysteme, die in der Zwischenzeit eingeführt worden sind - glauben Sie nicht, dass das nicht ein Anachronismus ist?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, das ist Anachronismus. Da suchen wir einen Weg, der natürlich auf der einen Seite den Taxilern selbst hilft, nicht zuletzt auch Geld zu verdienen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und natürlich auch der Stadt zu dienen, auf der anderen Seite aber auch den Konsumentenschutz gewährleistet, etwa durch Tarifauszeichnung. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die man hier wählen kann, um auch den Konsumenten entsprechend zu schützen.

Ich glaube, es wäre eine vernünftige Diskussion, wenn wir sie hier führen würden und nicht vornherein abzublocken, nicht zuletzt auch von den Interessenvertretungen. Das haben wir, glaube ich, in den verschiedensten Themenfeldern in den letzten Jahren ohnehin zu viel gemacht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 5. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Alkier. - Ich bitte.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Herr Landeshauptmann!

Sie haben meine erste Zusatzfrage damit beantwortet, dass Sie die Gespräche mit den Sozialpartnern führen werden, im Wesentlichen in dem Fall mit der Wirtschaftskammer. Ein erstes Gespräch hat gerade stattgefunden, ein so genannter Interessenvertreter, ein so genannter Freiheitlicher, der sein Verständnis vom freien Markt hier gerade präsentiert hat, hat Ihnen gerade gezeigt, wie diese Interessenvertretungen in solchen Gesprächen unter Umständen agieren könnten. Genau davor fürchte ich mich. Das macht mich gesteigert hektisch, wenn Sie es, wie auch in anderen Fällen - Beispiel Ladenöffnung -, davon abhängig machen, was die Sozialpartner denn von diesen Vorschlägen halten. Wenn man dann solche Aussagen hört, dann werde ich wirklich höchst nervös, dass sich hier in den nächsten Jahren in Richtung Liberalisierung nichts tun wird.

Wir haben doch hier von Ihnen eine Tarifverordnung, die sechsseitig ist und hier wird ja bis ins kleinste Detail wieder alles reglementiert. Das hier ist die Verordnung. (Der Redner zeigt Unterlagen.) Wenn Sie sich die wieder einmal anschauen, dann werden Sie auch meiner Meinung sein, dass sie sowieso in dieser Form weg gehört und jetzt frage ich Sie: Können Sie sich vorstellen, dass Sie diese Taxi-

Tarife im Sinn unseres Antrags liberalisieren, dass Sie Ihren Verordnungsspielraum ausnützen werden, auch wenn in Zukunft von der Interessenvertretung hier ein derartiger Gesprächswind weht, wie wir ihn gerade gehört haben, im Sinne der KonsumentInnen, die wohl mehr sind als der Herr Ramharter und ein Taxifahrer?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Landtagsabgeordneter!

So wie ich Verständnis dafür habe, dass Sie hier die Interessen derer vertreten, von denen Sie zumindest glauben, dass sie Sie gewählt haben, so habe ich auch Verständnis dafür, dass tatsächlich gewählte Interessenvertreter Ihre entsprechende Interessenvertretung wahrnehmen. Wo liegt denn da um Himmels willen das Problem, dass Interessenvertreter das artikulieren, was dort der Stand der Diskussionen ist und was in der Innung respektive in der Wirtschaftskammer Diskussionsstand ist. Es war dies für mich weder neu, noch besonders sensationell und mit diesen Diskussionen muss man leben.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Landtagsabgeordneter, habe ich hier nicht Partefunktion in dem Sinn, sondern ich habe hier die Funktion, und so sehe ich das auch, für eine bestmögliche Lösung die Vermittlung zwischen Konsument und Dienstleister herzustellen. Da werde ich natürlich weder über den einen noch über den anderen drüberfahren. Und im Gegensatz zu den Ladenschlusszeiten, wo wir auch inhaltlich nicht der selben Meinung sind, sind wir hier eher der selben Auffassung. Trotzdem werde ich das mit den Interessenvertretungen, vollkommen egal von welcher Parteizugehörigkeit, diskutieren und wir werden versuchen, das im Einklang und auch miteinander zu lösen. Ich bin überzeugt davon, dass dies auch funktioniert.

Wenn Sie hier sozusagen ein erstes Sondierungsgepräch gehört haben, so sind dabei die entsprechenden Meinungen auf den Tisch gelegt worden. Aber Sie können sicher sein, am Ende des Tages wird etwas Vernünftiges herauskommen. (Abg Hanno Pöschl: *Nicht am Ende des Tunnels!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann!

Die 4. Anfrage wurde von Frau Abg Jutta Sander gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet: *Werden Sie sich - auch angesichts der bekannt gewordenen Vorkommnisse im AKH - für eine Änderung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes hinsichtlich einer Beweislasterleichterung bei sexueller Belästigung einsetzen?*

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Zur Frage, ob ich im Zusammenhang mit einer etwaigen geplanten Novellierung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes mich für eine Beweislasterumkehr bei sexueller Belästigung einsetzen werde, möchte ich sagen, dass ich

glaube, dass die Frage des Schutzes vor sexueller Belästigung einer der wichtigsten Bereiche im Rahmen des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes ist. Die Frage der Beweislasterumkehr ist eine Debatte, die keine neue ist und schon sehr lange geführt wird. Ich bin persönlich immer dafür eingetreten, dass diese Beweislasterumkehr im Zuge des Gesetzes erfolgt, denke aber, dass wir uns natürlich mit den Argumenten, die immer wieder kommen, die dir ja auch bekannt sind und die natürlich ihre Berechtigung haben, dass die Frage der Beweislasterumkehr einem Grundprinzip unserer Rechtsordnung, nämlich dem der Unschuldsvermutung, widerspricht, auseinander setzen müssen. Das werden wir auch im Zuge der jetzt geplanten Novellierung wieder tun und ich kann dem Ergebnis dieser Debatte selbstverständlich nicht vorgreifen.

Man muss dieses Argument ernst nehmen. Jedenfalls kann ich aber zusichern, dass die Frage, wie können wir sexuelle Belästigung verhindern beziehungsweise wenn sie vorgekommen ist, die Opfer schützen, ihnen helfen, sie unterstützen, dass sie sich auch wehren können, und zwar auch - und das wird einer jener Punkte sein, die diskutiert werden und die ich vorschlagen möchte - noch nach längerer Zeit wehren können, weil ich glaube, dass da zum Beispiel die Fristen im Gleichbehandlungsgesetz zu kurz sind. Das heißt, die Frage der Auseinandersetzung mit diesem Thema und was können wir hier verbessern, wird sicher ein ganz zentraler Punkt bei der zu vorbereitenden und in Vorbereitung befindlichen Novelle sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Ich bitte.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): *Ja, ich stimme schon zu, dass es sicher gescheiter ist, dass es gar nicht zu sexueller Belästigung oder sexuellen Übergriffen kommt. Keine Frage. Das bedingt aber in einer Gesellschaftsordnung wie der unseren ganz offensichtlich, dass auch die gesetzlichen Regelungen dazu so aussehen müssen, dass das eigentlich nicht als Kavaliersdelikt ausgelegt werden kann und dass auch mit Konsequenzen zu rechnen ist. Ich verlange ja gar nicht mehr so wie in meinen früheren Anträgen die Beweislasterumkehr, weil ich sehe, das ist in Wien ein zu großer Schritt. Es geht mir um die Beweislasterleichterung und ich brauche auch gar nicht internationale Beispiele zu zitieren, es genügt national zu schauen. Durch eine Novelle des Bundesgleichbehandlungsgesetzes ist ja auch dort schon eine Änderung eingetreten und es genügt also die bloße Glaubhaftmachung der sexuellen Belästigung. Ja, und es ist einfach eine Besserstellung für die belästigte Person. Soweit mir bekannt ist, ist das steiermärkische Landesgesetz schon in dieser Richtung angepasst.*

Daher meine Frage: Warum soll Wien weiterhin hinter dem Bund nachstehen und warum kann in Wien eine derartige Regelung nicht endlich umgesetzt werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich glaube, das

habe ich beim ersten Teil meiner Antwort gesagt, dass Wien da nicht hinten anstehen soll, ich sage es aber gerne noch einmal.

Die Frage, wie können wir einerseits sexuelle Belästigung überhaupt verhindern, und dann, wenn es leider zu solchen schrecklichen Vorfällen kommt, das Opfer unterstützen und ihr - überwiegend sind es Frauen aber nicht nur - auch dabei behilflich sein, dass sie zu ihrem Recht kommt, wird ein ganz wichtiger Bereich der Novellierung sein. Ich weigere mich hier nur, einer Diskussion vorzugreifen, die jetzt von den Expertinnen geführt wird. Aber meine persönliche Meinung ist, dass einer jener Punkte ist, dass wir sexuelle Belästigung nur auf das subjektive Empfinden der belästigten Person und auf die Eignung der Tat, die passiert ist, zur Beeinträchtigung der Würde abstellen sollen und nicht andere sonstige Benachteiligungen noch wie sie jetzt im Moment im Gesetz sind, dass das ein richtiger Schritt wäre.

Ich glaube darüber hinaus, dass auch im Gesetz explizit festgelegt werden muss, dass Frauen, die sich hier wehren und die zu einer Anzeige schreiten, keine negativen Auswirkungen erleiden dürfen, denn das ist ja auch eines jener Probleme, das wir haben, dass Frauen, die so eine Belästigung, so eine Tat zur Anzeige bringen, dann leider immer noch in ihrem Arbeitsumfeld Schwierigkeiten bekommen.

Mir ist bewusst, dass ein Gesetz da nicht unbedingt die Realität immer 100-prozentig in Griff kriegt, aber es ist natürlich eine ganz, ganz wichtige Unterstützung und auch eine Deklaration. Das hier auch klar zu regeln, muss meiner Ansicht nach ein wichtiger Teil der neuen Regelung sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Lakatha gestellt. - Ich bitte.

Abg Ingrid Lakatha (ÖVP): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Das Gleichbehandlungsgesetz soll ja nicht nur sexuelle Missgriffe ausschalten, sondern Gleichbehandlung in allen Bereichen herbeiführen.

Welche Möglichkeiten haben Sie als Frauenstadträtin, dafür zu sorgen, dass der Anteil an hoch qualifizierten weiblichen Führungskräften im Bereich der Stadt Wien, im Spitalsbereich erhöht wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Ich glaube, dass wir hier auf allen Ebenen tätig sein müssen und schon in dem Moment, wo neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, egal jetzt wo, aber natürlich auch im Spitalsbereich, gesucht werden, schon explizit darauf aufmerksam machen müssen, dass die Stadt Wien eben großen Wert darauf legt, dass Frauen sich auch in nicht traditionellen Bereichen bewerben. Wir müssen aber auch die internen Karriereverläufe von Frauen besser unterstützen.

Wir kennen von sehr vielen Untersuchungen die Situation, dass Männer ihre Karrieren sehr bewusst planen, was auch total in Ordnung ist und nichts Ne-

gatives ist, während Frauen dieses nicht tun, während Frauen sehr oft gerade jene Phase, wo es darum geht, Karrieregrundsteine zu legen, ungenutzt verstreichen lassen. Dazu kommt natürlich noch, das wissen wir alle, das brauche ich, glaube ich, in dieser Runde der Diskutantinnen nicht extra sagen, dass jene Phase, wo Frauen oder wo überhaupt für Karriereverläufe die Grundlage gelegt wird, Frauen eben sehr oft in der Phase ihres Lebens sind, wo sie Kinder bekommen und die traditionelle Rollenverteilung, dass eben Frauen leider noch immer überwiegend für Kinderbetreuung zuständig sind, es den Frauen schwieriger macht. Das heißt, ich denke, es ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das hier notwendig ist und das wir mittels Frauenförderpläne ja auch versuchen zu setzen, durch explizite Aufforderungen für Frauen, sich zu bewerben und sie zu unterstützen, und dann natürlich auch durch entsprechende Schulungs- und Förderungsmaßnahmen. Das heißt, ich glaube, wir müssen auf allen Ebenen aktiv werden und müssen die Frauen hier unterstützen, sie motivieren, ihnen auch Mut machen, diese Karrieren zu gehen.

Aber all das braucht natürlich die gesetzliche Grundlage. Wir haben sie mit dem Gleichbehandlungsgesetz, den Frauenförderplänen und den Quoten, die da vorgesehen sind. Das Gesetz ist die Grundlage. Es erspart uns aber in der Praxis nicht den alltäglichen Kampf, dass Frauen da wirklich auch ihren Weg an die Spitze machen können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Frau Abg Schöfnagel. - Bitte.

GR Barbara Schöfnagel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Mir ist natürlich bewusst, dass die Menge der sexuellen Übergriffe in einer Diskussion nicht unbedingt relevant ist, weil jeder einzelne Fall problematisch ist. Trotzdem glaube ich, ist es wichtig zu erfahren, wie viele Fälle von sexuellen Übergriffen, in der das Gleichbehandlungsgesetz Anwendung fand, Ihnen im Bereich der Gemeinde Wien bekannt sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Ich kann Ihnen diesbezüglich keine Zahlen geben, weil ich mir diese Statistik aus genau dem Grund, den Sie auch selber gesagt haben, nie vorlegen habe lassen. Es ist jeder einzelne Übergriff zu viel und gegen jeden einzelnen Übergriff müssen wir ganz entschieden vorgehen.

Ich bin einen anderen Weg gegangen. Ich habe allen Stellen ganz klar meinen Willen und auch meine absolute Unterstützung vermittelt, wenn es zu Übergriffen kommt. Wenn sich eine Frau, und ich wiederhole, es sind in einem ganz, ganz hohen Prozentsatz Frauen, die die Opfer sind und Männer, die die Täter sind, auch nur in einem einzigen Fall an ihren Vorgesetzten, an ihren Personalvertreter, an ihre Kontaktfrau, an ihre Gleichbehandlungsbeauftragte wendet - bei den beiden letzteren habe ich ohnehin keine Sorge -, dann ist das unbedingt ernst zu nehmen. Ich glaube, das, was wir wirklich durchsetzen müssen, ist - von

irgendjemandem, ich weiß nicht von welcher der Kolleginnen, ist der Begriff Kavaliersdelikt gefallen -, dass wir diese Begrifflichkeit des Kavalierdelikts aus der Debatte unbedingt herausbringen müssen. Es müssen diese Dinge ernst genommen werden. Es müssen die Frauen ernst genommen werden. Es muss das subjektive Empfinden der Frau ernst genommen werden. Wir kennen das alles: Geh sei nicht so heikel, tu dir nichts an, es ist sowieso nichts passiert. Das darf es in dieser Diskussion nicht mehr geben und von daher gibt es mein ganz klares Signal in alle Richtungen, dass, wenn eine Frau sich hier um Hilfe wendet, wir unbedingt jeden einzelnen Fall ernst nehmen müssen.

Das heißt, ich denke, dass die Statistik in diesem Fall nicht von zentraler Bedeutung ist. Ich habe mich natürlich gerade im Zusammenhang mit diesen aktuellen Debatten mit dem AKH, wo diese Problematik jetzt so an die Öffentlichkeit gedrungen ist, und auch aus Interesse nachgefragt, wie viele Fälle sich in dieser Zeit jetzt gemeldet haben. Sie wissen wahrscheinlich, dass das AKH auch mit einer Aussendung an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen reagiert hat, wo ich auch gebeten habe, dass man doch auch hineinschreibt, dass selbstverständlich auch ich, mein Büro, meine Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen, wenn eine Frau sich nicht innerhalb der Struktur beschweren möchte, weil sie Angst hat. Sie kann sich selbstverständlich auch direkt an mich wenden, neben allen anderen Gleichbehandlungsbeauftragten selbstverständlich.

Da kann ich Ihnen berichten, dass sich bis auf den einen Fall, der Anlass war, bis jetzt niemand gemeldet hat. Was mich aber nicht erfreut in den Sessel zürksinken lässt, so nach dem Motto: Wunderbar, es gibt sowieso keine Probleme. Das glaube ich nicht, sondern ich glaube, dass es noch viel Informations- und Aufklärungsarbeit bedarf, dass die Frauen wirklich auch den Mut haben, sich zu wehren und das Problem zur Sprache zu bringen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt. Herr Dr Stix, Ihre Zusatzfrage. - Er verzichtet.

Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Ich bitte.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Ich habe bereits vorgestern aus einer Studie zitiert, die über das AKH gemacht wurde: Ein Viertel der dort arbeitenden Ärztinnen - die Studie ist zwei Jahre alt, also war es auch schon vor zwei Jahren nicht besser und ist heute vielleicht auch nicht anders, das wird wahrscheinlich eins zu eins übernehmbar sein - fühlt sich sexuell belästigt und 70 Prozent von diesem Viertel mussten schon eine stärkere Form der Belästigung als einen sexuellen Übergriff erfahren. Ich denke, dass diese Zahlen ein klarer Hinweis darauf sind, dass die jetzige gesetzliche Regelung und die jetzigen Handlungen, Informationsveranstaltungen - ich weiß nicht, was es alles gibt - einfach nicht ausreichen. Sie selbst sagen ja immer, sexuelle Belästigung ist ein Ausdruck der

Macht. Daher gehört auf jeden Fall einiges geändert.

Welche Maßnahmen werden Sie daher setzen, nachdem Sie das Gesetz jetzt nicht so ändern wollen, damit sexuelle Übergriffe und sexuelle Belästigung eingedämmt werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin!

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich möchte Ihrer letzten Bemerkung widersprechen, dass ich das Gesetz nicht ändern möchte, damit man hier das Thema sexuelle Belästigung besser in Griff bekommen kann, wenn Sie mir diese Formulierung erlauben. Ich möchte das sehr wohl.

Ich glaube, dass zum Beispiel die Definition als was sexuelle Belästigung abzielt eine sehr, sehr wichtige ist und gerade in die Richtung geht, die Sie auch angesprochen haben. Ich halte auch andere Regelungen, wie zum Beispiel das Ändern der Fristen - dass man auch nach einer längeren Zeit danach dieses Thema ansprechen kann -, für eine wichtige Maßnahme. Es gibt noch eine ganze Reihe von Vorschlägen, aber wie gesagt, ich möchte der Diskussion nicht vorgegreifen, denn es sitzen jetzt gerade die Gleichbehandlungsbeauftragten, die Kolleginnen der MA 57, mit vielen anderen beisammen und machen Vorschläge. Es würde wohl wenig Sinn machen, wenn ich jetzt hier ankündige, was wir tun, bevor die Expertinnen mit ihrer Diskussion fertig sind. Aber da gibt es eine Reihe von Maßnahmen, von mehr Kontaktfrauen, um hier die Informationen zu verbessern, bis zu einer besseren Stellung der Gleichbehandlungsbeauftragten und viele andere Vorschläge aber zu der von Ihnen angesprochenen Studie von Frau Dr Nixer, die wir ja alle kennen, die eben hier aufgezeigt hat, dass ein Viertel der Ärztinnen schon einmal sexueller Belästigung ausgesetzt war und in 73 Prozent der Fälle - dieses zum Thema Macht, denn sexuelle Belästigung hat mit Sexualität nämlich überhaupt nichts zu tun, sondern mit Macht - ging diese Belästigung von einer übergeordneten Person aus. Dieses nur als Ergänzung und Bestätigung dessen, was Sie auch gesagt haben.

Es sind sehr wohl einige Maßnahmen gesetzt worden. In diesem Zusammenhang dieses eine Rundschreiben, das an alle gegangen ist, wo einerseits die Frauen sehr klar und deutlich aufgefordert wurden, sich zu informieren und sich um Hilfe an eine Reihe von Kontaktpersonen, die hier angeschrieben wurden, unter anderem eben auch ich, zu wenden. Es sind aber auch gleichzeitig mehrere Fortbildungsmaßnahmen in Vorbereitung gemeinsam mit den betreffenden Gleichbehandlungsbeauftragten. Es sind über das Informationsblatt hinaus auch im Internet die entsprechenden Informationsmaßnahmen angegeben worden und es sind Fortbildungsveranstaltungen in Vorbereitung, die das Thema mehr an die Öffentlichkeit bringen und damit auch versuchen, den Frauen Mut zu machen und Unterstützung zu geben.

Ich glaube, dass diese ganze Ebene der Information und Fortbildung unendlich wichtig ist. Es hat nur Sinn,

wenn es auf Basis eines vernünftigen und strengen Gesetzes geht. Längerfristig glaube ich aber eben, weil ich der festen Überzeugung bin, dass sexuelle Belästigung genauso wie Vergewaltigung eine Frage von Machtausübung und Demütigung ist und mit Sexualität nichts zu tun hat, dass der beste Schritt, um eine Struktur zu schaffen, in der sexuelle Belästigung keinen Platz hat, Frauenförderung ist, mehr Frauen in leitenden Positionen zu haben, den Frauen die Macht zu geben, dass sie eben in Positionen sind, wo sie auch dafür sorgen, dass Schwächeren dieser Belästigung nicht mehr ausgesetzt sein können. Das heißt, ich sehe auch hier einen Zusammenhang zwischen unseren Maßnahmen der Frauenförderung, zwischen unseren Quotenregelungsmaßnahmen, die wir haben, die uns allen zu langsam erfüllt sind - das wissen wir -, die aber trotzdem, so denke ich, der einzige Weg sind, um hier wirklich dafür zu sorgen, dass es zu solchen Übergriffen nicht mehr kommen kann.

Solange die Männer - ich sage das jetzt sehr plakativ und glücklicherweise ist es nicht mehr überall so - in den Machtpositionen sind und die Chefs sind und die Frauen in den untergeordneten Positionen sind und damit Abhängigkeiten ausgesetzt werden, solange sind Bildungsmaßnahmen wichtig und gesetzliche Maßnahmen wichtig. Es ist unendlich wichtig, dass der Arbeitgeber, also wir, ganz klar sagt, das ist unerwünscht, das wird sanktioniert, das ist auch ein dicker negativer Punkt in der Karriereleiter, wer immer das getan hat.

Also diese Maßnahmen und Vorgaben sind unendlich wichtig, aber wenn wir versuchen wollen, sexuelle Belästigung strukturell aus unserem System zu beseitigen oder möglichst zu reduzieren - ob man es jetzt beseitigen kann, wage ich jetzt nicht zu prophezeien -, dann geht das nur, indem wir ein partnerschaftliches und nicht mehr hierarchisches Verhältnis zwischen Männern und Frauen in allen Einrichtungen der Stadt haben. Das ist ja, wie ich weiß, auch unser gemeinsames Ziel, wenn wir uns auch über die Wege und über das Tempo nicht immer ganz einig sind.

So ist es, so denke ich, unser gemeinsames Ziel, an dem wir auch weiterarbeiten sollten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin!

Die 5. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Matthias Tschirf gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Treten Sie für eine baldige Umsetzung der Bundesstaatsreform ein?*

Ich darf den Herrn Landeshauptmann bitten, die 5. Anfrage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich bitte um Entschuldigung, ich werde die Zeit einholen. Ihre Frage, ob ich für die baldige Umsetzung der Bundesstaatsreform eintrete, beantworte ich mit "Ja".

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Ich bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landes-

hauptmann!

Diese Antwort ist erfreulich, weil wir wissen, wie notwendig eine Neustrukturierung der Rechte vom Bund einerseits und von den Ländern andererseits wäre.

Sehen Sie Initiativen der Bundesländer, insbesondere die Zerkleinerung unseres Verfassungssystems auf mehr als 300 Gesetze, die Verfassungsrang haben und wo es fast unmöglich ist, zu durchforsten, dass man einen Anlauf nimmt, dass man bei den Weichenstellungen, die heute gesetzt werden, auch dieses Thema angeht?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Zunächst können Sie verlässlich davon ausgehen, dass ich in der Kontinuität der Unterschrift meines Amtsvorgängers zu den Vorstellungen der Landeshauptleute, die im Perchtoldsdorfer Abkommen zusammengefasst sind, auch stehe, denn das ist so etwas wie Vertragstreue und daher einzuhalten.

Ich meine - über die Vertragstreue hinausgehend -, dass es in diesem Perchtoldsdorfer Abkommen eine ganze Reihe von sehr vernünftigen Vorschlägen gibt, wie etwa die komplette Auflösung dieser Frage der mittelbaren Bundesverwaltung, denn ich denke, dass dies auch zu einem enormen Schub der Verwaltungsvereinfachung führen kann.

Natürlich sind wir uns auch in der Landeshauptleutekonferenz dessen bewusst, dass dies natürlich nicht eine Sache ist, wo man sagt, das wird jetzt beschlossen und damit war es das auch. Selbstverständlich sind damit eine ganze Reihe sehr wichtiger Detailverhandlungen verbunden, etwa über die Frage der Finanzierung, wenn ich nur an Aufgaben denke, die in der mittelbaren Bundesverwaltung - die Betreuung von Bundesstraßen, um etwas Finanzaufwändigeres zu nennen - verbunden sind.

Daher halte ich es für wichtig, dass es zu einer klaren Form der finanziellen Verantwortung kommt. Daselbe gilt beispielsweise auch für die Frage von Landeslehrern und anderen Dingen.

Ich habe aber auch Verständnis für die Interessen des Finanzministers, dass er eine Klarheit im Hinblick auf das Bestellerprinzip haben will, denn es macht nie besonders viel Sinn, wenn derjenige, der bestellt, und derjenige, der bezahlt, unterschiedliche Personen sind, außer in der Gastronomie, wo nichts dagegen zu sagen ist, aber das auch gelegentlich vorkommt - bei uns jedoch nicht.

Was nun die Frage von Gesetzen im Verfassungsrang betrifft, so will ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, auch im Bewusstsein dessen, dass dies mit den Auffassungen vieler meiner Parteifreunde nicht übereinstimmt. Ich halte das, was passiert, dass man Gesetze in den Verfassungsrang erhebt, ohne dass dies tatsächlich Elemente der Bundesverfassung, also der Grundordnung unseres Staates, betrifft, für nicht gut, um keinen stärkeren Aus-

druck zu gebrauchen. Wer der Auffassung ist, dass Politikergehälter und Regelungen über Politikergehälter in den Verfassungsrang erhoben werden sollen, der findet jedenfalls mein Gemurre, weil das halte ich - ehrlich gesagt - für absolut unsinnig und lächerlich. Letztendlich ist es auch eine Diskussion, die in der Bevölkerung zu keiner Sekunde verstanden wird.

Ich glaube, dass dies eine Sache ist, die generell angegangen werden soll. Das betrifft nicht eine einzelne Partei, sondern das betrifft viele. Das betrifft auch Oppositionsparteien, die, wenn es ihnen opportun erscheint, mit dem Ruf nach Anhebung eines Gesetzes in den Verfassungsrang kommen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund dessen, dass beide Regierungsparteien die Verfassungsmehrheit verloren haben. Da besteht eine besondere Begierde danach, dass man dies tut, weil man auch entsprechend mentscheiden kann.

Nichtsdestrotz glaube ich, dass die österreichische Bundesverfassung zwar nicht außer Diskussion, aber jedenfalls außer parteitaktischer Erwägungen zu stellen ist. Das halte ich für richtig und für notwendig. Vor diesem Hintergrund sollte man die künftige Vorgangsweise auch überprüfen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr GÜNTHER. - Ich bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Perchtoldsdorf ist schon eine Zeit lang her und es ist bereits ziemlich ruhig geworden über die Bundesstaatsreform. Dass das dem Kollegen Tschirf noch einfällt, verstehe ich schon, denn sein ehemaliger Chef war der einzige, der das ein bisschen in Bewegung gehalten hat, der ehemalige Minister aus Vorarlberg, Jürgen Weiss. Seit er im Bundesrat ist, ist es um einiges leiser geworden.

Das Einzige, was man immer wieder hört, ist, dass ÖVP-Landespolitiker ein bisschen dilettieren mit Überlegungen, ob wir nicht die Bundesländer zusammenlegen könnten - wie Hirschmann vorschlägt - oder ob wir nicht in Wien einen Generallandtag mit Wien und Niederösterreich zusammen einführen könnten - wie Görg das immer wieder von sich gibt.

Was halten Sie von diesen Ideen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Wenn ich vorher formuliert habe, dass ich zum Perchtoldsdorfer Abkommen stehe, dann habe ich natürlich nicht Vorschläge gemeint, die darüber hinausgehen. Ich will die Vorschläge vom Herrn Landesrat Hirschmann nicht qualifizieren. Dies wurde ausreichend in der Vergangenheit getan.

Der Vorschlag der De-facto-Zusammenlegung der Landtage - sohin auch der Länder - von Wien und Niederösterreich ist allerdings einer, von dem ich verstehe, dass ein Wiener diesen Vorschlag macht. Ob das den Kollegen Pröll zu Freudenrufen und begeisterter Zustimmung veranlassen wird, wage ich zu be-

zweifeln. Ich habe allerdings auch keine Stellungnahme von ihm dazu gehört, weil ich - offen gestanden - auch den Vorschlag nicht gehört habe.

Aber ich denke, dass es vielfach in der Republik nicht goutiert werden würde, wenn man Wien und Niederösterreich zusammenlegen würde, denn ein einfacher Blick auf die Anzahl der Bevölkerung, auf die Anzahl der Wähler, auf die Wirtschaftsstärke, auf das Steueraufkommen und sehr viele andere materielle Dinge unserer Politik, würde relativ rasch überzeugend wirken, dass man das nicht tut und dass man bei der Teilung von 1919 bleibt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird vom Liberalen Forum, von Herrn Abg Smoliner, gestellt. - Ich bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich gehe in meiner Frage sogar noch etwas weiter.

Wir merken alle, dass in der Europäischen Union die Bedeutung der Nationalstaaten zunehmend zurückgedrängt wird, dass natürlich auch die Landesparlamente beziehungsweise die Landtage - ob uns das jetzt passt oder nicht - mittelfristig an Bedeutung verlieren werden.

Wir haben gestern darüber gesprochen, dass es zum Beispiel zwischen Wien und Pressburg besonders schlechte Bahnverbindungen gibt.

Meine Frage zielt auf ein Europa der Regionen ab.

Wie beurteilen Sie mittelfristig und langfristig die Entwicklung einer Europaregion Wien/Pressburg, wobei wir ganz bewusst die Landes- und Staatsgrenzen ausblenden, weil sie einfach in einem nach Osten hin erweiterten Europa nicht mehr diese Bedeutung haben werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Landtagsabgeordneter!

Ich bin ein überzeugter Vertreter des Europas der Regionen, dies aus vielfachen Gründen. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil das bei diesem Beispiel, das Sie gebracht haben, der Region Wien/Bratislava, natürlich auf der Hand liegt. Ich bin aber auch deswegen ein überzeugter Anhänger des Europas der Regionen, weil ich meine, dass die Entwicklung dieses gemeinsamen Hauses Europa in Richtung eines sehr dezentralisierten - so wünsche ich mir das jedenfalls - und sehr föderalen gemeinsamen Hauses Europa unter Einschluss einer ganzen Reihe von Ländern im Osten Europas geht, die heute nicht der Europäischen Union angehören. Dies bietet die Chance, alte nationalistisch geprägte und nationale Grenzen kulturell zu überwinden. Ich denke, dass eine Kulturregion Kärnten/Friaul/Julisch-Venetien/Slowenien beispielsweise eine alte Grenze auch kulturell obsolet macht.

Ich denke daran, welche Rolle in der Vergangenheit - im letzten Jahrhundert, aber auch vorher - der Brenner gespielt hat und wie notwendig es ist, auch hier kulturelle Grenzen zu überwinden. Dies ist letzt-

endlich eine meiner zusätzlichen Motivationen, für die Europäische Union zu sein. Dieses Europa der Regionen ist in der Lage oder - aus meiner Sicht gesehen - tatsächlich das Modell, um das Friedensprojekt der Europäischen Union entsprechend zu stärken.

Ich gehe daher davon aus, dass für Wien die Aufgabe dabei sein wird, eine spezielle Regionalpolitik im Triangel zwischen Wien, Budapest und Prag zu entwickeln, das natürlich Städte wie Györ, Bratislava oder Brünn entsprechend einschließt. Dies bietet ökonomisch eine ungeheure Chance - ganz fraglos -, aber ich denke, dass dies auch kulturell von Bedeutung ist. Das goldene Dreieck Mitteleuropas ist nicht nur etwas Dahingesagtes, sondern hat tatsächlich seine historische und kulturelle Bedeutung für die Zukunft. Ich denke, dass dies für die Europäische Union und für die Entwicklung Europas gut sein wird.

Ich weiß, dass ich mit diesen Auffassungen überhaupt nicht alleine stehe, denn sowohl im Ausschuss der Regionen - also diesem Regionalparlament der Union, wenn man so sagen kann - als auch im RGRE - das bekanntlich nicht auf die Union beschränkt ist, sondern als europäische Sektion des internationalen Städtebunds die entsprechenden Mitglieder auch aus den osteuropäischen Ländern hat - ist diese Diskussion von Bedeutung. Sie wird aktuell aufgehängt an der Erweiterungsdiskussion des Europäischen Unionsprojekts. Aber sie geht weit darüber hinaus in einer vollen Neukonzeption dieses Europas auf der Basis dessen, dass das Friedensprojekt und das Zusammenarbeitsprojekt in diesem Europa wirklich ernst gemeint und bedeutend sind.

Ich halte es für fantastisch, denn ein Kontinent, von dem über 2 000 Jahre Kriege ausgegangen sind, entwickelt sich zu einem Friedensprojekt. Das ist eigentlich eine wunderschöne Vision und eine fantastische Perspektive unserer Arbeiter! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die vierte Zusatzfrage wurde verzichtet.

Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Ich bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Sie haben die Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung als die Möglichkeit angesprochen, dass wir tatsächlich auch Verfahren konzentrieren könnten. Das heißt, dass dies auch einen Vorteil für den Bürger darstellen würde, der für verschiedenste Verfahren - egal, wer jetzt formal zuständig ist - eine Behörde hätte.

Welche Schritte werden Sie setzen, um einerseits als Landeshauptmann von Wien diese Verhandlungen vom Bund einzufordern, damit in Richtung Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung etwas weitergeht, und andererseits dass man dort, wo man Möglichkeiten dazu hat, ohne den verfassungsrechtlichen Rahmen zu ändern, trotzdem dieses "ein Verfahren - eine Behörde" verwirklicht?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Zunächst werde ich mich natürlich aus einer Solidarität der Landeshauptleute nicht ausgliedern. Das sagte ich schon vorher. Wir werden das gemeinsam wieder auf die Tagesordnung setzen. In der letzten Landeshauptleutekonferenz ist ein derartiger Forderungskatalog an die neue Bundesregierung - wie immer sie ausschaut - beschlossen worden, wo dies ein wesentlicher Punkt ist.

Dazu ist auch eine Reihe von anderen Punkten noch beschlossen worden. Einer, der im Zusammenhang mit Ihrer Frage steht, ist die Frage des neuen Anlagenrechts. Dies ist ein sehr wesentlicher Punkt für die Landeshauptleute, denn hier geht es darum, eine Zusammenfassung der Verhandlungen von Wasserrecht, Betriebsanlagenrecht und ähnlichem zu bekommen, so dass man diesem Prinzip des "one shop" oder "one desk" entsprechend entgegenkommt. Ich halte das für den Kernpunkt eines solchen neuen Anlagenrechts, weil nicht zuletzt daraus eine wesentliche Beschleunigung in dem Verfahren entsteht und dies für die Wirtschaft bedeutend ist.

Ich habe hier vor noch nicht allzulanger Zeit dargestellt, was dies zum Beispiel für die E-Werke in Wien an materieller Bedeutung hat, wenn man Verfahren bei der rechtlich vorgesehenen Dauer um ein halbes Jahr verkürzt. Es gilt natürlich für Betriebe und im Privatbereich. Vor dem Hintergrund des immer schneller werdenden Wettbewerbs ist das von besonderer Bedeutung.

Was wir in dem Zusammenhang in Wien machen werden, besteht vor allem im Einklang mit der Wirtschaftskammer und vermittelt über den Wirtschaftsförderungsfonds diese "one desk"- oder "one shop"-Vorgangsweise, so dass man hier die Betreuung entsprechend bekommen kann. Es ist uns beiden sehr wichtig, dass Investoren oder Jungunternehmer, die einen Betrieb gründen wollen, sich nicht in ein Labyrinth begeben, sondern dass sie tatsächlich entsprechend betreut werden und in einem möglichst kurzen Verfahren möglichst rasch zu ihren Bewilligungen kommen können.

Dass dies dann in der Folge gesehen auch für den Magistrat zu gelten hat, halte ich für sehr wichtig. Das beginnt bei der Bürgerfreundlichkeit, beim Bürgerservice, dass man in ein Servicezentrum gehen kann und dort seine Auskünfte bekommt, tunlichst aber in Zukunft - so wie wir das etwa in der Donaustadt ausprobiert haben - an einer Stelle alle entsprechenden Dokumente bekommt beziehungsweise dass dann auch etwa Mütter schon im Krankenhaus die Geburtsurkunde oder allfällig den Staatsbürgerschaftsnachweis selbst bekommen. Also das geht hinüber in den Bereich des Bürgerservices für alle, vom Wirtschaftsbereich her einen Schritt weiter.

Das, denke ich, sind ganz praktische und wesentliche Dinge für die Menschen in unserem Land, für die

Wirtschaftstreibenden, aber natürlich auch für die anderen Bürger in unserer Stadt. Das ist nicht nur etwas, wie eine Bundesstaatsreform oder eine Weiterentwicklung im Anlagenrecht, oder "one desk"- beziehungsweise "one shop"-Prinzipien hier durchzusetzen, oder etwas, was eine abgehobene Angelegenheit ist, die nur ein paar Landespolitiker oder ein paar Landeshauptleute interessiert, sondern das hat reale Auswirkungen auf das Leben der Menschen, und ich meine positive Auswirkungen.

Das ist der Grund, warum ich nicht nur dazu stehe und nicht nur sage, ich bin dieser Meinung und ich bin vertragstreu, sondern warum ich überzeugt davon bin, dass es richtig ist und dass es durchgeführt werden sollte.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Vielen Dank, Herr Landeshauptmann für die Beantwortung dieser Frage. Die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Frau Abg Mag Gabriele Hecht wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Staatlich verordneter Ladenschluss - pro und contra" verlangt. Das Verlangen wurde gemäß Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte die Erstunterzeichnerin, Frau Abg Mag Hecht, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass ihre Redezeit mit zehn Minuten beschränkt ist. - Ich bitte, zu beginnen.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Staatlich verordneter Ladenschluss in Österreich: Österreich hat die strengste Ladenschlussregelung Europas. Von Zuständen wie in Spanien, Frankreich und Irland, wo es überhaupt keine Beschränkungen gibt, können wir nur träumen. Auch Italien orientiert sich bei seinen Ladenschlussregelungen an den Bedürfnissen der Kunden. Ich glaube, niemand von uns kann sich vorstellen, ein Wochenende in Italien zu verbringen, ein Wochenende in Venedig, würde ich einmal sagen, wenn ich den Herrn Landeshauptmann anschau, würde ich sagen, ein Wochenende in Florenz, und dort am Wochenende oder auch an einem schönen lauen Abend vor geschlossenen Rollbalken zu stehen. Ich zumindest nicht.

Blicken wir über die EU-Grenzen hinaus: Wie schaut es in unseren beiden Konkurrenzstädten Prag und Budapest aus? - Einkaufen rund um die Uhr ist möglich - keinerlei Beschränkungen.

Wie schaut das in Wien aus? - Wir dürfen von Montag bis Freitag von 6 Uhr in der Früh bis 19.30 Uhr am Abend einkaufen. Am Samstag dürfen wir von 6 bis 17 Uhr einkaufen. "Sonntags nie" heißt die Devise, abgesehen von diversen Ausnahmen. Es wäre nicht Österreich, wenn es nicht auch Ausnahmen gäbe.

Was fühlen umgekehrt Touristen, wenn sie nach Wien kommen? Wie kommen sich die Touristen vor, wenn sie in der Wiener Innenstadt am Wochenende

bummeln gehen und gerne ihr Geld los werden würden? - Sie würden gerne einkaufen gehen, aber sie können in der Regel nicht. Die Liberalen haben eine Studie dazu gemacht, eine Umfrage unter Touristen in Wien. Daraus kann man ableiten, dass alleine durch liberale Öffnungszeiten in Wien ein Umsatzplus von 200 Millionen S im Jahr im Handel möglich wäre, was ungefähr 200 neue Arbeitsplätze bedeuten würde.

Seit neuestem hat auch der Wiener Tourismusverband hier eingehakt und das bestätigt, was die Liberalen gesagt haben, nämlich dass die Touristen vor allem den geschlossenen Sonntag beklagen.

Die Liberalen haben in diesem Haus schon verschiedene Anläufe zur Ausnutzung der Verordnungsermächtigung des Landeshauptmanns gemacht. Mein Kollege Alkier wird dann in seiner Rede darauf noch näher eingehen.

Zunächst einmal zur prinzipiellen Frage: Soll beziehungsweise darf der Staat regeln, wann Geschäfte offen halten dürfen? Soll er das deshalb dürfen, weil er es besser weiß, als die Unternehmer, wann sie aufzusperren haben? Oder soll er es aus anderen Gründen dürfen? - Nach unserer Meinung darf und muss der Staat nur dort eingreifen, wo es schutzwürdige Interessen gibt.

Welche Interessen werden durch Ladenschlussverordnungen und Ladenschlussgesetze verteidigt und gewahrt? - Diesbezüglich gibt es auf der einen Seite das Argument, dass die ArbeitnehmerInneninteressen gewahrt werden. Dazu sage ich, dafür ist aber nicht die Öffnungszeitenregelung zuständig, sondern dafür ist das Arbeitsrecht zuständig. Auf der anderen Seite gibt es das Argument, dass wir die UnternehmerInnen schützen. Wovor schützen wir sie denn? - Wir schützen in einer Marktwirtschaft, zu der wir uns alle bekennen, die Unternehmen vor dem Wettbewerb. Das ist ein österreichisches Unikum. Es besteht nämlich die Gefahr, dass wir einander in Österreich so sehr vor dem Wettbewerb schützen, dass wir am Ende alle miteinander im internationalen Wettbewerb verlieren.

Aber lassen Sie uns das Pro und Contra näher beleuchten: Bei den schutzwürdigen Interessen der ArbeitnehmerInnen wird auch immer das Argument vorgebracht, dass die ArbeitnehmerInnen gezwungen werden, an den Tagen zu arbeiten, wo sie nicht möchten, nämlich vorwiegend am Wochenende, ebenso am Abend, und dass es vermehrt zu Teilzeitbeschäftigungen kommt.

Ich halte nichts davon, dass man immer wieder die viel zitierte Alleinerziehung strapaziert. So viele AlleinerzieherInnen gibt es gar nicht in Österreich, dass diese bei jedem Problem sofort als die Gruppe der Hauptbetroffenen angeführt werden. Ich glaube auch nicht, dass dies in erster Linie die Personen sein müssen, die genau zu diesen Zeiten arbeiten müssen und sollen. Wenn sie es trotzdem tun, muss man auch eine andere Facette berücksichtigen, nämlich dass man, wenn man am Abend und am Wochenende arbeitet, in der gleichen Zeit wesentlich mehr Geld ver-

dient, weil es da hohe Zuschläge gibt, das für die Betroffenen ein Vorteil sein kann und viele das genau deshalb machen.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass es einen sehr großen Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen gibt, und zwar für Männer und Frauen, was ich für erfreulich halte. Es ist natürlich auch so, dass die Handelsangestellten bessere Öffnungszeiten vorfinden, weil sie dann eine flexible Arbeitszeit, Zeit und günstige Einkaufsmöglichkeiten haben.

Zum Familienleben ist zu sagen, ich glaube, dass sich Kinder genauso freuen, wenn die Mutter oder der Vater einmal am Vormittag beim Eislaufen mitgehen können. Das fällt mir gerade ein, weil meine Tochter heute mit der Schule Eis laufen ist und da immer Mütter oder Väter gefragt sind, die mitgehen. Wenn man eine flexible Arbeitszeit hat, kann man das tun. Sie freuen sich auch sehr, wenn man sie einmal schon zu Mittag von der Schule abholt. Meine Kinder bewerten das mindestens genauso hoch, wie wenn ich am Wochenende zu Hause bin.

Der nächste Punkt, wenn man den Arbeitnehmerinnenschutz betrachtet, ist, warum die Handelsangestellten eigentlich eine andere Spezies sind, als andere Angestellte im Gastgewerbe oder in den Gesundheitsberufen. Jetzt kann ich mir schon vorstellen, dass man sagt, bei den Gesundheitsberufen muss das eben so sein. Im Gastgewerbe gilt dieses Argument schon nicht mehr. Bei den diversen Ausnahmen, die es bei den Ladenschlussregelungen gibt - zum Beispiel in Blumengeschäften, auf Bahnhöfen oder dass man Süßigkeiten auch am Sonntag verkaufen darf -, gelten diese Schutzbestimmungen offenbar nicht. Meines Erachtens sind das vorgeschobene Argumente.

Kommen wir zur Unternehmerinnenseite: Abgesehen davon, dass ich es schon einmal für einen Widerspruch in sich halte, dass man die Unternehmer vor ihrer eigenen Entscheidung schützen muss, weil niemand einen Unternehmer zwingt, sein Geschäft aufzusperren, aber er natürlich dem Wettbewerb ausgesetzt ist - das ist klar -, kommt wieder das Argument, es gäbe kein Umsatzplus durch längere Öffnungszeiten. Das stimmt definitiv in den Bereichen, wo es Tourismus gibt, nicht, weil dort hat sich ganz klar gezeigt, dass besonders der Sonntag zu einem Umsatzplus führt. Wir wissen, dass Wien eine Stadt ist, wo besonders der Wochenendtourismus blüht. Es stellt sich natürlich auch diese Frage, selbst wenn sich der Umsatz nicht erhöhen lässt, was ich nicht glaube, weil wir haben eine sehr hohe Sparquote in diesem Land, die wahrscheinlich auch daran liegt, dass man das Geld gar nicht ausgeben kann, weil man keine Zeit dazu hat. Ich glaube, wenn man es dann tut, tut man es, wenn man Zeit hat, wenn man auf Urlaub fährt, also im Ausland, oder man fährt in ein Einkaufszentrum, meistens außerhalb von Wien.

Welche Umsatzströme werden am Abwandern gehindert und wie entwickeln sich die Umsätze, wenn zunehmend Internet-Geschäfte im Kommen sind? -

Das ist eine neue Herausforderung, der wir auch mit neuen Antworten begegnen müssen.

Zum nächsten Argument, das hoffe vorwiegend den Großen und nicht den Kleinen, kann ich nur sagen, die Kleinen haben eine Chance in dem Wettbewerb. Sie sind immer gegenüber den Großen benachteiligt, aber wenn sie eine Chance haben, dann sind es Flexibilität und Service am Kunden. Zum Service am Kunden und zur Flexibilität gehört auch, den Kleinen die Möglichkeit zu geben, aufzusperren, wann die Kunden es wünschen. Weil wir uns schon so viel über Nahversorgung in diesem Haus unterhalten haben, ist das natürlich auch ein wesentlicher Punkt für die Nahversorger in Wien, welches Service sie den Kunden anbieten können.

Abgesehen davon gilt der Konkurrenzkampf zwischen den Großen und den Kleinen nicht nur für den Handel, sondern für alle Berufe. Wenn ich an meinen Beruf als Steuerberaterin denke, so weiß ich, dass die großen Steuerberatungskanzleien alle am Wochenende arbeiten. Die haben auch einen Konkurrenzvorteil. Keiner würde auf die Idee kommen, die armen kleinen Steuerberater muss man vor den großen Kanzleien schützen, die großen Kanzleien müssen ihren Mitarbeitern verbieten, dass sie am Wochenende arbeiten. Diesen Konkurrenzkampf, den es in der Wirtschaft gibt, gibt es überall, in allen Branchen. Den gibt es nicht nur im Handel, den werden wir auch durch staatliche Verordnungen nicht verhindern können.

Das allerbeste Argument, das immer wieder für eine Verordnung von Sperrzeiten ins Treffen geführt wird, ist, sie sperren sowieso nicht auf. Das ist meines Erachtens das lächerlichste Argument. Muss ich etwas verbieten, weil es sowieso nicht passiert? - Meines Erachtens ist das ein Unsinn. Es zeigt sich, dass dort, wo ein Bedarf besteht, sich auch ein Angebot entwickelt, eben über andere Quellen. Ich denke an die Tankstellen, ich denke an die Bahnhöfe oder daran, was Wein & Co jetzt in Wien macht, indem man eine Gastgewerbeconzession erwirbt, um dann sozusagen bis in die Nacht hinein und auch am Samstag und am Sonntag verkaufen zu können.

Die Personengruppe, die in dem ganzen Spiel nie berücksichtigt wird, sind die Konsumenten und die Konsumentinnen. Die werden zwar in Umfragen befragt, wo es heißt, sie wollen das gar nicht, aber das hat man bei der Samstagsöffnung auch gesagt. Was jetzt passiert ist, ist allen bekannt. Am Samstag werden die Geschäfte gestürmt und die Konsumenten stimmen letzten Endes durch ihr Kaufverhalten ab, nämlich indem sie im Ausland einkaufen oder indem sie in Einkaufszentren fahren. Vösendorf ist ein gutes Beispiel dafür. Der niederösterreichische Landeshauptmann hat schon darauf reagiert.

Die Konklusion, die ich daraus schließe, ist, dass es kein Argument gibt, das so stark ist, dass sich eine Verordnung von Ladenschlusszeiten rechtfertigen ließe. Auch das deutsche IFO-Institut hat bestätigt, dass es keine ökonomisch stichhaltigen Argumente für

eine Beschränkung der Öffnungszeiten gibt und dass eine Liberalisierung positive volkswirtschaftliche Wohlfahrtseffekte mit sich bringen würde.

Präsident Johann Römer (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg Mag Gabriele Hecht (*fortsetzend*): Ich bin schon beim Schlussatz. Geben wir unserem Wirtschaftsstandort den Freiraum, den er braucht, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Kunz zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Alessandra Kunz (*GRÜNE*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hecht!

Ich versuche, das wirklich möglichst unemotional und sachbezogen zu machen. Diese Ladenschlussdebatte ist in den letzten Jahren häufig sehr emotional geführt worden. Ich glaube, dass ihr das nicht gut tut. Ich glaube wirklich, dass man darauf schauen sollte, was die Pros und was die Contras sind.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass aus Verfechtern der Liberalisierung vor dem Jahr 1997 durch diese Liberalisierung durchaus Skeptiker geworden sind. Umgekehrt sind aus vielen skeptischen Menschen punktuelle Verfechter der Liberalisierung geworden. Ich möchte kurz erklären, warum das so ist.

Tatsächlich war es gerade für berufstätige Menschen nicht leicht, in Österreich zu Zeiten einzukaufen, wo die Geschäfte noch um 18 Uhr oder 18.30 Uhr geschlossen haben und der Samstag Nachmittag noch tabu war. Inzwischen haben wir aber bemerkt, dass der Erfolg der Liberalisierung bei weitem für, ich sage einmal, 98 Prozent aller Einkaufsbedürfnisse ausreicht. Zweitens haben wir schon bemerkt, dass bereits diese relativ bescheidene Liberalisierung für diejenigen, die als Angestellte oder als kleine Unternehmer und Unternehmerinnen davon betroffen sind, gravierende Nachteile gebracht hat.

Ich glaube, bei aller Moderatheit der Ausdrucksweise, dass Sie es sich ein bisschen zu einfach machen, wenn Sie sagen, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer soll halt das Arbeitsrecht schützen, es ist nicht Aufgabe der Ladenschlussregelung, für sie zu sorgen.

Ich glaube - und ich will diese AlleinerzieherInnen nicht über Gebühr strapazieren - , dass es Gruppen in der Bevölkerung gibt, die sich sowieso relativ schwer tun, Jobs zu finden, die mit ihren anderen Anforderungen kompatibel sind, und diese Jobs auch zu behalten. Das sind natürlich vor allem Menschen mit kleinen Kindern und Kinderbetreuungspflichten. Das sind aber sicher auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vielleicht nicht mehr so belastbar sind wie die jungen. Wir GRÜNE glauben, dass es Aufgabe der Politik ist, für diese Bevölkerungsgruppen Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen sie nicht unter die Räder kommen.

Wir haben 1997 gesehen, dass es keineswegs so

war, obwohl wir es eingefordert haben. Wir haben darauf aufmerksam gemacht. Es war nicht so, dass es keine Debatte darüber gegeben hätte, aber es war keineswegs so, dass zuerst die Rahmenbedingungen für diese Bevölkerungsgruppe geschaffen worden wären und man dann die Ladenschlusszeiten liberalisiert hat, sondern genau das Gegenteil ist passiert. Sie und wir alle hier kennen die Situation im Supermarkt am Samstag Nachmittag, wo mit Ausnahme von wenigen Tourismusgebieten, in der Wiener Innenstadt oder auf der Mariahilfer Straße, in der Regel ab 15 Uhr fast nichts mehr los ist, aber eine einsame Verkäuferin oder eine einsame Kassierin mit ihrem kleinen Kind im Geschäft steht, weil sie nicht weiß, wo sie das kleine Kind sonst hinunt soll.

Mir tut das sehr Leid. Ich glaube nicht, dass das dadurch aufgewogen wird, dass die Privilegierten unter uns ab und zu mit ihren Kindern am Vormittag Eislaufen gehen können. Das finde ich toll, das finde ich schon schön, aber ich glaube, man muss schon schauen, wie viele Leute von dem einen und wie viele Leute von dem anderen betroffen sind.

Ich denke, Sie haben ein paar schichtspezifische Bedürfnisse angesprochen. Ich verstehe schon, dass die Angestellten in Steuerberatungskanzleien oder in Rechtsanwaltskanzleien, die oft wirklich - ich sage jetzt das hässliche Wort - ausgebeutet werden und wo gerade die Jungen zu Arbeitszeiten gezwungen werden, die eigentlich nicht mehr mit einem vernünftigen Privat- und Familienleben kompatibel sind, auch um 21 Uhr noch einkaufen gehen wollen, aber ich denke, das ist so eine kleine Gruppe und die hat so viele Möglichkeiten mit Vorratshaltung, Flexibilisierung, einmal während der Woche wegzugehen oder - wie Sie sagen - arbeitsrechtlich durchzusetzen, dass sie zu besseren Arbeitsbedingung kommt, so dass ich glaube, das kann nicht der Punkt sein.

Ich würde das Thema Ihrer Aktuellen Stunde besser verstehen, wenn Sie von Tourismusgebieten sprechen würden, wenn Sie sich auf Tourismusgebiete beschränken würden. Dazu zähle ich die Wiener Innenstadt. Da kann man über weite Strecken mit einigen Ihrer Forderungen d'accord gehen.

Es bleibt aber immer noch übrig, dass Ihre Zahlen nicht ganz einfach nachzuvollziehen sind. Ihr Abg Moser spricht zum Beispiel von 500 Arbeitsplätzen in der Wiener Innenstadt. (*Abg Dr Wolfgang Alkier: Ex-Abgeordneter!*) Entschuldigung, Ihr Kollege Moser! Ich danke für den kleinen, aber wichtigen Hinweis. Sie sprechen hingegen von 200 Arbeitsplätzen in der Wiener Innenstadt. Diese 200 Arbeitsplätze könnten wir in so vielen Bereichen schaffen - ich bin auch dafür, dass wir sie schaffen und wir zeigen auch immer wieder, wo das möglich und sinnvoll wäre -, so dass ich glaube, man muss da nicht die Ladenöffnungszeiten strapazieren.

Wo wir wirklich ein Problem sehen, sind Dinge, die ganz große Bevölkerungsgruppen brauchen. Ich komme gleich zum Schluss. Das sind die Apothekenrege-

lungen, wo ich nicht verstehe, dass die Apotheken zu Mittag zusperren, weil die meisten Leute Zeit hätten, in der Mittagspause einzukaufen. Auch die Behörden haben häufig skurrile und sehr kundenunfreundliche Öffnungszeiten. Bei den Büchereien jammern die Studentinnen und Studenten - auch viele andere Gruppen - und sagen, dass es so eigentlich nicht weitergeht. Bei den Ärztinnen und Ärzten ist kaum jemand bereit, einmal am Abend offen zu halten, um Berufstätigen die Möglichkeit der Inanspruchnahme zu geben.

Ich glaube, darüber sollte man reden. Über einzelne Verbesserungsmöglichkeiten im Kerntourismus kann man reden. Bei allem anderen, sage ich ganz ehrlich und auch für die GRÜNEN, sehen wir im Moment wirklich keinen Bedarf. Der Schaden für viele würde den Nutzen für wenige unserer Meinung nach bei weitem übersteigen! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Neuhuber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Alexander Neuhuber (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Ladenöffnungszeiten sind für uns ein hervorragendes Beispiel einer Thematik, die letzten Endes von der Realität und von der Macht des Faktischen eingeholt werden wird. Wir sind uns wohl alle darüber einig, dass die Welt um uns herum immer flexibler und immer mobiler wird. Das Internet vor allem ist es, meine Damen und Herren, das unser Leben verändert. Man kann es nicht oft genug sagen, nicht nur das Leben, sondern insbesondere auch das Einkaufsverhalten der Menschen auf der ganzen Welt und natürlich auch in Wien. Beobachten Sie sich selbst. Ich bin davon überzeugt, so mancher von Ihnen wird - wie auch ich - am Sonntag zu Hause am Computer sitzen, denn nicht nur Angestellte werden - wie Sie gesagt haben - von uns ausgebeutet. Auch Unternehmer sitzen am Sonntag im Büro am Computer und kaufen ein.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass wir uns bei den Ladenöffnungszeiten am Sonntag mäßigen. Da kann man aus unserer christlich-sozialen Tradition mit Familien, mit der Sicht des Arbeitnehmers argumentieren. Das ist mir durchaus einsichtig und ich glaube, es ist vernünftig, vorerst an eine großflächige Sonntagsöffnung nicht zu denken. Das wäre quasi ein Kulturschock für dieses Land. Ich bin daher eher für ein evolutionäres, als für ein revolutionäres Vorgehen.

Aber ich sage gleich dazu, meine Damen und Herren, die Gitter in einem Lebensmittelgeschäft am Franz-Josefs-Bahnhof sind ein Relikt der Planwirtschaft, das in der heutigen Zeit nichts mehr verloren hat. Es ist Wahnsinn, heute unterscheiden zu wollen, ob eine Obstsorte sozusagen unter Reiseproviant fällt oder nicht. Das ist eine Angelegenheit, mit der wir radikal aufräumen müssen. Die Grundversorgung der Wienerinnen und Wiener mit zum Beispiel Lebensmitteln muss auch am Sonntag durchaus gegeben sein. Ich sehe aber momentan noch keinen dringenden

Grund, wieso man auch Elektro, Sport oder Textilien am Sonntag unbedingt einkaufen sollte.

Die Tausenden Kunden, meine Damen und Herren, die teilweise am Wochenende oder am Abend durch Einkaufsstraßen ziehen oder auf den Bahnhöfen versuchen, ihren täglichen Bedarf zu stillen, sind ein hervorragendes Argument für die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. Kundenorientierung, dem Wunsch des Kunden zu folgen, ist heute eine unabdingbare Maxime in der Wirtschaft.

Immer wieder wird von den Gegnern der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ins Treffen geführt, dass dies der Konsument gar nicht wolle. Dern muss man in zweierlei Hinsicht entgegentreten. Zum einen war es beim Samstag Nachmittag und der Öffnung anfangs genau das selbe. Wenn man etwas nicht kennt, dann will man es nicht unbedingt. Zum anderen, meine Damen und Herren, selbst wenn Umfragen stimmen würden, dass nur ein Drittel der Konsumenten für eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ist, muss ich sagen, müssen wir eben für dieses eine Drittel aufsperren, weil auch das schon Argument genug ist.

Deshalb sage ich, meine Damen und Herren, ich finde es absolut notwendig und geradezu als Gebot der Stunde, dass wir unter der Woche - also von Montag bis Samstag - die Ladenöffnungszeiten liberalisieren, um nicht zu sagen vielleicht sogar ersatzlos streichen. Aber das Prinzip dabei - das sage ich in diesem Satz dazu - muss die Freiwilligkeit sein, sowohl für die Unternehmer als auch für die Arbeitnehmer. Keiner darf gezwungen werden oder gezwungen sein. Aufsperren - der Kollege Tschirf wird darauf noch eingehen -, ja, aber bei vollem Schutz für die Arbeitnehmer, was Nacht- und Sonntagsarbeitsbestimmungen et cetera betrifft. Für alle Betriebe wird sich eine Öffnung ohnehin nicht rechnen in der Wirtschaft.

Es heißt heute schon lange nicht mehr in der Weltwirtschaft, dass die Großen die Kleinen fressen, sondern die Schnellen die Langsamen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass nicht nur zusätzliche Arbeitsplätze durch die Liberalisierung geschaffen werden könnten, sondern dass es vor allem eine große Chance für die Klein- und Mittelbetriebe wäre. Nämlich dann, wenn sie Nischen besetzen würden, die ein Großunternehmen, weil es unflexibler, weil es langsamer ist, gar nicht besetzen kann.

Aufgabe von uns Politikern - auch von den Arbeitnehmervertretern - ist es, hier nicht Ängste zu schüren, sondern ganz im Gegenteil, Trends zu erkennen. Wir müssen darauf reagieren. Wir müssen unsere Betriebe fit machen, ihnen Chancen zeigen und die Angst vor Dingen wie einer Ladenöffnungszeitenliberalisierung nehmen. Die Entscheidung darüber, meine Damen und Herren, lässt sich nicht aufhalten.

Lassen Sie mich noch etwas sagen als Abgeordneter, der im 1. Bezirk lebt und arbeitet. Wir haben schon gehört, es gibt immer wieder Umfragen, dass

die Wien-Touristen vor allem unsere Ladenöffnungszeiten am Wochenende bekritiseln. Gerade für den 1. Bezirk wird es eine Frage des Überlebens und der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Städtevergleich sein, hier eine Vorreiterrolle zu spielen. Ich kündige Ihnen daher an, dass wir mit dem Herrn Landeshauptmann sehr wohl darüber reden müssen - diese Frage stellt sich heute, sie ist ein Gebot der Stunde -, wie wir in Zukunft den 1. Bezirk zu einer Tourismuszone machen können.

Lassen Sie mich mit einem - Herr Präsident, ich komme schon zum Schluss - Zitat schließen: "Ich glaube, dass Parteien, die die Politik Österreichs im nächsten Jahrtausend mitgestalten wollen, die Reformkraft haben müssen, sich von starren Positionen sowohl inhaltlicher als auch ideologischer Natur zu trennen und überkommene Strukturen aufzubrechen." - Bundespräsident Dr Thomas Klestil im heute erschienenen Interview in "News".

Wir sollten uns das alle, auch vor dem Hintergrund der Diskussion der Privatisierung, die wir in den letzten Tagen in diesem Haus geführt haben, zu Herzen nehmen. Die Wiener ÖVP wird es jedenfalls tun! (Beifall bei der ÖVP und beim Liberalen Forum.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg DDr Schock zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg DDr Eduard Schock (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Hecht, Sie haben in Ihrer Begründung selbst auf die Nahversorgung in Wien hingewiesen. Ich glaube, wir sollten die Diskussion daher nicht ideologisch abstrakt führen, sondern ganz konkret die Auswirkungen auf die Nahversorgung bei uns beachten. Wir haben alle erlebt, wie in den letzten Jahren die Nahversorger in Wien dramatisch reduziert worden sind, wie sich das Aussterben unserer Geschäftsstraßen dramatisch zugespitzt hat und wie insgesamt die Insolvenzwelle - vor allem im heurigen Jahr - besonders unsere Kleinbetriebe getroffen hat. Wir wissen auch aus unserer Erfahrung mit den bisherigen Liberalisierungsschritten bei den Ladenöffnungszeiten, dass diese bisherigen Liberalisierungsschritte das Aussterben der Wiener Nahversorgung eher noch beschleunigt haben.

Es hat in der Fragestunde der letzten Landtagssitzung daher auch der Bürgermeister auf diese dramatische Entwicklung der Nahversorger hingewiesen, etwa bei den Fleischhauern, wo es 1990 fast noch 1 000 in Wien gegeben hat und derzeit nur mehr 350 in dieser Stadt existent sind. Natürlich hängt das damit zusammen, dass man heute Fleisch in allen Lebensmittelketten zu kaufen bekommt. Ich persönlich bezweifle aber, dass sich die Qualität der Fleischversorgung in dieser Stadt tatsächlich durch diese Entwicklung verbessert hat. Ich befürchte eher, dass sich die Lebensqualität von uns allen durch diese Entwicklung systematisch verschlechtert und eine völlige Freigabe der Ladenöffnung dem Vordringen der gro-

ßen Ketten nützen würde. Es wäre dies ein weiterer Konkurrenzvorteil für die großen Kaufhäuser und Lebensmittelketten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, dass diese Reform der Ladenöffnung durchaus auch eine Chance sein kann, nämlich eine Chance zur Erhaltung unserer Nahversorger und damit letztlich auch unserer Lebensqualität, wenn wir nämlich diese Ladenöffnungszeiten ganz bewusst als Instrument benutzen, um die Chancengleichheit für die kleinen Geschäfte wiederherzustellen. Dafür gibt es internationale Vorbilder. Es ist auch der internationale Vergleich ein bisschen angesprochen worden.

In Frankreich etwa werden von den Sozialpartnern Beschränkungen festgelegt, aber nur für die großen Geschäfte, für die großen Verkaufsflächen. In Frankreich müssen die großen Einkaufszentren, die Fachmärkte, die Supermärkte, pünktlich am Abend zusperren und die kleinen Geschäfte machen außerhalb dieser starren Zeiten dann ihr großes Geschäft. Man kann sich daher in Frankreich jederzeit sein frisches Baguette kaufen.

Meine Damen und Herren! Die kleinen Geschäfte erzielen in Frankreich in diesen Nischen durch ihre höhere Flexibilität zusätzliche Umsätze. Ich glaube, wir könnten uns bei unserer Reformdiskussion durchaus dieses französische Beispiel als Vorbild nehmen. Wir sollten daher ebenso wie die Franzosen bei der Ladenöffnung nach den Verkaufsflächen differenzieren. Für große Verkaufsflächen soll es weiter strenge Beschränkungen geben, also für die Kaufhäuser, für die Einkaufszentren, für die Fachmärkte und für die Supermarktketten. Für die kleinen Verkaufsflächen, für die kleinen Geschäfte, können diese Beschränkungen lockerer sein, um ihnen dadurch neue Chancen zu eröffnen, neue Chancen für unsere kleinen Fleischhauer, für die Bäcker, für die Greißler, aber auch für die kleine Boutique und das Schuhgeschäft gleich ums Eck, die derzeit einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb ausgeliefert sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns in dieser Frage den französischen Lebensstil und auch die dortige Lebensqualität zum Vorbild nehmen. Der Herr Bürgermeister hat schon Gesprächsbereitschaft in dieser Richtung signalisiert. Wir sollten daher in der Ladenschlussdebatte den kleinen Geschäften, also unseren traditionellen Wiener Nahversorgern, neue Chancen im Wettbewerb eröffnen. (Beifall bei der FPÖ)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Friedrich Strobl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Friedrich Strobl (SPÖ): Auch ein Tafel. (Der Redner stellt eine Tafel mit folgendem Text auf das Rednerpult: "Ein paar große Geschäfte wollen rund um die Uhr aufsperren. Müssen viele kleine deshalb zusperren?") Keine Umfrage.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Ein paar große Geschäfte wollen rund um die Uhr aufsperren. Müssen viele kleine deshalb zusperren?" (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie müssen die Tafel ein bisschen höher stellen!*) - Unter diesem Gesichtspunkt läuft derzeit diese Debatte um die Ladenöffnungszeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selten war eine Diskussion in der Aktuellen Stunde so spannend, wie die ersten Beiträge, die ich jetzt gehört habe, auf der einen Seite der Beitrag des Herrn Neuhuber von der ÖVP und auf der anderen Seite der Beitrag meines Vorredners, des Herrn DDr Schock, nämlich komplett konträr, als sie in früheren Zeiten artikuliert wurden.

Bei Ihnen, Herr Neuhuber, bin ich schon darauf gespannt, was Präsident Nettig diesbezüglich sagen wird, denn vor einiger Zeit, wie wir diesbezüglich diskutiert haben, hat er noch eine ganz andere Meinung vertreten. So wie ich Herrn Präsidenten Nettig kenne, ändert er seine Meinung nicht innerhalb von einer Woche oder von 14 Tagen. (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Das schließt sich nicht aus, Herr Kollege!*)

Bei Ihnen, Herr DDr Schock, ist es genauso. Sie bringen plötzlich ein Modell, wo Sie sagen, man soll nicht ganz liberalisieren, aber doch liberalisieren. Vor einiger Zeit hat es von der FPÖ und allem vom Herrn Kabas noch geheißen - totale Liberalisierung.

In welche Richtung geht diese Diskussion? - Fakt ist, dass bei einer totalen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten Folgendes passieren wird - es wurde schon angesprochen: Der Umsatz und die Kaufkraft bleiben grundsätzlich gleich und werden nur verschoben, und zwar von den Kleinen zu den Großen. Nicht umsonst sind es große Ketten, sind es große Konzernmanager, die fordern, man möge doch die Ladenöffnungszeiten total liberalisieren. In einem ersten Schritt soll man sie auf jeden Fall von 66 Stunden auf 72, auf 80 oder vielleicht noch ein bisschen mehr erhöhen, weil ganz einfach die Großen Tag und Nacht offen haben und den Umsatz, der noch in einem geringen Teil bei den Kleinen gemacht wird, zusätzlich lukrieren möchten.

Das Zweite, was passiert, ist, der bestehende Umsatz, der nicht beliebig vermehrbar ist, wird über mehr Zeit verteilt und führt dadurch zu mehr Kosten, vor allem bei den Klein- und Mittelbetrieben. Ich kenne alle Argumente, die es dazu gibt, nämlich dass niemand aufsperren muss, kein Zwang dazu besteht. Grundsätzlich ist das schon richtig, aber in der Praxis - und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich spreche aus der Praxis, denn ich bin auf der ganzen Rednerliste, wie ich festgestellt habe, der Einzige, der im Handel tätig ist und selbst ein Geschäft betreibt (*Abg Dr Wolfgang Alkier: Mit welchen Öffnungszeiten, Herr Strobl? Wie lange haben Sie offen?*), also ich weiß, wovon ich spreche (*Abg Hanno Pöschl: Wie schaut das bei Ihnen aus?*) - schaut das anders aus. (*Abg Dr Wolfgang Alkier: Wie sind Ihre Öffnungszeiten?*) In der Praxis ist es nämlich so, dass man sehr

wohl einen Zwang hat, denn wenn ich meinen Kundenstock nicht verlieren möchte, wenn ich als Kleinbetrieb weiterexistieren möchte, dann muss ich mitziehen. (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Sie verkaufen auch sonntags, Herr Kollege!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo bleibt hier die Chancengleichheit und wo bleibt hier vor allem die Lebensqualität für die Unternehmerinnen und für die Unternehmer? - Total auf der Strecke. Sie ist nicht mehr gegeben. Es ist natürlich so, dass der kleine und mittlere Unternehmer schon von in der Früh bis oft spät in die Nacht in seinem Geschäft steht. Er hat offen bis 18.30 Uhr, bis 19.00 Uhr, eventuell bis 19.30 Uhr und dann noch weitere Arbeiten zu erledigen. Er sitzt am Samstag und Sonntag in seinem Geschäft, über der Buchhaltung, muss seine Lagerarbeiten erledigen. Das, was Sie wollen, führt dazu, dass die Familie komplett auf der Strecke bleibt, dass es für Klein- und Mittelbetriebe keine Lebensqualität mehr gibt! Dafür sind wir nicht zu haben! (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber noch sagen, natürlich gibt es Modelle, über die man diskutieren kann. Natürlich kann man über eine Liberalisierung der Öffnungszeiten diskutieren, aber man kann nicht ohne Klein- und Mittelbetriebe darüber diskutieren, man kann nicht ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber diskutieren. Man darf in diesem Fall nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden. Das ist sicher nicht in Ordnung!

Wenn Sie, Herr Dr Alkier, vorher über die Interessenvertretungen gesprochen und diese kritisiert haben, so gibt es nun einmal die Interessenvertretungen. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe sind froh darüber, dass es diese Interessenvertretungen gibt, denn sie haben sonst keine Chance. Sie werden sonst nicht gehört. Jeder Großkonzern hat seine eigene Lobby und genügend Möglichkeiten, seine Wünsche und Forderungen zu artikulieren. Die Kleinen brauchen die Interessenvertretungen und dafür sind diese auch da. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (AoK): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

"Difficile est satirum non scribere." -Juvenal. Nicht von mir, aber auch ich bin immer entsetzt, wenn ich am Sonntag in der Innenstadt gehe und plötzlich Horden von Japanern kommen, mit dicken Yen-Bündeln randalieren und gegen die Scheiben schlagen. Ich fürchte mich richtig davor und bin gerne bereit, bei der Aktion mitzumachen, wo sich Kollege Neuhuber und ich hinstellen und abwehren, wegen Reichtums geschlossen.

Wohin wandert die Kaufkraft ab? - Ganz klar nach Freilassing, nach Ödenburg, ins Ausland, nach Amazon - für diejenigen, die Internet-Besucher sind.

Mir ist schon klar, "wegen Reichtums geschlos-

sen" könnten nur die Innenstadt und vielleicht die Mariahilfer Straße schreiben, aber das sind unterschiedliche Bezirke und Regionen. Ich will "satirum non scribere" nicht übertreiben, trotzdem aber auf eine grundsätzliche Frage hinweisen, wo ich ein wenig überrascht bin. Ich habe gestern die Freiheitliche Partei verteidigt, dass sie nichts für die Mordaufrufe am Stephansplatz kann. Ich stehe auch dazu, dass ich nach wie vor die Kollegen Schock oder Serles für exzellente Ökonomen halte, genauso wie ich Kollegen Wolfram für einen guten Kulturpolitiker halte, ich bin nur überrascht, weil wir Freiheitliche - da hat Kollege Strobl wirklich völlig Recht - haben immer ein klassisch-ordoliberales Ordnungsprinzip propagiert. Broesigke, Hirnschall, Pawkowicz und - wie Kollege Strobl richtig sagt - Kabas auch, solange es Broesigke, Hirnschall und Pawkowicz aktiv unter uns gegeben hat. Das, was du jetzt gesagt hast, könnte Josef Stalin oder sonst, um jetzt nicht einen Verbrecher zu nennen, sondern einen GOS-Plan oder GOS-NAP, eben jedem sowjetischen Zentralplaner die Freudentränen senkrecht aus den Augen treiben.

Ich zweifle auch daran, dass das der Nahversorgung hilft. Bitte bedenken Sie, wie die Nahversorgung früher in irgendwelchen entlegenen Tiroler Bergdörfern funktioniert hat. Da ist vor 50 Jahren eben jemand mit dem Bauchladen durchgegangen oder vor 30 Jahren jemand mit dem Kombi durchgefahren. Das war dann der Bäcker oder der Fleischer und der hat laut gehupt. Ich habe das selbst noch erlebt. Das hat die Nahversorgung in den Tiroler Bergdörfern halbwegs sichergestellt.

Heute geht alles mit Knopfdruck. Heute geht das alles im Internet. Genauso - ich habe Amazon schon gesagt - wie Sie Bücher bestellen können, können Sie beim Meini, beim Billa, bei wem auch immer, schon über das Internet bestellen. Das Internet propagieren wir alle gemeinsam, auch die Regierungsparteien und schon die Oma auf der Rezeptseite.

Wir werden den Greißler sicher nicht dadurch am Leben erhalten, dass wir jetzt das Einkaufen verbieten. Natürlich ist die Kaufkraft nicht beliebig vermehrbar, aber bitte bedenken Sie, die Konsequenz daraus wäre, wir würden uns sehr viel ersparen, die Konsequenz daraus wäre, dass wir einmal in der Woche - oder noch besser einmal im Monat - für eine, zwei oder drei Stunden eine Produktausgabezeit einführen, wo dann alle Konsumentinnen und Konsumenten sich gefälligst einzufinden haben, um kaufen zu können, die Kaufkraft abgeschöpft wird und wir den Rest zumachen. Damit könnten wir sehr viel sparen. In Wirklichkeit könnten wir uns dann die gesamte Marktwirtschaft ersparen. Ich fürchte, wir werden uns dann unser ganzes Gesellschaftssystem ebenfalls ersparen können.

Meine Damen und Herren! Wir werden heute in den Fünfminutenbeiträgen nicht die ganze Problematik von Transferleistungen, von unterschiedlichen Akkumulationen, von Wertschöpfungen und von Wert-

schöpfungsketten ausdiskutieren. Nur, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, gescheiter ist, wenn Ihnen das nächste Mal so etwas passiert, was ich Ihnen vorher skizziert habe, dass Japaner oder - weil Sie sich vor Japanern nicht so sehr fürchten, weil sie sehr gut in den japanischen Kampfsportarten sind - Amerikaner mit Yen-Bündeln beziehungsweise mit Dollar-Bündeln hinter ihnen randalieren und an die geschlossenen Türen der Innenstadt klopfen, dass wir sie eintreten lassen, nicht aus Gründen der Herbergssuche, sondern schlicht der Selbstsucht wegen. Lassen wir sie die Dollar-Bündel bei uns abgeben! - Danke. (Beifall bei den Abgen Kurt Hermann Beer, Ing Dr Thomas Geringer und Mag Alexander Neuhuber.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Stellen Sie sich vor, es würde eine Partei kommen und ein Gesetz vorschlagen, wodurch Menschen gezwungen würden, ihre Geschäfte offen zu halten. Dafür würde wahrscheinlich niemand hier Verständnis haben. Wenn Sie den Umkehrschluss nehmen: Wieso zwingen Sie Menschen dazu, ihre Geschäfte zuzusperren?

Weder noch kann ich nur sagen, zumindest in einer mittelfristigen Perspektive, bis sich die Diskussion so festgesetzt hat, dass wir alle ein gemeinsames Verständnis dafür haben, dass solche Dinge nicht zu regeln sind und dass hier einfach kein Regelungsbedarf besteht, genauso wie bei Krankenhäusern in dem Sinn kein Regelungsbedarf besteht, weil man sich nicht aussuchen kann, wann man in ein Krankenhaus muss.

Was Sie mit der Strategie machen, dass Sie auf diese Veränderungen nicht reagieren, ist, dass Sie bestimmten Gruppen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Das sind auf der einen Seite natürlich zum Beispiel Internet-Betreiber, die mit ihrem Internet-Angebot 7 Tage in der Woche 24 Stunden lang verkaufen können und wo Menschen 7 Tage in der Woche kaufen können. Das sind aber auch Leute - da muss ich den Kollegen Strobl heranziehen -, die zum Beispiel gerade am Christkindlmarkt 7 Tage in der Woche, Montag bis Sonntag, von - ich weiß es nicht genau - 9 bis 22 Uhr oder 9 bis 21 Uhr (Abg Hanno Pöschl: Bis 21 Uhr!) ihr Geschäft machen. (Abg Johann Hatzl: Ist der Christkindlmarkt mit einem normalen Geschäft vergleichbar? Das ist kein guter Vergleich!) Selbstverständlich gönne ich es ihm, natürlich soll er das machen, aber die Ungerechtigkeit bei der ganzen Geschichte ist, am Christkindlmarkt darf er sehr wohl seine Produkte - ich glaube, es sind Sport-accessoires und solche Dinge - 7 Tage in der Woche von 9 Uhr bis irgendwann in der Nacht verkaufen, irgendwo auf der Josefstadt Straße, wo er ein Geschäft hat, darf er es nicht und alle anderen auf der Josefstadt Straße dürfen es auch nicht. Ich meine,

das ist nichts anderes als eine Bevorzugung von bestimmten Gruppen, die letztendlich einen Konkurrenznachteil für die Nahversorgung bringt.

Lassen Sie mich sagen, ein bisschen minderheitenfreundlicher könnten wir doch sein und nicht immer nur sagen, es sind sowieso 80 Prozent mit dem zufrieden, was jetzt ist, also sind halt 20 Prozent nicht damit zufrieden. Darf man ausnahmsweise auch für die einmal irgendetwas machen? - Es ist doch kein Problem, dass man sich ebenso mit den Wünschen einer Minderheit auseinander setzt, die sagt, wir würden ganz gerne zu Zeiten einkaufen, die über das hinausgehen, was im Moment angeboten wird und was im Moment möglich ist.

Wenn ich die einzelnen Wortmeldungen noch einmal Revue passieren lasse, so ist das von den GRÜNEN natürlich eine ideologische Geschichte, nach dem Motto "98 Prozent der Einkaufsbedürfnisse sind damit befriedigt, deshalb reglementieren wir weiter". - Das ist keine Überraschung.

Überraschend ist für mich der Kollege Neuhuber, wo ich nur applaudieren konnte und wo ich mich sehr freuen würde, wenn Sie das in der eigenen Partei durchsetzen würden, weil die Signale, die man immer wieder von der Wirtschaftskammer hört, doch eher bewahrendere sind.

Nicht mehr viel wundern tut mich etwas bei der FPÖ.

Ich weiß nicht, ob Herr Schock diese Rede sehr genossen hat. Aber es ist wirklich eine Rede fürs Bewahren schlechthin gewesen: Nur nicht irgendwie etwas an der ganzen Sache ändern, nur nicht irgendwie liberal sein, nur nicht irgendwie einen Markt zulassen - das ist auch erfreulich, weil es Abgrenzungsmöglichkeiten deutlicher hervorhebt. Und die SPÖ eigentlich diesem folgend: Nur nicht jetzt etwas ändern! Die Leute haben es ohnehin gern, es sind ohnehin die meisten zufrieden, nur nicht irgendetwas bewegen, wenn sich rundherum alles bewegt. Wir schauen, dass wir das durchziehen, solange es nur irgendwie geht. Wenn die Niederösterreicher irgendwann einmal etwas machen werden - hoffentlich nichts!, aber wenn sie etwas machen -, müssen wir eben schlimmstenfalls einmal reagieren und so weiter.

So kann es doch nicht sein, wenn wir hier in Wien offensiv versuchen, Wien zu einer Einkaufsmetropole für Europa zu machen! So kann es nicht gehen, wenn wir hier eine aktive Politik machen wollen, die Wien im touristischen Sinn und im Einkaufssinn Wettbewerbsvorteile verschafft.

Lassen Sie mich ganz kurz noch die Schritte präzisieren, wie ich sie mir vorstelle.

Punkt eins: Der Landeshauptmann sollte endlich seine Gespräche mit den Sozialpartnern zu einem bestimmten Termin zu Ende führen. Das ist nämlich in den letzten Jahren immer wieder die Ausrede gewesen, wenn wir ihn darauf angesprochen haben: Er wird nicht liberalisieren, sondern zuerst noch mit den Sozialpartnern sprechen. Dort ist Herr Nettig immer

dagegen gewesen.

Punkt zwei: Nach diesem Termin - egal, was die Sozialpartner sagen - soll der Herr Landeshauptmann in Wien seinen Verordnungsspielraum, den er im Bereich der Öffnungszeiten hat, voll ausnützen. Er hat die verschiedensten Möglichkeiten dazu: Tourismuszone, 80 Stunden für Kleinstbetriebe et cetera, et cetera.

Punkt drei: Es sind dann die Rahmenbedingungen für eine komplette Liberalisierung wirklich zu schaffen. Das betrifft selbstverständlich den Bereich Kinderbetreuungsmöglichkeiten et cetera, das betrifft aber auch einen Diskussionsbedarf im Hinblick darauf, wie man bestimmte Übergangsregelungen für Kleinbetriebe schafft. Hier können wir darüber diskutieren, hier können wir über Übergangsregelungen sprechen.

Punkt vier ist in der Folge eine wirkliche Liberalisierung, ein wirkliches Abschaffen der Ladenschlussregelungen.

Ich hoffe, dass wir bei diesem vierten Schritt möglichst bald angelangt sein werden, im Sinne der KonsumentInnen, aber auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts. (Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Ein schnelles Pult wäre eine kleine, aber sinnvolle Ausgabe für den Gemeinderat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein erster Gedanke zur Rede von Frau Abg Hecht war: Das ist Egoismus pur. Ich denke mir, diese Form von Egoismus sollte man nicht in Politik gießen, sondern ein bisschen länger darüber nachdenken, was Politik ist. Mir kommt es so vor, als wäre der liberale Vorschlag sehr wohl ein staatlich verordneter Öffnungzwang. Denn wenn die Kleinen dann nicht offen haben und diesen Wettbewerb aufnehmen, dann werden sie zusperren müssen, und zwar auf ewig. Das bringt die Kleinen um und es bringt die Nahversorgung um. Das kann man meiner Meinung nach politisch nicht wollen.

Zweiter Punkt: Nur weil die Krankenschwestern, Polizisten und Blumenfrauen auf dem Bahnhof jetzt schon blöde Arbeitszeiten haben, muss man doch nicht automatisch wollen, dass weitere Gruppen der Bevölkerung ebenfalls blöde Arbeitszeiten haben. (Abg Mag Gabriele Hecht: Warum ist das blöd?) Das ist ja eine Veränderung der Lebensqualität nach unten und nicht nach oben, außer man betrachtet es ausschließlich mit den Augen der Konsumentin oder des Konsumenten. Na, als Konsumentin gehe ich doch leidenschaftlich gern rund um die Uhr einkaufen. Bei meinen blöden Arbeitszeiten wäre es fantastisch, wenn alles ständig offen hätte. Überhaupt kein Problem, das würde mich sehr freuen - aber Politik ist das nicht!

Dritter Punkt: Wir wären sehr wohl dafür, Maßnahmen zu setzen, die den kleinen Gewerbetreibenden entgegenkommen und ihre Chancen im Wettbewerb

erhöhen. Da kann man sehr wohl auch über die Öffnungszeiten nachdenken, dagegen habe ich überhaupt nichts. Aber das wären dann ausschließlich Maßnahmen für die Kleinen und für die Nahversorger. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Nächster Punkt: Mein Misstrauen bricht vollends aus, wenn Menschen, die 75 000 S oder seien es auch 43 000 S netto verdienen - so wie diejenigen hier in diesem Saal -, verlangen, dass ausgerechnet diejenigen, die im Handel tätig sind und netto zwischen 7 000 S und 12 000 S verdienen, noch unmöglichere Arbeitszeiten bekommen. Das ist absoluter Egoismus an der falschesten Stelle, wirklich an der absolut falschesten Stelle!

Diese Menschen leiden schon jetzt unter Teilzeit, die ihnen aufgezwungen wird, unter derart unmöglichen Arbeitszeiten - einmal am Vormittag, einmal am Nachmittag, einmal am Abend -, dass sie mit den Kinderbetreuungszeiten überhaupt nie zu Rande kommen werden. (Abg Hanno Pöschl: Das ist Arbeitsplatzvernichtung, was Sie betreiben!) Diejenige hat aber auch - im Gegensatz zu Ihnen, Frau Hecht - nicht das Geld, zu improvisieren und sich irgendwem zu holen, der da oder dort einmal ein paar Stunden für die Kinder einspringt. Ich verstehe diese Position tatsächlich nicht. (Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPÖ.) - Danke.

Jetzt möchte ich auch etwas zu einer Bemerkung des Herrn Abg Neuhuber sagen, die mir besonders gut gefallen hat, betreffend die problematische Situation der Wienerinnen und Wiener in Bezug auf die Lebensmittel am Sonntag. Die Wienerinnen und Wiener sind vor allem seit der Erfindung des Kühlschranks so etwas von wohl genährt und so etwas von absolut mit Essen versorgt, dass man sich mehr überhaupt nicht wünschen kann. (Abg Hanno Pöschl: Wenn es danach geht, brauchen wir überhaupt nicht mehr aufsperren! Dann leben wir aus der Tiefkühltruhe!) Die brauchen den Sonntag nicht, um Lebensmittel einzukaufen - danke! (Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Jetzt meine abschließende Bemerkung, meine Damen und Herren: Wir können uns entscheiden, ob wir in erster Linie solidarische Politiker sind oder ob wir in erster Linie konsumierende Menschen sind. Ich entscheide mich für Ersteres. Wir sind solidarische Politiker und dabei bleibt es auch. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Mein Problem ist jetzt, das Pult wieder hinaufzubringen. (Abg Mag Gabriele Hecht: Was sagen Sie zur neuen Koalition, Herr Tschirf?)

Worum es der Österreichischen Volkspartei geht ... (Abg Hanno Pöschl: Jetzt muss er zwischen Neuhuber und Jerusalem schwanken!) Nein, es gibt eine ganz klare Position der Österreichischen Volkspartei. Sie

besteht darin, Ladenöffnungszeiten mit Augenmaß auszudehnen. (Heiterkeit beim Liberalen Forum.) Das ist es, wozu sich sowohl Görg als auch Nettig, sowohl Neuhuber als auch Tschirf bekennen. Da geht es nämlich darum, dass man für die Kleinen Chancen schafft und dass man die Nahversorgung stärkt. Es geht auch darum, dass weder Starrheit besteht noch unüberlegte, übertriebene Liberalisierung vorgenommen wird. Das heißt, es geht um einen Weg, den Konsumenten, kleine Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinsam gehen können.

Ich möchte mich daher hier vor allem mit zwei Themen beschäftigen und die Grenzen der Flexibilisierung aufzeigen, die wir sehen.

Die erste Grenze ist der Sonntag. Der Sonntag ist uns sowohl sozial- als auch familienpolitisch ein sehr wesentliches Anliegen. Dadurch unterscheiden wir uns auch von so manchem "Spin doctor", der den Dienstag wie den Sonntag sieht, geschweige denn von denen, die den Unterschied des Ablaufs in der Woche überhaupt völlig verwischen, und damit auch des Sozialgefüges, das wir in den Familien vorfinden. Worum geht es dabei? - Es geht darum, dass wir unsere europäische Arbeits- und Lebenskultur und damit auch unser Maß an Lebensqualität aufrechterhalten.

Vor einiger Zeit hat Hubert Gaisbauer in einem Radio-College, das sich mit der Sonntagsarbeit beschäftigte, ganz klar auf diesen Verlust an Familienkultur und damit an gesamtgesellschaftlicher Kultur hingewiesen. Er hat davon gesprochen, dass es darum geht, durch entsprechende freie Sonntage auch die Psychohygiene einer Gesellschaft zu erhalten, und dass es darum geht, dass Familien den Sonntag einfach gemeinsam verbringen können. Er hat historisch darauf hingewiesen, dass die Juden die Diaspora vor allem auch deswegen überstanden haben, weil sie den Sabbat und die Familie als ihre wesentlichen Werte erhalten haben.

Neben dieser ganz zentralen Frage des Sonntags geht es aber auch - und da ist einiges angeklungen, dem wir rechtzeitig entgegentreten müssen - um die Reduzierung der Arbeits- und Sozialrechte der Arbeitnehmer, gerade wenn es sich um eine Gruppe wie etwa Verkäuferinnen in Supermärkten handelt. Das sind nicht die sozial Privilegiertesten in dieser Gesellschaft und genau deshalb müssen wir entsprechend Acht geben.

Das heißt: Worum geht es uns als Österreichischer Volkspartei? - Es geht uns darum, dass wir die Infrastruktur erhalten. Sicherlich kann man über Flexibilität - ich sage jetzt: Thema Tourismuszonen, es geht auch unter der Woche -, über einiges reden, aber trotzdem ist darüber die soziale Ausgewogenheit, das soziale Maß nicht zu vergessen. Uns geht es daher um Ladenöffnungszeiten mit entsprechendem Augenmaß und um Änderungen mit entsprechendem Augenmaß. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau StR Landauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es

ihr.

StR Karin Landauer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur zum Herrn Kollegen Strobl sagen, dass sich Klubobmann Mag Kabas nie für die totale Liberalisierung ausgesprochen hat und dass ich der Meinung bin, dass wir über die Vorschläge von Herrn Abg Dr Schock diskutieren und sie nicht einfach wegwischen sollten, wobei ich glaube, dass die Aktuelle Stunde dazu einfach zu kurz ist.

Ich persönlich bin sehr froh darüber, dass ich zum Beispiel kurz vor 19 Uhr noch einkaufen gehen kann. Im Lebensmittelhandel galt lange Zeit ein zu enger Zeitrahmen für den Verkauf. Mit den jetzt gültigen Regelungen ist zumindest eine deutliche Besserung für die Konsumenten-Anliegen geschaffen worden.

Was aber belastet, sind die teuren und für die Kleingeschäfte schwer einhaltbaren arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die an die neuen Öffnungszeiten geknüpft sind. Diese arbeitsrechtlichen Bestimmungen können sich viele Klein- und Mittelbetriebe gar nicht leisten. Ich weiß, worüber ich rede, da ich fast acht Jahre einen kleinen Bio-Laden hatte und dort auch mit Angestellten zusammenarbeiten konnte.

Wir sind der Meinung, dass 66 Stunden für die Ladenöffnungszeiten genug sind. Bezuglich der Ausweitung auf den Sonntag sind wir der Meinung, dass es genug Ausnahmeregelungen gibt. Diese können bei Bedarf auch ausgedehnt werden. Es ist abzusehen, dass von einem Sonntagsverkauf überwiegend Großkaufhäuser und Einkaufszentren profitieren würden. Auf keinen Fall ist der verkaufsoffene Sonntag eine Frage des Geschäfts. (*Beifall bei der FPÖ*.) Die angeblich so guten Umsätze, die in den letzten Wochen bei Versuchen in Deutschland gemacht wurden, sind auf Dauer nicht zu halten.

Wir Freiheitliche sind der Ansicht, dass 300 000 Menschen, die jetzt ohnedies schon die unbedingt notwendige Versorgungstätigkeit am Sonntag ausüben, genug sein müssen. Gerade die Handelsangestellten sind eine Berufsgruppe, die eine für meine Begriffe niedrige Entlohnung erhält. (*Beifall bei der FPÖ*.) Gerade im Verkauf gibt es sehr viele geringfügig Beschäftigte, die keinerlei Absicherung im Alter erhalten.

Gerade im Verkauf sind sehr viele Frauen beschäftigt. Gerade im Verkauf sind sehr viele Alleinerzieher und Alleinerzieherinnen beschäftigt, die es sehr schwer haben, ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu bringen, die sich den geänderten Ladenöffnungszeiten angepasst haben. Vor allem durch das Sparpaket, mit dem die Karenzzeit auf höchstens eineinhalb Jahre verkürzt wurde, ist ein erhöhter Bedarf nach Betreuung von Eineinhalbjährigen entstanden. Es gibt viel zu wenige Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten. Diese Tatsache geht zu Lasten der Kinder und der Betreuungsperson.

Aus all diesen Gründen lehnen wir Freiheitliche eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ab.

Die Handelsangestellten stehen jetzt schon zunehmend unter Druck. Viele von ihnen erhalten die Mehrarbeit weder bezahlt noch in Zeitausgleich abgegolten. Der Familie der allein erziehenden Mutter oder des allein erziehenden Vaters soll der Sonntag erhalten werden. Die allein erziehende Mutter oder der allein erziehende Vater hat sicherlich andere Sorgen als das Frühstückssemmel am Sonntag. 90 Prozent der Österreicher wünschen sich wieder mehr Familienleben. Daher sagen wir ein klares Nein zum Sonntagsverkauf. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Wenn wir den Standort Wien verbessern und weiterhin eine hohe Beschäftigung haben wollen, dann müssen wir den Faktor Arbeit entlasten. Eine der dringlichsten Aufgaben muss es sein, die Senkung der Lohnnebenkosten herbeizuführen. Noch besser wäre es, die Flat tax einzuführen. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Göbl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Göbl (*SPÖ*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Landtags!

Allen, die von Nahversorgung, Familienförderung schwärmen, ins Stammbuch geschrieben: Deregulierte Öffnungszeiten, Samstags- und Sonntagsarbeit sind genau die Maßnahmen, mit denen man der Familie den Kitt der Gemeinsamkeit entzieht, wo man kulturellen Verbänden die Möglichkeit nimmt, gemeinsam zu proben und Auftritte gemeinsam durchzuführen, und die Klein- und Mittelbetriebe zusperrt, damit große Handelsketten länger offen halten können.

Darüber hinaus ist auch sehr oft festzustellen in Bezug auf Vereinbarungen, die es jetzt im Zuge der erweiterten Öffnungszeiten gibt - kollektivvertraglich zum Beispiel, dass man nur jeden zweiten Samstag eingesetzt wird oder dass es als Ausgleich dafür Freizeit gibt -, dass sich sehr viele Betriebe und Handelsketten nicht daran halten. Da ist es die Frage: Werden sie dann bei weiterer Liberalisierung Vereinbarungen, von denen wir hoffen, sie auch dafür treffen zu können, genauso einhalten wie jetzt?

Da auf meinen fraktionellen Voredner Kollegen Strobl mit Häme verwiesen wurde, dass er 7 Tage in der Woche geöffnet hat, ist dazu festzustellen: So, wie alle anderen, die im Marktgebiet des Christkindlmarkts angesiedelt sind! Denn im 8. Bezirk, wo er auch eine Devotionalienhandlung für Sportaccessoires hat, hat er sicherlich geschlossen. Es würde auch wahrscheinlich niemand in eine Seitengasse im 8. Bezirk einkaufen kommen, sondern alle drängen sich rund um den Rathausplatz oder um die anderen Christkindlmärkte.

Ähnlich ist es in den Tourismusbereichen. Wer sich ein wenig die Innere Stadt ansieht, wird feststellen, dass die Kärntner Straße, der Graben und vielleicht noch einige Seitengassen, wie von der Rotenturmstraße ein Stück, sehr stark bevölkert sind. Ich habe allerdings dort noch keinen Japaner oder Amerikaner mit dem Bündel Banknoten in der Hand an die Schei-

ben trommeln sehen, anscheinend sind die immer dann dort, wenn ich nicht hingeho. Aber darüber hinaus, etwa wenn man nur auf den Fleischmarkt geht, ist Sense, dort röhrt sich nichts mehr. Auch in den anderen Seitengassen, ob es die Johannesgasse ist oder ob es andere sind, sind Sie mutterseelenallein, auch wenn man Sie mehr oder weniger durch die Kärntner Straße schiebt.

Wenn ich darüber hinaus repliziere: Diese Ladenöffnungszeit-Debatte ist ja nicht die Erste. Zuerst ging es um einen Samstag Nachmittag im Monat, dann ging es um alle Samstage. Ein Meilenstein war dann, glaube ich, die Kontroverse um den 8. Dezember. Neuerdings sind es natürlich die Tankstellen, die zu Tag- und Nachtzeiten öffnen und damit auch Nahversorgern das Leben schwer machen.

Trotzdem ist es für uns Sozialdemokraten und Gewerkschafter nicht unbedingt einsehbar, dass wir von vielen als die Versteinerten hingestellt werden, die das verkrustet halten, sondern wir sind ganz einfach angetreten, Arbeitnehmer zu vertreten. Wer mit den Beschäftigten im Handel spricht, hört, dass vor allem eines ihre große Sorge ist: Wenn ihr zulässt, dass am Sonntag aufgesperrt wird - mehr braucht ihr nicht! Ich würde sagen, da hört sich die Liberalität der Beschäftigten absolut auf.

Ich selbst kann ein Lied davon singen. Ich bin gelernter Zuckerbäcker, ich habe an Samstagen, an Sonntagen, an Feiertagen gearbeitet. Ich weiß, wie man diesen Arbeitnehmern den sozialen Kitt wegnimmt. Da gibt es keine Möglichkeit, ins Theater zu gehen. Es besteht dann auch am Tag keine Möglichkeit, obwohl man ja den Tag dafür frei hätte, Bildungsveranstaltungen zu konsumieren. Ich weiß, wie es ist, wenn einem der Kopf herunterfällt, obwohl man gewillt ist, zuzuhören.

Wer will, darf natürlich aufsperrn, wer will, darf da überall mitmachen. Nur: Wer nicht will, wird dann in einer solchen Bude auch nicht beschäftigt werden. Das ist das Problem, das wir sehen. Darüber hinaus scheint uns - ich habe bei dem Redebeitrag des Kollegen Neuhuber fast dieses Gefühl gehabt -, dass in diesem Bereich der Sozialpartner wieder abhanden gekommen ist. Ich bin Kollegen Tschirf dafür dankbar, dass er für eine Öffnungszeiten-Diskussion mit Augenmaß eintritt. Denn genau das ist notwendig.

Wenn wir die Wünsche, die wir heute gehört haben, Revue passieren lassen, dann kann man nur sagen, dass es uns trotz all dieser Diskussion gelungen ist, zum Beispiel für den 8. Dezember auf den Märkten eine Regelung zu finden, die allerdings auch besagt: Erstens einmal muss der Beschäftigte rechtzeitig informiert werden, zweitens kann er selbst eine Woche vor dem 8. Dezember sagen, eigentlich kann und will ich nicht, ohne dass ihm Schaden daraus erwächst. Außerdem bekommt er dafür Freizeit und zusätzliche Bezahlung. Ich glaube, nur so kann man Öffnungszeiten diskutieren. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Die Aktuelle Stunde ist

beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 2 und der Freiheitlichen Partei Österreichs 1 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: 6 von den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien", 5 von der Freiheitlichen Partei Österreichs sowie vom Liberalen Forum und den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1 gemeinsam.

Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben.

Abg Dr Wolfgang Alkier sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag betreffend Wiener Taxitarif eingebracht.

Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen und bitte, als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem Herrn Landeshauptmann zu.

Von den Abgen Mag Hilmar Kabas, Josef Wagner, Heinz Christian Strache und Karl Ramharter wurde eine Anfrage, betreffend kostenloses Parkpickerl in Wien, an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Gemäß § 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der Dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen und um spätestens 20 Uhr zur Erledigung der noch offenen Geschäftsstücke fortgesetzt.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor. Die Postnummern 1, 4, 2, 3 und 5 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben. - Ich werde daher so vorgehen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die Postnummer 1 betrifft die Wahl eines Mitglieds und eines Ersatzmitglieds des Landessportrats.

Bevor wir die vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig. Danke. Mein Vorschlag ist damit angenommen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Landessportrat ist im Wiener Landessportgesetz geregelt. Dort ist im Wesentlichen festgeschrieben, dass, je nach aktuellem Stärkeverhältnis, zwei bis drei Parteien in diesem Landessportrat sitzen. Der Landessportrat hat nicht un wesentliche Aufgaben. Es wird hier eine ganze Reihe von Dingen aufgelistet, die unter den Überbegriff fallen: Dem Landessportrat obliegt die Behandlung sämtlicher den Körpersport im Lande betreffende Angelegenheiten.

Er übernimmt also eine Funktion, wie sie an anderer Stelle zum Beispiel der Stadtschulrat im Bereich Bildung übernehmen sollte, oder bestimmte Gemeinderatsausschüsse. Da ist es dann selbstverständlich eine Frage, ob man sagt, dass man dort überhaupt keine Politiker drinnen haben will - wogegen wir grundsätzlich nichts hätten -, oder ob man sagt, man gleicht das dem aktuellen Schema an, so dass die hier vertretenen Fraktionen eben ein Vertretungsrecht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deshalb haben wir einen Antrag formuliert, der es in Zukunft ermöglichen soll, dass sämtliche Fraktionen im Landessportrat vertreten sind. Er tagt angeblich, laut Landessportgesetz, viermal im Jahr. Ich weiß nicht genau, ob das tatsächlich eingehalten wird. Aber es wäre natürlich erfreulich, wenn alle diese Beratungen gemeinsam stattfinden würden, wie solche Beratungen eben auch zum Beispiel in Gemeinderatsausschüssen stattfinden.

Es geht mir und unserer Fraktion - das möchte ich betonen - keinesfalls darum, dass wir dort irgendeinen politischen Einfluss geltend machen oder zementieren wollen. Im Gegenteil! Es geht uns nicht einmal um ein Stimmrecht im Landessportrat, sondern es geht uns darum, dass alle Fraktionen, die im Moment dort nicht vertreten sind, zu den Beratungen über Sportangelegenheiten in Wien zumindest ein Beobachtungsrecht haben.

Infofern bringe ich den Antrag ein, dessen Text lautet:

"Der Landtag wolle beschließen: Das zuständige Mitglied der Landesregierung, die amtsführende Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport, wird ersucht, umgehend sämtlichen Fraktionen die Teilnahme am Landessportrat zu ermöglichen und diese zu dessen Sitzungen einzuladen. Dies soll entweder durch entsprechende legistische Änderungen oder durch einfache Einladung als Guest ohne Stimmrecht erfolgen."

Das ist eine Zuweisung an Frau StR Laska. (*Der Redner verlässt das Rednerpult und übergibt dem Präsidium den Antrag. - GR Dr Wolfgang Alkier - zu seinem Sitz zurückkehrend -: Das ist nicht einmal einen Applaus wert! - Beifall beim Liberalen Forum. - GR Godwin Schuster: Der berühmte Schlussatz als Signal hat gefehlt, Kollege Alkier!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Es wird dieser Antrag auf Zuweisung, vermute ich, sicherlich die Zustimmung bekommen. Aber aus gegebenem Anlass - weil es bei den Liberalen gelegentlich zu einer Situation kommt, dass Beschlussfassungen über Zuweisungen in der Öffentlichkeit so dargestellt werden, wie wenn man damit eine Sache erledigt hätte und wie wenn es so wäre - mache ich darauf aufmerksam, dass die Zuweisung nichts anderes bedeutet, als dass im zuständigen Ausschuss darüber diskutiert wird. Es gibt daher zur Stunde noch keine reklamierbare Zustimmung auch für den Inhalt des Antrags.

Wir werden zustimmen, aber das bedeutet, dass die Frage noch immer offen ist, welche Entscheidung auf Grund der Debatte im Ausschuss fallen wird. Nachdem das in der Vergangenheit gerade von der liberalen Fraktion mehrfach verwechselt und in der Öffentlichkeit falsch dargestellt wurde, sehe ich mich veranlasst, das in dieser Frage für alle Zukunft klarzustellen, damit hier nicht noch einmal irrtümlich Zuweisungen für Behandlungen im Ausschuss bereits als Zustimmung zum Antrag gehandelt werden. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Wolfgang Alkier: Der Bericht der Frau Stadträtin wird sicher ... !*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Ich darf zu dem Antrag festhalten, dass er eine Unterschrift zu wenig aufweist. Er ist also nicht ausreichend unterstützt.

Ich muss deshalb, um ihn überhaupt in Behandlung nehmen zu können, fragen, wer diesen Antrag unterstützt. - Okay, damit ist er ausreichend unterstützt. Er wird in Behandlung genommen.

Herr Ing Peter Westenthaler ist durch Mandatsverzicht als Mitglied aus dem Landessportrat ausgeschieden. Der entsprechende Wahlvorschlag des Klubs der Freiheitlichen lautet auf Herrn Abg Heinz Christian Strache als Mitglied und Herrn Abg Johann Römer als Ersatzmitglied des Landessportrats.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist eine einstimmige Zustimmung. (*Abg Hanno Pöschl: Nein! Nein? - Gegen das Liberale Forum? (Abg Günter Kenesei: Und gegen mich!) Gegen Herrn Kenesei, okay, ist gut. (Abg Günter Kenesei: Gegen Frau Jerusalem auch!) Frau Jerusalem auch, gut, also gegen Teile der GRÜNEN.*)

Das ist mit großer Mehrheit angenommen. Die beiden Herren sind somit als Mitglied und Ersatzmitglied des Landessportrats gewählt.

Ich darf noch den Beschluss- und Resolutionsantrag zur Abstimmung bringen. Hier wurde die Zuweisung beantragt.

Ich darf jene Damen und Herren, die der Zuweisung dieses Antrags an das Mitglied der Landesregierung, Frau amtsführende Stadträtin für Jugend, Sozia-

les, Information und Sport, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Das ist mit großer Mehrheit zugewiesen. Danke. (Abg Ilse Forster: *Gegen die Stimmen der FPÖ? - Abg Godwin Schuster: Gegen FPÖ? - Abg Ilse Forster: Gegen FPÖ!*)

Präsident Johann Römer: Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft in Wien - Wiener Landwirtschaftsgesetz.

Der Berichterstatter dazu ist Herr Abg Hufnagl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich bitte um Beschlussfassung des bereits erwähnten neuen Gesetzes zur Förderung der Wiener Landwirtschaft.

Präsident Johann Römer: Danke. - Gemäß § 30 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Smoliner. Ich erteile es ihm.

Abg Marco Smoliner (*Liberales Forum*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Auszug beginnt, und das entspricht in etwa auch der Bedeutung des Gesetzes, das hier vorgelegt wird. Ich kann es niemandem verdenken (Abg Hanno Pöschl: *Die ganze ÖVP ist da!*), auch der ÖVP und insbesondere der ÖVP kann ich es nicht verdenken, wenn sie diesem Gesetz auch durch ihre Anwesenheit eine repräsentative Bedeutung einräumt.

Meine Damen und Herren! Ich nehme es vorweg: Dieses Gesetz ist samt und sonders unnötig. Es ist ein Gesetz, das nichts regelt, absolut nichts, was nicht schon bisher ohne dieses Landesgesetz funktioniert hätte. Ich gehe es ganz kurz durch, um Ihnen zu zeigen, wie skurril dieses Gesetz ist.

Im § 1 steht: "Ziele der Förderung" der Landwirtschaft "sind insbesondere ... die Ermöglichung der Teilnahme" der Bäuerinnen und Bauern "am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand". - Gut, wir brauchen also ein Gesetz, das es einer Berufsgruppe ermöglicht, am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand teilzuhaben.

Wir brauchen auch ein Gesetz, wir brauchen insbesondere offenbar dieses Landwirtschaftsgesetz: "Ziele der Förderung" sind die Erhaltung von "Boden, Wasser und Luft". - Okay, dazu brauchen wir kein Gesetz.

Die Sicherung der Versorgung "mit qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen" - dafür soll dieses Gesetz Gewähr leisten.

Förderungsgrundsätze werden hier festgelegt, gleichzeitig schreibt man aber: Es soll weiterhin "Förderungsrichtlinien" geben. - Meine Damen und Herren! Förderungsgrundsätze stehen typischerweise in Förde-

rungsrichtlinien und dort sind sie auch besser aufgehoben, als in einem Gesetz, das diese Grundsätze ohne Rechtsansprüche, ohne Durchsetzbarkeit, ohne irgendwelche Verfahren regeln soll.

Ein Förderungsziel ist es zum Beispiel, "dass bei zweckmäßiger und sparsamem Aufwand der größtmögliche volkswirtschaftliche Erfolg erreicht werden kann". - No na, meine Damen und Herren! Was sind das für epochale Ziele, die wir da hineinschreiben? - Wenn wir das nicht vor Augen hätten, dann bräuchten wir uns gar nicht hierher zu setzen. Also ist auch das ein Mumpitz, was hier drinstehrt.

Meine Damen und Herren! Bei den Arten der Förderung wird es ganz besonders akademisch: "Geldleistungen" oder "Dienst- und Sachleistungen" - also Förderung kann erfolgen durch "Geldleistungen" oder "Dienst- und Sachleistungen". Das sind epochale Erkenntnisse, die wir heute im Landtag beschließen müssen! Hat irgendjemand von Ihnen geglaubt, dass Geldleistungen, Dienst- und Sachleistungen nicht Förderungen sein könnten? - Ich weiß nicht, wozu das hier drinstehrt.

Aber auch bei der Finanzierung wird offenbar erstmals festgestellt: Die "Finanzierung von Förderungsmaßnahmen" kann erfolgen - und das ist hochinteressant - "gemeinsam mit anderen Rechtsträgern" oder "ausschließlich durch das Land". - Ganz wichtige Erkenntnisse, die in dem Gesetz drinstehen, das wir offenbar unbedingt brauchen!

Jetzt kommen wir zum "Landwirtschaftsbericht". Alle zwei Jahre soll es einen Landwirtschaftsbericht geben, der "hat bis 15. Oktober jedes zweiten Jahres" durch die Landesregierung vorgelegt zu werden, und zwar "erstmalig mit 15. Oktober 2003". Gott sei Dank machen wir heute hier im Landtag ein Landesgesetz, das erstmals im Oktober 2003 einen Landwirtschaftsbericht zur Folge haben wird!

Aber es kann auch damit zu tun haben, dass die Kammer vielleicht nicht so schnell ist, denn - das steht auch hier drin -: "Die Landwirtschaftskammer für Wien hat inhaltliche Vorschläge ... zeitgerecht zu erstatten." Vielleicht ist mit "zeitgerecht" 1999 gemeint, damit es dann rechtzeitig seinen Weg in den Bericht findet und wir 2003 die epochalen Erkenntnisse von 1999 drinstehen haben.

Meine Damen und Herren! "Die Abwicklung von Förderungsmaßnahmen" - auch das ist sehr wichtig - "obliegt dem Magistrat der Stadt Wien, soweit damit nicht andere Einrichtungen ... betraut sind". Das ist ganz wichtig: Das macht die Stadt Wien, wenn es nicht andere machen. Das muss in diesem Gesetz verankert sein!

Weiters steht darin über die "sprachliche Gleichbehandlung": "Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer." Das ist meines Erachtens der inhaltsvollste Paragraph in diesem gesamten Landwirtschaftsgesetz und auf den bin ich als Einziger stolz.

Meine Damen und Herren! Dieses Landwirtschaftsgesetz regelt nichts, es ist nicht notwendig. (*Zwischenruf des Abg Dr Wolfgang Alkier*) Hier besteht kein Regelungsbedarf, hier gibt es kein Eingreifen des Landes, hier entstehen keine Ansprüche. Es ist nicht notwendig! Es gibt keine Regelungstiefe, weil - auf die ÖVP komme ich schon noch, die ÖVP hat in diesem Gesetzeswerk eine ganz besondere Rolle, die man eingehend beleuchten muss - nichts geregelt wird. Wenn man nichts regeln muss, gibt es auch keine Regelungstiefe. Es gibt keinen Harmonisierungsbedarf, meine Damen und Herren.

Die Kosten-Nutzen-Analyse fällt selbst bei den vorhergesehenen Kosten negativ aus. Da steht jetzt drin, es sind insgesamt etwas über 8 000 S jährlich oder jedes zweite Jahr, ich weiß nicht, jedes zweite Jahr kostet es etwas über 8 000 S. Aber wenn null Nutzen da ist und 8 000 S an Kosten anfallen, ist die Leistungsbilanz, die Kosten-Nutzen-Rechnung dieses Gesetzes noch immer eindeutig negativ, auch wenn es nur 8 000 S kostet.

Meine Damen und Herren! Daher muss ich mich jetzt natürlich ein bisschen mit der Rolle der Volkspar- tei in dieser Gesetzwerdung beschäftigen.

Herr Kollege KARL - er hat vielleicht die Schlüsselrolle in diesem ganzen Spiel, ich komme noch darauf - hat vorgestern, am 23. November, eine Aussendung gemacht. Ich zitiere kurz: Ein feuriges Plädoyer gegen die Gesetzesflut auch auf Wiener Ebene hielt heute der ÖVP-Abgeordnete Franz KARL. Ich halte es für gefährlich, wenn versucht wird, bestimmte Gruppen mit Placebo-Gesetzen ruhig zu stellen.

Herr Kollege KARL hat ein feuriges Plädoyer gegen dieses Landwirtschaftsgesetz gehalten. Was jetzt interessant ist - und da kann man in späteren Beiträgen ohne weiteres noch auf die Diskussion im Ausschuss eingehen -, ist, dass dieses Gesetz von der Landwirtschaftskammer kommt. Die Landwirtschaftskammer und der Bauernbund haben die ÖVP gedrängt: Wir brauchen ein Gesetz, das uns irgendwie eine Anerkennung verschafft.

Wir machen also ein Gesetz zur Anerkennung der Wiener Landwirtschaft. Das ist etwas, meine Damen und Herren, was wir hier jederzeit mit einem Beschluss- und Resolutionsantrag hätten abdecken können. Wir hätten dem feurig zugestimmt, ebenso wie Herr Abg KARL feurig sagt: Wir brauchen dieses Landwirtschaftsgesetz nicht.

Ich nehme an, es wird ihm aber trotzdem heute bei der Abstimmung der Arm nicht schwer werden. Vielleicht gelingt es ihm, sich zu drücken, da er dieses Landwirtschaftsgesetz ja nicht will. Nachdem er schon das Tanzschulgesetz nicht wollte und es auch beschlossen hat, wird er vielleicht heute das Landwirtschaftsgesetz genauso wenig wollen, aber wieder sehr feurig beschließen.

Ich kann mir schon denken, warum dieses Gesetz auch von der ÖVP mitbeschlossen wird. Denn, meine Damen und Herren, was sollte Kollege KARL in seinem

Arbeitskreis für Rechtsbereinigung denn tun, wenn er sich nicht hier und da selbst Gesetze beschließen würde, die dann dort bereinigt würden? (*Abg Hanno Pöschl: Zuweisen!*) Das, meine Damen und Herren, dürfte der wahre Grund der ÖVP sein, die hier ihrem Abg KARL, der ein sehr gründlicher und ein sehr kompetenter Mann in der Rechtsbereinigung ist, wieder ein bisschen Arbeit zukommen lassen will. Denn jeder von uns braucht hier seine Existenzberechtigung.

Apropos Existenzberechtigung: Dieses Landwirtschaftsgesetz hat sie nicht. - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Weber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Hannelore Weber (*GRÜNE*): Wir werden jetzt hier für Herrn Kollegen Smoliner ein Taferl aufstellen: "Bitte nach der Rede den Knopf hinunterdrücken, damit die anderen nicht so lange warten müssen!" (*Abg Mag Gabriele Hecht: Einen Beschleunigungsantrag stellen!*) Oder irgendetwas in der Art; ich hoffe, Sie halten das dann nicht für überflüssig. So, es geht. Entschuldigung, aber es ist immer so unangenehm, darüber zu schauen.

Vorweg möchte ich gleich eines festhalten, was mir heute klar und deutlich bewusst geworden ist: Wenn man immer sagt, *GRÜNE* und *Liberales Forum*, das ist ohnehin egal, die sind sich sehr ähnlich. Sicherlich, in der Menschenrechtsfrage - okay, da sind wir in vielen, vielen Punkten einer Meinung. Aber wenn es um die Menschenrechte der kleinen Handelangestellten und um die Klein- und Mittelbetriebe geht, sind wir Gott sei Dank - und das ist ein gravierender Unterschied - anderer Meinung. Auch wenn es um die Umweltpolitik und um die Ökologisierung in dieser Stadt geht, habe ich das Gefühl, dass Sie einfach nicht verstanden haben, wie wichtig die Stadt-Landwirtschaft für Wien ist.

Da Sie sich jetzt an Gesetzestexten festhalten: Man kann sich darüber lustig machen. Für lang andauernde Budgetreden - wenn Herr KARL dann immer unter Faschingsreden herausgeht und hier an Gesetzestexten vermittelt, wie widersprüchlich oder unsinnig manches ist - eignet sich ein solcher Standpunkt. (*Abg Marco Smoliner: Ein Faschingsgesetz ist das!*) Aber nicht in dieser Sache!

Es ist in Österreich eben so, dass Bundesländer ein Landesgesetz brauchen, weil das Landessache ist. Es ist eben so, wenn man EU-Förderungen haben will - das sind jetzt nicht diejenigen, die wir kritisieren, sondern diejenigen, die für den expliziten ökologischen Landbau und für die Förderung des biologisch kontrollierten Landbaus ausgegeben werden -, dass man deswegen dieses Gesetzeswerk braucht.

Ich wäre auch froh, wenn man sich diese Dinge ersparen könnte. Aber wenn Sie jetzt sagen, dass wir das überhaupt nicht brauchen, würden Sie sich eigentlich gegen eine biologische Landwirtschaft in Wien aussprechen. Sie würden sich außerdem gegen eine gesunde Ernährung in Wien aussprechen. Sie würden

sich auch gegen all die Nahversorgung aussprechen, die wir im Zuge des Wiener Gemüseanbaus wirklich vor der Tür haben. Die Stadt ... Bitte? (Abg Marco Smoliner: *Das haben wir ja bisher alles gehabt, ohne Landwirtschaftsgesetz!*)

Ja, aber es ist nötig. Daher habe ich mich gewundert, dass Sie nur auf die Gesetzentexte eingehen und nicht auf den Inhalt. Ich wollte jetzt nur herausstreichen, wie wichtig diese Sache auch für diese Stadt ist. Denn es ist zumindest meiner Ansicht nach ein erster Schritt in die Richtung, dass man wirklich durchsetzen kann, was der "Feinkostladen Europas" in Bezug auf Österreich und Wien ist. Und es ist ein Schritt, den man setzen kann, dass Wien wirklich nachhaltig wirtschaftet und dass Wien "ökofit" wird.

Denn wenn sich auch Herr Kollege Pöschl, glaube ich, noch vor kurzem darüber lustig gemacht hat, wie wenig Betriebe es in Wien eigentlich gibt, so ist es doch viel für eine Millionenstadt (Abg Hanno Pöschl: *Ich habe es festgestellt!*), Herr Kollege Pöschl, dass in dieser Millionenstadt 20 Prozent der Grünfläche landwirtschaftlich genutzt werden. Das ist etwas, was man erhalten soll, und das ist etwas, was man fördern soll.

Wir haben hier auf 20 Prozent der insgesamt 41 000 Hektar an Grünfläche landwirtschaftliche Nutzung - das sind immerhin 7 800 Hektar - und dies wird von 1 136 Betrieben durchgeführt. Leider sind es schon wieder um 300 Betriebe weniger als 1994, wie ich mich hier um diese Recherche über die Betriebe gekümmert habe. Die Hälfte dieser Betriebe sind Gärtnereien, ein Viertel davon entfallen auf Acker- und Weinbau, der Rest sind gemischte Betriebe. Jede Millionenstadt in Europa könnte sich glücklich schätzen, wenn sie so viel Landwirtschaft um sich hätte. Die Stadt Wien selbst, bitte, ist einer der größten Landwirtschaftsbetriebe Österreichs!

Ich hoffe, dass dieses Gesetz wenigstens dazu dienen könnte, dass solche Fälle nicht mehr vorkommen, wie es im Zuge der B 301 passiert ist: Dass einer der größten Bio-Bauern von Wien, der sich das alles noch ohne Förderung und auf eigene Kosten geleistet hat - fünf Jahre dauert die Umstellung auf eine Bio-Betrieb - und der ein Pionier in Richtung biologische Landwirtschaft war, jetzt auf Grund der Trassierung der B 301 diese Flächen aufgeben muss. Das ist jetzt eigentlich eine verfehlte Investition. Langfristig wieder Flächen zu finden, dauert, wie gesagt, mindestens fünf Jahre, wenn ich den Boden so aufbereiten will, dass ich dann auch einen kontrollierten biologischen Anbau genehmigt bekomme.

Mit diesem Ansatz, den ich vertrete - und die mich schon länger kennen, wissen das -, dass die Landwirtschaft in Wien aufgewertet werden muss, weil sie von so großer Bedeutung ist, nicht nur für die Erhaltung des Grünraums, sondern auch für unsere Ernährung, für die Nahversorgung und für das Klima der Stadt, habe ich mir erlaubt, einen Abänderungsantrag einzubringen, der die Zustimmung aller Parteien gefunden

hat, eine Ergänzung zum Punkt 4, nein, Punkt 2? (Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: § 1!) § 1, danke. (Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: 1, 1, 2!)

"... die Erhaltung, der Schutz und die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft", insbesondere durch die Förderung der Entwicklung und Stärkung des ökologischen Landbaus. - Ich freue mich sehr, dass wir wenigstens diesen Halbsatz noch hinein bekommen haben.

Noch etwas zur "Unnötigkeit", Herr Kollege Smoliner - ich tue das nicht gerne, hier vom Pult aus ökologische Nachhilfestunden zu geben -: Mit dieser Beschlussfassung ist Wien das erste Bundesland, das die Förderung des ökologischen Landbaus explizit drinnen hat. Ich habe schon Österreichweit Glückwünsche dafür bekommen, dass es gelungen ist, das hier durchzusetzen. Wir haben hier somit viel dazu beigetragen, dass auch in den anderen Bundesländern viel mehr an Förderungen für den ökologischen Landbau durchgesetzt werden kann, weil auch sie darauf dringen werden, dass das in den diversen Landesgesetzen verankert wird.

Es ist leider so, dass das nicht mit Resolutionen geht. Resolutionen haben wir schon Hunderte verabschiedet, die wandern dann ab, in was weiß ich für welche Archive - wo und was alles wir schon beschlossen haben! Wenn ich aber ein Gesetz habe ... (Zwischenruf des Abg Marco Smoliner.) Ich weiß schon, dass Sie es kritisieren. Aber man hat dann zumindest einen gewissen politischen Henkel, so dass man sich darauf stützen kann, dass etwas weitergeht. Daher ist mir ein solches Gesetz lieber, als gar nichts oder als eine Resolution. So ist leider der politische Alltag.

Wie gesagt, ich freue mich und sehe schon, dass das ein Schritt in Richtung, Wien wird "ökofit", wird. Wien hat endlich gelernt, auch nachhaltig zu wirtschaften. (Beifall bei den GRÜNEN und der Abg Josefa Tomsik.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Klucsarits zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir debattieren heute über einen Gesetzentwurf für ein Wiener Landwirtschaftsgesetz. Für Außenstehende mag es zunächst erstaunlich sein, dass eine Großstadt überhaupt ein solches Gesetz braucht. Aber diejenigen, die sich wirklich in der Kommunalpolitik auskennen, wissen, welch wichtigen Stellenwert die Wiener Landwirtschaft einnimmt.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur erwähnen, dass Wien die größte Agrargemeinde Österreichs ist und dass die 300 in Wien ansässigen Bauern mehr Brotgetreide erzeugen, als die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Kärnten zusammen. (In Richtung Abg Marco Smoliner.) Herr Kollege, das haben Sie sicherlich nicht gewusst. Insgesamt - wenn man alles zu-

sammenrechnet - bearbeiten 1 300 landwirtschaftliche Betriebe 60 Prozent des Stadtgebiets und sichern so die Nahversorgung der Bundeshauptstadt und dies auf kurzem Transportweg, was aus der Sicht der Versorgungssicherheit und der Verkehrsvermeidung wichtige Pluspunkte sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Wiener Landwirtschaft sichert 5 000 Arbeitsplätze direkt und weitere 5 000 indirekt im landwirtschaftsnahen Bereich. Auch im Fremdenverkehr spielen die landwirtschaftlichen Weinbaubetriebe eine große Rolle. In einer Umfrage gaben 67 Prozent der Wien-Gäste an, einen Heurigenbesuch fix einzuplanen. Ich darf Ihnen hier gestehen, auch ich gehe gern zum Heurigen. Auch ich sehe es als Wiener Kultur an, dass der Heurige erhalten bleibt. (*Abg Hanno Pöschl: Wir alle!*)

Schlussendlich spielt die Wiener Landwirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Erhaltung des Wiener Grüngürtels. Gerade sie hat mit ihrer Tätigkeit dafür gesorgt, dass Wien ein mit keiner anderen Großstadt vergleichbares, grün gestaltetes Stadtrand-Ambiente aufzuweisen hat. Damit stellt die Wiener Landwirtschaft einen Grünbonus dar, den man erhalten und nutzen muss. (*Abg Hanno Pöschl - in Richtung ÖVP - Applaus!*)

Diese Überlegungen und Tatsachen standen am Anfang der Verhandlungen zu diesem Gesetz. In der Folge hat sich von dem da und dort anfänglich spürbaren, auf eher mangelndes Problem bewusstsein zurückführenden Widerstand gegen das Gesetz alles in Wohlgefallen aufgelöst. Denn bei näherer Betrachtung kann sich niemand der Tatsache verschließen, dass wir die Landwirtschaft einerseits brauchen, diese aber andererseits in einen zunehmenden Wettbewerbsdruck geraten ist, dem sie allein und ohne Hilfe sicherlich nicht standhalten kann.

Die Kritik, wonach das Gesetz nicht festlegt, wie viel gefördert wird, geht ins Leere. Kein Fördergesetz schreibt im Detail Zahlungen vor. (*Abg Marco Smoliner: Aber das Gesetz legt auch sonst nichts fest!*) Denn gerade das wäre äußerst kontraproduktiv. Im Gegenteil, das Gesetz wurde so gehalten, dass man rasch und ohne unnötige Selbstbindung auf den Förderbedarf der Landwirtschaft eingehen kann. Damit erfüllt dieses Gesetz (*Abg Marco Smoliner: Weil nichts drinsteht!*) - Sie haben es schlecht gelesen - zwei wichtige Kriterien. Es ist unbürokratisch und es erlaubt eine bessere Zielgenauigkeit bei der Förderung. Und was ebenfalls wichtig ist: Durch dieses Gesetz sind die Wiener Bauern nicht mehr jährliche Bittsteller vor den Magistratsgnaden, sondern anerkannte Förderungspartner. Auch das ist mir sehr wichtig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren vom Liberalen Forum! Da Sie im Ausschuss gegen dieses Gesetz gestimmt haben - und nach der Rede von Kollegen Smoliner nehme ich an, dass Sie auch hier dagegen stimmen werden -, dürfte Ihnen das alles wahrscheinlich entgangen sein. (*Abg Marco Smoliner: Nein!*) Es kann aber auch

sein, dass diese Hilfestellung nicht in das kalte, megoliberalistische Weltbild Ihrer Partei passt (*Abg Hanno Pöschl: Kalt?*), in dem nur der Starke überleben soll und der Schwache auf der Strecke bleibt. Aber das, meine Damen und Herren, ist nicht die Art von Gesellschaftspolitik, die wir als Wiener Volkspartei vertreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denjenigen, die unverschuldet und fast ausschließlich durch externe Faktoren in die Existenzkrise geraten sind, die eine Entwicklung in diese Richtung gehen und zudem echte Bereitschaft zeigen, aus dieser aus eigener Kraft herauszukommen, muss Hilfe zur Selbsthilfe, wie mit diesem Gesetz, geboten werden.

Aber neben dieser ideologischen Antwort sind wir den Liberalen noch eine andere Antwort schuldig. In einer Aussendung schreiben Sie, Kollege Smoliner, obwohl Sie gar nicht im Ausschuss waren, die Regierungsparteien - Kollege Zimmermann und ich - hätten im Ausschuss gesagt, dieses Gesetz sei nichts anderes, als ein inhaltloses Zugeständnis an die Wiener Bauern. Das stimmt nicht, wir haben genau das Gegenteil gesagt!

So entstehen Gerüchte: Irgendein Abgeordneter des Liberalen Forums, der gar nicht bei der Sitzung war, hört etwas - wahrscheinlich haben Sie, Kollege Pöschl, irgendetwas gesagt (*Abg Hanno Pöschl: Also so war das nicht!*) -, und es wird sofort eine Aussendung mit unrichtigen Daten gemacht. (*Abg Dr Matthias Tschirf: Unrichtige Daten! Unserös!* - Weitere Zwischenrufe.) Kollege Smoliner, ich sehe ja ein, dass es um die Existenz Ihrer Partei geht. (*Ruf bei der ÖVP: Entschuldigen Sie sich!* - *Abg Hanno Pöschl: Ich bin eh schon zerknirscht! Hört auf! Ich kann schon nicht mehr!*) Da geht man eben ein bisschen weit. Aber so weit darf man nicht gehen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

In der Diskussion um das Gesetz hat es immer wieder den leicht entkräftbaren Vorwurf gegeben, es beinhaltete nur allgemeine Grundsätze und könne daher durch eine einfache Resolution ersetzt werden. Gestern aber haben wir hier gehört, wie wichtig das Gleichbehandlungsgesetz ist. Von Ihnen haben wir das auch gehört. Meine Damen und Herren, dieses Gesetz hat noch viel stärkeren Resolutionscharakter. Deshalb meine ich: Was für die einen billig ist, muss für die anderen erst recht sein.

Wir als Volkspartei verstehen dieses Gesetz so, dass Weichen für unsere Linie in der Landwirtschaftspolitik gestellt werden. Umso leichter ist es für uns daher, diese Zielsetzungen zu vertreten, weil die Landwirtschaft in dem Sinn auch nicht umstrukturierbar ist und der Bauer in Form der Landschaftspflege und -erhaltung eine gemeinnützige Rolle wahrnimmt, ganz zu schweigen vom Anliegen der Versorgungssicherheit.

Lassen Sie mich nun auf die entscheidenden Details des vorliegenden Gesetzes eingehen. So, wie es jetzt beschlossen wird, enthält es wichtige Weichenstellungen dafür, Wiens Landwirtschaft "eurofit" zu erhalten. Die Förderrichtlinien sind bewusst so ausge-

legt, dass sie eine optimale Kombination zwischen den EU- und den nationalen Fördermöglichkeiten garantieren. Weiters war es uns ein Anliegen, auch ökologische Zielsetzungen in das nunmehr gesetzlich festgelegte Förderprogramm der Stadt Wien einzubauen.

Wichtig ist in unseren Augen aber auch die Konzentration des Geldmitteleinsatzes für Investitionen der Vermarktung und der Produktionsumstellung. Da ergeben sich nämlich für die Landwirtschaft noch einige wesentliche Einkommenschancen, wenn ich etwa an die Direktvermarktung, den biologischen Landbau, den Anbau von Energie- und Rohstoffpflanzen sowie auch an die Freizeitwirtschaft denke. Damit soll das Gesetz die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass neue Wege für die Wiener Landwirtschaft beschritten werden können.

Aus politischer Sicht war es der Volkspartei nicht nur ein Anliegen, die Arbeits- und Existenzbedingungen für die Wiener Bauern zu verbessern, sondern auch ganz allgemein auf den Stellenwert der Landwirtschaft hinzuweisen. In der Folge ging es auch darum, unabhängig von den politischen Orientierungen der betroffenen Zielgruppe politische Arbeit auf einem Gebiet zu leisten, auf dem zwar Österreichweit relativ viel gemacht wurde, aber in Wien bis dato keine eindeutige gesetzliche Festlegung erfolgte, ganz im Gegensatz zu den acht anderen Bundesländern, die alle schon längst über ein solches Gesetz verfügen.

Wir glauben, dass der Koalition mit diesem Gesetz die Erreichung eines wesentlichen Ziels gelungen ist, nämlich jenes, der von vielen Seiten bedrohten Landwirtschaft die notwendige Rückendeckung zu geben, um ihr zu ermöglichen, aus eigener Kraft den Anforderungen des zunehmenden Wettbewerbs gerecht zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf diese Weise wird es uns gelingen, der Marginalisierung der Landwirtschaft zumindest in Wien wirksam entgegenzuwirken und damit können wir einen für die Wirtschaft und das Stadtbild unverzichtbaren Wirtschaftszweig auch über das Jahr 2000 hinaus sichern.

Ich gebe daher zur Sicherung des landwirtschaftlichen Standorts Wien diesem Gesetz gerne meine Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Reinberger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Reinberger (*FPÖ*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Das Wiener Landwirtschaftsgesetz ist auch meiner Ansicht nach nicht sinnlos, wirklich nicht sinnlos. Es lässt sich vielleicht - ich bin kein Jurist - darüber diskutieren, ob es rechtlich wirklich absolut notwendig ist, ich bin aber davon überzeugt, dass es zweckmäßig ist, so etwas zu haben, ganz einfach, um den Rahmen abzustecken. Und darum ist es auch nicht so genau determiniert, um den Rahmen für die späteren Richtlinien abzustecken, die dann im Detail regeln,

was wie mit welchen Beträgen zu fördern ist.

Aber ich halte es auch deshalb nicht für sinnlos, weil ich glaube, dass so ein Gesetz notwendig ist und dass es hoch an der Zeit ist, dass es gekommen ist. Es ist spät, aber es ist doch gekommen. Es ist meiner Meinung nach auch notwendig, um zu deklarieren, was uns die Wiener Landwirtschaft bedeutet. Sie hat große Bedeutung. Ich will jetzt nicht die Statistiken, die ja ohnedies vielfach zitiert worden sind, auch noch da vortragen, aber ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, wie gut die Nahversorgung in Wien mit hochwertigen Produkten ist beziehungsweise noch sein könnte und welche hohe Wertschöpfung die Landwirtschaft in Wien hat.

Das Schlagwort von Vranitzky und Riegler über den Feinkostladen Österreich hat schon Kollegin Weber zitiert. Wir Wiener haben den Feinkostladen, da bin ich ganz Ihrer Meinung. Aber leider habe ich den Eindruck, wird die Leistung der Wiener Landwirte und der Wiener Gärtner viel zu wenig hoch gewürdigt. Es ist auch hier beim EU-Beitritt die Hausaufgabe nicht gemacht worden, denn was hat man den Landwirten generell in Österreich nicht alles versprochen beim EU-Beitritt. Bessere Vermarktungschancen, die höchsten Förderungen, die man sich vorstellen kann, und man hat Österreich mit Südtirol verglichen.

Gekommen ist dann vieles nicht, weder die extrem hohen Subventionen noch die besten Vermarktungschancen, weil wie sich zeigt, landen die hervorragenden Lebensmittel, die Wiener Gärtner produzieren, viel zu wenig auf den Wiener Tischen, weil die Großhandelsketten vielfach die Lebensmittel, die Grundnahrungsmittel, Obst und Gemüse und Salat im EU-Ausland kaufen.

Und ich meine, die Stadt Wien sollte nicht nur ein Gesetz erlassen, sondern sollte auch in seinem Handeln ein Bekenntnis zur Wiener Landwirtschaft abgeben.

Ich bringe daher folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag ein:

"Die Wiener Gärtner produzieren als Begründung qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und könnten damit Wien im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 4 des Wiener Landwirtschaftsgesetzes weitgehend versorgen. Leider ziehen es die Handelsketten vor, Gemüse und Salat im EU-Ausland zuzukaufen. Wiener Produkte werden dafür in den südbayrischen Raum verbracht oder, wenn keine Nachfrage herrscht, entsorgt. Diese Transportbewegungen sind teuer, zu wenig umweltfreundlich und tragen auch nicht gerade zur Steigerung der Qualität bei. Wiener Gemüse und Salat kann innerhalb weniger Stunden vom Glashaus beim Konsumenten sein. Im Sinne der Ziele des Wiener Landwirtschaftsgesetzes und des Klimaschutzprogramms sollte die Stadt Wien ihren Bedarf an Gemüse und Salat so weit als möglich bei Wiener Gärtnern decken."

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Beschlussantrag:

"Der Wiener Landtag möge beschließen, der Landeshauptmann möge die für den Lebensmittelkauf zuständigen Stellen der Stadt Wien dazu veranlassen, ihren Bedarf an Gemüse und Salat so weit als möglich bei den qualitativ hochwertigen Nahrungsmittel erzeugenden Wiener Gärtner zu beziehen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an den Herrn Landeshauptmann beantragt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weiters ist meiner Meinung nach auch wichtig, der Wiener Landwirtschaft Unterstützung nicht nur in finanzieller Sicht angedeihen zu lassen, wo immer sie diese braucht. Früher hat die LGV die Werbung für die Wiener Gärtner gemacht. Sie können sich sicher alle erinnern, an die Werbung für den Glashaussalat aus Wien von den Wiener Gärtner. Seit dem EU-Beitritt macht das die Agrarmarkt Austria Marketinggesellschaft für die gesamte österreichische Landwirtschaft. Wir kennen das alle aus der Zeitung, aus dem Fernsehen, wie Landwirte aus Kärnten, salzburger, oberösterreichische Bauern, den Almenlandwirtschaften am See mit dem Käselab oder auch im Kuhstall erzählen, was sie Gutes produzieren bei meiner Ehr.

Woran denkt dann der Konsument? - Der sieht dann vor sich den Käse, die Milch, vielleicht noch das Rindfleisch, an was er sicher nicht denkt, ist der Salat der Wiener Gärtner.

Daher meine ich, es ist auch notwendig, ganz speziell für den Wiener Bereich Werbung zu machen und ich möchte auch dazu einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen.

Ich habe das in der Begründung ebenfalls angeführt, was ich Ihnen jetzt schon gesagt habe, dass die Werbung bisher durch die LGV gemacht wurde, nunmehr durch die Agrarmarkt Austria Marketinggesellschaft Österreichweit. Die Begründung möchte ich daher nicht noch einmal anführen, sondern nur den Text des Beschlussantrags:

"Der Landeshauptmann soll an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit dem Anliegen herantreten, er möge sich bei der Agrarmarkt Austria dafür einsetzen, dass die qualitativ hochwertigen Produkte der Wiener Gemüsegärtner intensiver beworben werden. Es wäre sicherzustellen, dass den Pflichtbeiträgen der Wiener Gärtner auch dementsprechend spezifische PR-Aktivitäten gegenüberstehen."

Auch in diesem Fall ersuche ich um Zuweisung dieses Antrags an den Herrn Landeshauptmann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich glaube, es ist deshalb wichtig, sich für die österreichischen und besonders für die Wiener Landwirte und Gärtner einzusetzen, denn sie haben es tatsächlich in der heutigen Zeit nicht leicht. Auch mit dem EU-Beitritt, wie gesagt, ist es zu keiner Verbesserung gekommen. Brave, ehrliche österreichische Landwirte werden heute auf eine Stufe gestellt mit Betrügern und Subventionserschleichern in anderen Ländern. Die Fakten kennen wir aus den Zeitungen, aus dem Fernsehen, wie viele Millionen jährlich in unsaubere Kanäle

fließen. Oder vielleicht hat der eine oder andere das Buch "Bananen für Brüssel" gelesen, wo es Subventionen für Ölmühlen gibt, die Tag und Nacht laufen, ohne dass ein Tropfen Olivenöl dabei herauskommt. Oder Rinderhaltung wird gefördert und es gibt dann dort überhaupt keine Rinder und so weiter und so fort.

Und dennoch verteilen sich Prüfungen des Europäischen Rechnungshofs und der Europäischen Kommission primär nach dem Förderungsvolumen. Das heißt, es gibt auch für österreichische Landwirte rigoroseste Prüfungen. Und ich habe das selber erlebt, wenn dann Prüfer des Europäischen Rechnungshofs mit einem GPS, also mit einem Funkmessgerät, dann die Flächen abgehen und genau vermessen, was da beantragt wurde und wie groß das Feld ist und wie dann sehr wohl rigoros und schnell Förderungen zurückverlangt werden, auch mit Zuschlägen, mit Strafzuschlägen, wenn es da auch nur um 1 Quadratmeter oder 2 Quadratmeter Unstimmigkeiten gibt.

Und es ist mir sehr wohl passiert, dass mich dann Landwirte unter vier Augen hinter vorgehaltener Hand gefragt haben, jetzt frage ich mich, wenn die immer so genau kontrollieren, wieso kann dann in anderen Ländern so viel Geld verschwendet werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein zusätzlicher begrüßenswerter Effekt ist in meinen Augen sehr wohl dieser Bericht, der alle zwei Jahre über die Entwicklung und die Lage der Landwirtschaft zu erstellen ist. Ich bedaure es allerdings auch, dass er erstmals Ende 2003 erstellt werden wird und ich hoffe, dass dann, wenn die Situation schwarz auf weiß und in Zahlen gegossen auf dem Tisch liegt, vielleicht manche Kritiker ein bisschen leiser sind und mehr Verständnis für die Landwirtschaft aufbringen.

Also, alles in allem an die Kollegen vom Liberalen Forum: Setzen wir doch ein Zeichen, nehmen wir die Zielsetzung des Gesetzes, auch wenn es Ihnen vielleicht nicht ganz so zusagt, auch ernst. Seien wir froh, dass, wie gesagt, ... (*Abg Marco Smoliner: Die Zielsetzung ist Ökologie, das Gesetz ist unnötig!*) Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass ich es doch für notwendig halte, es tut mir Leid, wenn Sie es nicht glauben. Seien wir froh und stolz, dass eine Großstadt wie Wien noch so viele Landwirte und Gärtner hat und tun wir, was wir können, um sie zu unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Zimmermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Paul Zimmermann (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Zunächst einmal geziemt es sich, sich bei all jenen zu bedanken, die an der Erstellung dieses Gesetzes beteiligt waren, an der Spitze die Damen und Herren der MA 58, die einen wesentlichen Anteil an der Werdung dieses Gesetzes haben. Ich ersuche die anwesenden Beamten, das auch in der Abteilung weiterzu-

sagen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

In der Folge, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein Dank den Damen und Herren in der Landwirtschaftskammer und nicht zuletzt auch den Vertretern der SPÖ-Bauern in der Landwirtschaftskammer, an der Spitze Herrn Vizepräsidenten Hopf, die mit einer Beharrlichkeit darauf gedrängt und uns alle überzeugt haben, dass ein Gesetz erforderlich und notwendig ist.

Es hat eine Zeit gedauert, wie das vorhin Kollege Klucarsits bereits ausgeführt hat. Wir haben uns sehr oft zusammengesetzt und überlegt, wie man ein Gesetz auf Wiener Ebene, die ja einen speziellen landwirtschaftlichen Bereich hat, zu dokumentieren hat und festzuschreiben ist.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wiener Landtag wird heute, so hoffe ich, ein Gesetz beschließen, das die Förderung der Wiener Landwirtschaft auf eine rechtliche Basis stellt, so wie das auch bereits in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Und ich möchte das - vor allem Kollegen Smoliner - in einigen Worten dokumentieren.

Naturgemäß ist es doch so, dass sich die Landwirtschaft in einer Großstadt wie Wien deutlich und wesentlich von jener der übrigen Bundesländer unterscheidet. Während in den anderen Bundesländern die Tierzucht, die Milchproduktion und der Ackerbau die dominierenden Produktionsbereiche sind, liegen in Wien, wo es rund 1 000 Betriebe gibt, die Produktions schwerpunkte im Gartenbau, in der Gemüse- und Pflanzenproduktion und - auch nicht unwesentlich - im Weinbau. Im Bereich der allgemeinen Landwirtschaft spielt der Ackerbau eine nicht unbedeutende Rolle, während die Tierzucht und der Tierhaltungssektor nur von marginaler Bedeutung sind.

Und noch ein Wort, warum ich auch glaube, dass es ganz wesentlich ist, ein Gesetz zu beschließen. Der EU-Beitritt Österreichs und die damit verbundene Übernahme der gemeinsamen Agrarpolitik der EU bedeuteten auch für die Wiener Landwirtschaft eine gravierende Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Am Nachhaltigsten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind davon die Wiener Gartenbaubetriebe betroffen. Die Auswirkungen auf die Wiener Weinbaubetriebe, Gott sei Dank, sind nicht so gravierend, weil nämlich - im Gegensatz zu ganz Österreich - der Wiener Wein zu 90 Prozent in den Buschenschänken ausgeschenkt wird. Und man höre und staune, für ganz Österreich sind es nämlich 9 Prozent, die in derartigen Betrieben ausgeschenkt werden, daher eine unglaubliche Umkehr im Gegensatz zum übrigen Österreich. Deshalb wirkt sich dieser EU Beitritt nicht so aus, weil wir nahezu zur Gänze direkt vermarkten können.

Förderungen und Subventionen für die Landwirtschaft sind erforderlich und notwendig. Dazu einige Daten zur Struktur der Wiener Landwirtschaft. 9 400 Hektar, das sind 23 Prozent, Kollege Smoliner, und die forstwirtschaftliche Nutzfläche dazu noch

einmal 12 000 Hektar, - und Sie haben das schon im Kopf ausgerechnet wie ich Sie kenne - sind rund 30 Prozent. Und da kann man nicht mehr einfach so darüber hinweggehen und darüber hinwegfahren, sondern das muss man doch in Wirklichkeit auf eine Basis stellen. Und der Gartenbau - ich habe das schon erwähnt, ein sehr wesentliches Fach in der Landwirtschaft, nimmt dabei 600 Hektar ein, wo aufgeteilt 70 Prozent Gemüse und 30 Prozent Zierpflanzen sind. Ich komme darauf zurück, weil ich annehme, das ist eine Zahl, die Sie nicht wissen, die aber wirklich ganz interessant ist.

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist heute schon erwähnt worden mit rund 1 000 Betrieben. Ich weiß schon, in ganz Österreich gibt es 250 000, das sind 0,25 Prozent bezogen auf Wien, aber die erarbeiten doch einiges und wenn man das jetzt bedenkt, ist der Anteil an Vollerwerbsbetrieben in Wien 60 Prozent gegenüber Österreich, wo es nur 40 Prozent sind. Daher auch ein Bestandteil, den man nicht so einfach überspringen darf und kann. Der Produktionsanteil der Wiener Landwirtschaft innerhalb Österreichs ist mit 2 bis 3 Prozent zu beziffern.

Ich komme noch einmal zum Wein zurück. In ganz Österreich produzieren wir etwa - das kommt natürlich immer auf das Jahr an - rund 2,8 Millionen Hektoliter, 1,5 Prozent davon in Wien, das sind rund 30 000 Hektoliter im Jahr, und davon werden eben diese 90 Prozent in Buschenschänken verabreicht.

Und, meine Damen und Herren, das dürfte sich, glaube ich schon, herumgesprochen haben, 60 bis 70 Prozent des Frischgemüsebedarfs von Wien werden durch Wiener Gemüsegärtnerin abgedeckt, wobei die Hauptprodukte Gurken, Tomaten, Paprika, Salat, et cetera sind.

Und jetzt die vorhin von mir angekündigte Zahl: Die Blumengärtnerien, meine sehr verehrten Damen und Herren, erzeugen zirka 50 Millionen Schnittblumen pro Jahr. Ich nehme jetzt an, diese Zahl wussten Sie alle nicht, 50 Millionen Schnittblumen. Denken Sie hier einmal an die Arbeit, es geht nicht ums Wachsen, aber es geht um die Arbeit der Damen und Herren in diesen Betrieben. Und dafür einen herzlichen Dank, denn auch sie tragen zum Blumenschmuck dieser Stadt bei und das sollte man auch in dem Fall in diesem Landtag einmal sagen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Funktionen der Stadt-Landwirtschaft sind auch von Bedeutung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da wende ich mich wieder an den Kollegen Smoliner. Der Kollege Pöschl weiß das natürlich, Sie hätten sich vielleicht bei ihm besser erkundigen sollen. Die Versorgung der Bevölkerung mit frischem qualitativ hochwertigem Gemüse ist ein wesentlicher Bestandteil, die Erhaltung, Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft, Fremdenverkehr, Naherholung ist von Bedeutung, und nicht zu unterschätzen - das gibt es auch in anderen Ländern, selbstverständlich - das Freihalten der Flächen und Grünräume.

Ich glaube, meine Damen und Herren, da sind wir verpflichtet, auch das zu erhalten, vor allem für nachfolgende Generationen. Bedenken wir doch, ich habe vorhin auch die Zahlen genannt, 50 Prozent sind in Wien Grünflächen und die werden jetzt auch zu 23 Prozent landwirtschaftlich genutzt. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist notwendig.

Und vielleicht noch zur Ökologisierung der Landwirtschaft, Frau Kollegin Weber, sollte man Ihnen auch einiges sagen. Wir haben bereits seit vielen Jahren - das müsste eigentlich der Kollege Kenesei wissen, er ist schon sehr lange in diesem Haus ... (Abg Günter Kenesei: *So lange wie die Kollegin Weber!*) Das wusste ich nicht, danke für diese Information, aber da wissen Sie ja vielleicht ohnehin beide, 5 Hektar des Weinbaus, den die Stadt Wien betreibt, sind biologischer Weinbau. (Abg Hannelore Weber: *Das wissen wir!*) Das ist wunderbar, und erst vor kurzem, nun, ein Jahr ist es schon her, sind die Wiener Landwirtschaftsbetriebe, vor allem das Stadtgut Lobau, ein international anerkanntes Biolandanbaugut geworden und ich glaube, das ist doch sehr entscheidend und wichtig. (Abg Günter Kenesei: *Aber auch Oberlaa bedeutet etwas!*) Na, ich wäre bereit dorthin zu kommen, auch dort selbstverständlich. Und ich glaube, meine Damen und Herren, das sollte ... (Zwischenruf von Abg Günter Kenesei.) Nein, das ist eine andere Geschichte, da können wir uns einmal auf einer anderen Ebene unterhalten, aber ich glaube, das sollten wir jetzt einmal lassen, Herr Kollege Kenesei. Wir sprechen über das Landwirtschaftsgesetz und dabei sollten wir auch bleiben und nicht über die B 301 reden.

Dann, meine Damen und Herren, gibt es auch Bereiche, in denen natürlich gefördert werden muss, ich möchte Ihnen auch diese Zahlen nicht vorenthalten. Insgesamt sind es in Wien 150,8 Millionen S, die hier in die Landwirtschaft Wiens eingebbracht werden, 53 Millionen durch die EU, durch den Bund 55 Millionen und durch das Land Wien 42,6 Millionen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind Beträge, die sehr notwendig und wichtig für unsere Landwirtschaft sind. Es ist daher erklärtes Ziel der Wiener Stadtregierung und der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses, diesen bedeutenden Stellenwert der Stadtlandwirtschaft zu erhalten und die Wiener Landwirtschaftsbetriebe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Das heute zu beschließende Gesetz soll das manifestieren. Sie alle sind zur Beschlussfassung herzlich eingeladen! - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Amhof zum Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg Nikolaus Amhof (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Eine neue Bauernbefreiung ist notwendig, hat der Landeshauptmann von Kärnten unlängst gesagt. Ich

glaube, man kann ihm hier bezüglich dieser Aussage nur gratulieren und zustimmen, wenn man sich einige Zahlen aus der Landwirtschaft anschaut. Der Kilo-grammpreis für Weizen ist von 3,50 S auf derzeit 1,10 S bis 1,20 S gesunken. Das eine war vor dem EU-Betritt, das andere ist die Gegenwart. Bei Schweinefleisch ist es zu einem Preiseinbruch von 27 S auf derzeit 12 S pro Kilogramm gekommen, bei Schleifholz etwa von 500 S auf 200 S. Alle diese Einbrüche in der Finanzgebarung der landwirtschaftlichen Betriebe werden durch die Unterstützungen, die gezahlt werden, bei weitem nicht aufgewogen. Es ist nur schön, wenn man hier in diesem Gesetz viele schöne Worte hört, die Besserstellung der Frauen zum Beispiel.

Ich sage Ihnen hier ein Beispiel, eine Frau in der Landwirtschaft tätig, eine Frau, die dieses Land aufgebaut hat, Kinder in die Welt gesetzt hat und auf Grund der Arbeit in der Landwirtschaft an körperlichen Gebrechen leidet, bekommt eine Pension von 4 000 S im Monat und lebt unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das sind Zustände, mit denen wir Freiheitliche uns sicher nicht anfreunden werden.

Vor diesem Hintergrund der allgemeinen Lage der Landwirtschaft ist auch die Situation der Landwirtschaft in Wien zu sehen, denn wenn ich auch dem Kollegen Zimmermann zustimme, dass die Situation in Wien natürlich eine durchaus andere ist, so machen ja die Probleme der Landwirtschaft an der Landesgrenze natürlich nicht Halt.

Wir Freiheitliche stimmen diesem Landwirtschaftsgesetz zu, wir finden es richtig, dass es dieses Gesetz gibt. Wir sind auch der Meinung, dass es eigentlich zu spät kommt. Trotzdem, besser spät als überhaupt nicht. Wir müssen aber doch darauf hinweisen, dass es weniger darauf ankommt, dass hier schön klingende Formeln in ein Gesetz verpackt werden, als dass es mehr darauf ankommt, dass nun endlich wirklich Maßnahmen gesetzt werden, die diese Bundesregierung und die auch die Landesregierung zu lange versäumt haben.

Ich bringe da einige Beispiele: Die Ermöglichung der Teilnahme aller in der Landwirtschaft tätigen Personen am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand der übrigen Bevölkerung. Das ist schön, wenn man das hineinschreibt, Herr Kollege Klucsarits, Sie haben das auch verteidigt. Ich frage Sie, warum hat Ihre Fraktion nicht längst dafür gesorgt, dass diese Ziele verwirklicht werden? - Sie waren an der Regierung auf Bundesebene, Sie sind an der Regierung auf Landesebene. Hätten Sie das längst eingeführt, hätten wir hier einen Diskussionspunkt vielleicht weniger.

Wenn Sie sagen, die Situation in Wien ist anders, dann sage ich Ihnen, die sozialen Verhältnisse in Wien sind weit unter der durchschnittlichen Bevölkerung, das durchschnittliche Einkommen liegt unter 9 000 S pro Kopf.

Wenn man mit Betroffenen ... (Abg Rudolf Klucsarits: *Ich komme aus einer Gärtnerfamilie, ich kenne*

das!) Ja, wenn Sie andere Zahlen haben, können Sie es ja sagen. Jedenfalls, Herr Kollege Klucsarits, wenn man mit Betroffenen spricht, und das habe ich getan, dann sagen die, wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Das, glaube ich, werden Sie nicht bestreiten, dass diese Stimmung ist. (Abg Rudolf Klucsarits: Ja, ich rede doch davon!)

Ah, Sie haben offensichtlich ein optimistischeres Bild. Das wird man ja sehen bei den Wahlen, vor allem in Zukunft, wie die landwirtschaftliche Bevölkerung das beurteilt und ich kann Ihnen eines schon garantieren, dass sie sich bei Ihrer Partei sicher nicht länger vertreten fühlen wird.

Aber zweitens, die Erhaltung und der Schutz der nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen. Das wird sicher nicht dadurch erreicht werden, wenn Gemüse in großem Umfang, das auch vor unserer Haustür wächst, aus Portugal importiert wird und dadurch die Luft verschmutzt wird.

Zur Erhaltung, Pflege, Gestaltung der Kultur- und Erholungslandschaft. Da wird man aber auch dafür sorgen müssen, Herr Kollege Klucsarits, dass weiterhin Menschen in der Landwirtschaft tätig sein können, auf Grund der finanziellen Situation, und das ist derzeit nicht der Fall. Ich habe mir jetzt die Zahlen herausgesucht, von 320 000 hauptberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten im Jahre 1976 sind wir ungefähr auf 160 000 abgestürzt. Sie haben es also geschafft, die Hälfte der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft in etwas mehr als 20 Jahren zu vernichten, und in Wien sind die Größenverhältnisse leider Gottes ähnlich. All das ist also wenig Grund für Freude.

Die bestmögliche Sicherung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird gefordert. Nun, dazu hätten wir wirklich die Möglichkeit, wie Herr Kollege Zimmermann auch gesagt hat, durch die leistungsfähige Wiener Landwirtschaft. Die Gemüsebauern in Wien wären in der Lage, die Großstadt bezüglich des Bedarfs zu versorgen. Es stellt sich allerdings - wenn hier nicht wirklich Maßnahmen erfolgen - die Frage, wie lange das noch so sein wird. Man kann sagen, dass die Landwirtschaft in Österreich sich in der größten Existenzkrise ihrer gesamten Geschichte befindet und das dehne ich auch auf die Wiener Landwirtschaft aus.

Wir Freiheitliche haben vor dieser Entwicklung gewarnt, die eigentlich verschärft, wenn nicht verursacht wurde, durch die dilettantischen und übereilten Verhandlungen, die Sie von der ÖVP und SPÖ bezüglich des EU-Beitritts geführt haben. (Abg Rudolf Klucsarits zu Abg Johann Römer: Der weiß ja nichts!) Ja gut, dann würde ich sagen, ich erinnere Sie an den Beitritt ohne Wenn und Aber. Herr Kollege Klucsarits, das ist sicher nicht die richtige Einstellung, mit der man in eine Verhandlung geht, wenn man dann sagt, wir unterschreiben ohnedies auf jeden Fall. Und wenn ich das zur ÖVP sage, dann sage ich zu Ihrer Fraktion (Zu den Abgeordneten der SPÖ gewendet.), es wäre

bezüglich der Zustände, die in der Landwirtschaft herrschen, und der finanziellen Ungerechtigkeit, vielleicht auch ganz gut, wenn sich Finanzstadträtin Ederer einmal aufs Land begeben würde und dort beginnen würde, die Ederer-Tausender zu verteilen. Es würde sicher viele Menschen geben, die dieses Geld brauchen könnten und sich darüber freuen würden.

Folgende Maßnahmen sollten hier gesetzt werden: Die Anträge, die Brigitte Reinberger eingebracht hat (Abg Dr Matthias Tschirf: Die hat die Rede ja auch geschrieben!), sollten unbedingt unterstützt werden, und es ist wirklich nicht einzusehen, warum die Gemeinde Wien ihren Bedarf an Gemüse etwa nicht von den Wiener Gärtnern decken soll, was zum Beispiel den Bereich Spitäler, Polizei, Bundesheer und andere Belange betrifft.

Es müssen weitere Unsinnigkeit abgestellt werden, wobei ich auf die Rechtspersönlichkeit AMAC Austria anspiele. Warum soll ein Gemüsebauer gezwungen werden, dass er für Werbung 5 000 S bis 7 000 S im Jahr bei einem Betrieb von etwas über 1 Hektar - das hat mir einer gesagt - zahlen muss, ohne dass auch irgendeine Gegenleistung erfolgt? - Es erfolgt keine Werbung, er muss es trotzdem zahlen, und beworben wird mit dem Geld dann vielleicht der Käse aus Tirol oder Vorarlberg. Hier muss man dafür sorgen, dass wieder Gerechtigkeit hergestellt wird.

Man sollte ferner ein heißes Eisen anpacken - da sage ich Ihnen meine persönliche Meinung - und vielleicht auch wenigstens einmal beginnen, über gewisse Beschränkungen bei der Einfuhr von Lebensmitteln zu diskutieren, obwohl natürlich klar ist, dass das heutzutage ein sehr heikles und schwieriges Thema ist.

Der vierte Punkt ist der Wichtigste. Es wird natürlich von den hier erwähnten Förderungen, von der Größenordnung dieser Förderung und auch davon abhängen, ob diese Förderungen bei den Betroffenen, also bei den Landwirten, eintreffen, ob diese Betriebe existenzfähig sind und weiterhin am Leben bleiben können.

Fünftens wird es auch auf eine entsprechende Vertretung der in der Landwirtschaft Tätigen ankommen und nachdem Sie hier auf diesem Gebiet versagt haben, werden wir Freiheitliche diese verstärkt in die Hand nehmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Pöschl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nur ein kurzer Satz zur SPÖ. Herr Kollege Zimmermann, wirklich meine Bewunderung, wie Sie den Schmerz über dieses Gesetz verstecken können und welch blumige Worte Sie für die Begründung finden. Wirklich meine Hochachtung!

Zur Kollegin Weber von den GRÜNEN. Sie freuen sich darüber, dass Sie etwas durchgesetzt haben, dass Sie es durchgesetzt haben, dass die ökologische

Komponente in der Landwirtschaft jetzt hier durchgesetzt worden ist. So begrüßenswert das wäre, wenn dem so wäre, es ist leider so, dass das Stück Papier, das wir heute hier beschließen, leider ziemlich wertlos ist. Oder können Sie mir einen Ökobetrieb nennen, der auf Grund dieses Gesetzes auch nur irgendeinen Anspruch anmelden kann? - Den werden Sie nicht nennen können.

Es ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die GRÜNEN mit einem klaren Ja zur Gesetzesflut hier äußern. Das nehme ich zur Kenntnis, und es scheint Ihnen nicht zu gelingen (*Abg Günter Kenesei: Nun, wir werden alle Anträge, die Sie eingebracht haben, ablehnen!*), es scheint Ihnen nicht zu gelingen, Form von Inhalt zu trennen.

Auch wir sagen Ja zu einer ökologischen Landwirtschaft. Dieses Gesetz wird das aber sicher nicht garantieren. Das, was Sie offensichtlich wollen, ist ein Placebogesetz, das Ihrer Regulierungswut anscheinend entspricht.

Zum Kollegen von der ÖVP. Es ist schade, dass Kollege KARL nicht da ist, (*Abg Maria Hampel-Fuchs: Er ist heute entschuldigt!*), weil hier somit ein kompetenter Ansprechpartner für die Probleme der Gesetzeswerbung fehlt. Auch hier sind einige Schwierigkeiten festzustellen, Form von Inhalt zu trennen. Sie haben hier lange - und meines Erachtens nach auch gar nicht so unrichtig - über die Landwirtschaft gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute nicht über die Landwirtschaft, sondern über das Landwirtschaftsgesetz. (*Abg Rudolf Klucsarits: Also, wenn ich über das Gesetz gesprochen habe!*) Das ist ein gewichtiger Unterschied, Herr Kollege, denn mit dem Gesetz machen Sie nichts für die Landwirtschaft, aber absolut gar nichts. Wenn Sie uns erzählen, was für wunderbare Dinge es gibt, ja die gibt es, die hat es aber auch ohne das Gesetz gegeben.

Und wenn Sie von einem mangelnden Problembewusstsein hier im Haus gesprochen haben - ich nehme an, Sie werden an Kollegen von der SPÖ oder an Kolleginnen der SPÖ gedacht haben -, da muss man sagen, dieses mangelnde Problembewusstsein war ein klares Anzeichen für Vernunft. Anscheinend dürfte aber hier die Koalitionsdisziplin so weit gewirkt haben, dass man sich entschlossen hat, nun gut, machen wir so ein Gesetz, wenn die ÖVP sich das wirklich wünscht.

Wirklich skurril wird es, wenn Sie sagen, dass das ein unbürokratisches Gesetz ist. Das ist wahr, weil es steht nichts drinnen, es ist wirklich unbürokratisch. Es kann gar nicht bürokratisch sein, weil wenn nichts drinnen steht, was soll daran bürokratisch sein!

Wenn Sie erwähnen, dass acht Bundesländer das schon haben und nur Wien steht ganz einsam und alleine da und wartet verzweifelt auf die Beschlussfassung des Landwirtschaftsgesetzes, dann muss ich Ihnen leider sagen, bis jetzt hat die Landwirtschaft in Wien auch ohne dieses Gesetz überlebt. Also, die

Notwendigkeit dafür ist durch dieses Argument ganz sicher nicht bewiesen.

Für die Kolleginnen von der ÖVP und Herr Kollege Klucsarits für Sie: Ich sage hier, auch ich bekenne mich zur Landwirtschaft und ich bekenne mich zum Heurigen, auch wenn ich dort nur ein Kracherl trinke, ich bekenne mich dazu, das ist sehr wichtig für Wien. Aber das Gesetz brauchen wir nicht dazu.

Und wenn Sie das Antidiskriminierungsgesetz hier ins Spiel bringen, darf ich Ihnen nur sagen, ich bin sicher, dass es in Wien mehr Homosexuelle als Bauern gibt. Da bin ich mir sicher. (*Abg Johann Hatzl: Es gibt aber auch unter den Bauern welche!*) Wenn Sie für ein Landwirtschaftsgesetz mit dieser Verve und mit dieser Vehemenz sprechen, dann bin ich schon gespannt, mit welcher Vehemenz Sie sich dann für das Antidiskriminierungsgesetz einsetzen werden.

Aber vielleicht auch nur ein Punkt zur Aufklärung dessen, was im Ausschuss auch wirklich gesagt und was hier auch kurz reflektiert wurde.

Der Herr Berichterstatter hat damals in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender gemeint, dass dieses Gesetz nicht auf Drängen der SPÖ kommt. Das stimmt, das ist wahr, das ist ganz sicher richtig. Er meinte, wenn wir das Gesetz in seiner Entstehungsphase am Anfang gesehen hätten, das war noch viel mehr. Bezeichnend ist natürlich, dass man sich hier in diesem Fall bei der Gesetzeswerbung an Tirol orientiert. Das ist natürlich sehr vergleichbar - aber gut.

Der Kollege Klucsarits meinte damals im Ausschuss, dass dieses Gesetz eine Anerkennung für die Bauern in Wien sei. Jetzt muss man einmal sagen, ein Anerkennungsgesetz, nun ja, vielleicht erleben wir demnächst - wir haben das auch im Ausschuss gesagt - auch ein Anerkennungsgesetz für die Wirtschaftstreibenden in Wien. Auf Ihre Initiative bin ich schon sehr gespannt, dass wir ein Anerkennungsgesetz für die Wirtschaftstreibenden in Wien beschließen. Ich hoffe nur, dass Ihre Initiativen hier für diese Gesetzeswerbung auch mit Ihrem Kollegen, der meines Wissens nach für die Gesetzesbereinigung in Ihrer Fraktion zuständig ist, mit dem Kollegen KARL, der heute leider, leider, nicht da sein kann, abgesprochen sind.

Weil ich darf Ihnen, nur kurz, ich entschuldige mich, ich muss es Ihnen kurz noch sagen. Es ist noch gar nicht so lange her, der 23., vor zwei Tagen war es, also kann es doch hoffentlich noch keinen Sinneswandel in der ÖVP gegeben haben, da meinte der Kollege KARL in seiner Initiative gegen sinnlose und inhaltsleere Gesetze: "Ich halte es für gefährlich", er nannte es sogar gefährlich, "wenn versucht wird, bestimmte Gruppen" - Landwirtschaft - "mit Placebogesetzen", das ist es, weil da steht nichts drinnen, "ruhig zu stellen. Es dürfe auch nicht sein", meinte er, "dass die Gesetzgebung zunehme" - da dürfte er einige Erfahrung damit haben -, "von Lobbys", vielleicht die der Landwirtschaft möglich, "oder von Interessenvertretungen" - es wird sich doch nicht gar irgendwie

der Bauernbund sich da eingemischt haben? - "oder von Regierungsmitgliedern. Für die Gesetzgebung sind einzig und allein wir hier im Haus zuständig." - Da muss man sich schon fragen, welche Begründung, welche sachliche Begründung es für dieses Gesetz gibt.

Wenn Sie dem Kollegen Smoliner hier vorgeworfen haben, dass er gewisse Dinge nicht korrekt wiedergegeben hat, dann muss ich zumindest sagen, dass er mit nobler Zurückhaltung ein Zitat aus dem Gemeinderatsausschuss vermieden hat. Ich bringe es nur der humoristischen Grundhaltung wegen, weil hier so viel von der Wertschätzung für die Landwirtschaft und für die Bauern gesprochen wird.

Der zuständige Stadtrat meinte auf die eindringliche und wirklich harte Diskussion darüber, wie wichtig denn die Landwirtschaft für Wien sei und die Bauern für Wien: "Wissen Sie, wann der schlechteste Monat für die Bauern ist? - Es ist der Februar, weil der hat nur 28 Tage und da haben sie nur 28 Tage zum Jammern." So viel nur zum Thema ... (Abg Rudolf Klucarits: *Das sind keine guten Witze!*) So viel nur zum Thema ... (Abg Rudolf Klucarits: *Sie haben einen eigenen Humor, das ist arg!*) Bitte? Was ist daran arg? - Das war so. (Abg Johann Hatzl: *Herr Pöschl, wenn er das wirklich gesagt hat, verkennt er die Situation ebenfalls!*) Das kann sein, aber ich nehme an, dass die Kolleginnen aus dem Ausschuss das bestätigen werden, dass das so gefallen ist. Also sollte man sich auch nicht immer mit zweierlei Maß über die Wertschätzung der Landwirtschaft unterhalten. Ich sage es hier ganz klar: Wir haben eine ganz klare Wertschätzung für die Arbeit, die hier vollbracht wird, und auch für den Nutzen, den wir aus dieser Arbeit ziehen. Aber dafür ist das Gesetz nicht notwendig.

Und auf meine Frage im Ausschuss nach der sachlichen Begründung abseits von "es ist eh nicht so schlimm" und abseits von "das ist eine Anerkennung für die Landwirtschaft" konnte zumindest mir in diesem Zusammenhang niemand konkret sagen, warum dieses Gesetz notwendig ist, weil bisher hat die Wiener Landwirtschaft auch ohne dieses Gesetz gelebt und es wäre absolut ausreichend, hier Förderungsrichtlinien zu beschließen.

Aber zum Abschluss einen konkreten Vorschlag, damit wir vielleicht auch versöhnlich wieder enden. Wir haben vor kurzem einen Arbeitskreis beschlossen, der sich mit der Rechtsbereinigung beschäftigt und ich würde meinen, dass dieses Landwirtschaftsgesetz sicher eines der Ersten ist, mit dem sich dieser Arbeitskreis beschäftigen kann, um zum Thema Rechtsbereinigung auch wirklich seine erste Tätigkeit zu finden. (Abg Rudolf Klucarits: *Sie haben vergessen, zum Kollegen Smoliner Stellung zu nehmen!* - Abg Marco Smoliner: *Hat er gemacht!* - Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Pfeiffer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kenne den Herrn Kollegen Pöschl normalerweise als einen sehr aufmerksamen und einen Mitredner bei Tagesordnungspunkten, die nicht so wie in dieser Art und Weise darin bestehen, dass er herausgeht und Zensuren erteilt, was gerade gescheit war an den Reden seiner Vorredner und was blöd, ob die GRÜNEN jetzt tatsächlich mit Ökologie etwas erreicht haben oder nicht, ob die ÖVP und ob die Sozialisten über ihren Schatten gesprungen sind und ob der Kollege Zimmermann blumige Reden geführt hat. Das hat eigentlich nicht alles Sinn und Zweck, zu einem Gesetz zu reden.

Ich glaube, der Sinn und Zweck Ihrer vielen Worte war, dass Sie merken, dass Sie das, was die GRÜNEN in dem Fall zusammengebracht haben, nämlich für die Ökologie in diesem Gesetz etwas unterzubringen, sehr wohl versäumt haben. Sie merken, dass Sie verabsäumt haben, dass die Bauern tatsächlich eine Bemerkung und vor allem ein Gesetz brauchen. (Abg Hanno Pöschl: *Das gehört dazu!*) Weil Sie merken, dass Sie offensichtlich, nachdem alle anderen Parteien hier positiv gesprochen haben, von dem Zug abgehängt wurden, worum es geht.

Und die Ironie und der Zynismus, mit dem Herr Kollege Smoliner da herausgegangen ist und über die Dinge geredet hat, und den Witz - der vielleicht am Stammtisch vielleicht einmal ganz nett und ganz lustig sein soll - hier heraus, öffentlich und protokollarisch festzustellen, das ist abgeschmackt, wirklich nicht notwendig und das ist auch wirklich nicht erforderlich. (Abg Marco Smoliner: *Das hat ein Stadtrat gesagt!*)

Aber glauben Sie uns eines, wir werden den 1 300 bürgerlichen Betrieben sagen, wie Sie hier zu einem Gesetz Stellung nehmen, das sehr wohl einen sachlichen Bezug hat. Sie haben nur leider Gottes nicht zugehört und der sachliche Bezug ist der, dass auch diese Berufsgruppe das Recht hat, nicht immer nur als Bittsteller betrachtet zu werden, sondern auch in diesem Bundesland eine gesetzliche Verankerung hat, wie in allen anderen Bundesländern auch. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich darf die positiven und konstruktiven Wortmeldungen der Debattenredner sogar noch um eine erfreuliche Komponente erweitern und ausdehnen. Wie dem Naturschutzbericht 1998 unschwer zu entnehmen ist, wird hier in einer differenzierten Betrachtung der Flächenstatistik Wiens sogar davon gesprochen, dass 37 Prozent der Wiener Stadtfläche, für eine Metropole ein einmalig positiv und erfreulicher Anteil,

landwirtschaftliche Subsysteme sind und alleine diese geopolitische Tatsache ist es bereits wert, sich mit dem wesentlichen Betriebungsfaktor dieser land- und forstwirtschaftlichen Anteile Wiens, nämlich der Wiener Landwirtschaft, in einer aufgeschlossenen, in einer konstruktiven und nicht - wie es leider Gottes - von den beiden liberalen Rednern hier vorgenommen wurde, in einer polemisch-sarkastischen Form auseinander zu setzen.

Kollege Smoliner, Sie haben das Gesetz gut gelesen. Sie haben es nur selektiv interpretiert. Sie haben sich zwar mit dem § 1 und dem § 2, nämlich den Zielen und den Grundsätzen auseinander gesetzt, haben sich dann noch ein bisschen mokiert, dass der § 9, das ist der Vorletzte, der Letzte betrifft dann nur mehr den Wirksamkeitsbeginn, die sprachliche Behandlung und die Gleichsetzung im Sinne der geschlechtlichen Gleichbehandlung beinhaltet. Was Sie aber sehr wohl überlesen haben - und das müsste leider auch dem Kollegen Pöschl unterlaufen sein, der von einer Gesetzesflut auf der einen Seite und einem Placebogesetz, es steht nichts drinnen, auf der anderen Seite gesprochen hat -, das ist der interessante, der detaillierte und der Landwirtschaft konkret helfende § 3, nämlich die wirklichen Förderungsmaßnahmen.

Und ohne jetzt das Auditorium des Wiener Landtags über Gebühr mit diesen Details aufhalten zu wollen, da sind wirklich spezifiziert - wie es in der praktischen Landwirtschaftspolitik vorher nicht existent war - infrastrukturelle Maßnahmen angesprochen. Kollege Pöschl als engagierter Umweltpolitiker kann sich wohl nicht gegen eine sinnvolle Wasserversorgung, gegen die Förderung einer ordentlichen Abwasserbeseitigung und damit des Zurückdrängens der Senkgruben stellen. Weiters kann es uns nicht egal sein, ob die Wiener Landwirtschaftsbetriebe eine gute oder eine mäßige Verkehrserschließung haben und schlussendlich ist auch die Energieversorgung, die hier expressis verbis förderungswürdig genannt wird, von Bedeutung.

Im zweiten Punkt der Förderungsmaßnahmen geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit Wiens im nationalen wie im internationalen Kontext aufrechtzuerhalten und entsprechend gut zu positionieren.

Im dritten Punkt geht es darum, dass die Qualitätsverbesserung, vor allem Richtung Ökologie, entscheidend forciert wird und umweltschonende und dem Landschaftserhaltungsschutz entsprechende Agrarpolitik betrieben wird. Die Verbesserung der sozialen Lage nicht nur der Bauern und Bäuerinnen, wie Sie gemeint haben, sondern auch vieler 100 Lohnabhängiger in der Landwirtschaft, ist uns als Sozialdemokraten selbst, ein zu den Betriebsinhabern gleichberechtigtes Anliegen. Und schlussendlich ist die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung in Zeiten von explodierenden Bildungsveränderungen ein allgemein gültiges Gesetz und wird hier der guten Ordnung halber auch in die konkreten Forderungsmaßnahmen aufgenommen.

Aber, nachdem sich der Kollege Smoliner der Aufgabe unterzogen hat, ein bisschen die Psychologie anderer Fraktionen, vornehmlich der Stadtcoalition, zu diesem Gesetz zu hinterfragen, habe ich mir gedacht, was ist wohl das Motiv, dass die Liberalen einem derartigen legalistischen Anliegen so konsequent ablehnend gegenüberstehen. Nun ja, das eine woran es liegt, das ist die späte politische Geburt des Liberalen Forums. Die, glaube ich, in Österreich nach wie vor unbestrittene positive Einrichtung der Sozialpartnerschaft hat also nie in die Philosophie des LIF einen verwurzelten Eingang gefunden.

Das Zweite ist damit aufbauend, dass gesetzliche Interessenvertretungen im LIF - so nach dem Motto, auf die Niederungen von Personalvertretungswahlen und Standesvertretungswahlen lassen wir uns nicht herab - keinen Eingang gefunden haben und demzufolge hat das LIF halt auch in der Wiener Landwirtschaftskammer, im Gegensatz zu dem Bauernbund der ÖVP, den SPÖ-Bauern und auch dem einzigen freiheitlichen Kammerrat, dem Kollegen Rungaldier aus Simmering, keine Repräsentanz, und damit ist auch diese vernetzte Philosophie, wie die Landwirtschaft in Wien in einem Kontext zwischen gesetzlicher Interessenvertretung, aber auch den Sozialversicherungseinrichtungen auf der anderen Seite und der Wiener Politik betrachtet werden muss, im Gedankenkonstrukt des Liberalen Forums ein missing link. Und auf diesen Defiziten aufbauend verstehe ich eben dann, dass die Wortmeldungen des LIF nicht unbedingt sehr freundlich und konstruktiv ausgefallen sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte es relativ kurz machen und würde meinen, dass die Kollegin Reinberger hier eine differenzierte, aber im Grundsatz her positive Stellungnahme abgegeben hat. Kollegin Reinberger, zum Landwirtschaftsbericht, der von allen Fraktionen als günstige und notwendige Replik periodischer Art auf die Situation der Wiener Landwirtschaft und die Zusammenwirkung von Politik und Kammer gesehen wird, muss man Folgendes sagen: Wenn das Gesetz 2001 in Wirksamkeit tritt, die Laufzeit des Rechenschaftsberichts zwei Jahre beträgt, dann kann frühestens im Herbst 2003 - nach Erfassung aller Daten und Erhebung der statistischen Unterlagen - ein solcher Bericht hier erstmalig vorgelegt werden.

In Summe gesehen, glaube ich, können wir festhalten, dass dieses - ich sage es bewusst, klein gehaltene, gut leserliche, für die Benutzer und Nutznießer auch nachvollziehbare, weil sprachlich nicht im extremen Juristendeutsch abgefasste - Gesetz der Wiener Landwirtschaft, den Wiener Konsumenten und der Wiener Umwelt dienlich ist. Es ist ein Gesetz, das die Nachhaltigkeit von Natur und Klima in Wien positiv beeinflusst, und Wien als Stadt unterscheidet sich hier zu Recht von anderen Metropolen, indem sie dem Kapital Land- und Forstwirtschaft im Allgemeinen und dem Anbau, dem autarken Versorgen der Bevölkerung mit Obst und Gemüse und dem weltweit bekannten

Wiener Wein entspricht. Dieses Gesetz ist daher ein sinnvolles, ein notwendiges und ein von Größe und Charakter angemessenes.

Ich bitte daher den Wiener Landtag, dieser Bereicherung der Wiener Legistik zuzustimmen und das Wiener Landwirtschaftsgesetz damit aus der Taufe zu heben. - Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich möchte dabei den Abänderungsantrag der hier im Landtag vertretenen Parteien, von allen unterstützt, mit einbeziehen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, der Abänderungsantrag ist angenommen.

Wer der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen will, den erteiche ich ebenfalls, die Hand zu erheben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nur zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge.

Der Beschluss- und Resolutionsantrag der FPÖ-Abgen Brigitte Reinberger, Nikolaus Amhof, Karl Ramharter, Barbara Schöfnagel betrifft den Bezug von Gemüse für öffentliche Einrichtungen bei Wiener Gärtnern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Hier ist die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann beantragt. Ich sehe keine Gegenstimmen. - Der Antrag ist einstimmig zugewiesen.

Wir kommen zum Beschluss- und Resolutionsantrag der FPÖ-Abgen Brigitte Reinberger, Nikolaus Amhof, Karl Ramharter und Barbara Schöfnagel, betreffend verstärkte Werbung für Wiener Gärtner. Der Herr Landeshauptmann möge den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft damit befassen. Hier wurde auch die Zuweisung an den Herrn Landeshauptmann beantragt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit, der Antrag ist somit abgelehnt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tourismusförderungsgesetz geändert wird.

Die Berichterstatterin hierzu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Akt. -

Danke.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es liegen hier keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 3. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Getränkesteuergesetz 1992 geändert wird.

Frau Berichterstatterin, ich darf Sie bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieses Gesetz ist auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 5. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 geändert wird.

Ich darf den Herrn Berichterstatter bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Werner Faymann: Da in dem Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz, wie ich meine, eine Reihe von wesentlichen Verbesserungen enthalten sind, die sowohl für die Geschäftsläden als auch - und das ist das Wesentliche - im ökologischen Bereich große Fortschritte bringen, und ich bei der Budgetdebatte die wesentlichen Punkte schon erklären durfte, möchte ich es kurz machen und um Zustimmung ersuchen.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abg Mag Hack. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Michaela Hack (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Mit diesem Abänderungsantrag zum WWFSG werden meiner Meinung nach durchaus einige sehr sinnvolle Maßnahmen im jetzigen System der Wohnbauförderung vorgeschlagen. Zum Beispiel die Erhöhung der Altersgrenzen bei der Jungfamilienförderung oder auch der Verzicht auf eine nachträgliche schriftliche Zustimmung zu Sanierungsmaßnahmen, wenn Gefahr in Verzug ist.

Aber auf diese Punkte möchte ich gar nicht näher eingehen, da werden die beiden Antragsteller sicher noch einiges dazu sagen können. Ich möchte mich auf einen Punkt konzentrieren, der mir persönlich immer sehr wichtig war und wo ich einfach mittlerweile sehe, dass anscheinend, wenn man es oft genug sagt und oft genug erklärt und oft genug fordert, vielleicht doch auch hier bei den beiden Regierungsparteien ein Einlenken vorhanden ist, und zwar ist das die thermisch-energetische Sanierung, die mit dieser Änderung des WWFSG unabhängig von der jeweiligen Ausstattungskategorie der Wohnung eben für alle Wohnungen möglich sein soll.

Und wie ich erfahren habe, sollen ja jährlich 400 Millionen S für diese spezielle Förderung zur Verfügung stehen und ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist, in diesem Bereich endlich das, was wir schon länger gefordert haben, nämlich eine Energiespar- und Wärmedämmoffensive zu starten, auch tatsächlich umzusetzen. Die Forderungen wurden ja nicht nur von uns gestellt, die kamen genauso von der Wirtschaft, von diversen Interessenvertretungen wie Arbeiterkammer, Mieterbund, et cetera.

Ich denke mir, dass die thermisch-energetische Wohnhaussanierung der entscheidende Beitrag auch zur Reduzierung des CO2-Ausstosses im Bereich Wohnen ist. Wir haben das auch im Klimaschutzprogramm festgehalten, so wie wir auch im Klimaschutzprogramm festgehalten haben, dass es in Zukunft einen Energieausweis für Gebäude geben soll. Und das ist der Punkt, der mich auch ganz besonders freut, weil ich zumindest einmal den Vorschlag, wie diese Förderung in Zukunft ausschauen soll, durchgelesen habe und wenn der Vorschlag auch tatsächlich so umgesetzt wird, nämlich die dazugehörige Verordnung und die Auslegungen des WWFSG entsprechend erfolgen, dann wird es in Zukunft nach Abschluss der Sanierungsarbeiten einen Energieausweis geben, der dann den Heizwärmebedarf für das Gebäude festhält.

Das ist es, was wir eigentlich schon vor, ich glaube, eineinhalb bis zwei Jahren gefordert haben und was wir auch damals in unserer Diskussion über die Bauordnungs-Techniknovelle eingefordert haben. Lei-

der Gottes haben wir uns damals mit unserer Forderung nach einem einheitlichen Energieausweis - einheitlich nämlich in ganz Österreich - nicht durchsetzen können und wir haben damals in die Bauordnungs-Techniknovelle wieder etwas hineingeschrieben, was eigentlich nicht dem derzeitigen Standard, nämlich dem Heizwärmebedarf, entspricht. Diese Bauordnungs-Techniknovelle hat sehr lange auf sich warten lassen, lässt noch immer auf sich warten.

Sie haben jetzt zwar gesagt, im Dezember werden wir sie erleben, nur haben wir jetzt leider Gottes das Problem, das ich auch schon damals befürchtet habe und was auch wirklich eintritt, dass wir auf der einen Seite bei der Wohnbauförderung sehr wohl am Stand der Dinge sind und Energieausweis und Heizwärmebedarf als Kriterium heranziehen, auf der anderen Seite in der Bauordnung dies nicht der Fall ist.

Und selbst der WWFSG schreibt, dass eben im Rahmen dieses thermisch-energetischen Wohnhaussanierungskonzepts Tewosan es darüber hinaus flankierende Maßnahmen in folgenden Bereichen geben soll, sprich initiiert oder unterstützt werden sollten. Und zwar nämlich bei Normungen wie Bauordnung et cetera, Weiterentwicklung oder Anpassung technischer Normen und Richtlinien. Und ich glaube, wir sollten uns wirklich überlegen, inwieweit man hier nicht von der ursprünglichen Idee abgeht und auch das in die Bauordnungs-Techniknovelle hineinschreibt, was wir jetzt bei den Förderungsrichtlinien als die Kennzahl festhalten, nämlich den Heizwärmebedarf. Mir hat man damals gesagt, die Einheitlichkeit dieser Kennzahl ist das wichtigste Kriterium, dass es eben auch einheitlich in allen Bundesländern ist. Daher auch verständlich sowohl für die Konsumenten als auch für die Wirtschaft und für diejenigen, die mit diesem energetischen Wert dann auch arbeiten müssen.

Daher noch einmal meine Bitte, sich zu überlegen, wenn die Bauordnungs-Techniknovelle im Dezember in den Landtag kommt, sich hier vielleicht eine Änderung vorstellen zu können. Und es wurde auch im Rahmen des Tewosan-Konzepts von anderen Begleitmaßnahmen gesprochen, wie eine Informationsoffensive bei den Bewohnern der Häuser, eine Informationsoffensive bei den jeweiligen Firmen, die im Rahmen der Sanierung tätig sind. Ich glaube, dass beides durchaus sinnvoll wäre, und ich wünsche mir auch, dass es hier von Seiten der Stadtregierung entsprechende Konzepte gibt. Wenn nicht, werden wir sie von unserer Seite vorschlagen.

Aber lassen Sie mich jetzt zum Schluss noch etwas Allgemeines über das WWFSG sagen, weil es ist mir auch bei dieser Novelle wieder wie bei den restlichen Novellen gegangen. Selbst bei konzentriertem Lesen, mehrmaligem Lesen gelingt es einem nicht, auf Anhieb zu verstehen, was drinnen steht. Und ich bewundere all jene, denen das gelungen ist. Ich weiß auch nicht, wie viele der Anwesenden auch tatsächlich sich die Novelle durchgelesen haben, und all diejenigen, die glauben, dass sie es verstanden haben,

denen rate ich, das restliche Gesetz zu lesen. Dann wissen sie wieder, dass sie es nicht verstanden haben.

Die Lesbarkeit dieses Gesetzes ist meiner Meinung nach nicht gegeben. Und damals war das auch ein Grund, warum wir gesagt haben, Gesetze müssen so formuliert sein, dass sie zumindest bei fachlicher Kenntnis von den Leuten verstanden werden können. Und wenn sich die ÖVP und besonders Kollege KARL immer wieder auf die Fahnen heften, dass sie sich dafür einsetzen, dann hätten sie hier mit diesem Gesetz ein weites Betätigungsgebiet. Allein die Regelung, die wir heute beschließen, betreffend die Wohnbeihilfe - durchaus eine sinnvolle Regelung -, ist, und Sie können mir das glauben, einem armen Menschen, der eine Wohnbeihilfe benötigt, wirklich nicht erklärbar.

Es ist wirklich nicht erklärbar, und daher auch für jemanden, der sich sozusagen nicht ständig mit Rechtsmaterien beschäftigt, und das ist nun einmal nicht jeder Förderungswerber, der Wohnbeihilfe braucht, nicht verständlich.

Daher noch einmal meine Bitte, wenn man schon Gesetzesentwürfe formuliert, dann bitte auch so, dass sie verständlich sind.

Die Diskussion über die Wohnbauförderung im Allgemeinen möchte ich heute hier nicht führen, weil ich glaube, dazu haben wir noch genug Gelegenheit. Das jetzige System ist meiner Meinung nach mehr als änderungswert. Ich glaube, wir werden sowieso früher oder später darüber diskutieren müssen, weil die Wohnbauförderung von Bundesseite her eingeschränkt wird. Ich glaube, dass das auf jeden Fall auf uns zu kommen wird und in diesem Zusammenhang sollte man sich wirklich eine vollkommen neue Konzeption der Wohnbauförderung überlegen, die mehr soziale Treffsicherheit mit sich bringt, aber auf der anderen Seite auch auf Rückflüsse schaut, besonders im Bereich der Eigentumsförderung. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Vassilakou zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vorliegende Novelle zum Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz ist im überwiegenden Teil als sehr positiv zu bewerten. Nicht nur deshalb, weil hier endlich die thermisch-energetische Wohnhaussanierung umgesetzt wird, was ja auch eine langjährige Forderung nicht nur des Liberalen Forums und nicht nur der Kammern, sondern auch der GRÜNEN ist, sondern auch deshalb, weil hier eine Reihe von sehr, sehr sinnvollen sozialen Maßnahmen getroffen wurde, die auch sehr begrüßenswert sind.

Ich möchte nur kurz auf jene drei Punkte eingehen, mit denen wir GRÜNE allerdings überhaupt nicht einverstanden sind. Dazu haben wir auch ein paar Anträge vorbereitet, die ich jetzt einbringen möchte.

Zunächst einmal zur Geschäftsflächenförderung nach § 15. Es ist weiterhin nicht einsichtig, warum man, wenn man jene Geschäftsflächen, die nach § 14 gefördert wurden, der aus Konsumentensicht durchaus auch günstigere Preise erzielt, nicht anbringt, jetzt auch noch nach § 15 fördern muss, was ja auch bewirkt, dass diese Geschäfte teurer werden, die dadurch entstehen.

Das ist die erste Frage. Wir sehen nicht ein, was die Wirtschaftlichkeit dieses Schritts ausmachen soll.

Zweitens. Wenn wir ehrlich sind, das wahre Problem, das wir in Wien mit Geschäftsflächen haben, sind die leer stehenden Geschäftsflächen überall in der Stadt im privaten Bereich. Und da wäre es vielleicht längst an der Zeit, dass man die entsprechenden Schritte im Mietrechtsgesetz setzt, dass man vielleicht auch die viel diskutierten Mietzinsobergrenzen endlich durchsetzt, so dass hier etwas weitergeht. Über die Geschäftsflächenförderung im Genossenschaftsbereich kann man dann nach wie vor nachdenken, wenn das Hauptproblem gelöst ist.

Und so möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, dass der entsprechende Art. 1 Z 4 gestrichen wird.

Dann kommen noch zwei Punkte.

Punkt eins: Ausdehnung der Wohnbeihilfe auch auf Wohnungen, die nach § 15 gebaut worden sind. Es sieht auf den ersten Blick sehr sozial aus, wenn man einem Menschen, der eine Eigentumswohnung gekauft hat, so er dann nachträglich verarmt und die Kreditraten für diese Wohnung nicht mehr zurückzahlen kann, Wohnbeihilfe gewährt, damit dieser Mensch die Wohnung nicht verliert und nicht ausziehen muss. Auf den ersten Blick sehr gut nachvollziehbar.

Schaut man aber genau hin, stellt man dann fest, dass Folgendes geschieht: Dieser Mensch bekommt Wohnbeihilfe, bildet aber mit dieser Wohnbeihilfe Eigentum. Das heißt, er ist beim Kauf der Wohnung bereits einmal gefördert worden, und zwar nicht wenig, und jetzt, so er nachträglich verarmt, kauft ihm der Staat praktisch die Wohnung. Menschen allerdings, die im privaten Hausbereich eine Wohnung gekauft haben, müssen, so sie verarmen, ganz normal ihre Wohnung verkaufen und schauen, wie sie weiterkommen. Sie bekommen keine Wohnbeihilfe. Die, die ohnedies schon, wie gesagt, beim Kauf gefördert worden sind, kriegen auch noch Wohnbeihilfe und werden so auch noch weiter gefördert für den Fall, dass sie verarmen.

Das ist mitunter auch ein hervorragendes Signal. Denn nach § 15 kann ich mir auch so eine Wohnung leisten. Dann kaufe ich sie und ich muss mir überhaupt keine Gedanken für die Zukunft machen, ob ich sie mir dann auch weiterhin leisten kann, denn, so ich keine Arbeit habe, wenn ich hier ausscheide, bekomme ich ohnehin Wohnbeihilfe von der Stadt Wien, dann kann ich meine Wohnung ohnedies behalten und dann kann ich dieses Eigentum letztendlich auf Basis einer sozialen Maßnahme bilden.

Man soll aber nicht zu hart sein, habe ich mir gedacht, und die Lösung, die für mich zumindest nachvollziehbar ist und die, glaube ich, auch sozial treffsicherer ist, könnte so aussehen: Um Härten zu vermeiden, gewährt man selbstverständlich diese Wohnbeihilfe, doch dann, wenn die finanzielle Notlage sich wieder gelöst hat, sollte diese Wohnbeihilfe natürlich irgendwann einmal zurückbezahlt werden. Denn Wohnbeihilfe ist nicht dazu gedacht, Eigentum zu bilden, sie ist dazu gedacht, Menschen in einer Notsituation vorübergehend zu helfen.

In diesem Sinne beantragen wir genau dieses, und zwar nicht nur für § 15, sondern auch für § 14. Dort, wo Eigentum gebildet wird, mit Hilfe der Wohnbeihilfe, sollte diese Wohnbeihilfe zurückgezahlt werden.

Dieser Beschluss- und Resolutionsantrag lautet übrigens auf Zuweisung, und ich hoffe, dass Sie der Zuweisung zustimmen, denn das ist es wert, vielleicht im Ausschuss darüber nachzudenken und auch darüber zu diskutieren.

Dritter Bereich: Die Übertragung von geförderten Mietwohnungen zu einem späteren Zeitpunkt ins Eigentum. Wir können hier auch nicht nachvollziehen, warum es sozial treffsicher sein soll, dass eine Wohnung, die ohnedies gefördert entstanden ist, auf einem günstigen Grund, zu günstigen Baukosten - das alles sind ja Bedingungen -, dann auch noch zusätzlich mit Eigentumsförderung gefördert werden soll, so dass hier letztendlich jemand eine Wohnung mit Dreifach- oder Vierfachförderung kauft. Das ist nicht nachvollziehbar.

Gescheiter und auch sozial treffsicherer wäre es vielleicht, hier zu sagen, in so einem Fall muss die Förderung zurückgezahlt werden und danach kann ja der Käufer immer noch Eigentumsförderung beantragen.

Das sind drei Vorschläge, von denen wir sehr wohl der Meinung sind, dass wir damit helfen, dass die vorliegende Novelle sozial etwas treffsicherer wird.

Im Übrigen teile ich die grundsätzliche Kritik der Kollegin Hack im Zusammenhang mit der Verständlichkeit dieses Regelwerks voll und ganz und hoffe sehr, dass es vielleicht in nächster Zeit überarbeitet werden kann, damit ein Mensch mit durchschnittlicher Bildung und Intelligenz - ich sage gar nicht, ein Mensch mit Fachkenntnis - versteht, was er da in Händen hält, falls er versucht, sich mit diesem Gesetz auseinander zu setzen. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Fuchs zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Vorweg: Ich glaube, dass es in Zukunft überhaupt einmal notwendig sein wird, das gesamte Wohnbauförderungsgesetz zu vereinfachen und sich Gedanken darüber zu machen, dass es nicht nur lesbarer wird, sondern auch ausgerichtet wird nach einfachen, ver-

ständlichen Grundsätzen und vereinheitlicht wird. Ich glaube, das ist nicht nur eine Forderung einer Partei, sondern es ist der Wille aller Fraktionen.

Nun möchte ich zu dieser Novelle Stellung nehmen. Diese Novelle, meine Damen und Herren, die gemeinsam mit dem Koalitionspartner und vielen Personen anderer Fraktionen ausgearbeitet worden ist, hat eine innovative Ausrichtung im Hinblick auf die Ökologie, auf die Wirtschaft und vor allem auch auf die zukünftigen Entwicklungen.

Ich möchte drei Dinge nennen: Das eine ist die soziale Herausforderung durch die höhere Förderungintensität bei sozial schwachen Bevölkerungsschichten, also eine Besserstellung im Wohnbereich.

Das Zweite ist die ökologische Herausforderung. Hinsichtlich thermischer Gebäudesanierung ist, wie ich bereits beim Budget berichtet habe, Wesentliches geschehen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten und neue ökologische Anforderungen sollen auch in unserer Stadt entsprechend umgesetzt werden.

Das Dritte sind die wirtschaftlichen Herausforderungen. Ich meine damit wohnungsbezogene Dienstleistungsmöglichkeiten, Arbeiten und Wohnen, wie es hier geschaffen worden ist, Bereitstellung der entsprechenden Förderungen, dadurch Förderung von Unternehmensneugründungen, multifunktionales Wohnen. All das wird in Zukunft eine große Bedeutung haben.

Ganz kurz zur Sicherung der Nahversorgung beziehungsweise zu deren Verbesserung in den dicht verbauten Gebieten. Hier wird vor allem nach § 15 gefördert, und zwar sowohl Miete als auch Eigentum. Die Förderung beträgt zwischen 4 000 und 5 000 S. Das hängt davon ab, ob es Miete oder Eigentum ist. Ich glaube, es ist notwendig, dass in diesen Gebieten auch Geschäftsflächen gefördert werden, damit diese leistbar sind, damit eine Durchmischung von Arbeiten und Wohnen gegeben ist, so wie wir es im Stadtentwicklungsplan festgesetzt haben. Das entspricht dem Willen und auch dem Vollzug des Stadtentwicklungsplans, denn Unternehmensneugründungen können mit dieser Geschäftsflächenförderung natürlich leichter erfolgen.

Ein zweites Thema ganz kurz - dazu wird auch meine Kollegin Becher einige Worte verlieren - ist die bessere Wärmedämmung. Sie bringt, glaube ich, natürlich auch bei den Bauten der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre Einsparungen, sie bringt eine Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich. Das ist auch ganz im Sinne der EU, die dieser Art von Verbesserung selbst die höchste Priorität einräumt.

Und nun zur Jungfamilienförderung: Die Altersgrenze wurde - das wurde schon gesagt - von 35 auf 40 Jahre angehoben, und man bekommt die Förderung sogar, wenn man älter als 40 Jahre ist, aber ein schulpflichtiges Kind hat. Das ist auch etwas Wichtiges.

Meine Damen und Herren! Zum Eigentum möchte ich hier einige Dinge sagen, weil hiezu sowohl ein Abänderungsantrag als auch ein Beschlussantrag ein-

gebracht worden sind. Prinzipiell heißt es - und das ist auch der Wille von uns -, dass wir eigentlich die Chancengleichheit wollen. Das heißt, der Mieter soll zwischen Miete oder Eigentum frei wählen können. Das Gesetz, welches teilweise an die WGG-Novelle im Parlament vom Juli dieses Jahres angeglichen wird, sagt ja auch, dass zum Beispiel die Eigentumsbildung bevorzugt werden soll. Früher hat man, wenn man den Grundkostenbeitrag zum Großteil innerhalb von drei Jahren bezahlt hat, Eigentum erst nach zehn Jahren bekommen können, jetzt hat man die Möglichkeit, innerhalb von fünf Jahren eine größere Bandbreite an Personen für das Eigentum zu gewinnen, weil sie doch die Chance haben, innerhalb von fünf Jahren den Grundkostenanteil leichter aufzubringen.

Prinzipiell soll es Eigentumsbildung für alle geförderten Wohnbauten geben, auch für einkommensschwache Familien, und ich stelle mit Verwunderung fest, dass man einkommensschwache Familien eigentlich ausschließen möchte. Durch diesen Antrag, der hier gestellt worden ist, sollen nach dem Willen der GRÜNEN vor allem schwächer verdienende Familien kein Eigentum haben dürfen.

Am Anfang - das habe ich immer schon gesagt - muss man diesen Familien helfen, ihnen eine Chance geben, und dann werden sie sich selbst helfen können. Die ewige Abhängigkeit von der Miete ist also nicht das Ziel. Es ist auch besser, wenn ich am Anfang helfe und dann zum Schluss nur mehr die Betriebskosten bezahlt werden. Hier helfe ich auf weite Sicht, das ist auch richtig und gut so, aber die ewige Abhängigkeit ist nicht das Ziel der Volkspartei.

Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, dass es wichtig ist, die Eigentumsbildung zu forcieren, weil damit Geld in die heimische Wirtschaft investiert wird, weil das Geld zum Beispiel nicht in ein Auto investiert wird, das die Wirtschaft eines anderen Staates fördert, sondern weil hier Arbeitsplätze geschaffen werden. Jede Förderung von Eigentum ist gut, denn ich glaube einfach, dass Eigentum ein Grundrecht ist. Dieser Antrag spricht das Grundrecht ab. Man kann zwar auf Eigentum verzichten, aber ein aufgezwungener Verzicht, so wie Sie das wollen, ist sicherlich nicht richtig und verstößt - ich habe es schon einmal gesagt - gegen die Menschenwürde.

Meine Damen und Herren! Diese drei Punkte, bessere Förderung der schwach verdienenden Bewohner, die ökologische Herausforderung und die wirtschaftliche Herausforderung, sind wichtig und das kommt auch in diesem Gesetz zum Ausdruck. Es ist ein gutes Gesetz, mit dem man das dritte Jahrtausend entsprechend beginnen kann. Ich glaube, dass alle Herausforderungen, die an uns gestellt werden, damit doch wesentlich leichter erfüllt werden können, und zwar auch im Hinblick auf die Menschen in unserer Stadt, die viele Probleme im Bereich des Wohnens, in der Leistbarkeit haben. Wichtig ist vor allem aber auch die Kostensenkung im ökologischen Bereich.

Das ist eine Herausforderung, und dieses Gesetz

ist ein Beginn, ein wesentlicher, wichtiger Beginn. Ich bin froh, dass es dieses Gesetz gibt, und daher würde ich auch die GRÜNEN bitten, hier doch zuzustimmen, weil es ja immerhin auch etwas Wichtiges ist, wenn man die Ökologie fördert, das ökologische Wohnen und die ökologische Sanierung. Man kann nicht nur davon sprechen, sondern man muss auch mitstimmen. Das ist wichtig und das schreibe ich den GRÜNEN auch ins Stammbuch. Ich glaube, auch sie wären gut beraten, diesem Gesetz zuzustimmen, dann könnte nämlich dieses Gesetz auch einstimmig beschlossen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr StR Herzog zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Johann Herzog: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Das vorliegende Gesetz, die vorliegende Novelle findet auch unsere Zustimmung, keine Frage. Wir haben uns eingehend damit befasst und haben auch gewisse Abänderungsvorschläge durchbringen können, die dann auch in diesem zusätzlichen Abänderungsantrag enthalten sein werden.

Besonders wurde ja auch schon von allen anderen Fraktionen hervorgehoben, dass eben die thermisch-energetische Gebäudesanierung in diesem Punkt das Wichtigste sein dürfte, keine Frage. Es ist ein echter Fortschritt, der in jeder Hinsicht, den Mietern in der Lebensqualität, der Stadt im Umweltcharakter und selbstverständlich hoffentlich auch der Bauwirtschaft mit Aufträgen, helfen wird, womit es auch helfen wird, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Diese thermische Sanierungstätigkeit ist ja, wie ich schon in einer Rede zum Budgetkapitel selbst gesagt habe, von unserer Warte aus gesehen heute überhaupt das Wichtigste. Wir haben dementsprechend auch wiederum einen Antrag eingebracht, und zwar gestern im Gemeinderat, den ich jetzt gerne verlesen möchte, und zwar betreffend Maßnahmen der Stadterneuerung.

Das Wiener Wohnbaubudget erfährt auch im Jahr 2000 eine Kürzung. Damit wird die öffentliche Hand für den nötigen Investitionsschub im Baubereich nicht ausreichend Sorge tragen können. Die notwendige Sanierung des Altbaubestands wird ja nicht alleine über Wohnbauförderung und Reserveneinsatz der gemeinnützigen Bauvereinigungen realisiert werden können. Es liegt daher im dringenden Interesse der Wiener Mieter, der Wohnungssuchenden und der Bauwirtschaft, das private Interesse an der Wohnbausanierung anzukurbeln.

Ein EU-Richtlinienentwurf, der in einer der nächsten Ratssitzungen zum Beschluss erhoben wird, sieht vor, dass der Mehrwertsteuersatz im jeweiligen Mitgliedstaat auch für arbeitsintensive Dienstleistungen ermäßigt werden kann. Darin sind auch Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand einbezogen.

Daher stellen die gefertigten Gemeinderäte folgenden Antrag:

"Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien er-sucht den Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadt-erneuerung, mit dem Bundesminister für Finanzen über eine Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes bei Altbau-sanierungsmaßnahmen auf die Hälfte, also 10 Prozent, zwecks verstärkter Investition in die Städterneuerung in Verhandlungen zu treten."

Ich glaube, dass das ganz, ganz wesentlich für die städtische Entwicklung Wiens ist, denn wir sind eben konfrontiert mit einem Absinken der Wohnbauförde-rung, mit einer klaren Zurücknahme der Neubauleis-tung im Wohnbau, und somit muss der entsprechende Schwerpunkt in die Sanierung gelegt werden, und das geschieht ja auch. Es wird aber ohne Zuhilfenahme des verstärkten privaten Interesses wohl nicht gelingen.

Die Sanierung selbst wäre von hohem Wert, weil sie sowohl den Wohnungsbestand qualitativ anheben würde, als auch die laufende Insolvenzwelle beseitigen könnte, wenn hier Maßnahmen gesetzt werden, wo-mit man auch die steigende Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen könnte. Denn, bitte schön, der Insol-venzrekord im Baugewerbe ist ein gewaltiger. Bis Ende September sind nach KSV - Kreditschutzverband - insgesamt bereits 693 Betriebe Pleite gegangen und es sind in der Zwischenzeit mehr geworden. Heute wird bereits eine Zahl von über 700 kolportiert. Damit wird, fürchte ich, das Rekordjahr, nämlich 1995 mit 737 Insolvenzen, locker eingeholt werden, und es steht zu befürchten, dass die Pleitewelle auch eine massive verstärkte Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird.

Auch Lahofer, der Bundesinnungsmeister, sieht wie wir erfreulicherweise die Chance in der Sanierung, und er sagt eben, um sie besser nützen zu können, ist es aber notwendig, die Mehrwertsteuer auf Leistun-gen von 20 auf 10 Prozent zu senken. Dadurch könnten laut einer Wifo-Studie - und das ist schon gewaltig - allein im privaten Wohnbau 11 000 neue Arbeits-plätze geschaffen und die Zahl der Arbeitslosen um 7 000 verringert werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben 1997 in einer Reihe von Anträgen Vorschläge gemacht, in denen wir eine Reihe von Maßnahmen angeregt haben: Verkür-zung der AfA-Fristen oder eine wahlweise 2-prozentige Investitionsprämie bei Wohnraumschaf-fung und eben, wie jetzt wieder, Begünstigungen der Mehrwertsteuer bei Wohnraumschaffung und -sanierung beziehungsweise - auch das wäre für den Sanierungsbereich von Wert - Halbierung des Mehr-wertsteuersatzes für von Professionisten durchgeführ-te Energiesparmaßnahmen im Wohnbau.

Ich glaube, auch diese Dinge stehen weiterhin im Raum und würden allen helfen. Sie würden der Wirt-schaft helfen, den Wohnungssuchenden helfen, aber bitte auch dem Finanzminister, denn allein durch eine Wirtschaftsankurbelung ist es möglich, die Steuerein-nahmen massiv anzukurbeln, und wenn man sich die Situation der Staatsfinanzen anschaut, wird man zu

dem Schluss kommen, dass der Minister das dringend nötig hat und brauchen wird.

Das gilt umso mehr, als bekanntlich eine EU-Richtlinie in Ausarbeitung ist. Ich habe ja kurz berichtet, dass im ECOFIN-Rat in mehreren Tagungen eine EU-Richtlinie entwurfsmäßig ausgearbeitet wurde, die sich mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen beschäftigt. In der letzten Sitzung dieses Rates wurde Folgendes festge-stellt: Nachdem bereits anlässlich des informellen ECOFIN-Rates in Turku eine grundsätzliche Einigung über den Richtlinienvorschlag der Kommission zur Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen erzielt werden konnte, wurden an-lässlich dieses Rates auch noch die offenen Fragen endgültig geklärt.

Demnach kann die Richtlinie bei einer der nächsten Ratstagungen formell verabschiedet werden, und man kann immerhin mit großem Interesse feststellen, dass Frankreich hier eine Vorreiterrolle gespielt hat und in diesem Sanierungsbereich bereits die Mehrwertsteuer sogar auf 5 Prozent herabgesetzt hat. Eine massive Erleichterung für die Wirtschaft, die von einer sozial-demokratischen Regierung durchgeführt wurde. Leider ist unsere Regierung, unsere Noch-Regierung, dazu nicht bereit. Der Finanzminister hat ganz im Gegenteil bereits seine Ablehnung dieser Vorschläge formuliert. Fürs Erste zumindest. Nachdem er nur mehr vorläufiger Finanzminister ist, besteht ja die Hoffnung, dass eine andere, vielleicht arbeitnehmerfreundlichere, eine wirtschaftsfreundlichere, eine an der Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung interessierte Regierung andere Taten setzen wird.

Wir haben hier ja auch die Unterstützung der Wirt-schaftskammer, die klar dasselbe fordert, und in die-sem Sinne hoffe ich, dass ein solcher Antrag, wie er von uns eingebracht wurde, nunmehr bei einer Be-handlung die entsprechende Unterstützung dieses Hauses finden wird und dass es gelingen wird, den kommenden Finanzminister - welcher Regierung auch immer - dazu zu bewegen, entsprechende Maßnah-men zu setzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Becher zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Ruth Becher (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag enthält, wie meine Voredner schon festgestellt haben, sehr viele positive Verbesserungen in den unterschiedlichen Bereichen der Wohnbauförde-rung. Das Ziel ist es, damit eine Nachschärfung der Wohnbauförderung zu erreichen.

Ich habe heute mit meinem Kollegen Fuchs ge-meinsam einen Antrag vorbereitet, den ich einbringen möchte. Dieser Antrag entspricht einerseits der Dis-kussion im Ausschuss - Kollege Herzog hat es ja erwähnt -, er enthält aber keine inhaltliche Änderung und es ist leider Gottes auch nicht gelungen, hier eine bessere Verständlichkeit des Gesetzes zu erreichen.

Was mit diesem Antrag erreicht wird, ist allerdings eine präzisere Festlegung, damit keine Unklarheiten bei der Auslegung des Gesetzes entstehen können. Das betrifft drei Artikel.

In Art. I soll der Z 2 beim "Einkommensteuergesetz" das Jahr 1988 hinzugefügt werden. Hintergrund: Das betrifft die Mindesteinkommen bei Pflegefamilien. Bisher war es so, dass beim Mindesteinkommen bei Pflegefamilien die Alimentationszahlungen nicht hinzugerechnet wurden. Haben sie eine geförderte Wohnung bekommen, so musste eine Bürgschaft dafür übernommen werden, und das war nicht wohnbeihilfefähig. Das ist mit dieser Verbesserung jetzt beseitigt worden. Durch die Hinzurechnung wird das Mindesteinkommen in den meisten Fällen erreicht und diese Familien können in Zukunft auch um Wohnbeihilfe ansuchen.

Der nächste Punkt ist Art. I Z 4. Hier wird durch die Einfügung des Wortes "Geschäftsräume" klargestellt, dass auch die Geschäftsräume in §-15-Häusern gefördert werden können.

Als dritter Punkt soll eine Z 13a neu in Art. I hinzugefügt werden. Diese Ziffer stellt sicher, dass die Jungfamilienförderung in Zukunft auch den Bewohnern in den sanierten Häusern zugute kommen soll.

Schlussendlich soll in Art. III Abs. 1 Art. I Z 15 aus den Übergangsbestimmungen herausgenommen werden

All das sind nur Maßnahmen, die keine inhaltliche Veränderung bewirken, sondern eine Klarstellung bei der Auslegung dieses Gesetzes bringen sollen.

Ein besonders wichtiger Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte, ist die thermisch-energetische Sanierung, die sicher das Kernstück dieses Antrags darstellt. Da möchte ich zu meinem Vorredner, StR Herr Herzog, nur eine kurze Bemerkung machen. Sie stellen in der Begründung Ihres Antrags fest, dass eine Reduzierung der Wohnbauförderungsmittel für die Sanierungstätigkeit erfolgt. Das stimmt ganz einfach nicht. Wir haben das ja in der Budgetdebatte abgehandelt. Es hat eine Umschichtung stattgefunden. Die MA 17 ist herausgenommen, aber diese Diskussion ist an sich in den letzten Tagen abgehandelt worden.

Tatsache ist, dass im Budget bisher nichts für die thermisch-energetische Sanierung vorgesehen war. In Zukunft sollen dafür 400 Millionen S pro Jahr aufgewendet werden. Zirka 12 000 Wohnungen jährlich werden in den nächsten Jahren davon betroffen sein, nämlich alle Wohnungen, die sich in Kategorie A und B befinden, also Wohnungen, die bisher nicht gefördert worden sind.

Ein wärmegedämmtes Haus verbraucht weniger Energie für die Raumwärme. Im Durchschnitt sind das 50 Prozent weniger. Daher entstehen geringere Heizkosten für die Mieter, der Wohnungsaufwand insgesamt wird geringer, denn dadurch, dass das gefördert wird, ist die Investition für die Mieter geringer, und zusätzlich besteht auch die Möglichkeit, Wohnbeihilfe zu beziehen.

Ein weiterer Punkt wurde schon kurz angesprochen, das ist die Verbesserung und Verschärfung bei der Jungfamilienförderung, wodurch in Zukunft ein größerer Personenkreis in den Genuss dieser Förderung kommen soll.

Ein nicht unwesentlicher Punkt, von dem auch sehr viele Mieter in Zukunft betroffen sein werden, ist die Sicherstellung der Wohnbeihilfe für Mieter in Häusern, die zwischen 1955 und 1970 gefördert wurden. Hier werden die Darlehensrückzahlungen immer geringer, gleichzeitig steigt aber der Sanierungsbedarf, weil es ältere Häuser sind. Es wird mehr an Verbesserungsbeiträgen, an Erhaltungsbeiträgen eingehoben, aber für die Berechnung der Wohnbeihilfe ist das zu wenig. Das heißt, es muss eine neue Berechnungsgrundlage geschaffen werden, durch die diesem Umstand Rechnung getragen wird. Das ist in dieser Novelle enthalten und sichert somit, dass eine doch sehr große Personengruppe in Zukunft auch weiterhin Wohnbeihilfe in diesen Häusern beziehen kann.

Insgesamt, kann man sagen, ist es das Ziel dieser Novelle, eine wirkliche Verbesserung und Nachschärfung der Wohnbeihilfe bei der Vergabe von Förderungsmitteln zu erreichen, die einerseits für die Bausubstanz dieser Stadt sehr wichtig sind, die, wie schon gesagt wurde, ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz sind, die dadurch auch für die Wohnqualität der Bewohner sehr maßgeblich sind. Schlussendlich wird auch der Wohnungsaufwand durch Reduktion der Heizkosten, durch Reduktion der Finanzierung bei Sanierungen und durch Wohnbeihilfe wesentlich gesenkt.

Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Amstf StR Werner Faymann: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, ich schmälere nicht die Bedeutung dieses Gesetzes, wenn ich mein Schlusswort kurz halte, da die wesentlichen Argumente bereits genannt wurden. Nur zwei, drei Bemerkungen.

Die thermische Sanierung ist nicht nur ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erreichung der Klimaschutzziele des Klimaschutzprogramms, sondern ist natürlich auch ein finanzieller Vorteil bei Heizkostensparnissen für Mieter und hat daher eine ideale Voraussetzung sowohl für die Effekte des Arbeitsmarkts als auch für die finanziellen Vorteile von Mietern in unserer Stadt.

Die Möglichkeit, Geschäftslokale bei einem Modell mehr - so möchte ich es sagen - der Wohnbauförderung zu unterstützen und zu fördern, hat einen guten Grund, weil der Wunsch, Geschäftslokale in einem Gebäude, etwa in der Erdgeschosszone, einzurichten, ein berechtigter ist. Ich halte nichts von Ideen zu sagen, wenn man Geschäftslokale nicht fördert und

daher auch nicht vermieten kann, dann soll man sie alle streichen. Manche sagen, stattdessen sollte man Garagen in den Erdgeschosszonen machen, andere wieder, die sich mehr mit der Ästhetik unserer Stadt beschäftigen, sagen, dass natürlich Geschäftslokale auch ein wichtiger Beitrag in der Gestaltung unserer Stadt sind. Wieder andere sehen es vom Konsumenteninteresse und Mieterinteresse als wichtig an, einfach Geschäftslokale in unmittelbarer Wohnnähe zur Verfügung zu haben.

Ich glaube, all dies sind gute Gründe, die es rechtfertigen, durch die Geschäftslokalförderung auch in diesem Modell - ich weiß, dass die grünen Kollegen und Kolleginnen diese Modell nicht besonders lieben - zusätzliche Geschäftslokale - und das ist das Wesentliche - zu ermöglichen.

Zur Frage, ob jemand etwas zurückzahlen soll, was er bekommen hat, gibt es eigentlich eine grundsätzliche Orientierung, von der ich nicht, und schon gar nicht so nebenbei, abgehen möchte, das ist, dass tatsächlich zur Schaffung von Wohnraum eine Mischung von Objekt- und Subjektförderung eingesetzt wird.

Wenn ich jetzt sage, zur Schaffung einer Eigentumswohnung habe ich früher 10 000 S eingesetzt und setze ich jetzt 5 000 S ein, dafür bekommt jemand, der Schwierigkeiten in der Rückzahlung hat, einkommensbezogen eine Wohnbeihilfe, dann setze ich unterm Strich noch immer deutlich weniger als 10 000 S ein, also zielgenauer.

Das System jetzt ganz umzudrehen und zu sagen, gerade beim Eigentum muss quasi wie eine Bestrafung zum Schluss jetzt sogar dieser zielgerichtete Teil zurückgezahlt werden, führt das System der Eigentumsförderung an sich ad absurdum. Daher verstehe ich die ablehnenden Meinungen, die bisher dazu geäußert wurden. Denn Eigentum sozusagen zuerst dezidiert zu kürzen, von der Objektförderung einkommensbezogen einen Teil der Förderung umzuorientieren und dann zu guter Letzt zu sagen: So und das musst du auch noch zurückzahlen!, geht schon in Richtung einer Bestrafungsaktion.

Das wäre schon deshalb nicht gerechtfertigt, weil es auch andere Formen der Förderung in unserer Gesellschaft gibt, die auch nicht davon ausgehen, dass man, wenn man sie erhalten hat, 10, 15, 20 Jahre später, wenn sich die Familiensituation vielleicht geändert hat, beginnen muss, das alles wieder zurückzuzahlen. (Abg Günter Kenesei: Das ist ein Fehler!) Das ist der Fehler, sagt Kollege Kenesei.

Ich glaube, es hat unser System der Ermöglichung des Eigentums neben dem besonderen Schwerpunkt der Miete, den wir in unserer Stadt unzweifelhaft gesetzt haben, seine Berechtigung, seine Existenzberechtigung und daher auch seine Förderungsberechtigung.

Insgesamt waren es eine Reihe von Unterstützungen und von positiven Wortmeldungen, für die ich mich bedanken möchte. Ich ersuche daher insgesamt

um Zustimmung.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Es sind zwei Abänderungsanträge eingebracht worden. Ich bringe sie in der Reihenfolge des Einbrings zur Abstimmung.

Als Erstes bringe ich den Abänderungsantrag der GRÜNEN zur Abstimmung. Es geht in diesem Abänderungsantrag darum, eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber Mietern von Geschäftsflächen zu vermeiden. Es soll Art. I Z 4 des vorgeschlagenen Entwurfs gestrichen werden.

Wer diesen Abänderungsantrag unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit nicht beschlossen.

Der zweite Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgen Mag Ruth Becher und Georg Fuchs, ist ein Initiativantrag, betreffend die Änderung des Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes. Damit soll einiges präzisiert werden, wie es die Frau Abgeordnete in ihrer Rede hier genau erläutert hat.

Ich darf diesen Abänderungsantrag nun zur Abstimmung bringen.

Wer von den Damen und Herren Abgeordneten für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Abänderungsantrag ist gegen die Stimmen der GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Gesetz, einschließlich des beschlossenen Abänderungsantrags, und zwar in erster Lesung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang und einschließlich des beschlossenen Abänderungsantrags zustimmen wollen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. - Das ist gegen die Stimmen der GRÜNEN angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass die von den Abgen Mag Hilmar Kabas, Josef Wagner, Heinz Christian Strache und Karl Ramharter eingebrachte an den Landeshauptmann gerichtete Dringliche Anfrage, betreffend kostenloses Parkpickerl in Wien, vom Fragesteller mündlich begründet werde ... (Abg Mag Maria Vassilakou: Mein Antrag ist nicht abgestimmt worden!) Ich sehe schon, das ist der Computer. - Bitte? (Abg Günter Kenesei: Die Zuweisung unseres Antrags hätten wir gerne noch abgestimmt!) Oh, Entschuldigung vielmals! Er liegt vor mir.

Ich bitte vielmals um Entschuldigung, ein Formfehler. Ich habe den Beschlussantrag, der zum vorhergehenden Geschäftsstück, das war die Postnummer 5, eingebracht wurde, noch nicht abgestimmt.

Es ist ein Beschlussantrag der GRÜNEN, mit dem sie eine weitere Diskussion und eine Präzisierung des

Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes beantragen. Es wird die Zuweisung an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadtneuerung verlangt.

Wer für die Zuweisung dieses Beschlussantrags ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und damit nicht zugewiesen.

Wir kommen nun nach diesem Rückblick doch zur Dringlichen Anfrage und somit zu dem Verlangen, dass die von den Abgen Mag Hilmar Kabas, Josef Wagner, Heinz Christian Strache und Karl Ramharter eingebrachte an den Landeshauptmann gerichtete Dringliche Anfrage, betreffend kostenloses Parkpickerl in Wien, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Gemäß § 37 Abs. 5 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Dringlichen Anfrage zu erfolgen. Die Antragsteller haben jedoch auf die Verlesung der Dringlichen Anfrage verzichtet.

Für die nun folgende Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs. 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor.

Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Abg Mag Kabas das Wort.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es herrscht in der Bevölkerung, vor allem der Parkpickerl-Bezirke, eine wirklich große Unzufriedenheit, die unseres Erachtens immer größer wird. Ich möchte einige Ursachen dafür beleuchten.

Es regt sich auch schon Widerstand, denn es gibt einige Unterschriftenaktionen, auch etwa um eine Volksbefragung einzuleiten. Dem Vernehmen nach haben die schon einige Zigtausend Unterschriften gesammelt und das kommt nicht von ungefähr, weil es tatsächlich so ist, dass bei diesem Projekt, das natürlich ganz massiv den Bürger und den Autofahrer trifft, wahnsinnig viel an Ungereimtheiten vorhanden ist.

Vielelleicht ein kurzes Beispiel: Wenn ein Geschäftsmann über 1 000 Stück einer bestimmten Ware verfügt, aber diese 1 000 Stück an 1 100 Kunden verkauft, dann ist das eine Vorgangsweise, die sogar strafrechtlich relevant ist. Noch dazu würde es sich dabei sogar um ein Vorsatzdelikt handeln. Und was ist mit dem Parkpickerl? - Da werden von der Wiener Rathausverwaltung, von der Regierung Parkgebühren verlangt, obwohl wir wissen, dass insgesamt mehr angemeldete Autos vorhanden sind, als Abstellplätze, also eine Überparkung zu registrieren ist. Dafür verlangt man vom Autofahrer dann in neun von den zehn Bezirken 2 247 S. Und da das so ist, da diese Diskrepanz besteht, ist es auch keine wirkliche Parkraumbewirtschaftung, sondern es handelt sich in Wirklichkeit um eine Schröpfung des Autofahrers und um eine Geldbeschaffungsaktion der Verwaltung.

(Beifall bei der FPÖ.)

Man muss sagen, dass die Belastungsgrenze des Autofahrers sicher schon seit langem überschritten ist. Es ist auch nie wirklich sachlich begründet worden, wieso das Pickerl genau diesen Betrag ausmacht. Im Übrigen handelt es sich - das sagt zumindest der ÖAMTC und ich glaube ihm, denn der hat das untersucht - um das teuerste Parkpickerl von ganz Europa.

Mit viel Phantasie hat die Rathausverwaltung die Autofahrer beim Parkpickerl zur Kasse gebeten. Ein Beispiel: Wenn man sich während der Gültigkeitsdauer des Parkpickerls ein neues Auto kauft, muss man eine Umschreibgebühr von 795 S bezahlen. Dass da auch Stempelgebühr dabei ist, ist für den Belasteten, für den Zahler egal. Oder aber wenn die Windschutzscheibe zu Bruch geht, muss er auch zusätzlich bezahlen. Und das, obwohl insgesamt betrachtet, die Autofahrer in ganz Österreich vom Saldo her gesehen mit 76,6 Milliarden S belastet sind. Das ist es nämlich, was sie in die öffentlichen Töpfe hineinzahlen.

Man muss sich aber auch vor Augen halten, dass in Wien die Autobahnvignette auf den Stadtautobahnen, gegen die sich der Herr Landeshauptmann bei der Einführung gewehrt hat - das sei hier durchaus positiv vermerkt; er hat sich nur leider bei der Bundesregierung nicht durchgesetzt; Sie, wir alle haben uns leider nicht durchgesetzt bei der Bundesregierung -, natürlich vor allem wieder den Gewerbetreibenden, den Zulieferer trifft. Auch das ist eine Belastung des Autofahrers

Zu all den zusätzlichen Belastungen kommt noch das beinharte Durchziehen dieses Parkpickerls, und daher glaube ich, dass es eben zu Recht spürbar ist, dass die Bürger und dass die Autofahrer jetzt mit der Zeit anfangen, sich wirklich dagegen zu wehren.

Neben dem reinen Verkaufserlös für das Pickerl gibt es natürlich auch noch den Erlös aus dem Verkauf der Kurzparkutscheine, und es gibt dann natürlich auch noch die Einnahmen aus den daraus resultierenden Strafen, wenn man eine Vorschrift in diesem Bereich übertritt.

In den letzten Jahren, also seit der ersten Einführung, sind ja insgesamt jetzt zehn Bezirke zu Parkpickerl-Bezirken geworden, aber außerdem hat man noch die Reserve von 13 weiteren Bezirken, was zwar schöne Aussichten für die Finanzverantwortlichen dieser Stadt sind, aber sicher nicht für den Wiener Bürger.

Da ist also auf der einen Seite die Belastung des Autofahrers, aber auf der anderen Seite gibt es wirklich ein Chaos in den Kurzparkzonen. Es gibt weder einen einheitlichen Beginn noch ein einheitliches Ende der Kurzparkphasen in den Pickerl-Bezirken, und dazu kommt noch, dass man in dem einen Bezirk eineinhalb Stunden parken darf und in anderen zwei Stunden.

Ein ganz, ganz großes Problem stellen diese Parkpickerl für die Gewerbetreibenden und Wirtschaftstreibenden dar, denn diese bekommen zu einem großen Teil gar kein Pickerl und das beeinträchtigt natür-

lich ganz massiv die Tätigkeit der Wirtschaftstreibenden mit allen Konsequenzen, vor allem auch mit allen Konsequenzen für die Bürger. Denken wir da nur etwa an die Nahversorgung und denken wir daran, dass eben dadurch auch Betriebe zugrunde gehen. Erinnern wir uns, was wir während der Budgetdebatte gesagt haben: Täglich müssen in Wien acht Betriebe zusperren! Und eine der Ursachen dafür ist unter anderem auch dieses Parkpickerl, das von Gewerbetreibenden so unglaublich schwer erreicht werden kann. Außerdem gibt es durch das Parkpickerl durchaus auch einen Verstärkereffekt in Richtung Abwanderung der Betriebe.

Daher glaube ich, dass es gerechtfertigt ist, wenn man sagt: Wenn wir schon diese Pickerl in zehn Bezirken haben, dann muss es bitte zu einer Erleichterung des Zugangs für die Wirtschaftstreibenden kommen, und wir fordern, dass diese den Bewohnern der Bezirke gleichgestellt werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Das, was jetzt anlässlich der Einführung im 2. und 20. Bezirk versucht wurde, dass man gesagt hat, die Bezirksvorsteher sollen sozusagen ein Milderungsrecht bekommen, hat sich überhaupt nicht bewährt. Das beweisen die vielen, vielen Beschwerden, die wir praktisch jeden Tag bekommen.

Dazu kommt noch die Sonderregelung für einige Geschäftsstraßen, auf denen generell Kurzparkzonen herrschen. Da gibt es etwa einen Vertreter der kleinen Regierungspartei, der von dieser Regelung - nicht vornehm, aber durchaus drastisch und richtig - sagt, das ist die dümmste Regelung, die nur ein krankes Gehirn erfinden kann. Das ist der Bezirkvorsteher vom 6. Bezirk, der Herr Achleitner, der natürlich auch konfrontiert ist mit all diesen Problemen. Nicht nur, dass auch in der Mariahilfer Straße oder in der Wienzeile das von den Anrainern teuer erworbene Pickerl nicht gilt, gibt es auch Geschäftsstraßen, in denen die Kurzparkzonenregelungen angepasst sind. Es gelten auch für alle Geschäftsstraßen in den Pickerl-Bezirken verschiedene Kurzparkzeiten - während der Woche von 9 bis 18 Uhr, Samstag bis 12 Uhr -, außerdem darf man in diesen Geschäftsstraßen wiederum nur eineinhalb Stunden parken, im Gegensatz zum Rest der jeweiligen Bezirke, wo zwei Stunden geparkt werden darf, im 1. Bezirk allerdings auch wiederum nur eineinhalb Stunden.

Und dann gibt es noch die Ausnahme von den Ausnahmen wie zum Beispiel, dass in einem Teil der Neubaugasse überhaupt nicht geparkt werden darf, was auch wiederum die Pickerl-Besitzer sehr verbittert. Und so weiter!

In ihrer Verzweiflung haben Betroffene sogar schon vorgeschlagen, dass man wenigstens auf den Kurzparkscheinen die unterschiedlichen Regelungen auflisten sollte. Dazu hat der zuständige StR Svhalek - ich möchte ihm von dieser Stelle, unabhängig jetzt von der Parkpickerl-Diskussion, wirklich herzliche Genesungswünsche schicken (Beifall bei der FPÖ sowie des Landeshauptmanns und bei Abgen der SPÖ

und der ÖVP.) - gemeint, und mir kommt vor, auch aus den Antworten von ihm, die ich jetzt zitieren werde, geht hervor, dass er sich selbst zumindest teilweise unbehaglich fühlt mit der Regelung der Parkpickerl, denn er sagt nämlich, es wäre derart viel, was man auf die Parkscheine auflisten müsste, dass man das dementsprechend Kleingedruckte gar nicht mehr lesen könnte.

Das muss man sich jetzt aber wirklich auf der Zunge zergehen lassen, dass der Verkehrsstadtrat sagt, das Papier ist nicht ausreichend für all die Ausnahmeregelungen, die es da gibt, aber der Normunterworfenen, also der Autofahrer, soll das alles wissen. Ich glaube, das ist ein Zustand, der wirklich unmöglich ist.

Das Nächste ist wohl der einmalige Umstand, dass in Wien die Kurzparkzone bis 19 Uhr, in manchen Bezirken bis 20 Uhr dauert, während aber etwa die Trafiken nur bis 18 Uhr offen haben. Und es ist wieder StR Svhalek, der auf den Vorschlag, Parkscheinautomaten einzurichten, gesagt hat - vielleicht hat er damit sogar Recht, zumindest in Teilen von Wien -: Nein, denn das beeinträchtigt unser Stadtbild. Aber genau in diese Schere zwischen 18 und 20 Uhr kann natürlich dann ein Autofahrer sehr leicht kommen.

Dafür sind die Parkscheine jetzt bunter geworden, schöner geworden, weil die Stadtverwaltung zusätzlich Werbung kassiert. Das ist gar nicht einmal ein dummer Gedanke. Aber wenn wir geglaubt haben, dass das jetzt vielleicht zu einer Verbilligung führen würde, weil die Stadtverwaltung zusätzlich etwas lukriert, dann haben wir uns natürlich geschnitten. Der Fiskus, der natürlich auch in unserer Stadt sozusagen eine Diktatur ausübt, gibt nirgendwo einen Groschen her und lässt auch keinen Groschen nach, sondern benutzt jetzt den Autofahrer sozusagen als Werbeträger.

Was ich aber wirklich als Skandal empfinde - ich bin heute erst draufgekommen, denn ich habe noch alte Parkscheine gehabt; aber, Herr Landeshauptmann, dagegen sollte man wirklich etwas machen -, ich empfinde es wirklich als einen Skandal, dass auf diesen Parkscheinen, die wir Autofahrer ja gezwungenermaßen kaufen müssen, Werbung für Zigaretten gemacht wird. Da sagen wir auf der einen Seite immer, wir müssen unsere Jugend schützen, da wird, um die Drogen zu bagatellisieren, alles in einen Topf geworfen und gesagt, auch Nikotin sei schädlich, was natürlich stimmt, aber dann macht, sozusagen von der öffentlichen Hand her, auf diesen Papierln die Stadt Werbung für Zigaretten. Ich glaube, dem muss man wirklich einen Riegel vorschlieben. (Beifall bei der FPÖ.)

Und dann gibt es natürlich noch den schönen Nebeneffekt, dass bei all dem Durcheinander und den uneinheitlichen Regelungen sich dann doch soundso viele Staatsbürger und die Autofahrer, obwohl sie den positiven Willen haben, sich an all das zu halten, was da an Wirrwarr, was da an Verwirrspiel gemacht wird,

in einem Irrtum befinden, wofür sie auch noch gestrafft werden. Da kommt dann zusätzlich wieder Geld herein, aber das, glaube ich, ist zusätzlich eben ein Argument dafür, dass das Ganze wirklich unfair ist.

Wahrscheinlich nicht nur auf Grund der Beschwerden, die wir bekommen, nicht nur auf Grund der Widerstandsaktivitäten vieler Bürger - 40 000, 50 000 Unterschriften für eine Volksbefragung sollen ja schon gesammelt sein -, sondern auch auf Grund einer Studie des ÖAMTC, die das ausweist, stehen jetzt viele Autofahrer auf dem Standpunkt: Jetzt reicht's endgültig! Deshalb müssen wir wirklich schauen, dass wir nicht in eine Situation kommen, dass diese Komponente des öffentlichen wirtschaftlichen Lebens zu einer weiteren Frustration bei den Bürgern führt, ohne dass man auf der anderen Seite wirklich auch nur annähernd eine Lösung der Parkplatzfrage findet.

All die Jahre hindurch, wo das sukzessive erweitert wurde - wir hoffen aber, dass es jetzt nicht noch mehr erweitert wird, obwohl das Ganze natürlich wie ein Dominoeffekt ist; wird es einmal wo eingeführt, dann wird der Druck in den jeweiligen Nachbarbezirken so groß, wie wir es ja gehabt haben innerhalb des Gürtels, im 2. und 20. Bezirk, dass eben sozusagen ein Bezirk nach dem anderen fällt -, waren wir immer der Meinung, dass das Parkpickerl kostendeckend - Verwaltungskosten und so weiter - sein soll. Aber nach all dem, was sich die Stadtverwaltung hier schon an Ungereimtheiten, an wirklich chaotischen Zuständen geleistet hat und dem Bürger und dem Autofahrer zugemutet hat, sagen wir jetzt: Ab nun ist es gerechtfertigt, dass das Pickerl kostenlos abgegeben wird. (*Beifall bei der FPÖ.*) Denn wenn ich als Bürger eine Leistung erbringe und diese sozusagen für eine fiktive Gegenleistung erbringen muss, die aber nicht vorhanden ist, dann, glaube ich, ist es gerechtfertigt, dass man jetzt sagt, dass das Parkpickerl in Zukunft kostenlos sein soll.

Wir sagen auch - das habe ich vorhin schon ange deutet -, dass die Gewerbe- und Wirtschaftstreibenden, die wirklich oft verzweifelt sind, eine Erleichterung erhalten sollen. Sie alle werden das schon erlebt haben, dass ein kleiner Gewerbetreibender von seinen Möglichkeiten her nicht einmal mehr zuliefern kann, Material beschaffen kann, irgendwo hinfahren kann, sondern dann immer weiß Gott was für Fußmärsche in Kauf nehmen muss oder eben ständig den Parkschein wechseln muss. Ich glaube, das ist ein Zustand, der es rechtfertigt, dass wir sagen, die Gewerbetriebe, die Wirtschaftsbetriebe sollen gleichgestellt werden mit den Bewohnern der Pickerl-Bezirke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und zwar zum Wohle jetzt nicht nur der Wirtschaftstreibenden, sondern der Konsumenten, denn der Konsument hat gar nichts davon, wenn er auch das Pickerl in der Reihe der Gründe findet, warum soundso viele Wiener Betriebe in den letzten Jahren - Sie wissen, es waren 6 000 in den letzten fünf Jahren; das ist ein ganz wesentlicher Faktor - zugrunde

gegangen sind oder in die Umlandgemeinden abgewandert sind, wo diese Probleme eben bei weitem nicht bestehen. Von den Umlandgemeinden werden diese Betriebe ja sogar umworben, sehr zum Schaden sowohl der Wiener Wirtschaft als auch der Nahversorgung und eben der Konsumenten, so dass es gerechtfertigt ist, dass man hier wirklich überlegt, eine wirkungsvolle Maßnahme zu treffen. Es genügt nicht, das auf die Bezirksvorsteher abzuschieben, denn wir haben ja jetzt gesehen, dass das wirklich keine wirkungsvoll Maßnahme war.

In diesem Sinne werden wir heute auch noch diesbezügliche Anträge einbringen, und ich glaube, dass das notwendig ist, nach all den Erfahrungen, die wir bisher mit dem Parkpickerl haben. Wir sehen, dass dieses Parkpickerl am Beginn der Einführungen jeweils durchaus einen Aha-Effekt erreicht hat, dann aber hat das voll zurückgeschlagen. Die Situationen wurden teilweise noch schlimmer und es war teilweise - auch abhängig von den Tageszeiten - tatsächlich so, dass sich eben die Situationen, von allen Anrainern dann auch dementsprechend beobachtet, noch verschlimmert haben.

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass es nützlich ist, dass es sinnvoll ist, dass wir eine Diskussion weiterführen, vielleicht auch wieder in Gang setzen und weiterführen, wo wir sagen: Wir wollen, und zwar zum Nutzen der Bevölkerung, im Interesse der Bevölkerung, nicht wieder irgendwo so eine heilige Kuh aufrichten und sagen, die Parkraumbewirtschaftung hat einen ideologischen Hintergrund, sondern da geht es um die Bürger, um das vernünftige Zusammenleben der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Man soll nicht daraus eine Ideologie machen, sondern soll schauen, was am zweckmäßigsten ist, damit wir in Zukunft wirklich die zweckmäßigste Lösung bekommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Ich danke für die Begründung.

Der Herr Landeshauptmann hat sich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! In Vertretung von Herrn StR Sviha lek möchte ich gerne diese Fragen beantworten, aber mit einigen wenigen Anmerkungen beginnen.

Zunächst einmal ist Ihre Behauptung, wonach die Wiener Parkraumbewirtschaftung zu dürf tigen Gegenleistungen führt, zu falsifizieren. Auf Grund der Zweckwidmungsbestimmungen des Parkometergesetzes wird der gesamte Nettoertrag der Parkometerabgabe, also auch der Nettoertrag der Parkpickerl und Einlegetafeln, für Maßnahmen verwendet, die der Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs dienen. So konnten alleine in den Jahren 1996 bis 1998 Garagenbauten und Park-and-ride-Anlagen in einer Größenordnung von 420 Millionen S gefördert sowie im selben Zeitraum 293 Millionen S in die Verbesserung und in die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs

investiert werden. Jeder Schilling aus den Einnahmen der Parkmeterabgabe kommt so den Wienerinnen und Wienern zugute.

Auch die Auswirkungen der Parkraumbewirtschaftung auf den Straßenverkehr wurden genauestens untersucht und es wurde festgestellt, dass die Stellplatzauslastung in den parkraumbewirtschafteten Bezirken tagsüber um 20 bis 40 Prozent abgenommen hat und auch nachts Entlastungen von 5 bis 10 Prozent auftreten. Dies bedeutet eine Verringerung des Parksuchverkehrs um durchschnittlich 20 Prozent, deutlich weniger Falschparker, mehr Platz für den Wirtschaftsverkehr, eine deutliche Abnahme des Zielverkehrs aus dem Umland sowie eine maßgebliche Umweltentlastung, da die verkehrsbedingten Schadstoffemissionen nach Umsetzung der vierten Stufe der Parkraumbewirtschaftung um mehr als 5 Prozent abgenommen haben.

All diese Informationen können - auch von den Mandataren der FPÖ - den verkehrswissenschaftlichen Begleituntersuchungen der anerkannten Experten Dr Rosinak und Dr Heribet über die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Wien unschwer entnommen werden.

Was die flächenmäßige Ausdehnung der Wiener Parkraumbewirtschaftung betrifft, so beruht sie auf dem Verkehrskonzept Wien und dem darin festgelegten generellen Maßnahmenprogramm, das der Wiener Gemeinderat am 15. April 1994 beschlossen hat. Das Parkraumbewirtschaftungsmodell ist in jenen Wiener Bezirken, für die es im Verkehrskonzept vorgesehen war, eingeführt. Damit ist die Parkraumbewirtschaftung mittels Parkpickerl in Wien im Wesentlichen abgeschlossen. Allfällige darüber hinausgehende Überlegungen, die vor allem besonders neuralgische Parkplatzproblemzonen betreffen, bedürfen eingehender Untersuchungen. Vor allem ist dabei zu prüfen, ob nicht spezifische Maßnahmenpakete für diese besonderen Problemgebiete adäquater und auch ausreichender sind.

Nun zu den einzelnen Punkten Ihrer Dringlichen Anfrage.

Zu Punkt 1: Ich bin im Hinblick auf Ihre Wünsche der Änderung des Parkmetergesetzes für eine Unterstützung nicht bereit. Die genannten Bestimmungen im Parkmetergesetz sind nicht mehr und nicht weniger als der vom Gesetzgeber vorgegebene Rahmen, in dem sich die vom Gemeinderat beschlossene Festlegung der konkreten Abgabenhöhe bewegen darf. Ich halte also hier fest, dass die Verordnung, die ein Landeshauptmann zu erlassen hat, keinen Ermessensspielraum durch das Gesetz zulässt. Es ist ja das Ziel dieser Abgabe, die Fahrzeuglenker zu motivieren, den benutzten Parkplatz so rasch wie möglich auch wieder zu verlassen. Auf diesem Weg wird der äußerst knapp bemessene Parkraum so rationiert, dass eine möglichst große Anzahl von Fahrzeugen kurzfristig abgestellt werden kann, die Anzahl der Dauerparker vermindert und der Parkplatzsuche im Individualverkehr

soweit wie möglich eingedämmt wird. Ein Verzicht auf die Parkmeterabgabe würde zwangsläufig diese Ziele der Parkraumbewirtschaftung unterlaufen und letztendlich die Parkraumbewirtschaftung selbst ad absurdum führen. Ich erinnere daran, dass die FPÖ seit Beginn der Überlegungen über die Parkraumbewirtschaftung, Anfang der neunziger Jahre, dazu nicht nur ihre Zustimmung gegeben hat, sondern darüber hinaus sogar deren Ausdehnung bis 22.00 Uhr wiederholt gefordert hat.

Zu Punkt 2: Um allfällige Erschwernisse für die Anrainer und die Wirtschaftstreibenden auszugleichen, wurde eine Regelung getroffen, die diesen Personengruppen die Möglichkeit des Erwerbs von Ausnahmegenehmigungen und der pauschalen Entrichtung der Parkmeterabgabe bietet. Die Wiener Landesregierung hat dabei in äußerster Ausschöpfung des gesetzlichen Rahmens die Pauschale für Anrainer und für bestimmte Fahrzeuge von Gewerbetreibenden mit einem Jahresbetrag von 1 452 S bei 11-stündiger Bewirtschaftsdauer festgelegt. Im Vergleich zu der normalen Kurzparkgebühr von 12 S pro Stunde stellt dieser Pauschalbetrag lediglich einen Bruchteil der ansonsten anfallenden Parkmeterabgabe dar. Bei dieser Preisgestaltung sind also keine einnahmenspezifischen Überlegungen zum Tragen gekommen, sondern hat ausschließlich die Parkraumsituation Berücksichtigung gefunden.

Davon abgesehen würde ein Verzicht auf die nach dem Parkmetergesetz zu entrichtende Abgabe gegen das verfassungsgesetzlich verankerte Gleichheitsgebot verstößen, wonach gleiche Sachverhalte gleich zu beurteilen sind. Das Abstellen eines Kraftfahrzeugs in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone muss für jedermann zu den gleichen Bedingungen ermöglicht werden, wobei ein Wohnort in einer solchen parkraumbewirtschafteten Zone keine Begründung für den Entfall der Abgabe darstellt. Das heißt, dass Ausnahmen von der Abgabenentrichtung in Form einer pauschalierten Berechnung und Entrichtung der Parkmeterabgabe zwar grundsätzlich mit dem Gleichheitsgebot vereinbar sind, eine vollständige Abgabenbefreiung der oben genannten beiden Personengruppen aber nicht verfassungskonform wäre. Eine gänzliche Abgabenbefreiung ist daher aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht durchführbar.

Zu Punkt 3: Ich habe bereits einleitend eingehend die Überlegungen hinsichtlich der Verbesserung des innerstädtischen Verkehrs, die durch die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung erzielt werden konnten, dargelegt. Zweifellos werden die eingeleiteten Maßnahmen auf dem Garagensektor zu einer Verbesserung der Stellplatzsituation beitragen.

Zu Punkt 4 stelle ich vorab weg, dass die "Kronen-Zeitung" vom 17. November 1999 nicht mich, sondern Herrn StR Svhalek zitiert hat. Ich habe daher in der "Kronen-Zeitung" nichts zu diesem Thema gesagt, auch nicht am 17. November 1999.

Zur Sache selbst ist zu sagen, dass die Höhe der

Verwaltungsabgabe im Falle eines Autowechsels durch die Verordnung der Wiener Landesregierung über Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren geregelt ist. Für den gegenständlichen Fall schreibt die genannte Verordnung eine Verwaltungsabgabe in der Höhe von 615 S vor, die sich am durchschnittlichen Verwaltungsaufwand orientiert.

Wie Herr StR Svhalek bereits angekündigt hat, läuft eine Prüfung, ob diese Kosten gesenkt werden können. Daneben ist auf Grund des Gebührengesetzes des Bundes eine feste Gebühr zu entrichten, die im konkreten Fall 180 S beträgt. Auf diese Bestimmungen hat das Land Wien keinen Einfluss und die daraus resultierenden Einnahmen kommen ausschließlich dem Bund zu. Da sowohl das Gebührengesetz des Bundes als auch die zitierte Verordnung der Wiener Landesregierung die Gebühren- beziehungsweise Abgabepflicht auf ein bestimmtes konkretes Kraftfahrzeug abstellen, fallen diese Gebühren beziehungsweise Abgaben bei einem Fahrzeugwechsel erneut an. Bei Ausstellung eines Parkklebers wegen Windschutzscheibenbruchs fällt keine Verwaltungsabgabe beziehungsweise Eingabegebühr an, weil das Fahrzeug, auf das sich die Bewilligung bezieht, gleich bleibt und daher kein neuer Abgabentatbestand entsteht.

Zu den Fragen 5, 6 und 7 in einem: Mir ist nicht bewusst, ein Bekenntnis in die von Ihnen zitierte Richtung abgegeben zu haben. Ich nehme an, dass Sie auch dabei Aussagen meinen, die Herr StR Svhalek in diesem Zusammenhang gemacht hat. Er bezieht sich dabei auf das von mir bereits eingangs zitierte und vom Gemeinderat am 15. April 1994 beschlossene generelle Maßnahmenprogramm zum Wiener Verkehrskonzept, das den Handlungsrahmen für Politik, Verwaltung und Planung festlegt und die wichtigsten Maßnahmen in konzeptiver Form beschreibt. Die in diesem Maßnahmenprogramm konkret vorgesehene flächenhafte Bewirtschaftung der Bezirke 1 bis 9 und 20 wurde mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung im 3. Bezirk abgeschlossen.

Zu Punkt 8: Hier bedarf es keiner Schritte, die von mir gesetzt werden müssten. Die von Herrn Abg Mag Franz KARL namens der ÖVP-Meidling erhobene Forderung nach Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf Teile von Meidling wird erst dann entschieden werden können, wenn gesicherte Grundlagen darüber vorliegen, in welchen Bereichen Maßnahmen für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaft erforderlich sein werden.

Zu Punkt 9: Jene Betriebe, deren Tätigkeit ohne Bewilligung erheblich erschwert oder unmöglich wäre, erhalten ebenso eine Ausnahmebewilligung, wie jene Betriebe, die der Nahversorgung dienen. Wie bereits Herr StR Dr Rieder gestern in der Fragestunde des Gemeinderats ausgeführt hat, enthält die Straßenverkehrsordnung keine Bestimmung, mit der ein automatischer Anspruch von Gewerbetreibenden auf Erteilung einer Ausnahmebewilligung begründet werden könnte.

Zu Punkt 10: Ich verwahre mich entschieden ge-

gen den Grundtenor Ihrer Anfrage. Jeder, der hier lebt, der Wien besucht, muss bei einigermaßen Objektivität zugestehen, dass es sich in Wien gut leben lässt. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, das bestätigen auch seriöse internationale Rankings, die Wien, was Lebensqualität anlangt, sogar weltweit an die neunte Stelle reihen. Diese dokumentierte gute Lebensqualität hat sich ja nicht von selbst ergeben, sondern wir haben durch gezielte Maßnahmen ganz wesentlich dazu beigetragen.

In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl der Kraftfahrzeugzulassungen in Wien in etwa verdoppelt und dieser enorme Zuwachs musste im bestehenden Straßennetz bewältigt werden. In den letzten Jahren lag daher ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Bemühungen auf dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, und ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an das 30-Milliarden-S-Investitionspaket, das wir mit dem Bund ausverhandelt haben. Wir haben eine Verbesserung der Parkraumsituation durch eine Änderung des Garagengesetzes erreicht, wonach die Stellplatzverpflichtung von 1 zu 1,5 auf 1 zu 1 bei Wohnungen hinaufgesetzt wurde, und wir haben vor allem auch durch gezielte Garagenförderung das Parkplatzproblem im öffentlichen Raum wesentlich verbessert. Seit 1994 konnten rund 50 Garagen mit etwa 16 000 gewerblichen Stellplätzen realisiert werden. Im selben Zeitraum wurden 5 Park-and-ride-Anlagen mit etwa 4 260 Stellplätzen fertig gestellt. Im Wiener Umland konnte der Bestand an Park-and-ride-Stellplätzen von 9 774 im Jahre 1993 auf 12 606 bis Ende April 1999 vergrößert werden. Weitere 10 470 Stellplätze befinden sich derzeit im Planungsstadium.

Ich erinnere Sie daran, dass Frau StR Mag Ederer hier im Gemeinderat über eine Garagenförderung berichtet hat, die für jeden Bezirk eine günstige Finanzierung einer Garage und damit für die Bewohner auch durchaus erschwingliche monatliche Garagenkosten in Aussicht gestellt hat. Wenn man davon ausgeht, dass pro Garage bis zu 300 Stellplätze geschaffen werden können, wird das Angebot an zusätzlichen Stellplätzen in Wien damit ganz wesentlich erleichtert.

Dass Garagenprojekte auch bei allem Für und Wider schließlich durchaus auf Zustimmung stoßen, zeigt das jüngste Projekt der Garage in der Brigittenau, auf die nach Anrainerprotesten ein wahrer Ansturm erfolgte.

Wir sind daher überzeugt, dass wir durch eine Vielfalt von Maßnahmen im Bereich des öffentlichen und des Individualverkehrs einen ganz wesentlichen Beitrag zur guten Lebensqualität in unserer Stadt geleistet haben, was durchaus auch internationale Anerkennung findet. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr Abg Pöschl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrte

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man sich in letzter Zeit die Aussagen von FPÖ-Politikern zum Parkpickerl ansieht, bleiben eigentlich nur zwei Schlüsse: Der Erste, dass sie entweder an akutem oder an andauerndem Realitätsverlust leiden, beziehungsweise der Zweite (*Abg Mag Hilmar Kabas macht eine abwehrende Handbewegung.*) - ich erkläre es Ihnen gleich -, dass sie von der Verkehrspolitik keine Ahnung haben. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Nur Sie haben eine Ahnung!*) Anders ist es nicht zu erklären, dass ein Abgeordneter, nämlich der Kollege Ramharter, am 10. November in einer Aussendung sagt, dass die Anrainer unter dem Parkpickerl leiden. Dass die Anrainer unter dem Parkpickerl leiden!

Also, das muss mir einmal einer erklären. Das Parkpickerl, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Erfolgsstory der Wiener Verkehrspolitik. (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*) Es ist die einzige Erfolgsstory der Wiener Verkehrspolitik. Wenn man sich damit beschäftigt, wird man bemerken, dass es sicher das stärkste und wichtigste Instrument der Wiener Verkehrspolitik ist. Vielleicht hätte eine größere Aufmerksamkeit in der Parkraumkommission geholfen. Vielleicht wäre dieser größeren Aufmerksamkeit hilfreich, sich einmal mit den Fakten auseinander zu setzen.

Die Fakten: Dazu gibt es einige Untersuchungen. Nur als Beispiel die Vorher-Nachher-Untersuchungen in den Bezirken 6 bis 9. Hier hat es auch von Seiten der Kritiker der Parkraumbewirtschaftung geheißen, das ist eine Katastrophe, das wollen die Menschen nicht, das bringt nichts und es ist eine absolute Katastrophe. Ich habe noch Ihre Aussagen in den Ohren. Vielleicht zweifeln Sie die auch an. Sie zweifeln ja so viel an. Wenn man sich hier die Auslastung in den Bezirken 6 bis 9 ansieht, vor und nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung, dann stellt sich bei den Zählungen in einer der Garagen durch die Geschäftsführung heraus, dass die Auslastung ganz eindeutig zurückgegangen ist. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Es ist auch so, wenn man sich die Frage der Substitution anschaut. Also, die Verkehrsteilnehmer, die vorher mit dem Auto gefahren sind, was haben die danach gemacht? - Interessanterweise haben sich 25 Prozent für den öffentlichen Verkehr entschieden - das ist doch etwas Positives, meine sehr verehrten Damen und Herren -, 12 Prozent haben sich für einen privaten Stellplatz beziehungsweise für eine Garage entschieden und ein großer Teil hat sich für die Kurzparkscashne entschieden. Andere - zwar nicht so viele - haben sich für den Radverkehr entschieden. Das sind doch positive Dinge, die man nicht unter den Tisch kehren sollte.

Wenn man sich jetzt ansieht, wie sich das auf den Verkehrsfluss in diesen Bezirken ausgewirkt hat, so zeigt sich, dass im untergeordneten Straßensystem eine Abnahme von 26 Prozent stattgefunden hat, auch etwas Positives für die BürgerInnen, für die Sie

zu sprechen meinen. Es gibt ja auch die Wünsche und Bedürfnisse der Anrainer und als Anrainer ist eines meiner Grundbedürfnisse, dass es weniger Verkehr gibt. Ich hoffe, dass Sie diese Ansicht auch teilen. Wenn es also hier zu einer Abnahme des Verkehrs von 26 Prozent kommt, dann frage ich mich, was daran so negativ ist.

Im 4. und 5. Bezirk schaut es genauso aus. Für den 2., 20. und 3. Bezirk liegen die Ergebnisse dieser Vorher-Nachher-Untersuchungen noch nicht vor, ich gehe aber mit Ihnen eine Wette ein, dass es dort genauso aussehen wird, weil nämlich dieses Instrument für mich wirklich das stärkste in der Verkehrspolitik ist.

Und wenn Sie über die Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung sprechen, ist genau das Gegenteil von dem, was Sie behaupten, wahr. Es ist richtig, dass vor der Einführung der Parkraumbewirtschaftung - auch das ist abgefragt worden - die Sorgen, Ängste, Befürchtungen der Anrainer groß waren. Diese gleichen Anrainer, die ihre Sorgen und Ängste formuliert haben, genau die gleichen, haben danach, nach der Einführung, gesagt: Dieses Parkpickerl ist eigentlich positiv.

Und wenn Sie von den Wirtschaftstreibenden sprechen, auch diese Wirtschaftstreibenden haben gesagt: Das ist für uns schlecht, das bringt uns nichts, das ist gefährlich. Diese Wirtschaftstreibenden haben nach der Einführung des Parkpickerls gemerkt, was das für sie nicht alles bedeuten kann, nämlich zusätzliche Einkaufsströme von Leuten, die einfach kommen. Das muss man anerkennen, man muss sich das ansehen. Das hat sich verändert. Es hat sich nachher die Wahrnehmung verändert, gegenüber der Zeit, bevor die Parkraumbewirtschaftung eingeführt wurde.

Es ist daher unseres Erachtens nach sehr kurzfristig, wenn man so wie StR Svhalek und StR Görg nach der Einführung des Parkpickerls im 3. Bezirk den Parkpickerlstopp verkündet. Beide haben gemeint: Jetzt haben wir es eingeführt, der Erfolg ist da, wir sind zufrieden, mehr wollen wir nicht, wir verkünden den Parkpickerlstopp.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen, abgesehen davon, dass das ein Fehler ist, werden Sie auch dem Druck der Bevölkerung hier nicht standhalten können. Es ist so, dass sich in den Gürtenrainernbezirken die Bezirksvertretungen ganz klar und massiv, weil sie natürlich unter den "Verdrängungen durch das Parkpickerl" - unter Anführungsstrichen - leiden, dieses Parkpickerl wünschen. Im 12. Bezirk wünscht man es sich auch.

Vielleicht nur eine Nebenbemerkung, weil in Ihrer Begründung steht, dass es sich um den 14. Bezirk handelt, wo der Kollege KARL das fordert. Das ist der 12. Bezirk, wo der Herr Kollege KARL herkommt, und für den fordert er es, und nicht für den 14., wie Sie es gemeint haben.

Vielleicht wird man sich im 14. auch einmal dazu

entschließen, aber das ist noch nicht so weit. Sogar im 22. Bezirk hat sich die Bezirksvertretung dafür ausgesprochen und gesagt, das ist ein sinnvolles Instrument, das wollen wir haben. (Abg Dr Herbert Madejski: Hat es der 12. Bezirk, will es der 15. auch haben! Und hat es der 14. Bezirk, will es der 13. auch haben! - Abg Günter Kenesei: Bravo! Das ist super!) Das ist es ja, Sie haben es richtig erkannt. Nachdem im 5. Bezirk die Anrainer erkannt haben, wie gut es ist, und die im 12. sehen, wie hervorragend es funktioniert, so wünschen sie sich das natürlich. Das ist ja völlig verständlich. Wenn ich sehe, das jemand anderer etwas hat, was gut funktioniert, wünsche ich es mir auch. Das ist doch ganz logisch.

Und deshalb ist es umso unverständlicher, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Stadtregierung, dass das Instrument, nämlich die Parkraumbewirtschaftungskommission, die wirklich in mühsamer langwieriger Arbeit versucht hat, hier einen Konsens, nämlich auch zwischen Bezirken, Wirtschaftstreibenden, politischen Parteien herzustellen, da sind auch die KollegInnen von der FPÖ drinnen, wodurch das Herstellen des Konsens nicht immer so einfach war, aber dass dieses wirklich erfolgreiche Instrument der Parkraumbewirtschaftungskommission jetzt aufgelöst werden soll, oder wurde es schon aufgelöst, das weiß ich nicht so ganz genau. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Kommission hat hervorragende Arbeit geleistet. Warum man sie auflösen soll, sehe ich nicht ein.

Wir bringen daher folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag ein:

"Auf Grund der Erfolge der Parkraumbewirtschaftungskommission und der öffentlichen Parkraumauslastung von über 100 Prozent in vielen angrenzenden Gebieten der parkraumbewirtschafteten Zonen soll diese Kommission nicht aufgelöst werden, sondern weiterhin zur Verbesserung der Parkraumsituation in Wien beitragen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Landesregierung verlangt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben 1997 ein Fünfstufenmodell vorgestellt, über die Schritte der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, wie sie unserer Meinung nach erfolgen soll. Von diesen fünf Stufen sind die Stufen eins und zwei umgesetzt worden. Jetzt geht es daran, die weitere Umsetzung zu diskutieren. Es ist, so wie ich es vorher erwähnt habe, in vielen Bezirken so, dass man sich dort, sei es eine punktuelle, aber doch eine Ausweitung dieser Parkraumbewirtschaftung wünscht.

Deshalb, in der Hoffnung, dass es diese Parkraumkommission vielleicht doch wieder gibt oder noch immer gibt, bringen wir folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag ein:

"Die Parkraumbewirtschaftungskommission soll in den folgenden Sitzungen eine mögliche Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung überprüfen. Dies sind insbesondere aus jene Bezirke, die an die parkraum-

bewirtschafteten Zonen angrenzen und in vielen Fällen eine Auslastung von über 100 Prozent der Parkplätze im öffentlichen Raum aufweisen."

In formeller Hinsicht wird hier auch die Zuweisung verlangt.

Zur Frage, die auch in dieser Dringlichen aufgeworfen wird, kostenpflichtig versus kostenlos. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und er kann nicht allen Ansprüchen gerecht werden. Es gibt viele Bevölkerungsgruppen, Nutzergruppen, die Ansprüche an diesen öffentlichen Raum stellen.

Jetzt muss man sich die Frage stellen, welches Steuerungsinstrument kann man einsetzen, um den verschiedenen Nutzergruppen Rechnung zu tragen. Das kann jemand sein, der einen Schanigarten will, das können Kinder sein, das können auch AutofahrerInnen sein. Und da stellt sich die Frage, nach welchen Grundprinzipien man dieses Steuerungsinstrument anwendet.

Wir sagen, das richtige Prinzip dafür ist einerseits die Kostenwahrheit und andererseits das Verursacherprinzip. Nach diesen beiden Grundprinzipien sollte diese Steuerung erfolgen. Wir sagen daher, das Parken als Nutzen des öffentlichen Raums soll nicht gratis sein. Wenn Sie kurz darüber nachdenken: Dieses Pickerl ist ja eine Pauschalentrichtung der Parkometrabgabe. Wenn Sie jetzt das kostenlose Pickerl fordern, bedeutet das in der Konsequenz die Abschaffung der Kurzparkzonen in Wien. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen. Es ist nur eine logische Konsequenz dessen. Es ist eine Pauschalentrichtung einer Abgabe. Wenn die Pauschalentrichtung der Abgabe auf Null gesetzt wird, dann muss die Abgabe auch für alle anderen Fälle Null sein, weil ansonsten hält das ja nie vor dem Verfassungsgerichtshof. Also, das sollte man in gewisser Weise auch berücksichtigen. Und insofern sind auch Ihre beiden Anträge, die Sie einbringen werden, in der Richtung nicht besonders ehrlich. Sagen wir nicht "nicht ehrlich", sondern Sie versuchen, es trickreich zu machen. In einem Antrag sagen Sie, es soll die Möglichkeit von kostenlosem Parken für Bewohner in bestimmten Wohngebieten ermöglicht werden. Das ist der erste Antrag. Also, nicht überall, sondern in ein paar Bereichen, wo es vielleicht kritisch ist, sollte man es gratis machen. Und im nächsten Antrag sagen Sie dann: Die Erteilung der Ausnahmegenehmigung soll kostenlos erfolgen. Also, das widerspricht sich ein wenig. Es würde auch, wenn Sie sich die Gesetze genau ansehen, dazu führen, dass es in Wien keine Kurzparkzonen mehr gibt, und das, hoffe ich, will keiner von Ihnen. Daher ist der Vorschlag eines kostenlosen Parkpickerls kein sinnvoller Vorschlag.

Das führt mich auch schon zu einem weiteren Punkt, nämlich zur Überwachung. Dieses Instrument der Parkraumbewirtschaftung ist nur so gut, so gut auch die Überwachung funktioniert. Vor der Einfüh-

rung des Parkpickerls im 2. und 20. Bezirk haben wir auf einen deutlichen Personalmangel hingewiesen. Herr StR Svhalek hat darauf reagiert, aber ich muss sagen, es ist noch immer zu wenig. Wenn man sich das in einem Privatunternehmen vorstellen würde, dort ist es unvorstellbar, dass man bei einem derartigen Ertragspotential - ich nenne es einmal Ertragspotential, weil ja jeder der Parksheriffs auch ein gewisses Maß an Einnahmen für diese Stadt bringt - nicht zusätzliche Mitarbeiter aufnimmt. Also, das ist unvorstellbar. Nachdem das anscheinend in dieser Stadt auf Probleme stößt, schlagen wir vor - nicht nur wir, aber wir schon des Öfteren -, dass eine Privatisierung dieser Überwachung der Kurzparkzonen mehr als sinnvoll wäre.

Was geschieht also - und das ist auch etwas, was angesprochen wurde - mit den Einnahmen? - Es gibt einerseits die Pauschalentrichtungen, das ist eine Einnahme, es gibt andererseits das, was aus den Parkscheinen eingenommen wird, aber auch die Strafen. Die Strafen lassen wir einmal weg. Die werden für Sozialzwecke gewidmet, das wird auch des Öfteren verwechselt. Aber diese Einnahmen aus der Pauschalentrichtung und von den Parkscheinen, die sind ja dafür gewidmet, um den innerstädtischen Verkehr zu erleichtern. Garagenprojekte werden gefördert, Park-and-ride-Anlagen werden gefördert, auch einige wenige Bevorrangungen des öffentlichen Verkehrs. Und nicht nur heute, sondern schon des Öfteren haben wir uns die Frage gestellt: Wo bleibt da der Radverkehr? Ist der nicht Teil oder Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs? - Und bis jetzt konnte mir noch niemand Argumente liefern, warum man in dieser Zweckwidmung den Radverkehr nicht drinnen hat. Noch dazu, wo die Rücklagen aus diesen Einnahmen zu Anfang des Jahres 330 Millionen S betragen haben. Jetzt haben wir ein paar Garagen gefördert, da wird es ein bisschen weniger werden, aber es ist noch immer etwas da, um den doch darniederliegenden Radverkehr zu fördern.

Wir bringen daher folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag ein, betreffend Änderung des Parkometertergesetzes. Der Nettoertrag der Parkometerabgabe soll auch für den Radverkehr zur Verfügung gestellt werden. Auch hier die Zuweisung an StR Svhalek und StR Ederer.

Zur Frage der Wirtschaft, weil dieses aufgeworfene Thema sehr wichtig ist. Ich sage hier im Namen unserer Fraktion: Alle Initiativen, die den Wirtschaftsstandort Wien sichern helfen und eine Unterstützung der Wirtschaftstreibenden bedeuten, werden unsere Unterstützung finden. Ein Hinweis dazu nur: Die Kommissionen, die jetzt auf Bezirksebene existieren, sind auch auf unser Drängen hin gekommen, wir haben sie gefordert. Es ist so, dass das zumindest eine Verbesserung des Ist-Zustands ist, auch wenn es noch nicht optimal ist.

Es ist anzumerken, dass im Schnitt 90 Prozent aller Ansuchen positiv erledigt werden. Jetzt kann man

sagen: Trotzdem sind Verbesserungen sinnvoll, um Härtefälle zu vermeiden. Da bin ich bei Ihnen, deswegen werden wir auch Ihrem Antrag betreffend Gewerbebetriebe zustimmen.

Ein letzter Punkt, und das ist ganz sicher die BürgerInnenfreundlichkeit des Parkpickerls und auch die Information, die die Benutzer und Benutzerinnen darüber haben. Ich komme schon zum Schluss. Es ist so, dass die Vielfalt in diesem Zusammenhang nicht so positiv ist, die zeitliche Vielfalt, die wir schon erwähnt haben, auch die räumliche. Im 3. Bezirk gilt sie nicht überall. Deswegen haben wir auch einen Vorstoß gemacht - nicht wie Kollege Kabas gemeint hat, die BürgerInnen und wir haben den Vorstoß gemacht -, dass man das auf den Parkscheinen hinten abbildet. Man hat uns erklärt, das geht nicht. Dann haben wir gesagt: Na gut, dann übernehmen wir die Information der BürgerInnen.

Ich kann Ihnen sagen, das haben uns die Leute aus den Händen gerissen. Also, irgendwo scheint dieses Bedürfnis da zu sein.

Wir fordern daher eine Vereinheitlichung der Parkraumbewirtschaftung, damit diese Erfolgsstory Parkraumbewirtschaftung auch wirklich fortgesetzt werden kann. - Danke. (Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Kenesei zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Irgendwie denke ich mir schon: Was soll diese Debatte heute an diesem Tag, vor allem was soll diese Dringliche Anfrage, zumal sie so dringlich nicht sein kann, wenn der Anfragesteller es vorzieht, nachdem er es begründet hat, dass sie dringlich ist, den Saal zu verlassen? - Also, bei einer derartigen Farce einer Debatte, hier wirklich ein Theater zu vollführen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Partei, ist es mir Leid, hier herauszußen jetzt Stellung zu nehmen zu etwas, was eh jeder behirnt hat in dieser Stadt. Aber zu begründen, warum eine Anfrage dringlich ist, aufzustehen und zu gehen, das finde ich als eine Frechheit hier herinnen! (Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPÖ und ÖVP, beim Liberalen Forum und bei den AoK.)

Ich werde Ihnen aber trotzdem kurz sagen, dass Sie in der Verkehrspolitik so gut wie nichts verstanden haben.

Es ist eine klare und eindeutige Sachlage, wenn Sie nur einmal mit offenen Augen durch die Stadt gehen würden, in die Bereiche, wo das Parkpickerl seit Jahren klaglos funktioniert, dass es eine massive Verbesserung sowohl für die Anrainer als auch für die Betriebe gegeben hat. (StR Karin Landauer: Ich glaube, Sie leben am Mond!) Frau Kollegin Landauer, Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, abzuschätzen, was positiv für die Bevölkerung ist (StR Karin Landauer: Sagen Sie, reden Sie mit der Bevölkerung?) und was positiv für die Betriebe ist und was vielleicht

positiv ist in Ihrem Politikempfinden und in Ihrer Stimmungsmache, um hier herinnen ein kostenloses Parkpickerl zu fordern.

Wichtig ist, und das ist eine der wesentlichen Maßnahmen, eine Gesamtreduktion der Verkehrswege, die mit dem Auto durchgeführt werden, mit dem motorisierten Individualverkehr in dieser Stadt, zu erreichen. Diese Reduktion ist nachweisbar und nachhaltig gelungen mit der Einführung des Parkpickerls. Es ist - so wie es auch der Kollege Pöschl ausgeführt hat - eindeutig belegbar mit Zählungen und nicht mit Schätzungen, dass hier ein Umstieg auf den Umweltverbund, auf das öffentliche Verkehrsmittel, auf das Fahrrad stattgefunden hat.

Das ist einmal ein nicht wegdiskutierbarer Fakt, den Sie offensichtlich nicht wahrhaben wollen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das heißt, das Parkpickerl ist und war und wird in Zukunft eine völlig richtige Lenkungsmaßnahme sein, um in einer Großstadt Verkehrsentwicklungen in die richtige Bahn zu lenken.

Und - das sage ich gleich dazu - ich verstehe auch nicht, dass mit der Einführung im 3. Bezirk gleichzeitig die Parkraumkommission als de facto aufgelöst erklärt wird, weil es erstens Anträge von Bezirken gibt für eine weitere Behandlung von Teilgebieten, die angrenzend sind an Pickerlgebiete, dass in weiteren Bereichen - 12. Bezirk, aber auch 10. Bezirk, Reumannplatz, und in weiterer Folge dann sicherlich in anderen Bereichen, 15., 16., 17. Bezirk - Veränderungen in den Randzonen stattzufinden haben.

Sie fordern so ganz locker und vollmundig Nulltarif für das Parkpickerl, ohne auch nur dazuzusagen, dass eigentlich die Autofahrer die sind, die seit 25 Jahren gerade im Bereich der Parkgebühren eine geschützte Gruppe sind. Seit 1974 sind die Gebühren der Kurzparkzone nicht mehr erhöht worden. Wir haben seit 1974 fünfmal eine Erhöhung der Fahrpreise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln gehabt, der Kurzparksschein kostet aber noch immer dasselbe wie 1974. Und wenn Sie hier herausgehen und die Stadtregierung auffordern, dass endlich eine Evaluierung und eine Chancengleichheit und vor allem eine Preisanpassung in die Richtung, die sich in 25 Jahren ergeben hat, erfolgt und diese Mindereinnahmen beklagen, dann hätten Sie sogar, zumindest in meinem Debattenbeitrag, meine Unterstützung gehabt.

Aber sich hier herzustellen und Null Schilling für etwas zu verlangen in Ihrer Argumentation, weil es keine Gegenleistung gibt: Die Gegenleistung, meine sehr geehrten Damen und Herren der FPÖ, ist der öffentliche Raum, der zur Verfügung gestellt wird. Überall funktioniert die Parkraumbewirtschaftung in wesentlich größerem Umfang.

Fahren Sie einmal nach Paris, auch wenn es Ausland ist für Sie: Dort ist der komplette Distrikt als parkraumbewirtschaftet ausgewiesen, mit viel mehr unterschiedlichen Bereichen, als wir sie in Wien haben, mit viel höheren Gebühren, als wir sie in Wien

haben, und mit viel weniger Stellplätzen im innerstädtischen Bereich (*Zwischenruf der Abg Barbara Schöfnagel.*) - horchen Sie mir einmal zu, Frau Kollegin Schöfnagel, vielleicht hören Sie einmal einen Satz, den Sie durchaus auch in Zukunft in Ihrer politischen Arbeit verwenden können -, mit einer Regelung, wo sowohl das Parkpickerl als auch die Halbstunden- und Stundengebühr umso teurer werden, je näher Sie zum Stadtzentrum kommen. Und schauen Sie sich die Betriebe in diesen Bereichen an: Es funktioniert die Wirtschaft, es funktioniert die Parkraumbewirtschaftung und Sie finden trotzdem keinen Parkplatz in den innerstädtischen Bereichen.

Also kann das Problem nicht ein Wiener Problem sein, dass es zu wenig Parkplätze in europäischen Metropolen gibt, sondern es ist offensichtlich ein Phänomen der Autofahrer, dass zwar alle wissen, dass es zu wenig Parkplätze im innerstädtischen Raum gibt, aber jeder davon felsenfest überzeugt ist, dass er, wenn er hineinfährt, den einzigen freien Parkplatz finden wird.

So kann Verkehrspolitik nicht funktionieren. Daher stehe ich zu diesen Lenkungsmaßnahmen der Parkraumbewirtschaftung und werde auch vehement dafür eintreten, dass sie noch in angrenzende Bezirke ausgeweitet wird. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Und jetzt noch zum Thema Wirtschaft, die Sie sich so toll auf die Fahnen geheftet haben. Schauen Sie sich die Diskussion an, die es vor Einführung des Parkpickerls in der Praterstraße gegeben hat. Dort hat es eine Diskussion gegeben, die mit nichts mehr vergleichbar war, weil dort hat es von Fraktionskollegen von Ihrer Seite ein paar Auftritte gegeben, die den Weltuntergang für den 2. Bezirk prophezeit haben.

Und dann hat es eine Umfrage bei den Betrieben gegeben, nämlich vor Einführung des Parkpickerls - der Kollege Wagner wird das wissen - und jetzt nach Einführung des Parkpickerls. Vorher 76 Prozent große Skepsis wegen der Einführung des Parkpickerls, danach 82 Prozent Zustimmung zur Einführung des Parkpickerls bei ein und denselben Betrieben im Bereich der Praterstraße.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, dass das Parkpickerl eine falsche Maßnahme ist, dass die Wirtschaftstreibenden nichts davon haben. Jetzt ist die Situation eingetreten, dass diejenigen, die tatsächlich mit dem Auto dort hinfahren wollen und müssen, weil sie Waren transportieren, die sperrig sind, die groß sind oder weil sie es sich einbilden, unbedingt mit dem Auto zu fahren, wieder in der Praterstraße einkaufen und in den umliegenden Geschäften in diesem Bereich und nicht hinaus an den Strand fahren, wo das Parken nach wie vor gratis ist, wo es keine Lenkungsabgaben auf diese Parkplätze bei diesen großen Einkaufszentren gibt. Die führen den Beweis hier herinnen, dass Sie mit Ihrer Forderung nach Null Schilling für das Parkpickerl völlig falsch liegen.

Sie haben Wirtschaftstreibende in Ihrer Fraktion. Fragen Sie den Kollegen Wolfram, was in der Schönbrunner Straße jetzt ist. Fragen Sie den Kollegen Wolfram, was jetzt dort ist. Parkplatz en masse vor seinem Geschäft nach Einführung des Parkpickerls. Plötzlich kommen sie wieder - ich wünsche es ihm -, vielleicht verstärkter als vorher, in sein Geschäft und kaufen sich die Sachen bei ihm und fahren nicht an den Stadtrand hinaus, wo sie den Gratisparkplatz haben, sondern füllen den Parkschein für eine halbe Stunde aus, gehen in das Geschäft, holen sich das, was sie brauchen, und können wieder wegfahren. Das ist eine Maßnahme, die den Wirtschaftsstandort und die innerstädtische Wirtschaft stärkt und endlich eine Maßnahme ist, die den großen Einkaufszentren am Stadtrand entgegenwirkt. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) So viel zu Ihrer Wirtschaftskompetenz.

Ich möchte Ihnen noch einen Vergleich anbieten, den Sie alle kennen. Es gibt immer die Definition, es wird immer gefragt nach dem Unterschied zwischen gratis und umsonst. Ersparen Sie mir, Ihnen das jetzt ausführen zu müssen, was gratis ist und was bei Ihnen umsonst ist und gewesen ist. Ich glaube, dass die Maßnahme des Parkpickerls eine wichtige ist, eine richtige ist und dass sie hoffentlich auch noch fortgesetzt wird. (*Beifall bei den GRÜNEN und des amts StR Dr Sepp Rieder. - Abg Heinz Christian Strache: Kostenlos!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich bekenne, dass die Parkraumbewirtschaftung im Wesentlichen Erfolge gebracht hat, zumindest sage ich, es ist noch nichts Besseres erfunden worden. Es ist mir aber persönlich ein Bedürfnis, dass ich die Erfolgsstory, die jetzt von meinen beiden Vorrätern so glühend hervorgehoben wurde, ein bisschen kritisch hinterleuchte.

Zum eigentlichen Thema dieser Dringlichen. Wir meinen nicht, dass über Erfolg oder Misserfolg der Parkraumbewirtschaftung wirklich der Preis entscheidet. Jeder kennt auch das Wort: Was nichts kostet, ist nichts wert.

Wir müssen die Parkraumbewirtschaftung als Lenkungsmaßnahme sehen, als Lenkungsmaßnahme, die ich so interpretiere, deren Prinzip es ist, dass Politik und Behörde ins Leben der Bürger und in die Betriebsführungen der Unternehmungen eingreifen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, das sei dahingestellt. Wohl mit dem hehren Ziel, dass es verkehrspolitisch Verbesserungen bringt. Aber man muss zugeben, sie greift ein.

Daher meine ich, dass über Erfolg und Misserfolg entscheidend sein wird, wie gerecht dieser Eingriff empfunden wird und welche Auswirkungen diese hoheitliche Verteilung von Gunst und Ungunst hat. Das ist teilweise eine subjektive Einschätzung, teil-

weise kann man es objektiv messen. Wir haben uns ja auch vor Einführung der Parkraumbewirtschaftung sehr intensiv damit beschäftigt, vor allem auch mit Untersuchungen und mit Zahlenspielereien, wie viel Parkplätze gibt es auf öffentlichem Gut, wie viel private Parkplätze, wie viele Autos gibt es und so weiter und so fort. Es war vieles messbar.

Eines war allerdings schwer vorauszusehen, nämlich das Verhalten. Es haben sich daraufhin auch einige sehr gewundert, wie sich herausgestellt hat, dass gar nicht alle Bewohner ein Parkpickerl gelöst haben. Das heißt, der Bürger hat zumindest noch einen gewissen Gestaltungsspielraum, in dem er sein Verhalten selbst bestimmt. Aber nicht mehr viel.

Wie die Reaktionen auf das Parkpickerl insgesamt sein werden, das werden wir wahrscheinlich überhaupt erst in einigen Jahren feststellen können, weil manche Dinge sehr langfristige Effekte haben und zum Beispiel Betriebsabwanderungen wahrscheinlich erst viel später identifiziert werden können. Aber auf das komme ich dann noch zurück.

Ich stelle jedenfalls fest, dass das Parkpickerl zumindest auch eine Mehrklassengesellschaft gebracht hat. Der Anrainerbegriff wurde ja sehr verschieden klassifiziert und wird auch noch immer verschieden klassifiziert. Für mich war auch entscheidend, was Herr StR Rieder uns gestern - durchaus in würdiger Vertretung von Herrn StR Svhalek, weil ich annehme, dass Herr StR Svhalek das Gleiche gesagt hätte - mitgeteilt hat, nämlich dass für ihn der Anrainerbegriff schon auch eine Verschiedenheit zu Recht trägt. Er hat ja selber unterschieden in Bewohner, die anders zu behandeln sind als Anrainer, die einer Tätigkeit nachgehen.

So, und jetzt klassifiziere ich oder ich bringe hier eine Einteilung, wie ich sie empfinde. Es gibt einmal die rechtlosen Beschäftigten. Die Beschäftigten sind jene Gruppe, die nahezu überhaupt nicht zu einem Vorrecht kommen. Das war unser erklärtes Ziel, ich gebe es zu. Es ist das auch in irgendeiner Form notwendig, denn es geht sich ja auch rein rechnerisch nicht aus oder es führt sich eine Bewirtschaftung ad absurdum, wenn man in einem überfüllten Straßenraum von verschiedenen Nutzern nicht eine Benutzergruppe ausschließt. Es kann sich ja rein rechnerisch nicht ausgehen. Gut. Beschäftigte zähle ich zu den rechtlosen Anrainern. Ob die jetzt selbstständig oder unselbstständig beschäftigt sind, macht gar keinen Unterschied, denn das ist ein häufig verwendetes Argument der MA 46, wenn es um Ablehnung von Betriebsansuchen geht, die reflexartige Unterstellung: Das ist eh nur das Fahrzeug vom Betriebsinhaber und der will eh nur den ganzen Tag dort parken und daher kriegt der Betrieb für dieses Fahrzeug kein Parkpickerl.

Dann gibt es eben die rechtsarme Klasse, nämlich die Betriebe, die zwar mit einem Notparagraphen - nenne ich es - oder einem Behelfsparagraphen der Straßenverkehrsordnung zumindest die Möglichkeit haben, ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an

einer Ausnahmegenehmigung geltend zu machen. Aber das wird ihnen sehr, sehr schwer gemacht.

Wenn ich hier von vielen Rednern höre, dass das für die Wirtschaft eh gut funktioniert, dann muss ich das relativieren. Ich bin da sehr sachlich, emotionslos. Der Wirtschaft im Allgemeinen hat es Vorteile gebracht. Es gibt mehr Parkplätze, weil häufigerer Parkplatzwechsel ist. Das heißt, der Kundenverkehr, der Lieferverkehr und jener Teil des Wirtschaftsverkehrs, der irgendwo irgendwas zu tun hat, hat Vorteile dadurch. Das gebe ich zu.

Die anrainenden Betriebe haben es schwerer. Sie haben es schwerer, denn sie zahlen den Preis dafür. Entweder, weil sie in einem unendlich mühsamen Verfahren um jede einzelne Ausnahme für jedes einzelne Fahrzeug zäh kämpfen müssen oder weil sie eben gar keine bekommen, und dann leben oder wirtschaften sie nach dem Prinzip - wie das der ÖAMTC einmal geprägt hat - als Zwei-Stunden-Gesellschaft. Es ist wirklich so. In dem Moment, wo der Betrieb das Fahrzeug braucht, aber keine Ausnahmegenehmigung bekommt, ist Auf-die-Uhr-Schauen angesagt, denn da muss man sich sehr genau überlegen, wann das Fahrzeug rechtmäßig weggefahren werden muss oder nicht ganz so rechtmäßig zumindest der Parkschein gewechselt werden muss. Das ist eine Erschwernis für die Betriebsführung und das kann nicht wegdiskutiert werden.

Und dann gibt es die dritte, die beste Klasse, nämlich die bevorrechteten Bewohner. Gut, das war ebenfalls unser aller Wille. Ich nenne es ab und zu auch etwas kritisch als die Privatisierung des öffentlichen Raums, denn es war unser politischer Wille, dass der Bewohner das Vorrecht bekommt, dort zu parken, wenn möglich vor seinem Haus. Es wird ja auch sehr oft der Erfolg oder Misserfolg der Parkraumbewirtschaftung so interpretiert: Hat der Bewohner jetzt für seine Pauschalgenehmigung die Möglichkeit, direkt vor dem Haus zu parken oder nicht? - Wenn er das nicht hat, weil eben viele Bewohner das auch wollen, dann wird das schon als negativ bezeichnet.

Das heißt, dem Bewohner wurde von der Politik signalisiert, er hat das Vorrecht, das öffentliche Gut vor seinem Wohnhaus für seine Parkzwecke zu benutzen. Ich brauche nicht dazuzusagen, dass ich es auch für ein falsches Signal halte, weil damit ist ein Erziehungs-, ein unangenehmer Erziehungsprozess verbunden. Das ist ja ein Signal "Weg von den Garagen", wenn ich nämlich das Pickerl um einen geringeren Preis bekomme und wenn ich außerdem noch vor die Wahl gestellt werde, wenn ich ein Pickerl will, dann muss ich einen Garagenplatz jedenfalls kündigen.

Und da komme ich jetzt wieder auf das Thema, das ich gestern schon besprochen habe und über das ich mich nicht mehr groß verbreitern möchte. Nur kurz zur Erinnerung für all jene, die gestern nicht im Saal waren. Wenn ein Bewohner einen Garagenplatz gemietet hat oder eine private Abstellfläche besitzt, dann hat er kein Anrecht auf ein Parkpickerl, er be-

kommt auch keines, weil ihm die Behörde das persönliche Interesse daran in Abrede stellt. Ich halte das für verfehlt, weil ich das, wie gesagt, noch für einen zusätzlichen Verstärkereffekt halte, dass die Leute aus den Garagen hinausgehen. Und das ist auch Tatsache. Es ist erwiesen, dass viele Dauermietrechte aufgekündigt wurden, weil das Pickerl ohnedies günstiger ist und weil man, wie gesagt, vor die Alternative gestellt wird.

Ich bringe daher gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Hanno Pöschl vom Liberalen Forum, Günter Kenesei von den Grün-Alternativen und Karl Ramharter von den Freiheitlichen folgenden Beschlussantrag ein.

"Der Wiener Landtag möge beschließen:

Bei der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Bewohner gemäß § 45 Abs. 4 der StVO ist das persönliche Interesse auch dann anzuerkennen, wenn eine Nutzungsberechtigung für einen privaten Abstellplatz vorhanden ist."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung, Herrn amtsf StR für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svhalek, beantragt.

Ich hoffe, die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Antrag auch zu. (*Beifall bei der FPÖ und bei der ÖVP.*) Danke, danke. Ich freue mich durchaus für Ovationen zu diesem Antrag. (*Abg Dr Helmut GÜNTHER: Sie lassen aus Ihrer eigenen Fraktion ein bisschen aus!*) Na, ich habe da Applaus gehört. Oder höre ich auf dem Ohr schlecht?

Da komme ich bei dem Thema auch zu den Anträgen der freiheitlichen Fraktion zu sprechen, von der im Übrigen wundersamerweise der gleiche Antrag noch einmal abgegeben wird. Aber bitte, soll sein. Herr Kollege Ramharter hat ja sowohl da als auch dort den Antrag mitgetragen.

Es sind hier durch insgesamt vier Anträge eine Menge Dinge angesprochen, wo ich durchaus auch einen Diskussionsbedarf sehe. Nichts liegt mir näher als die Forderung, dass in parkraumbewirtschafteten Gebieten ansässige Gewerbebetriebe gleich zu behandeln sind wie Bewohner. Nur, meine Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion, so wie es keine eindimensionalen Probleme in der Stadt gibt, gibt es auch wenig eindeutige Lösungen. Es wäre hier noch viel Diskussionsbedarf, wie auch andere Dinge noch einmal zu überdenken wären. Es tut mir Leid, dass wir diesen Anträgen nicht zustimmen können, weil sie zur sofortigen Abstimmung verlangt wurden. Das wären zumindest Begehren gewesen, die man im Ausschuss - so wie ich das auch vorgeschlagen habe - noch eingehend erörtern sollte.

So wie ich gesagt habe, dass es keine eindimensionalen Probleme gibt, die so eindeutig zu lösen sind, halte ich auch die Parkraumbewirtschaftung für ein zwar taugliches Instrument - ich habe schon gesagt, es ist noch nichts Besseres erfunden worden -, aber für kein tatsächliches Abbild des realen Lebens. Es

gibt sehr viele Einzelschicksale - auch darüber ist hier schon berichtet worden, vor allem auch von Beschäftigten - und es gibt zweifelsohne die Benachteiligung der ortsansässigen Betriebe.

Wir werden uns auf Reaktionen gefasst machen müssen, da sich ja schon einiges abzeichnet, und schon deshalb wünsche ich mir sehr, dass eine Diskussion weitergeführt wird. Da ist zunächst im kleinen Maß die wundersame "Völkerwanderung" als Folge der Parkraumbewirtschaftung, wie wir es schon in den Zeitungen gelesen haben, nämlich dass sich Bürger aus anderen Bundesländern, die in Wien zumindest die Woche über beschäftigt sind, auf einmal in Wien zum Hauptwohnsitz anmelden. Das hat Folgen, meine Damen und Herren, für uns wahrscheinlich positive, für andere negative, aber jedenfalls relativ weit reichende, bis hin zum Finanzausgleich. Und wenn Sie die Zeitungen aufschlagen, werden Sie es jetzt wahrscheinlich schon täglich lesen. Da wird jetzt schon heftig gerüttelt vor dem Jahr 2001: Wo sind welche Bewohner zuzurechnen?

Und weitere Folgen in noch nicht vorhersehbarem Maß, nämlich die Betriebsabwanderungen. Auch da gibt es bereits einzelne Belegfälle, anhand deren ich es beweisen kann. Nur - ich habe es vorhin schon gesagt -, hier müssen wir mit Spätfolgen rechnen, weil das eben auch einen Verzögerungseffekt hat und weil man nicht jede Betriebsabwanderung nur eindeutig auf die Parkraumbewirtschaftung zurückführen kann. Sie mag auch bei manchen mit einer Rolle spielen. Aber ich meine, dass eine Politik, die sich Signalen verschließt, eine schlechte Politik ist. Daher wünsche ich mir, dass wir wachsam sind und dass wir uns nicht einfach - wie meine Vorfahrt - in Glorie und in Beweiräuchereung ergehen, wie gut wir gehandelt haben und wie wertvoll und wie schön das Parkpickerl ist.

Ich appelliere daher, dass die Politik zumindest den Ermessensspielraum, den es dabei gibt, neu definiert. Ich denke da natürlich in erster Linie an die Betriebsausnahmen, wo ja wirklich sehr viel Ermessensspielraum bei der Beurteilung ist, und ich wünsche mir insbesondere, dass sich dann die ausführende Behörde auch an die politischen Vorgaben hält. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Josef Wagner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Josef Wagner (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die freiheitliche Initiative zu dieser Dringlichen Anfrage ist schon deshalb notwendig - und ich bitte auch gleich vorweg um Verständnis, dass wir hier nicht mit einer Zuweisung unserer Anträge einverstanden sein können -, weil sich die Situation in den vergangenen Monaten ganz einfach zugespitzt hat. Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung hat vielen Bezirksbewohnern, aber auch Unternehmen in den Bezirken die Augen geöffnet. Sie kommen immer mehr unter die Räder, was die Nachteile dieser Parkraumbewirtschaftung

betrifft, und ich möchte dann anhand von ein paar Beispielen das noch näher ausführen.

Ich bin etwas enttäuscht über die Aussagen des Herrn Landeshauptmanns, wenn er meint, es gäbe gar keine rechtliche Grundlage für eine Ermäßigung. Ich bin auch etwas enttäuscht über die Redner des Liberalen Forums und der Grün-Alternativen, weil sie offensichtlich nicht verstanden haben, was wir mit dem kostenlosen Parkpickerl für Bezirksbewohner wirklich meinen und wollen. Die Bezirksbewohner werden es allerdings verstehen und die Bezirksbewohner wissen schon heute, dass GRÜNE und Liberales offensichtlich Bezirkswünsche und Bezirksanliegen von Bezirksbewohnern nicht verstehen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Der Kollege Pöschl hat von einem Realitätsverlust gesprochen, unter dem die Freiheitlichen leiden. Na ja, Kollege Pöschl, irgendwo wird er wichtige Dinge zu diskutieren oder Presseaussendungen zu machen haben. Wer den Realitätsverlust in den vergangenen Wochen gehabt hat, hat man ja klar daran erkannt, dass die Liberalen angetreten sind, ins Parlament zu kommen, und dann haben sie die Realität feststellen müssen: Sie sind heute nicht mehr drinnen. Tun Sie so weiter. Beschimpfen Sie die Freiheitlichen, Sie werden die Folgen zu tragen haben.

Der Zeitpunkt, der hier auch noch angeschnitten wurde, und der Zeitraum für die Einführung des Parkpickerls, der hier mit den tollen Erhebungen angeschnitten wurde, ist ganz einfach völlig falsch. Ich unterstelle jetzt gar nicht so sehr den von der Stadt Wien Beauftragten, die diese Studien erstellt haben, dass sie hier mit falschem Zahlenmaterial arbeiten und dass sie Studien gefälscht hätten. Das wäre unrichtig. Aber Tatsache ist jedenfalls, dass wir berücksichtigen müssen, sehr geehrte Damen und Herren: Wann sind diese Studien, wie viele Monate nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken erstellt worden und zu welchen Zeiträumen sind sie erstellt worden? - Und wenn Sie sich da diese Ziffern anschauen und betrachten, dann werden Sie feststellen: Es gibt eine Übereinstimmung mit unseren Aussagen. Wir sagen oder wir haben in der Vergangenheit immer wieder gesagt, dass die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken kurzfristig Erfolge bringt, kurzfristige Erleichterungen für Bezirksbewohner. Das bestreiten wir gar nicht. Es hat sich allerdings das, wovor wir von vornherein gewarnt haben und worauf wir hingewiesen haben, bewahrheitet. Nach einer relativ kurzen Zeit der Einführung - das hängt je nach Bezirk und bewirtschaftetem Gebiet ab - zwischen einem Jahr und eineinhalb Jahren ist dieser Effekt zur Gänze weg.

Sie vergessen bitte dabei auch - und die Nachheruntersuchungen sind zu einem früheren Zeitpunkt gemacht worden - dass das Problem nur teilweise für eine begrenzte Zeit tagsüber scheinbar gelöst ist, aber in den Abendstunden für die Bezirksbewohner überhaupt nichts zu gewinnen ist. Sie hören doch die Klagen. Sie wissen es. Ich könnte Ihnen zig Presseartikel

und Presseaussendungen und Aussagen Ihrer Kollegen von Rot, von Schwarz, von Grün vorhalten - von den Liberalen habe ich diesbezüglich nichts gehört, außer dass sie der Stadt Wien immer noch mehr zum Abkassieren in die Hand geben wollen -, wo sie die Einbeziehung weiterer Bezirke fordern, die Ausdehnung in die Nachtstunden. Herr StR Svhalek hat versprochen, es wird eine Ausdehnung geben. Seit über einem Jahr sagen im Rathaus Juristen, dass das nach der derzeitigen Gesetzgebung der Straßenverkehrsordnung rechtlich nicht möglich ist. Er will das nicht zur Kenntnis nehmen. Ihre Kollegen von Rot und Schwarz im Bund sind aber nicht dazu bereit, die Straßenverkehrsordnung zu ändern.

Das ist doch alles bitte eine Hinhaltetaktik, ein Versuch, sich darüber zu schwindeln, Bürgern etwas zu versprechen, was es nicht gibt und was man nicht halten kann, und das ist unmoralisch. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe mich bei den Ausführungen der Frau Kollegin Rothauer, die ich ja sonst mit Ihren Aussagen in der Parkraumbewirtschaftungskommission eigentlich sehr geschätzt habe, weil wir weitgehend, was zumindest die Betriebe anlangt, Übereinstimmung gehabt haben, jetzt nicht ganz gut ausgekannt, ob Sie unsere Anträge generell ablehnen, auch den für die Geschäftsbetriebe, weil Sie auch bei dem meinen, oder dem, glaube ich, stimmen Sie zu, daher ... (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: Ich habe gesagt: Inhaltlich!) Inhaltlich ja, gut.

Sehr geehrte Frau Kollegin! Das ist halt das, was wir leider Gottes von Ihrer Fraktion in vielen anderen Bereichen auch erleben und gewöhnt sind. Sie gehen mit Forderungen hinaus, treffen sich inhaltlich sehr häufig mit Forderungen der Freiheitlichen, dann wenn es populär ist, wenn Sie das Ihren Wirtschaftstreibenden so verkaufen wollen, und dann, wenn es konkret um Handlungen geht, etwas für die Gewerbebetriebe zu tun, dann fallen Sie um und sagen: Na ja, reden wir noch einmal darüber. Worüber sollen wir denn noch reden? - Es ist doch allen klar und von allen zugestanden, auch hier von allen anderen Fraktionen, dass es für den Bereich der Gewerbebetriebe Missstände gibt und dass wir hier massives Abwandern von Betrieben bereits erlebt haben, dass weitere Schließungen angekündigt sind und dass es hier auch um Arbeitsplätze geht. Es geht um Unternehmer, es geht um Nahversorgung und es geht damit auch um das Wohlbefinden der Wienerinnen und Wiener. Und das verhindern Sie, wenn Sie heute diesem Antrag nicht zustimmen! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir bringen trotzdem den Antrag ein, und zwar mit dem Begehr auf sofortige Abstimmung, dass im Parkometergesetz bei der Pauschalierungsverordnung in den parkraumbewirtschafteten Gebieten Gewerbeunternehmer und Bewohner gleichzustellen sind.

Ich glaube, auch da gibt es eine weitgehende Übereinstimmung bei den Fraktionen, wo es darum geht, dass wir hier eine Situation haben, dass Gara-

genbesitzer kein Parkpickerl kriegen. Wenn Sie sich auch da gewundert haben, Frau Kollegin Rothauer, warum wir diesen Antrag stellen, obwohl wir auch schon in einem gemeinsamen Antrag drauf sind, so kann ich Ihnen das ganz einfach erklären: Nicht nur, weil wir unsere Anträge inhaltlich schon vor längerer Zeit und nicht erst heute vorbereitet haben, sondern weil auch unser Antrag jetzt weitreichender ist als Ihrer und weil wir ganz einfach mit unserem Antrag mehr erreichen wollen, als das, was wir möglicherweise sachlich einmal mit dem gemeinsamen Antrag erreichen. Auch der wird ja einmal zugewiesen und wird einmal, fürchte ich, womöglich auf die lange Bank geschoben.

Wir wollen auch hier eine sofortige Abstimmung und wir sehen auch nicht ein, warum wir nur für Garagenbesitzer ein Parkpickerl - das gleiche Recht - ermöglichen sollen. Warum kann nicht jemand mit einem Abstellplatz in einem Hof oder mit einem Mietauto, das er auf längere Zeit von einem gewerblichen Vermieter gemietet hat, dieselben Rechte haben? - Unser Antrag will jedenfalls hier auch für Stellplatzbesitzer und für Mietautos die gleichen Rechte wie Bezirksbewohner sie haben und daher ersuchen wir auch bei diesem Antrag um sofortige Abstimmung. (Beifall bei der FPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage des kostenlosen Parkpickerls, das da wirklich in einer eher demagogischen Art und Weise und in einer polemischen Art und Weise von den anderen Fraktionen behandelt worden ist, ist eine ganz simple Frage und ein ganz ehrlicher Antrag, weil es ja in Wirklichkeit kein kostenloses Parkpickerl in dem Sinn gibt. Auch dann, wenn wir zu Recht fordern, dass das Parkpickerl für Bezirksbewohner in den bewirtschafteten Gebieten ihres Bezirks kostenlos ist. Nur bitte sind Sie ein Autofahrer oder eine Autofahrerin, die nur in ihrem Bezirk fährt? Sind Sie nicht auch jemand, der in anderen Bezirken unterwegs ist und dort einmal sein Auto abstellt? - Genau das ist der Grund, warum wir immer sagen ... (StR Karin Landauer: Wir gehen immer alles zu Fuß!) Bitte? (StR Karin Landauer: Wir gehen immer alles zu Fuß!) Das mag schon sein. Also, ich glaube, ein Autobesitzer sollte auch das Recht haben, seinen Bezirk zu verlassen. Sobald er sich in ein anderes Bezirksgebiet begibt, zahlt er dort sowieso die Kurzparkgebühr, und daher gibt es in dem Sinn nicht die Befürchtung, die die anderen Fraktionen haben, dass wir von der Stadt Wien hier kein Geld mehr einnehmen und damit nicht mehr diese tollen Garagenprojekte bauen können.

Ich will Ihnen nicht Ihre eigenen Antworten oder die des Herrn StR Svhalek und der Finanzstadträtin Ederer vorlesen, was alles mit dem Geld gemacht oder nicht gemacht wurde. Sie haben Überschüsse, die Stadt Wien hat aus diesen Einnahmen zuhauft Überschüsse und schiebt jetzt die Verantwortung zu den Bezirken hin, wo sie meint, die Bezirke können sich Bezirksgaragen wünschen, genau mit dem Wissen,

dass durch das Parkpickerl in Wirklichkeit kein Betreiber zu finden ist und die Stadt Wien keine Garagen errichtet! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Daher glauben wir, dass dieser Antrag hier, wo wir sagen, im Parkometergesetz soll die Bestimmung geändert werden, dass der Mindestbetrag 2 S pro halbe angefangene Stunde betragen muss, weg gehört, damit unser nächster Antrag, wo wir dann das kostenlose Parkpickerl für Bezirksbewohner und Gewerbebetriebe fordern, überhaupt möglich wird. Daher ist es notwendig, dass wir diese Abgabe auf Null setzen. Aber wir sind nicht dafür, dass wir sagen, es soll generell keine Kurzparkzonen mehr geben.

Herr Kollege Kenessei, der sich ja sonst in vielen Dingen so gut auskennt, angeblich auch im Verkehr, und heute hat er sich sogar als Wirtschaftsfachmann aufgespielt, hat nur eines vergessen: Ich weiß nicht, verwechselt er jetzt die Praterstraße mit anderen Gebieten oder weiß er nicht, hat er sich das so schlecht angeschaut, dass in den bewirtschafteten Gebieten Geschäftsstraßen ausgenommen sind? - Die Praterstraße war vorher schon eine Kurzparkzone und ist jetzt eine Kurzparkzone. Also, was soll sich jetzt plötzlich für die Praterstraße durch die Einführung des Parkpickerls verbessert oder geändert haben? - Gar nichts. Die Umfragen, die er zitiert hat, hat er vielleicht von zwei Kaufleuten. Wir reden mit mehr und wir wissen, dass es denen dort nach wie vor schlecht geht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich bringe daher als nächsten Antrag mit der Bitte um sofortige Abstimmung den Antrag auf Änderung des Parkometergesetzes ein, wonach die Abgabe des Mindestbetrags von 2 S pro halbe Stunde entfällt.

Ich bringe einen weiteren schon erwähnten Antrag ein, wonach wir für Bewohner und Wirtschaftsbetriebe in den parkraumbewirtschafteten Bezirken das kostenlose Parkpickerl fordern, auch mit dem Hinweis auf sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fülle von teils in Unkenntnis oder ich will nicht sagen in Unwahrheit, aber vielleicht doch ein bisschen in schönfärberischer Darstellung gemachten Aussagen mancher Politiker der anderen Fraktionen zeigt in Wirklichkeit ... (*Abg Johann Driemer: Sie sind ja das beste Beispiel!*) Na ja, ich habe schon ein Beispiel genannt. Also, ich kann Ihnen noch viele ... (*Abg Johann Driemer: Sie sind doch das beste Beispiel!*) Wissen Sie, mit zwei Minuten Redezeitrest ist es ein bisschen schwierig, Ihnen die vielen Beispiele zu sagen.

Nur, wenn Sie meinen, dass das wirklich das Gelbe vom Ei ist - und was hat einer gesagt? Der Kollege Pöschl, glaube ich, war es, der gesagt hat: Die Erfolgsstory des Parkpickerls der letzten Jahrzehnte in Wien, das ist die Gruselstory für die Bürger in Wien! Und das ist eine traurige, schreckliche Story! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Sie heute nicht bereit sind, in Bezug auf notwendige Verbesserungen für Bezirksbewohner und für Geschäftsbetriebe, für Nahversorgung, für Ar-

beitsplätze, für die Sicherung der Lebens- und der Wohnqualität hier mitzugehen und Schritte zu setzen, dann sagen wir Ihnen heute schon: Es wird darüber von uns im nächsten Gemeinderat einen Antrag auf Volksbefragung geben und wir werden schauen, dass Sie hier, wenn Sie nicht willens sind, selber vernünftig zu entscheiden, das Volks befragen. Dann werden wir die richtige Entscheidung hinkriegen und dann werden wir Ihr Abzocken und Ihr Abkassieren beim Bürger, ohne etwas dafür zu leisten, endlich wieder gutmachen können. Das ist unsere Absicht. - Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Fritz Strobl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Friedrich Strobl (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Dringliche und auch die Wortmeldungen meines Vorredners im Besonderen und auch des Herrn Klubobmanns Kabas zeigen natürlich wieder einmal, dass Sie an einer sachlichen Diskussion überhaupt nicht interessiert sind. Es geht Ihnen ausschließlich um puren Populismus. Das ist das Ziel, das Sie erreichen wollen. (*Abg Mag Helmut Kowarik: Die Gesellschaft nur zwingen! Immer wieder nur zwingen!*)

Frau Dr Rothauer hat es schon gesagt: Wenn es Ihnen um die Sache gehen würde, dann würden Sie über diese Anträge auch Diskussionen zulassen, und Sie würden diesbezüglich auch mit uns reden, und Sie würden diesbezüglich über Lösungen, die es in dem einen oder anderen Fall geben kann, auch diskutieren. Ich möchte aber trotzdem versuchen, bei diesem Thema sachlich zu bleiben, und zwar aus einem einfachen Grund: Seit Einführung des Parkpickerls beziehungsweise der Parkraumbewirtschaftung bemühe ich mich als Interessenvertreter, und viele Kollegen von Ihnen werden das bestätigen können, auch wenn es Ihnen nicht gefällt -, die vom Parkpickerl betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen. Ich möchte schon auch sagen, zum Unterschied der freiheitlichen Fraktion, sowohl hier im Haus als auch zum Beispiel in der Wirtschaftskammer, glaube ich, dass ich das auch erfolgreich mache.

Ich werde das auch erklären. Der Kollege Ramharter hat ja gestern schon bei der Fragestunde kurz darauf hingewiesen, wie die Situation ist. Vor nicht allzu langer Zeit war die Situation speziell für eine Gruppe von Unternehmerinnen und Unternehmern, speziell für die Klein- und Kleinstbetriebe würde ich einmal sagen, für die Nahversorger in dieser Stadt, sehr, sehr schwer. Es war beinahe unmöglich, ein Parkpickerl zu erhalten, und zwar vor allem solchen Unternehmerinnen und Unternehmern, die ein Firmenauto haben und dieses Firmenauto war kein Lkw oder kein Klein-Lkw, sondern ein Kombi oder ein Pkw. Es war für diese betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer auch schwierig zu beweisen, dass sie regelmäßige Lieferungen und regelmäßige Transporte durchzuführen haben. Es war auch schwierig in dem

einen oder anderen Fall zu beweisen, dass man diese Lieferungen und Transporte nicht mit einem öffentlichen Verkehrsmittel durchführen kann.

Ich habe diesbezüglich dann die Initiative ergriffen und meine Initiative wurde vom Herrn amtsf StR Svihalek aufgenommen und es wurden einige Erleichterungen für diese Betriebe auch erreicht und ermöglicht. Es gibt die Möglichkeit, in Bezirken Kommissionen einzurichten, wo über abgewiesene Fälle, die ich Ihnen soeben geschildert habe, zusätzlich noch einmal diskutiert wird und eine Empfehlung ausgesprochen werden kann.

Wenn Herr Klubobmann Kabas hier in seiner Begründung sagt, dass diese Kommissionen kein Erfolg waren, dann stimmt das ganz einfach nicht. Über 90 Prozent, Herr Klubobmann Kabas, der eingereichten Fälle wurden dort positiv (*Abg Kurt Wagner: Wie viele Fälle?*) erledigt. (*Abg Kurt Wagner: Der eingereichten? Wie viele wurden eingereicht?*) Über 90 Prozent! Also, ich weiß nicht, mit wem Sie reden, aber ich kann es mir vorstellen. Ich kann es mir vorstellen! Es gibt (*GR Josef Wagner: Also, wie viele Fälle?*) ein Beispiel ... (*Aufregung bei der FPÖ.*) Hören Sie ein bisschen zu, vielleicht lernen Sie noch etwas dabei!

Es gibt ein Beispiel, das war in der letzten Wirtschaftskammervollversammlung, wie wir über dieses Thema auch schon diskutiert hatten, da hat sich ein Kollege der Freiheitlichen gemeldet und hat gesagt: Ich habe auch kein Parkpickerl gekriegt. Ich glaube, er ist ein Trafikant und hat sich darüber beklagt. Ich habe ihm selbstverständlich angeboten, ihn dabei zu unterstützen. Er ist ein Nahversorger und hat meiner Meinung nach selbstverständlich Anspruch auf ein Parkpickerl. Er hat ein Auto und er soll dieses Parkpickerl auch haben. Die Nahversorger sind uns wichtig, das ist doch ganz klar. Nur dann hat sich herausgestellt, das Auto, das er gehabt hat, der Pkw war nicht auf die Firma gemeldet, es war kein Firmenauto und der Wohnsitz war nicht in Wien. Er hat den Wohnsitz in Niederösterreich. Also, das geht halt nicht. Wenn er das Auto für die Firma braucht, dann soll er ... (*Abg Mag Hilmar Kabas: Aber das Geschäft hat er in Wien?*) Wenn er das Auto für die Firma und für das Geschäft braucht, dann muss er das Auto auch auf das Geschäft anmelden. Ich glaube, da sind wir uns ja einig. Also, so kann es nicht gehen. Er hat dann argumentiert, sein Steuerberater, ich weiß nicht, wer das war, hat ihm empfohlen, er möge das Auto nicht auf die Firma anmelden.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den Herr Klubobmann Kabas gebracht hat, und zwar fordern Sie Erleichterungen für die Wirtschaft. Selbstverständlich, da bin ich 100-prozentig bei Ihnen. Zugleich kritisieren Sie aber, oder vielleicht habe ich das missverstanden, Sonderregelungen für Geschäftsstraßen. Habe ich es missverstanden oder haben Sie es so gesagt? Ich habe es zumindest so verstanden. Also, das gehört schon dazu. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Ihre*

Beispiele zeigen: Ja, Sie wollen immer helfen! Der Staatsbürger soll als Bettler zu Ihnen kommen und Sie sind dann der Großzügige, der vergibt!) Wir sind uns doch alle einig in der Wirtschaftskammer, auch Ihre Fraktion (*Abg Mag Hilmar Kabas: Als Bettler soll er zu Ihnen kommen und Sie sind dann der Großzügige!*) hat zugestimmt, dass einige Geschäftsstraßen in den betroffenen Bezirken ausgenommen werden und dass es dort auch weiterhin die Kurzparkzonen gibt. Vielleicht wird Herr Kollege Ramharter, der ja heute noch spricht, dies bestätigen können, denn es war ganz einfach so.

Ich möchte aber schon auch eines sagen: Natürlich ist noch einiges zu tun und natürlich ist es auch so, dass jeder einzelne Betrieb, der abgelehnt wird, jeder einzelne Nahversorger, wo es Probleme gibt, ein Problem zu viel ist. Selbstverständlich werde ich mich bemühen, jeden Einzelnen, jede Einzelne dabei zu unterstützen. Es gibt zum Beispiel nach wie vor die Situation, dass Anrainer ihr Parkpickerl praktisch per Erlagschein verlängern können und die Betriebe nicht. Das gehört ausgeräumt. (*Abg Dr Herbert Madejski: Dass sie keinen Rechtsanspruch haben, das ist ja das Furchtbare!*) Nein, das ist nicht ... (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie geben ja zu, dass das ganze System übel ist!*) Sie müssen schon ... (*Abg Mag Hilmar Kabas: Sie müssen als Bittsteller zu Ihnen kommen und dann helfen Sie!*) Schauen Sie her Klubobmann, Sie müssen von Anfang bis zum Ende aufpassen und wenn Sie das konzentriert tun, dann werden Sie es auch in Zukunft vielleicht einmal verstehen. (*Abg Mag Hilmar Kabas: Bitte, bitte, Herr Strobl, Herr Präsident - und dann helfen Sie! Genau das wollen Sie! Die sollen aber einen Rechtsanspruch haben! Einen Rechtsanspruch!*) - *Abg Dr Herbert Madejski: Dass es keinen Rechtsanspruch gibt, das ist ja das Furchtbare! - Beifall bei der SPÖ.*

Und noch ganz, ganz kurz zum Abschluss: Ich wohne selbst in der Josefstadt. Ich habe auch ein Geschäft in der Josefstadt und Sie wissen ganz sicher, dass dort die Parkplatzsituation keine einfache ist. Ich kann Ihnen noch etwas sagen: Vor Einführung des Parkpickerls war es für meine Kundinnen und Kunden auch nicht sehr einfach, zu mir zum Geschäft zu kommen und dort einzukaufen. Seit wir das Parkpickerl haben, tu ich mir da ein bisschen leichter, denn es gibt hin und wieder Parkplätze. Ich sage nicht, dass das ein Dauerzustand ist. Das ist ganz einfach nicht richtig. Aber es ist eine Erleichterung eingetreten und das bestätigen auch Umfragen unter den Betrieben. Ich bin nicht der einzige. Es gibt sehr, sehr viele Betriebe, die sagen: Jetzt ist es ein bisschen leichter, jetzt können die Kunden auch zu mir kommen und mit dem Auto Waren abtransportieren. Das funktioniert jetzt etwas besser.

Schauen Sie, wir müssen schon, auch wenn wir über das Parkpickerl diskutieren, diese besonderen Situationen in den Bezirken 6, 7, 8, 9 berücksichtigen. Es gibt einen wunderbaren Vergleich: Sie können nicht

in ein Achtelglas ein Viertelliter Wasser hineinfüllen. Das funktioniert ganz einfach nicht, das geht nicht. (Abg Barbara Schöfnagel: Aber auch nicht kassieren! Das geht genauso nicht, das Kassieren!)

Zum Abschluss noch eine Zahl, weil Sie vorgeben, sich so einzusetzen und so gut informiert zu sein: Im 3. Bezirk hat es bezüglich des Parkpickerls von den Gewerbebetrieben 1 250 Ansuchen gegeben, es hat 1 200 positiv erledigte Ansuchen gegeben und 50 wurden bisher negativ beschieden. Natürlich ist es so, das man sich diese 50 auch anschauen muss. Aber auch ich rede sehr, sehr viel mit Betrieben, mit Unternehmerinnen und Unternehmern, und ich glaube, sehr viel mehr als das Ihre Leute tun, denn sonst würden solche Beispiele nicht kommen. (StR Karin Landauer: Das können Sie gar nicht abschätzen!) Ich glaube, man muss jedem Einzelnen helfen, aber man soll diese Sachen auch nicht übertreiben. (Abg Mag Hilmar Kabis: Er soll einen Rechtsanspruch haben, nicht helfen!) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Fürnkranz-Markus zum Wort gemeldet. Ich ertheile es ihr.

Abg Patrizia Fürnkranz-Markus (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist über das Parkpickerl und die Parkraumbewirtschaftung schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte mich deswegen in meiner Wortmeldung auch relativ kurz halten.

Es sind jetzt während der Diskussion für mich einige Fragen an die Freiheitliche Partei aufgetreten, die mir vielleicht meine Nachredner noch beantworten könnten. Ich meine, der Titel ist nicht so schlecht: "Gratsparkickerl für die Bezirksbewohner". Sie haben ja in der Diskussion gehört, dass es eine Gegenleistung gibt. Es gibt ja als Gegenleistung einen vermehrten Garagenbau, das hat uns schon unser Herr Bürgermeister (Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Landeshauptmann!), Herr Landeshauptmann gesagt. Es ist bestätigt, dass vom Jahre 94 bis zum Jahre 98 zirka 50 Garagen mit 70 000 Stellplätzen gebaut wurden. Wenn Sie jetzt den Vergleichszeitraum von vorher hernehmen, dann sind in den letzten 25 Jahren 40 000 Stellplätze gebaut worden. Das heißt, auf Grund der Einführung dieser Initiative, dieser Parkraumbewirtschaftung, hat sich etwas im Garagenbau getan. Es hat sich etwas getan, damit es mehr Abstellplätze gibt. Mir persönlich ist es viel lieber, dass die Autos, die nun einmal da sind - und das ist eine Tatsache, und wir können sie nicht wegräumen, das ist in jeder Verkehrssituation so -, unter die Erde oder in ein Parkhaus kommen, das dann - ich weiß nicht - zwei, drei oder vier Stockwerke hat, als dass sie auf der Straße herumstehen. Gute Beispiele zum Beispiel in der Inneren Stadt beweisen es, dass hier Plätze für die Bevölkerung zurückgewonnen werden können. Deswegen ist der Garagenausbau kein Negativum. Das ist etwas Positives und das wird mit Mitteln aus

den Gebühren bezahlt. (Abg Dr Herbert Madejski: Beim Parken ist es keine Gegenleistung! Das ist eine Steuer!)

Das Zweite ist, es werden auch die öffentlichen Verkehrsmitteln aus dieser Parkraumbewirtschaftung bedacht, das heißt, Vorrang für den öffentlichen Verkehr. (Abg Dr Herbert Madejski: Das ist eine Steuer! Da ist doch keine Gegenleistung!) Es dürfte uns allen hier doch auch ein Anliegen sein, dass die Verkehrsmittel schneller vorankommen, dass sie zum Beispiel bei den Ampelschaltungen den Vorrang bekommen und dergleichen. Das betrifft alle hier Lebenden. Das verringert Stau, das begünstigt einen flüssigen Verkehr, das wird auch alles bezahlt daraus, und darum verstehe ich nicht ganz, warum Sie sagen, es gibt keine Gegenleistung. Genauso ist es nun einmal. Es ist ein öffentlicher Raum und Sie können hier beim öffentlichen Raum nicht einfach sagen, das gehört jetzt dem Bezirksbewohner aus dem 7. Bezirk oder aus dem 8. Bezirk und alle anderen, die jetzt in diese Bezirke hineinfahren, sind dann eigentlich die Dummen, weil die ja zahlen müssen. Ich meine, das kann man so auch nicht machen.

Außerdem sollte das Instrument der Parkraumbewirtschaftung ja auch ein Umdenken hervorrufen. Wir haben es in der Wortmeldung vom Abg Pöschl schon gehört: Es hat Gott sei Dank ein Umdenken stattgefunden. Es ist das Verkehrsaufkommen um 10 Prozent verringert worden. Dadurch ist die Lärmbelästigung zurückgegangen und es ist der Schadstoffausstoß zurückgegangen. Das heißt, es bewirkt etwas Positives und es bewirkt auch das, dass die Leute sagen: Brauche ich überhaupt ein Auto? - Genau das ist das Gute. Wir wollen, dass der Individualverkehr zurückgeht und wie schaffen wir das? - Wir können es nur so schaffen, dass die Leute sich überlegen: Ist es überhaupt notwendig, ein Auto zu haben? Viele haben sich auf Grund der Einführung der Parkraumbewirtschaftung überlegt: Gut, jetzt habe ich mein Auto, ich will mir aber das Parkpickerl zum Beispiel nicht leisten. Wenn dann das Argument kommt, dass das Parkpickerl zu teuer ist und die Leute es sich nicht leisten können, dann muss ich sagen, dann können sie sich auch kein Auto leisten, weil ein Auto kostet auch Geld. Das kostet Geld für Reparaturen, für Benzin und was sie alles in das Auto noch hineinstecken müssen. Da ist die Gebühr für ein Parkpickerl im Grunde genommen in der Relation relativ klein, also kein Argument dafür.

Darum ist es nicht schlecht, dass es so ein Instrument gibt, das den Verkehr oder die Verkehrsflüsse innerhalb Wiens regelt und durch das ein Umdenken entsteht. (Abg Dr Herbert Madejski: Was machen die anderen Bezirke?) Ein Umdenken in dem Sinne, brauche ich es nicht wirklich? - Das geht mir genauso. Ich habe mein Geschäft im 7. Bezirk und ich wohne im 9. Bezirk. Ich könnte mir ein Auto leisten und manchmal hätte ich gerne eines, nämlich am Wochenende, aber ich denke mir, wozu brauche ich es? - Im

7. Bezirk gibt es das Parkpickerl, ich habe eine Schneiderei, ich bekomme sicher keine Ausnahmege-nehmigung, weil ich für meine Kunden nicht ausliefern fahren muss. Meine Stoffe bekomme ich durch die Lieferanten und meine Kunden kommen zu mir ins Geschäft, gut. Dann würde ich das Parkpickerl vielleicht für den 9. Bezirk bekommen. Soll ich mein Auto dann den ganzen Tag, eine ganze Woche lang, im 9. einfach stehen lassen, nur weil ich es vielleicht ab und zu für den Samstag oder für den Sonntag brauche? - Nein, da mache ich eines, und das finde ich sehr gut, das sind eben auch Dinge, die durch solche Aktionen entstehen, dass ich als Jahreskartenbesitzer einen begünstigten Mietwagen bekommen kann. Ich habe des Öfteren schon Kollegen anderer Fraktionen dort vorgefunden, die sich auch ein Auto ausgeborgt haben. Das ist das Beste. Ich bin heuer, aus den ver-schiedensten Gründen, sehr oft mit einem Mietwagen gefahren, aber es ist mir noch immer billiger gekom-men, als wenn ich ein eigenes Auto gehabt hätte. Also, es gibt viele, die so denken wie ich. (Abg Dr Herbert Madejski: *Es gibt Leute, die arbeiten im 23. und wohnen im 21! Was sollen die dann machen? Denen soll man das Auto wegnehmen?*)

Genau die Leute sind es, die dann dazu beitragen, dass es im Verkehr in Wien eine Erleichterung gibt. Wenn es so wäre, dass jeder leicht zu einem Parkpickerl kommt und wir das überhaupt nicht eingeführt hätten, dann denken sich doch die: Na ja, ich habe sowieso einen Platz. Ich werde schon irgendwo einen finden. Ich lasse halt einfach meinen Wagen während der Woche stehen und am Wochenende fahre ich. Das sind so Dinge, die ich nicht ganz versteh-e.

Es müsste Ihnen doch auch ein Anliegen sein, dass es einfach ein Umdenken gibt. Wir haben das Klima-schutzprogramm beschlossen. Da stehen Reduktionen drinnen. Wir wollen den Individualverkehr zurückdrängen. Das kann man aber nur mit Instrumenten machen, die (Abg Dr Herbert Madejski: *Sie sind ja abge-hoben! Ihnen geht es ja besser! Sie sind ja kein Sozial-fall!*) dann auch wirken. Das Parkpickerl wirkt nun einmal, auch wenn man sicherlich noch die diversen Missstände ausräumen muss.

An dieser Stelle möchte ich auch noch zur Ab-schaffung der Kommission sagen: Da bin ich nicht dabei und auch nicht dafür. Ich finde, es ist wichtig, dass die Kommission weiter besteht. Wir wissen ganz genau, es gibt nun leider noch verschiedene Sachen, leider Missstände, die in der Kommission zu bespre-chen sind. In der Kommission ist ein gutes Klima, da sind die Bezirke eingebunden, da sind die verschie-denen Interessenvertreter eingebunden, dort sind die Probleme zu besprechen, zum Beispiel eine Erleichte-rung für die Unternehmer. Da sind wir ganz bei Ihnen, die sollen es auch leichter haben.

Sie haben irgendwo in Ihren Gedanken, so scheint es, einen falschen Schluss, denn wenn Sie jetzt verlangen, dass man in den Bezirken, wo Sie ja meinen, es werden viel zu viele Parkpickerl hergegeben, dann

zusätzlich noch jedem Unternehmer dort ein Parkpi-ckerl geben soll, dann haben Sie ja noch zusätzliche Autos, die auf zu wenig Stellplätze kommen! Also, ich verstehe Ihren Gedankengang nicht ganz. Es wird bei den Unternehmen auch welche geben, die das Auto nicht zu Lieferzwecken brauchen, die halt wirklich nur in die Firma gefahren sind. Natürlich wäre es bequem. Aber es ist nun einmal so, dass wir in einem Sozialge-füge leben und nicht jeder nur das tun kann, was ihm bequem ist.

In diesem Sinne würde ich Sie bitten, dass Sie sich bestimmte Anträge innerhalb Ihrer Gruppe vielleicht noch einmal überlegen und auch überlegen, was Sie damit in der Öffentlichkeit bewirken, wenn Sie da jetzt so plakativ sagen: Abschaffung der Gebühr des Parkpickerls. Natürlich werden Sie sicherlich einige Zustimmung finden. Nur, im Grunde genommen, er-zählen Sie den Leuten nicht die Wahrheit, und genau das ist das Problem, das hat man hier in dieser Dis-kussion gesehen. Sie wollen nicht auf Argumente eingehen, Sie wollen auch nicht ... (Abg Dr Herbert Madejski: *Sie sind wirklich sehr abgehoben! Ihnen geht es ja besser und Sie sind sicher kein Sozialfall!*)

Aber wir sind dafür ehrlich, wissen Sie, denn Sie brauchen sich nur einmal Ihre Unterlagen herzuneh-men, die Sie auch bekommen haben. Ich habe genau die gleichen Unterlagen, wie Ihre Abgeordneten zuge-schickt bekommen, die angefragt haben, was mit dem Geld getan wurde. Sie haben eine Auflistung, und dann können Sie nicht einfach sagen, es wurde nichts mit dem Geld gemacht. (GR Josef Wagner: *Nichts Befriedigendes! Wirklich nichts Befriedigendes!*) Sie haben nicht gesagt, dass es nicht befriedigend ist, Sie haben gesagt, es gibt keine Gegenleistung. Das ist nicht richtig und gegen solche Äußerungen werden wir uns wehren. (Abg Dr Herbert Madejski: *Aber nicht für die Betroffenen!*) Deswegen finden wir, dass das Instrument der Parkraumbewirtschaftung eines ist, das den Verkehr zurückdrängt. Wir werden in Zukunft schauen, dass es besser geht und viele Missstände ausgeräumt werden, aber es muss etwas getan werden, damit der Individualverkehr in Wien zurückge-drängt wird. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: *Und in den anderen Bezirken erhö-hen Sie den Verkehr!*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Strache zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Heinz Christian Strache (FPÖ): Sehr geehrter Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute in der Debatte zumindest einmal feststellen können, dass es zu der heute diskutierten Problematik unterschiedlichste Ansichten gibt, aber es war schon interessant, wie Kollege Pöschl heute von einem Realitätsverlust gesprochen hat.

Ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie von einer Erfolgsstory sprechen, dann schauen Sie bitte wirklich in den Bezirk oder speziell jetzt in meinen Bezirk, Landstraße (Abg Hanno Pöschl: *Von Erfolgszahlen!*),

wo es ein Faktum ist, dass wir von 34 000 angemeldeten Bezirks-Pkw gegenüberstellend nur 24 000 öffentliche Stellplätze haben. Das ist ein Faktum und dieses hat auch die Studie Rosinak bestätigt. Das ist einfach so, da kann ich nicht darüber hinwegdiskutieren. Das muss ich zur Kenntnis nehmen, und da weiß man dann auch, wenn man dort ein kostenpflichtiges Parkpickerl hat, dass die Bürger für etwas zahlen, was man Ihnen gar nicht garantieren kann! Das ist die wahre Frechheit, die dahinter steckt und die wir auch kritisieren! (Beifall bei der FPÖ.)

Da kann ich nicht von einer Erfolgsstory sprechen. Das ist einfach so, dass man den Bürgern etwas verkauft, womit man ihnen auch etwas verspricht, das man nicht halten kann. Das ist einfach unehrlich und darum geht es. Deshalb muss man sich darüber Gedanken machen, dass eben ein kostenloses Parkpickerl eine Rechtfertigung hat. Denn wenn man den Bürgern ein Versprechen gibt, das man nicht einhalten kann, dann muss man dem Bürger auch etwas kostenlos geben, und das ist unser Ansatzpunkt! Deshalb ist das kostenlose Parkpickerl sicherlich gerechtfertigt und das bedeutet nicht, wie heute schon hier behauptet wurde, dass es dann keine Kurzparkzonen mehr geben soll. Nur sind wir der Meinung, dass die Einnahmen über den Kurzparksschein für die Stadt Wien ausreichend sind und man die Bürger nicht darüber hinaus belasten soll und belasten darf. Das sind unsere Ansatzpunkte.

Natürlich ist es auch, dass es einen Dominoeffekt gibt, welcher ganz bewusst herbeigeführt worden ist. Man hat ganz bewusst im Zentrum der Stadt Wien begonnen und das Pickerl dann ganz bewusst in dem Wissen ausgedehnt, dass natürlich Probleme in den Umfeldbezirken entstehen werden. Das ist ganz klar. Dieser Dominoeffekt ist vorhanden und deshalb entstehen auch jetzt Diskussionen, die auch von Ihnen angeregt worden sind, wie eben von Seiten der SPÖ-Donaustadt, jetzt auch für die Donaustadt ein kostenpflichtiges Parkpickerl einzuführen, oder im 12. Bezirk, im 14. Bezirk oder teilweise im 15. Bezirk, wo das auch schon gefordert wird, zumindest rund um den Bereich der Stadthalle.

Faktum ist aber, und auch das wissen wir, dass, wenn wir Gesamtösterreich hernehmen, von den Autofahrern 212 Milliarden S eingenommen werden und die tatsächlichen Kosten, die durch den Autofahrer verursacht werden, 135,4 Milliarden S ausmachen. Das bedeutet, dass ein Restposten von 76,6 Milliarden S übrigbleibt, die der Autofahrer mehr einzahlt. Da ist natürlich auch ein großer Anteil dieser Mehreinnahmen durch den Wiener Autofahrer vorhanden. Da kann man sehr wohl endlich sagen, bei den zahlreichen Steuern, die der Autofahrer zahlen muss, dass hier endlich auch einmal ein Ende vorhanden sein muss, dass man den Autofahrer schröpft und eben als Melkkuh der Nation betrachtet, muss ein Ende haben. Es ist nichts Unredliches, sondern genau das Gegen teil ist unredlich, nämlich dem Autofahrer immer wie-

der neue Steuern aufzulasten und ihm das Geld aus der Tasche zu ziehen, obwohl man ganz genau weiß, dass er durch die vielen Steuern, die es gibt, sowieso schon über Gebühr in den Steuertopf einzahlt.

Deshalb ist unser Ansatzpunkt sicher der richtige. Sie versuchen aber immer wieder, das in der Debatte wegzuschieben und sich überhaupt nicht sachlich damit auseinander zu setzen.

Herr Kollege Kenesei sagte heute, was diese Debatte soll und stellte die Frage in den Raum, dass das Thema eigentlich keine Dringlichkeit hat. Das Thema hat aber eine Dringlichkeit, wenn Bezirksbürger genötigt werden, ein Parkpickerl zu zahlen und ganz genau wissen - so wie das jetzt in der Landstraße der Fall ist -, dass sie jetzt dafür Geld zahlen müssen, dass tagsüber mehr Parkraum für bezirksfremde Pkw-Fahrer vorhanden ist, aber am Abend, wenn sie nach Hause kommen - als die eigentlichen Betroffenen -, wieder kein Parkplatz für sie vorhanden ist. Dann fühlen sich die gefrotzelt und sind natürlich zurecht verärgert. Wenn Sie das nicht einsehen wollen, dann ist das Ihre Sache, aber Sie liegen damit mit Sicherheit am falschen Dampfer und Sie werden das auch von den Bürgern präsentiert bekommen.

Wir reagieren darauf und aus dem Grund haben wir auch dieses Problem, das vorhanden und nicht von uns erfunden ist und das die Bürger betrifft, heute dementsprechend zur Behandlung aufgenommen und erwarten natürlich auch, dass in der Frage bezüglich unserer Anträge heute von Ihnen endlich auch eine richtige Entscheidung getroffen wird.

Da erinnere ich mich immer daran, dass es von Seiten der ÖVP Anträge in der Bezirksvertretung gegeben hat, wo Ihre Fraktion für eine Gleichstellung der Wirtschaftstreibenden mit den Bezirksbürgern eingetreten ist und sogar Anträge zu diesem Thema gestellt worden sind, wo die ÖVP mit uns mitgestimmt hat. Dann fällt Ihnen aber komischerweise immer wieder die ÖVP-Gemeinderatsfraktion in den Rücken und stimmt bei solchen Anträgen im Gemeinderat dagegen. Das ist schon verwunderlich und das verstehen die Bürger draußen auch nicht, warum das so ist. Das ist auch das Beispiel, das der Kollege Wagner vorher dargelegt hat. Es ist eben unverständlich.

Die Frau Kollegin Rothauer hat ein schönes Beispiel gebraucht. Sie hat auf der einen Seite heute von den drei Anrainergruppen gesprochen, nämlich von der Anrainergruppe der Bewohner, der Wirtschaftstreibenden und der Arbeitnehmer, und sie hat folgerichtig erkannt, dass die eine Gruppe die rechtlose Gruppe ist, nämlich die der Arbeitnehmer, denn sie hat überhaupt keine Rechte, in den parkraumbewirtschafteten Bezirken zu parken, wenn sie zur Arbeit fahren wollen. Dann gibt es den rechtsarmen Anrainer, nämlich den Wirtschaftstreibenden, der auf die Willkür des Bezirkvorstehers angewiesen ist, weil der Bezirkvorsteher das letztlich in seiner Hand hat und nach Gutdünken sagen kann, dem gebe ich es oder auch nicht. Es ist leider Gottes hier auch ein Raum - sage ich jetzt

einmal - vorhanden, der nicht exakt festgelegt ist.

Da ist natürlich von uns die Forderung auch nachvollziehbar. Ein Wirtschaftstreibender verbringt phasenweise hier wahrscheinlich mehr Zeit als in seiner Wohnung, weil er für die Stadt viel arbeitet und auch leistet und die Stadt durch Wirtschaftstreibende auch Einnahmen erzielt. Dann geht man her und ermöglicht ihm nicht einmal die Gleichstellung und hat das nicht einmal vor! Er sichert Arbeitsplätze im Bezirk, sichert die Nahversorgung im Bezirk, bringt Geld und bekommt dann keine Gleichstellung. Es ist keine Frage, dass hier immer mehr Unternehmer ... und da hat sogar Herr Kammerrat Hawelka vom Wirtschaftsbund - ÖVP - auch gesagt, und ich zitiere ihn jetzt: "Man kann davon ausgehen, dass mit der Parkraumbewirtschaftung in Wien die Stadt Wien 1 Milliarde S pro Jahr in etwa einnimmt. Auf der anderen Seite gehen aber der Stadt Wien auf Grund dieser kurzsichtigen Aktion 4 Milliarden S pro Jahr verloren, weil eben Betriebsabsiedelungen immer stärker der Fall sind und weil eben immer mehr Wiener selbstverständlich im Wiener Umland einkaufen." - Das zeigen die steigenden Umsatzzahlen der Shopping City Süd und der Großeinkaufszentren außerhalb Wiens. Da kann man doch bitte an dieser Faktenlage nicht einfach so vorbeigehen und sagen, das stimmt nicht.

All diese Probleme sind es letztlich, die wir erkannt haben und wo wir auch ganz klare konkrete Lösungsansätze bieten. Da wird heute auch letztlich die Entscheidung fallen, wie Sie sich heute hier verhalten und die Probleme der Bürger ernst nehmen.

Der Herr Strobl hat in seiner sachlichen Ansprache auch gezeigt, dass er letztlich nicht wirklich der Vertreter der Wirtschaft ist, aber das soll auch seine Sache sein. Wenn er davon spricht, dass nur 10 Prozent der Unternehmer keine Ausnahmegenehmigung erhalten haben, dann bedenkt er bitte nicht, dass sehr, sehr viele Unternehmer überhaupt nicht ansuchen, weil sie ganz genau wissen, dass sie mit diesen Ausnahmeregeln, die vorhanden sind, ganz einfach gar keine Möglichkeit haben, ein Pickerl zu bekommen und dann stimmt einfach diese Zahl so nicht. Da kann man sagen, die 10 Prozent kann man wahrscheinlich mal drei rechnen, dann kommt man auf die richtige Zahl der Wirtschaftstreibenden im Bezirk, die das Pickerl nicht erhalten. Er stellt sich da her und tut so, wie die Sozialisten das immer gewöhnt sind und in der Vergangenheit auch im Gemeindebau betrieben haben: Wenn du eine Gemeindewohnung brauchst, kommst halt zu mir. Jetzt dreht es sich um, er denkt sich wahrscheinlich oder artikuliert das zumindest in einer Art und Weise: Wenn du ein Pickerl brauchst, dann kommst zum roten Strobl, weil der kann dir helfen, der hat die richtigen Kontakte. Aber das ist eben die Willkür, die wir ansprechen. Das ist eben nicht das objektive Kriterium, das wir verlangen, dass eben eine Gleichstellung gegeben sein soll, damit solche Willkürakte eben nicht mehr der Fall sind, wie es heute nach wie vor passiert. Wir haben die Akten

hier liegen, wo uns Hunderte Unternehmer ihre Probleme mitgeteilt haben und wo sie auch beweisen, dass sie, obwohl sie das Kfz, den Pkw brauchen würden, um eben wirtschaftlich langfristig weiter überleben zu können, kein Parkpickerl erhalten haben.

Da gibt es auch Trafikanten, Herr Kollege Strobl, denen man dann in den Bescheid hineinschreibt: Na ja, Sie brauchen ja keinen Pkw, bringen Sie die Zeitungen mit einem Rollwagerl zur Trafik, dann brauchen Sie eigentlich kein Parkpickerl, sondern fahren Sie halt mit der U-Bahn und bringen Sie die Zeitungen oder Ihre Dinge, die Sie sonst brauchen, so in die Trafik. Das sind natürlich dann schon Bescheide, wo man sich wirklich fragt, wie weltfremd da die Beamten sind, die so etwas ausstellen. Darum geht es letztlich.

Sie können heute beweisen, ob Sie mit dieser Abzockeraktion des kostenpflichtigen Parkpickerls einen Schlussstrich ziehen und endlich hier das kostenlose Parkpickerl für die parkraumbewirtschafteten Bezirke ermöglichen, weil damit der Bürger entlastet werden würde und er hätte nicht den Grundsatz, den er heute mitbekommt, dass er für etwas zahlen muss, wofür es keine Garantie für eine Gegenleistung gibt. Damit könnte man vieles bereinigen, was in dieser Frage für Verärgerung und Unmut in der Bevölkerung sorgt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg VALENTIN zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Erich VALENTIN (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn Kollege Wagner heute im Zusammenhang mit der Debatte der Dringlichen Anfrage von einer Gruselstory gesprochen hat, dann gebe ich ihm Recht. Gruselig kann es werden, wenn man den mangelnden Realitätssinn erkennt, den die Freiheitliche Partei hier an den Tage legt und wenn man erkennt und Revue passieren lässt, mit welchen Worten, die auch für die Geisteshaltung spricht, hier eine sachliche Diskussion kommentiert wird. Da wird vom Raubrittertum gesprochen, da werden Begrifflichkeiten wie Abzocken, die ziemlich einzigartig hier in diesem Haus sind, verwendet. (Am Stenografentisch fällt die Uhr hinunter. - Abg Josefa Tomsik: Da fällt sogar die Uhr hinunter! - Heiterkeit bei der SPÖ.) Da wird von Dunkelziffern gesprochen, wenn es um Anträge geht und vieles mehr.

Und wenn Kollege Strache den 3. Bezirk anschneidet, wo es bis zum heutigen Tag natürlich noch keine definitiven Zahlen gibt und er die Laterndlparkplätze in Relation mit den angemeldeten Pkws setzt, dann muss ich ihn erinnern, dass der 3. Bezirk einer jener Bezirke ist, der eine sehr starke Ausstattung mit Garagen hat, mit privaten Stellplätzen, und das muss man auch in einem Zusammenhang sehen. Deshalb ist es auch erkennbar und auch erklärlich, warum der eine oder andere Bürger in parkraumbewirtschafteten Gebieten ganz einfach deshalb keinen Antrag stellt, weil

er privat bereits versorgt ist.

Ich bin sehr glücklich, dass von Seiten des Liberalen Forums und auch seitens der GRÜNEN auf die Bedeutung der Parkraumbewirtschaftung hingewiesen wird. Es ist richtig, auch wenn Kollege Pöschl von einer Erfolgsstory spricht, dass, selbst wenn man es sehr realistisch sieht, es eines der besten und sinnvollsten Instrumentarien ist, um in einem Ballungszentrum Verkehrsorganisation zu betreiben. Aber ich sage dazu, es ist ja nicht das einzige Mittel, das dazu führen soll, dass wir etwas anstreben, was die Kollegin Fürnkranz-Markus gesagt hat. Sie hat nämlich selbst bewiesen und für sich selber gesagt, dass sie zu jenen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gehören, die sich dazu entschlossen haben, für ihre Bedürfnisse, für ihre Verkehrswege das adäquate Verkehrsmittel zu ergreifen.

Ich bekenne gerne als Sozialdemokrat, dass hier eine sinnvolle, eine intelligente Verkehrspolitik steht und dort steht einfach ein dumpfes "Freie Fahrt für freie Bürger". Auf diesen Unterschied, meine Damen und Herren, sind wir stolz! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich sage, dass die Parkraumbewirtschaftung nicht das einzige Instrumentarium ist, dann müssen wir festhalten, wenn wir die Diskussion der letzten Tage Revue passieren lassen, dass es da den Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit 8 Milliarden S gibt und da gibt es ein reichhaltiges Angebot von alternativen Verkehrsmitteln, obwohl ich den GRÜNEN durchaus Recht gebe, dass das noch nicht genug ist. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Das sind die ersten Schritte, die erfolgsversprechend sind, aber es müssen mehr Schritte erfolgen. Es sind die Park-and-ride-Anlagen, wo ich auch ganz offen dazusage, dass Niederösterreich in vielen Bereichen säumig geworden ist, wo ich auch dazusage, dass Park-and-ride-Anlagen dort sinnvoll sind, wo ein Umsteigen vom Pkw im ländlichen Raum auf die Bahn und auf andere öffentliche Verkehrsmittel angestrebt werden soll. Aber ich muss auch sagen, dass seit 1994 in dieser Stadt zusätzlich 50 Garagen mit 16 000 Stellplätzen und 5 Park-and-ride-Anlagen mit 4 260 Stellplätzen errichtet worden sind, dass es im Umland 1993 noch rund 9 700 Parkplätze gegeben hat und im April des Jahres 1999 es immerhin knapp 13 000 waren. Man muss auch sehen, dass auch in Niederösterreich etwas weitergeht. Über 10 000 Stellplätze sind in Planung.

Man darf auch nicht vergessen, dass man gerade bei den Einpendlern - und wir sehen die Pendler auch als einen wichtigen Bestandteil in unserer Stadt - durch die jetzt beispielsweise angestrebte Einführung einer Pendlercard versucht, sie zu überzeugen und durch konkrete Angebote dazu zu veranlassen, dass sie rechtzeitig von ihrem Pkw an der Stadtgrenze auf ein öffentliches Verkehrsmittel umsteigen.

Eines verstehe ich nicht, wenn ich die Argumente der Freiheitlichen Revue passieren lasse: Wenn ich sage und wenn wir festhalten - und das sind nicht Baudiagnosen, das ist nicht ein Orakel, das sind tat-

sächliche Zählergebnisse -, die Einführung der Parkraumbewirtschaftung hat im 1. Bezirk zu 20 Prozent weniger Pkw-Verkehrsleistung geführt, dann heißt das ein Fünftel mehr Lebensqualität, dann heißt das ein Fünftel mehr Komfort, dann heißt das ein Gewinnen von öffentlichem Raum für Fußgänger, für Radfahrer, für Familien. Dazu bekennen wir uns und Sie müssen Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, warum Sie ein Mehr an Lebensqualität verhindern wollen. Sie müssen Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, warum Sie Verkehrshöllen begünstigen wollen und Sie müssen Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, warum es nicht eine lebenswerte Stadt ist, die Sie anbieten, sondern eine Stadt, die Sie ausschließlich durch die Scheibe ihrer Autos sehen wollen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: Und die außerhalb haben genau das Gegenteil! Die haben 20 Prozent mehr Verkehr!)

Es gibt schlussendlich Ergebnisse. Wenn die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken 6 bis 9 am Vormittag dazu geführt hat, dass jeder dritte Parkplatz frei war, dann ist das auch für die ... (Abg Dr Herbert Madejski: Ich fühle mich solidarisch mit den äußeren Bezirken! - Abg Heinz Christian Strache: Sie müssen es erklären, warum Sie es nicht kostenlos weitergeben!) Jeder dritte Parkplatz! Ein Drittel mehr Parkplätze waren vorhanden! Das zeigt deutlich, dass auch der gewerblichen Wirtschaft, den Geschäften dieser Bezirke neue Chancen eröffnet werden. (Abg Heinz Christian Strache: Sie müssen erklären, warum Sie es nicht kostenlos weitergeben!) Und das müssen Sie auch denen erklären, die Sie vorgeblich vertreten wollen. Sie müssen ihnen erklären, warum Sie es plötzlich haben wollen, dass in den Bezirken wieder keine Parkplätze vorhanden sind, Parkplätze, die gerade die kleine und mittelständige Wirtschaft ganz dringend braucht, um ihre Konsumenten zu bekommen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: Und die außerhalb haben genau das Gegenteil, die haben 20 Prozent mehr Verkehr! - Abg Heinz Christian Strache: Das ist ja nicht wahr! Das ist ja nicht logisch! Das ist doch unlogisch! - Aufregung bei der FPÖ.)

Man kann sich die Frage stellen ... (Abg Josef Wagner: Das ist ja reine Polemik! Sie machen ja reine Polemik! Sie machen ja nichts anderes als reine Polemik!) Kollege Wagner, Sie können sich ja noch einmal zu Wort melden, wenn es Sie so erregt. (Abg Josef Wagner: Das ist ja die reinste Polemik!) Also, wenn ein freiheitlichen Abgeordneter in der Debatte eine Begrifflichkeit wie Polemik in den Mund nimmt, dann muss ich mich sehr wundern und dann rate ich Ihnen drei wirklich an, im Duden nachzusehen, was sachliche Diskussion ist und was Polemik ist. Aber ich werde Ihnen, Herr Kollege Wagner (Heiterkeit bei der FPÖ. - Beifall bei der SPÖ.), noch eine Zahl sagen, die Ihnen auch nicht gefallen wird. (Abg Heinz Christian Strache: Wenn es das kostenlos gibt, dann gibt es das ja nach wie vor!) Ich werde Ihnen auch noch eine Zahl

sagen, die Ihnen auch nicht gefallen wird.

Der Kollege Kenesei und der Herr Kollege Pöschl - glaube ich - haben darauf hingewiesen: Das ist mit den Bürgern passiert. Die Bürger, die angeblich so arm sind, die jetzt kein Auto mehr haben, die darunter so fürchterlich leiden, dass sie nicht mehr überall zu jeder Zeit und zu jeder Stunde hinfahren können - also da brauche ich mir nur die Erhebungen ansehen: 25 Prozent, ein Viertel dieser Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sagen, dass sie auf öffentliche Verkehrsmittel umgestiegen sind. 25 Prozent! Wenn das nicht beweist, dass das eine goldrichtige Maßnahme war und dass der gleichzeitige Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel der richtige Weg ist, dann weiß ich nicht, welche Zahlen wir Ihnen noch bieten sollen. (Abg Dr Herbert Madejski: Na, dann bauen Sie das aus!)

Meine Damen und Herren! 440 000 Einwohner sind derzeit von der Parkraumbewirtschaftung betroffen, 350 000 Beschäftigte. Die Frage, wie wir die gewerbliche Wirtschaft im Zuge der Parkraumbewirtschaftung sehen, ist auch eine Politik mit Augenmaß. Das ist eine Politik, wo wir klar und deutlich sagen, der kleine Nahversorger, derjenige, der wirklich nachweisen kann, dass er sein Auto braucht, um die Versorgung der anrainenden Bevölkerung sicherzustellen, der soll es auch bekommen.

Ich sage Ihnen und wenn der Kollege Strobl davon gesprochen hat, dass lediglich 10 Prozent abgelehnt worden sind, dann ist das ein beredtes Beispiel dafür, mit welchem Augenmaß ... (Abg Heinz Christian Strache: Es sind sowieso 30 Prozent!) 30 Prozent, wenn es der Kollege Strache rechnet. (Abg Heinz Christian Strache: Na sicher! Sicher, weil es ja nicht alle versuchen! Es versuchen ja nicht alle!) Wissen Sie, ich glaube, Gewerbetreibende sind Selbständige. Der Begriff "Selbständig" sagt auch aus, dass ich selbständig meine Bedürfnisse artikuliere. Wenn es jemand schafft ... (Abg Heinz Christian Strache: Es wissen ja viele im Vorhinein, dass sie keines bekommen! - Auffregung bei der FPÖ.) Wenn es jemand schafft, die Umsatzsteuererklärung zu schreiben, wenn jemand es schafft, um Förderungen anzusuchen, dann gehe ich davon aus, dass er auch in der Lage ist, einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung im Sinne der Parkraumbewirtschaftung zu stellen. Machen Sie unsere Gewerbetreibenden dieser Stadt nicht dumm. Die wissen genau (Abg Dr Helmut GÜNTHER: Sie machen sie dumm!), wo sie hingehen und Sie können sich sicher sein, dass sie eine seriöse und objektive Behandlung erfahren werden und dass ihre Bedürfnisse, wenn sie wirklich Nahversorger sind, tatsächlich berücksichtigt werden. Das hat die Vergangenheit gezeigt und das ist auch im 3. Bezirk so. (Beifall bei der SPÖ.)

Während die einen versuchen, mit Verbalradikalismen wie Aussackeln und Ähnliches ihre Politik zu machen, machen wir es, indem wir überzeugen wollen, indem wir sinnvolle Lösungen (Abg Dr Herbert Madejski: Sinnvoll, ja sehr sinnvoll! - Abg Barbara

Schöfnagel: Deshalb wählen ja immer weniger die SPÖ!) für den intelligenten, urbanen Bürger anbieten. Die Bürgerinnen und Bürger wissen es zu schätzen. (Abg Heinz Christian Strache: In Erdberg! Ein Versagen!)

Ich komme aus einem Bezirk, der eine Parkraumbewirtschaftung hat, und ich kann Ihnen tatsächlich berichten, dass die Menschen, die Anrainer, aufgeatmet haben, dass sie jetzt während des Tages, aber auch in den frühen Abendstunden zusätzliche Parkplätze vorfinden. Und wenn Sie mir nicht glauben, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, was ich durchaus verstehen kann (Abg Barbara Schöfnagel: Ihnen glaube ich wirklich alles!) - Sie glauben mir, das ist schön -, dann brauchen wir heute nur die Tageszeitungen aufzuschlagen, die Sinnbild für das sind, was die Menschen denken. Wir haben in diesem Fall tatsächlich die Realität auch in der veröffentlichten Meinung eingespiegelt, wenn beispielsweise in der "Kronen-Zeitung" eine Bürgerin, die offensichtlich im 2. Bezirk im Bereich des Karmelitermarkts, Karmeliterkirche wohnt - und den Namen kann ich nennen, steht ja auch da -, sagt: "Grundsätzlich stehen wir dem Thema Parkpickerl positiv gegenüber und haben in unserem Bezirk, der Leopoldstadt, positive Auswirkungen erlebt." Dann sagen wir ganz klar und deutlich, wir sind stolz darauf, dass wir den Anrainern Freiraum geschaffen haben und wir sind stolz darauf, dass sich diese Bürgerin jetzt mit Zighausenden anderen ihrer Lebensumwelt mehr erfreuen kann.

Ein zweites Beispiel von der nächstgrößeren Tageszeitung, vom "KURIER", der berichtet: "Da ist eine Garage eröffnet worden. Das ist eine Garage, die in einer Superbauzeit von viereinhalb Monaten errichtet worden ist." Eine Garage, weil Sie sagen, die stehen ja leer und da will keiner rein und keiner baut mehr Garagen, wo der Garagenbetreiber einen vernünftigen Preis festgesetzt hat, nämlich 990 S, also unter 1 000 S, und wo eigentlich nur präsentiert werden sollte, dass das Bauvorhaben fertig ist. Die Leute, die Anrainer haben sich auf den Betreiber gestürzt und haben während der Feier noch die Verträge unterschrieben. Ich bin sicher, dass in wenigen Tagen diese Garage, die einige 100 Stellplätze hat, eine hohe Auslastung haben wird.

Abschließend: Ich finde es nicht gerade sinnvoll, ein Thema, von dem ich ausgehe, dass in diesem Landtag die politischen Parteien eine Meinung haben, in einer populistischen Form zu aktivieren, und zwar so, dass man mit einem eingeschränkten Realitätssinn versucht, hier den Menschen einen Bären aufzubinden, vielleicht einen FPÖ-Bären. Vielleicht ist das Ihre Form der Bärenpartys, die Sie angekündigt haben, mag sein. Wir, die Regierungsparteien in diesem Haus und vor allem die Sozialdemokraten (Abg Josef Wagner: Welchen Bären? Welchen Bären?), werden einmal mehr dafür votieren und Aussagen treffen, dass wir für eine lebenswerte Umwelt in unserer Stadt sind, dass wir dafür sind, dass die Verkehrsmittel sinnvoll

eingesetzt werden und dass wir auch den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Stadt hinterlassen können. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Ramharter zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Karl Ramharter (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das hier ist die Realität und hier drinnen sind die Ängste der Bürger und die Unzufriedenheit der Bürger niedergeschrieben und dokumentiert. Nur, das glaube ich, dürfte Sie alle nicht interessieren. Sie leben noch immer in einem Luftsenschloss, das natürlich einmal sehr schnell zerplatzen wird. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Herr Vizepräsident Strobl! Die Interventionitis, die Sie da betreiben, ist abzulehnen. Gleicher Recht für alle. (Beifall bei der FPÖ.) Sie haben sogar den Mut - und das bewundere ich -, hier zuzugeben, dass jeder, der ein Parkpickerl haben will, es irgendwie am Hintertürl bekommt. Das ist doch ganz furchtbar! (Abg Johann Hatzl: Sie haben noch nie Interventionen gemacht, Herr Ramharter?) Wie soll ich das dann verstehen? Herr Vizepräsident Strobl, wie soll ich denn das verstehen? "Kommen Sie zu mir, ich beschaffe Ihnen ein Parkpickerl", so habe ich es verstanden und gar nicht anders. (Abg Johann Hatzl: Nein, nein! Sie haben es nicht verstanden!) Aber so geht es halt immer in der sozialistischen Politik!

Liebe Genossen, wenn ich das so sagen darf (Abg Ilse Forster: Das ist die selektive Wahrnehmung! - Aufregung bei der SPÖ.), hier ist die Realität. Das darf ich nicht sagen? - Gut, dann nehme ich das "liebe" zurück und sage nur "Genossen". (Weitere Aufregung bei der SPÖ.)

Trotzdem, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Da ist ein Brief eines Ihrer, ich sage, "Noch-Genossen", weil ich nicht glaube, dass er noch sehr lange bei Ihnen bleibt (Abg Josefa Tomsik: Wieso wissen Sie das?), aus dem ich Ihnen jetzt auszugsweise vorlese: "Der Gipelpunkt ist aber die angekündigte und offenbar schon beschlossene Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung ab dem Schüttel, Laubbergasse, Lukschgasse. Ich habe abgesehen vom zu hohen Preis Verständnis dafür. Wir Bürger sollen also jetzt die Wucherrechnung dafür zahlen, dass wir großteils ausreichend Parkplatz haben, aber das Bewirtschaftungssystem eben nicht so toll funktioniert. Was werden die Benutzer der Sportanlagen in der Rustenschacherallee sagen?" - Die haben schon noch eine Weile dort parken können, solange sie wollen. "Wie erkläre ich zum Beispiel einem mehrtägigen Besuch, dass er nicht mit dem Auto zu mir kommen kann? Er kann es nicht bei mir abstellen. Ausschlaggebend ist neben der Uneinheitlichkeit eigentlich der enorme Preis."

Das schreibt einer Ihrer Genossen. "Warum kommen andere Landeshauptstädte mit weitaus geringeren Gebühren aus?", fragt er. Na gut, ich hoffe, Sie

haben ihm schon eine Antwort gegeben, wenn Sie ihm eine geben können, ich glaube aber nicht. Interessant wäre, wie viele Leute diese Belastung als weiteren Anlass nehmen werden, vom Schüttel wegzuziehen. (Abg Godwin Schuster: Herr Ramharter, lesen Sie bitte die Passage vor, wo er sagt, dass er SPÖ-Mitglied ist! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Sie verteidigen das Parkpickerl. Wir haben aber gar nicht gesagt, dass wir es abschaffen wollen. Ich glaube, wir sollten es so behandeln, wie wir es eigentlich verstanden haben: Mit der Uhr Parkraumbeschaffung für die Wiener und nicht Abkassiermethoden gegen die Wiener. Die Begriffe Logik und Realität sind da schon sehr oft gefallen. Sie sind stolz auf etwas, was eigentlich die Betroffenen gar nicht mehr wollen und wie schon gesagt, am Anfang hat das ganz gut funktioniert, aber es funktioniert nicht mehr. Es funktioniert keinesfalls mehr. Hier ist der Beweis. Sie lachen die Bürger aus, die da schreiben, warum sie kein Parkpickerl bekommen! Das sind Gewerbetreibende aus dem 3. Bezirk. (Abg Johann Hatzl: Das können nicht viele sein!) Lesen Sie es mit mir durch und behandeln wir die einzelnen Fälle. Das sind Schreiben, Briefe, dokumentiert. Warum interessiert Sie denn das nicht? (Abg Johann Hatzl: Das können nicht so viele sein! - Weitere Heiterkeit bei der SPÖ. - Aufregung bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Diese Sachen kann man nicht erfinden, das ist die Realität! Das müssen Sie sich einmal vor Augen halten! Das ist die Realität und nicht erfunden! Sie erfinden immer wieder andere Ausreden und neue Ausreden, um das Parkpickerl, nicht das Parkpickerl, sondern die Gebühr für das Parkpickerl immens zu verteidigen. Das Parkpickerl, das haben wir jetzt gesehen, ist keine Goodwill-Aktion der Stadtregierung für die Bevölkerung - so sollte es ja eigentlich sein -, sondern entpuppt sich, wie wir gehört haben, ich bin der Letztredner, ich kann das zusammenfassen, als Geldbeschaffungsaktion, die natürlich noch dazu auf unmoralischem Boden steht, weil für das, was ich bezahle, bekomme ich eigentlich keine Gegenleistung oder es wird mir nur versprochen, dass ich eine bekomme. Aber Sie können das leider nicht halten, das sieht man ja, wenn man um 8 Uhr in die parkraumbewirtschafteten Bezirke nach Hause kommt oder schon um 5 Uhr, denn es ist alles zugeparkt. Besonders betroffen davon sind die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute. Trotz ihrer unbestrittenen Leistung für diese Stadt werden sie bei diesen Ausnahmeregelungsansuchen als lästige Bittsteller behandelt und diese Ausnahmeregelungsansuchen sind ja sehr interessant. Das sind sie. Wenn sich da einer auskennen soll, braucht er schon einmal einen Tag, um das zu lesen. (Abg Dr Herbert Madejski: Da braucht er dann den Strobl! Der kann es lesen!)

Antragsformular. Ich habe mich gewundert, dass es für das Antragsformular nicht noch ein Antragsformular gibt, um das Antragsformular zu beantragen. So hätte ich es mir eigentlich schon erwartet. Da

muss er erst einmal eine 180 S-Bundesstempelmarke bezahlen und für jede Beilage als Nachweis muss er 50 S bezahlen. (Abg Mag Helmut Kowarik: *Um es zu beantragen!*) Wenn das ein Unternehmer bezahlt, okay, der kann es eventuell noch abschreiben. (Abg Rudolf Klucsarits: *Also, ich verstehe Sie noch immer nicht! Woanders zahlt er es ja auch!*) Er zahlt es also einmal im Vorhinein, Herr Kollege Klucsarits, es sind da aber Arbeitnehmer dabei. Arbeitnehmer, Beschäftigte! "Für Beschäftigte, die am Anfang oder Ende der Dienstzeit kein öffentliches Verkehrsmittel benützen können", steht da drinnen, "nur mit speziellem Antragsformular erhältlich, zuständig Magistratisches Bezirksamt" und so weiter und so weiter, 180 S Bundesstempelmarke und 50 S.

Das ist die Erfolgsgeschichte einer sozialdemokratischen Stadtregierung, die nicht nur die Unternehmer abzockt, sondern auch ihre Genossen, die Schwächsten, die Arbeitnehmer, den Arbeiter oder die Bedienstin, die vielleicht um 4 Uhr in der Früh schon das Büro reinigen muss und dadurch eine Ausnahmeregelung braucht und einmal 230 S auf den Tisch blättern muss, ohne zu wissen, ob sie diese Ausnahmeregelung bekommt oder das Geld dann vielleicht verfallen ist. Beruft sie gegen den ablehnenden Bescheid, so setzt sich das ganze Ringelspiel wieder in Bewegung und sie muss erneut 180 S für Bundesstempelmarken bezahlen. Meine Damen und Herren, wenn das nicht unmoralisch ist, dann weiß ich nicht, was unmoralisch ist! (Abg Dr Herbert Madejski: *Bürgerfeindlich auch!*) Bürgerfeindlich auch!

Da gibt es zum Beispiel bei den so genannten Gewerbetrieben, die natürlich diese Wirtschaft oder diese Stadt in Schwung halten, zum Beispiel einen, der nachweislich in zehn Tagen 850 Pakete an Kunden in Wien zur Auslieferung bringt, aber kein Parkpickerl bekommt. Das Schreiben habe ich da. Sie können es dann lesen. Ich wundere mich nicht, dass da sehr viele Betriebe und nicht nur Betriebe, sondern auch Bürger, dieser Stadt den Rücken kehren, um dieser Beamtenwillkür zu entkommen!

Kleingewerbetreibende haben resigniert und schreiben mir. Das ist alles dokumentiert: "Ich bin Unternehmerin, die - seit 1911 haben die Eltern schon den Betrieb im 3. Bezirk gehabt - jetzt einen Frust hat, weil ich als Geschäftsinhaberin nach so langen Jahren mein Geschäft zusperren muss, weil ich keine Ausnahmeregelung bekomme."

Es ist keine Parkpickerlgebühr, sondern eine schikanöse Sondersteuer, wenn Sie mich fragen. Sie sind ja sehr erfinderisch in diesen Steuern. Ich habe die Befürchtung - nachdem von der Mitte schon angeklungen ist, dass dieses Parken viel zu billig ist in Wien -, dass es in absehbarer Zeit teurer wird, weil man sieht, dass man diese Autofahrer ganz schön abzocken kann.

Wenn Sie es ehrlich meinen, meine Damen und Herren von der Koalitionsregierung, dann geben Sie diese Parkberechtigungen für die Bürger dieser Bezirke

und dieser Stadt, die ohnedies schon von Ihren Steuern so belastet sind, dass sie sich nicht mehr rühren können, kostenlos aus! (Abg Johann Hatzl: *Das ist alles nur populistisch! Das ist ein Wahnsinn!*)

Ich bin sicher, Sie werden - das ist auch schon angeklungen - das Parkpickerl auch auf die anderen Bezirke, die noch nicht nach Kuenringer-Methode heimgesucht wurden, ausdehnen, und zwar wieder ohne Gegenleistung eines sicheren Parkplatzes, aber mit sicheren Einnahmen aus so genannten "Parkzöllen". Früher hat man von "Wegzöllen" gesprochen. Es haben sich nur die Wörter geändert, das System bleibt das Gleiche.

Die Stadtflucht der Bewohner und der Betriebe ist die logische Folge, ebenso der Kaufkraftabfluss und verminderte Steuereinnahmen. Letzteres wird wahrscheinlich durch eine Erhöhung der Parkpickerlgebühr wieder kompensiert. Sie nehmen 320 Millionen S pro Jahr aus dieser Sache ein. Da können die Bewohner schon verlangen, dass Sie nicht am Erdberger Mais wieder eine sinnlose Parkgarage bauen, sondern punktuell in den Bezirken Parkgaragen bauen und zu vernünftigen Preisen an die Bevölkerung Stellplätze vergeben. (Abg Johann Hatzl: *Das heißt, zu subventionierten Preisen!*) Nein, zu vernünftigen Preisen! (Abg Johann Hatzl: *Doch! Das, was Sie sagen, heißt, zu subventionierten Preisen!*) Nein! Subventionieren sei dann alles Mögliche, aber dann sind Ihre Abstellplätze in den Gemeindebauten auch subventioniert, weil wo bekomme ich heute einen Abstellplatz so billig? (Abg Johann Hatzl: *Sie wollen subventionierte Preise!*) Gut, ich will mich mit Ihnen nicht in eine Diskussion einlassen. Wir können dann noch immer ausreichend darüber diskutieren. (Abg Johann Hatzl: *Das einzige Glück ist, dass die Parkgebühr nicht in einem Index zum Taxitarif steht, weil dann wäre sie noch immer viel zu billig!*)

Ich sage, meine Damen und Herren, wenden Sie sich ab von diesem Abkassieren, von diesem für Sie sinnvollen, aber der Bevölkerung nicht verständlichen Abkassieren! Ich weiß, Sie haben noch etwas ganz anderes vor, Sie werden noch das Road pricing auf den Stadtautobahnen einführen. (Abg Johann Hatzl: *Auf den Stadtautobahnen wollen wir es nicht, aber in Österreich wollen wir es schon!*) Bis jetzt gilt die Autobahnmaut auch schon auf den Stadtautobahnen. Sie müssten eigentlich froh darüber sein, dass die Autos auf den Stadtautobahnen fahren, obwohl das für mich der größte Parkplatz ist. Aber vielleicht kommen Sie noch auf die Idee und werden bei den Staus auf der Südosttangente, wenn die Autos stehen, auch noch kassieren! Das erwarte ich mir auch noch von Ihnen! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann Römer: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Friedrich Strobl. Es ist die zweite Wortmeldung. Ich mache darauf aufmerksam, dass Sie noch 5 Minuten 12 Sekunden Redezeit von der ersten Rede übrig haben.

Abg Friedrich Strobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine

sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, ich werde keine 5 Minuten brauchen.

Mein Vorredner hat in seinen Einleitungsstatements behauptet, dass ich interveniere. Jetzt haben Sie so viele Unterlagen mit und ich habe Sie beobachtet, während meiner Rede haben Sie so viel aufgeschrieben, trotzdem haben Sie es immer noch nicht richtig kapiert und nicht richtig aufgeschrieben. (Abg Mag Hilmar Kabas: Na geh!)

Sie können doch nicht behaupten, dass ich gesagt habe, ich gehe für die einzelnen Unternehmerinnen und Unternehmer intervenieren. Das stimmt ganz einfach nicht! (Abg Mag Hilmar Kabas: Sie helfen!) Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass es Kommissionen in den Bezirken gibt (StR Walter Prinz: Das haben Sie nicht gesagt!), wo die Unternehmerinnen und Unternehmer die Möglichkeit haben, einzureichen (Abg Mag Hilmar Kabas: Sie helfen!), und ich helfe Ihnen dabei.

Ich sage Ihnen auch, warum das notwendig ist. Wir haben diese Diskussion auch ähnlich bei der Wirtschaftsförderung geführt, denn anscheinend ist es so, dass das bei Ihnen so Sitte ist. Sie haben gesagt, diese Kommissionen in den Bezirken nutzen gar nichts, sind nicht erfolgreich und dort geht nichts weiter. (Abg Mag Hilmar Kabas: Das sagen die Leute!) Offensichtlich bekommen die Leute bei Ihnen die Auskunft, dort braucht man ohnedies nicht hinzugehen, das bringt nichts. Das stimmt aber nicht. (Abg Johann Hatzl: Fritz, es gibt einen Unterschied! Du kannst die Anträge lesen, der Ramharter nicht!) - Das ist auch eine Möglichkeit.

Also, wenn Sie schon auf meine Wortmeldung eingehen, so tun Sie das in Zukunft auch in richtiger Art und Weise! - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Johann Römer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge.

Der erste Antrag ist vom Liberalen Forum und behandelt den Weiterbestand der Parkraumbewirtschaftungskommission. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Landesregierung, den amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination, Herrn Fritz Svhalek, verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Zuweisung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag hat nicht die Mehrheit erlangt und ist damit abgelehnt.

Der zweite Antrag des Liberalen Forums betrifft weitere Arbeitsschritte der Parkraumbewirtschaftungskommission. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Landesregierung, den amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination, Herrn Fritz Svhalek, verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Zuweisung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dies ist ebenfalls abgelehnt.

Der dritte Antrag des Liberalen Forums betrifft eine Änderung des Parkometergesetzes, und zwar soll der Nettoertrag der Parkmeterabgabe auch für den Radverkehr zur Verfügung gestellt werden. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an die zuständigen Mitglieder der Landesregierung, und zwar an den amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination und an die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die dieser Zuweisung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dies ist mit Stimmenmehrheit zugewiesen.

Der nächste Antrag ist ein gemeinsamer Antrag der Abgen Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer, Hanno Pöschl, Günter Kenesei und Karl Ramharter, betreffend Ausnahmegenehmigung für Bewohner im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung, an den amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehrscoordination, beantragt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Zuweisung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dies ist einstimmig zugewiesen.

Der nächste Beschlussantrag kommt von den Abgeordneten der FPÖ und betrifft die Gleichbehandlung von Wirtschaftstreibenden und Bewohnern beim "Parkpickerl". Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der nächste Antrag der Freiheitlichen Partei betrifft, dass Ausnahmebewilligungen nach den Bestimmungen des Parkometergesetzes beziehungsweise der Pauschalierungsverordnung auch für Besitzer von Mietautos und Besitzer von privaten Abstell- und Garagenplätzen zu erteilen sind, sofern sie die übrigen Voraussetzungen zur Erlangung einer Ausnahmebewilligung erfüllen. In formeller Hinsicht wird ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. (Abg Johann Hatzl: Von wem wurde der Antrag eingebracht?) Von den Freiheitlichen. (StR Walter Prinz: Das kann doch keine Rolle spielen!) Das habe ich erwähnt. (Abg Johann Hatzl: Sie haben nur vom nächsten Antrag gesprochen! Man sollte es aber formal wissen!)

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Minderheit.

Der nächste Antrag der Freiheitlichen betrifft die Parkmeterabgabe, und zwar: "Die für das Abstellen eines mehrspurigen Fahrzeugs zu entrichtende Parkmeterabgabe darf nicht höher als mit 10 S für jede halbe Stunde festgesetzt werden. Diese Abgabe ist auch für eine angebrochene halbe Stunde in der vollen für eine halbe Stunde festgesetzten Höhe zu entrichten." In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags gefordert.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem

Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Der letzte Beschlussantrag der FPÖ betrifft das Parkpickerl: "Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Bewohner und Wirtschaftstreibende in parkraumbewirtschafteten Bezirken hat kostenlos zu erfolgen", lautet der Beschlussantrag. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags gefordert. (Abg Johann Hatzl: Von wem wurde dieser Antrag beantragt?) Ich habe am Anfang gesagt, dass der nächste Antrag auch von den Freiheitlichen ist. (Abg Johann Hatzl: Sie haben nur vom nächsten Antrag gesprochen, aber nicht gesagt, von wem er ist!) Okay, er ist auch von den Freiheitlichen. (Abg

Johann Hatzl: Das ist wichtig für das Protokoll!!

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags gefordert.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 16.13 Uhr.)

